

UNIVERSAL
LIBRARY

OU_148736

UNIVERSAL
LIBRARY

H. E. BARNES

—
SOZIOLOGIE
UND
STAATSTHEORIE

14-8 I36



INNSBRUCK

UNIVERSITÄTS-VERLAG WAGNER



UNIVERSITY LIBRARY
OSMANIA UNIVERSITY



23002

301.1
3265

Übersetzt von Rose Hilferding, Berlin

Alle Rechte vorbehalten

Copyright 1927 by Universitäts-Verlag Wagner, Innsbruck

Druck der Offizin Waldheim-Eberle A.-G., Wien

INHALTSVERZEICHNIS

Seite

Einleitung von Professor G. Salomon	V
Vorwort	XXXVIII
I. Die Entwicklung der soziologischen Orientierung in der Staatstheorie	1
II. Das Verhältniß der Soziologie zur Staatswissenschaft:	
1. Wesen der Soziologie	13
2. Verhältniß der Soziologie zu den speziellen Sozialwissen- schaften	15
3. Verhältniß der Soziologie zur Staatswissenschaft	21
III. Die typischen soziologischen Ideen über den Staat:	
1. Unrichtige Charakterisierungen des soziologischen Staats- begriffes	24
2. Staat und sozialer Organismus	25
3. Staat und geistige Persönlichkeit der Gruppe	27
4. Der Staat als vollkommenste menschliche Vereinigung	27
5. Staat und Gesellschaftsprozeß	29
6. Staat und Gemeinschaft	32
7. Staat und Dezentralisation der Verwaltung	38
8. Gesellschaft und Staat	39
IV. Soziologische Beiträge zur Erforschung der Entstehung und Entwicklung des Staates:	
1. Soziologische Untersuchung über die Ursachen der Unter- ordnung	40
2. Historische Entstehung des Staates	41
3. Soziologische Theorien über die Entstehung des Staates	47
4. Politische Entwicklungsstufen	49
V. Soziologische Analyse der wichtigsten Elemente des Staates:	
1. Demographische Faktoren	52
2. Geographische Faktoren	58
3. Ökonomische Faktoren	61
4. Psychologische Einflüsse	67
5. Der Kulturfaktor in der sozialen und politischen Ent- wicklung	69
VI. Soziologische Einteilung und Analyse der Staats- und Regie- rungsformen:	
1. Versuch einer soziologischen Einteilung der Staatsformen	73
2. Soziologische Analyse der konventionellen Einteilungen	75
3. Soziologische Einteilungen der Staatsformen	86

VII. Soziologische Analyse des Regierungsmechanismus:	Seite
1. Staat und Regierung	91
2. Gruppen und Staat	92
3. Die Vertretung	96
4. Gewaltenteilung	101
5. Dezentralisation	102
6. Die politischen Parteien	104
VIII. Soziologische Theorien über Souveränität, Freiheit und Rechte:	
1. Die soziologische Definition der Souveränität	115
2. Der soziologische Freiheitsbegriff	127
3. Soziologie der politischen Rechte	134
IX. Soziologie und Umfang der Staatstätigkeit:	
1. Individualismus und Laissez-faire vom soziologischen Standpunkt aus	143
2. Soziologische Verteidigung der Staatsintervention und der Sozialreform	148
3. Die eklektischen Ansichten	152
X. Staat und sozialer Fortschritt:	
1. Theorien über den sozialen Fortschritt	156
2. Verhältnis des Staates zum sozialen Fortschritt . . .	162
3. Soziologische Untersuchungen über Revolutionen . . .	166
XI. Soziologische Theorien über nationale und internationale Probleme:	
1. Die Soziologie des Krieges	169
2. Stellung der Soziologie zum Imperialismus	170
3. Eine soziologische Theorie der Grenzen	172
4. Das Nationalitätenproblem	176
5. Einwanderung im Lichte der Soziologie	177
6. Soziologische Untersuchungen über Internationalismus .	178
XII. Die außergesetzlichen Formen der politischen Vorgänge:	
1. Individualismus gegen kollektiven Absolutismus	183
2. Soziologische Ansichten über die öffentliche Meinung .	186
3. Soziologische Ansichten über die Bedeutung des Unter- richts	192
XIII. Staatstheorie und soziales Milieu des Autors:	
1. Einfluß des sozialen Milieus auf die Theorien der Sozio- logen	194
2. Giddings' Lehre von der sozialen Bedingtheit der Staats- theorie	195
3. Die persönliche Gleichung der Autoren	200
Bibliographie einiger wichtiger Werke über Soziologie und Staats- lehre	203

ÜBERBLICK ÜBER DIE AMERIKANISCHE SOZIOLOGIE.

Harry Elmer Barnes lehrt heute als Professor für Geschichte der Soziologie an dem Smith College in Northampton. Er ist am 15. Juni 1889 in Auburn im Staate New York geboren und hat an der Syracuse University 1913 seinen A. B. gemacht und an der Harvard University und Columbia University studiert, wo er 1918 seinen Ph. D. erwarb. Er war zunächst Instructor an der Syracuse University (1913—1915), University-fellow in Columbia (1915/16), Lecturer für Geschichte in Columbia (1917/18) und wurde dann Associate Professor für Geschichte an der Clark University (1918/19), Professor für Geschichte an der New School for Social Research (1919/20), Professor of the History of Thought and Culture an der Clark University (1920—1923), lehrte seitdem als Professor of Social and Economic Institutions in Amherst College und wirkte als Director of research in American investments abroad (American fund for public service). Seine außerordentlich zahlreichen Veröffentlichungen, vor allem seine zahllosen Zeitschriftenartikel, können hier nicht genannt werden. Ich muß mich darauf beschränken, die wichtigsten anzuführen, um die Weite seines Interessenkreises zu zeigen:

Sociology before Comte, 1917.

History of New Jersey penal institutions, 1918.

Social reform programs and movements, 1919.

History, its rise and development, 1919.

Social History of the Western World, 1921.

Evolutions of criminal jurisprudence and penology in Pennsylvania, 1922.

Sociology and political theory, 1923.

New history and the social studies, 1925.

The history and prospects of the social sciences (Herausgeber), 1925.

Wenn man die Entwicklung der amerikanischen Soziologie verstehen will, so muß man darauf achten, an welchen Universitäten die ersten Lehrstühle errichtet worden sind. In dieser Hinsicht spielt die Columbia University, an der *Giddings* wirkt, eine besondere Rolle. Durch die Schriften von *Spencer* und *Tarde* und die Lehren von *Sumner* und *Patten* wurde er von der ökonomischen und politischen zur soziologischen Wissenschaft gedrängt, und von Bryn Mawr, wo er, der Nachfolger von *Woodrow Wilson*, als Staatslehrer gewirkt hatte, auf einen Lehrstuhl der Soziologie, später auch mit dem Titel *History of Civilization*, berufen. Es ist, nach *Barnes*, vor allem seinem Associate Professor *Alvan A. Tenney* zu danken, daß hier eine glänzende Schulung und Anleitung im „graduate seminar“ entstand. „The graduate students of the Columbia department have monopolized most of the sociology positions in the East, in the same way that Professor Small's students have moved into most of the chairs of sociology throughout the Middle West¹⁾.“

Small, welcher zuerst der Schüler *Lester Wards* war und später *Ratzenhofer* nachfolgte, hat in Deutschland bei *Schmoller* studiert und die Einflüsse der historischen Schule erfahren. Er war Mitglied des Seminars von *Herbert Baxter Adams*, des bedeutenden Historikers der John Hopkins University in Baltimore. Nur kurze Zeit leitete er die ersten Kurse für Sozialwissenschaft in Colby College und wurde auf den neugegründeten Lehrstuhl für Soziologie an der Universität Chicago berufen, wo er zusammen mit *Vincent*, *Thomas* und *Henderson*, später auch *Gillin* und *Faris* ein Zentrum soziologischer Ausbildung schuf. Die Chicago-Schule haben *Hayes*, *Ellwood*, *Gillette*, *Bernard*, *Bogardus* und viele andere an den Universitäten des mittleren Westens ausgebreitet.

Die Soziologie hat sich an der Universität von Wisconsin, wohin *Ross* berufen wurde, zu einem über die akademischen Kreise hinauswirkenden Lehrfach entwickelt; und sie ist an der Universität von Michigan durch *Cooleys* reiche Bildung

¹⁾ Vergl. „The Modern Quarterly“ (1926), S. 107.

in Hinsicht auf die Fortbildung der Sozialpsychologie ergänzt worden. Hier, im Norden des mittleren Westens, ist die Soziologie zur „civic sociology“, zur Staatsbürgerkunde, geworden, welche den jungen Amerikaner zu einer demokratischen Staatsgesinnung erziehen will, und zur Sozialreform, die durch freimütige Kritik der Schäden des Kapitalismus mit dem ganzen Optimismus der Vollblutyankees das Land der unbegrenzten Möglichkeiten zu dem Versuchsfeld sozialen Fortschritts und sozialer Harmonie machen soll.

Ich habe noch zu erwähnen die Brown University, wo ein Schüler *Lester Wards*, *James Quayle Dealey*, seit 1906 wirkt, die für Nichtgraduierte gut ausgestattete Universität in Südkalifornien in Los Angeles, wo *Bogardus* wirkt, der Herausgeber des „Journal of Applied Sociology“, und neuestens die Universität von North Carolina, wo unter Leitung von *Howard W. Odum* die vielleicht beste soziologische Zeitschrift, jedenfalls die Zeitschrift der jüngeren Generation, „The Journal of Social Forces“ seit kurzem erscheint.

Barnes berichtet²⁾ von dem Stande der Soziologie in Amerika, daß zwar die Zahl der Lehrer und Studenten sowie der Bucherscheinungen ständig wächst, die Soziologie aber nicht nur an einigen Universitäten, wie in Princeton, Harvard, Cornell und John Hopkins noch nicht offiziell anerkannt ist, sondern auch an anderen Universitäten den Widerstand älterer angrenzender Fächer zu bekämpfen hat. Er führt diese Schwierigkeiten auf die dogmatische Einstellung der großen Systematiker zurück, welche völlig getrennte Schulen gläubiger Anhänger bilden wollten, mit dem Erfolg, daß in Columbia kein Doktor von Chicago aufgenommen wurde und umgekehrt. Dazu kommt, daß die alten Systematiker noch immer an der Spitze stehen, die „statt eine Einheitsfront gegen die Überheblichkeit der früher gefestigten speziellen Sozialwissenschaften zu bilden, und statt zusammenzuwirken, um die Ergebnisse und den Umfang der soziologischen Untersuchungen

²⁾ Vergl. „Archiv für Philosophie und Soziologie“, Bd. XXIX (1926), S. 289—298

und Veröffentlichungen zu fördern, fruchtlose Streitereien um metaphysische oder methodische Prinzipien führten“. Bei der jungen Generation ist an die Stelle lehrhafter Systematik eine weitgehende Spezialisierung getreten, und setzt sich allmählich die auf dem Gebiete der Soziologie dringend nötige induktive Forschung durch. In dieser Richtung hat besonders *Thomas* an der Universität Chicago gewirkt und sich bemüht, die anthropologischen Daten soziologisch auszuwerten und durch das große monographische Werk über den polnischen Bauern der Detailforschung Wege zu weisen.

Es erscheint mir notwendig, einen ersten Überblick über die Geschichte der amerikanischen Soziologie zu geben als Ergänzung dieses Buches, das einen Überblick über den Stand der politischen Soziologie und die auch bei uns zur Geltung kommenden Einflüsse der Soziologie auf die Staatstheorie geben will. Wenn ich die Väter der heutigen amerikanischen Soziologie nenne, und ihre Bedeutung unter einem bestimmten Gesichtspunkt darstelle, so beziehe ich mich auf *Barnes'* Artikelreihe: „Some contributions of American psychological sociology to social and political theory“, die 1923/24 in der Zeitschrift „Sociological Review“ erschienen sind. Ich halte es für angebracht, einige Abschnitte aus den einschlägigen Werken zu bringen, zumal ich annehme, daß die Verfasser und ihre Bücher in Deutschland wenig bekannt sind. Von den älteren amerikanischen Autoren wie *Ward*, *Giddings* und *Ross*, deren Hauptwerke in deutscher Übersetzung vorliegen, werde ich aus weniger bekannten Büchern zitieren.

Auch in Amerika beginnt sich eine eigentliche Soziologie erst im 19. Jahrhundert von der „Sozialphilosophie“ des Naturrechts zu lösen. Doch sind die Schriften der großen Verfassungsjuristen und Schöpfer der amerikanischen Staatslehre: *Jefferson*, *Madison* und *Calhoun*, in denen die ökonomische Basis des politischen und sozialen Lebens hervorgehoben ist, „realistischer“ als die philosophischen Spekulationen europäischer Naturrechtslehrer. Sie sind eben Politiker und nicht bloß Ideologen der Politik. Wie in England spielt auch die

politische Ökonomie bei dem Aufkommen der Soziologie eine große Rolle. Der erste originelle amerikanische Ökonomist ist wohl *Henry C. Carey*³⁾, welcher die gleichen Gesetze der Mechanik in Natur- und Sozialwissenschaften darzustellen suchte, und also der Vorläufer der mechanistischen Soziologie ist.

Lester Frank Ward (1841—1913) ist der Begründer der amerikanischen Soziologie. Er war eigentlich Paläobotaniker, und daher stammt auch sein Glaube an die Entwicklungstheorie, der ihn als einen Anhänger *Spencers* erscheinen läßt. Physikalische und biologische Analogien spielen bei seiner Systematisierung eine große Rolle, ohne daß er jedoch den Mechanizisten oder Organizisten zuzuzählen wäre. Sein Hauptwerk: „*Dynamic Sociology or Applied Social Sciences as based upon statical sociology and the less complex sciences*“ (1894), von dem eine erste Ausgabe 1883 erschienen ist, zeigt schon im Titel an, daß es ihm auf die „Kunstlehre“ ankommt, auf eine Grundlegung der Politik. Wie *Comte* eine wissenschaftliche Politik intendierte und auf der Wissenschaft als dem neuen Fundament sozialer Ordnung und politischer Autorität sein System begründete, so hat auch *Ward*, im Glauben an die Wissenschaft, Richtlinien sozialer Reform und politischer Aktion geben wollen. Die Seinswissenschaft kausalgesetzmäßiger Entwicklung sozialen Lebens ist nur der Unterbau, auf dem sich eine teleologische Sozialphilosophie erhebt. Die Entsprechung sozialer und intellektueller Entwicklung und die Bedeutung des intellektuellen Faktors für die soziale Ordnung ist in dem System von *Ward* wie in *Comtes* Werken: „*Cours de Philosophie positive*“ und „*Système de Politique positive*“ (trotzdem wie bei *Spencer* die Psychologie, der instinktive und emotionale Faktor, einbezogen ist) der hervorstechende Zug. Dazu tritt eine Erklärung der Entwicklung als Fortschritt, die Vervollkommenung und Errungenschaft des menschlichen

³⁾ Vergl. „Die Grundlagen der Sozialwissenschaft“, I—III, deutsche Ausgabe 1863—1864, und meine Einleitung zu *Bousquet*: „Grundriß der Soziologie Paretos“, 1926.

Intellekts (achievement) als Sinn der Geschichte behauptet. *Giddings* hat die Stellung *Wards* wohl am besten charakterisiert: „Throughout all Ward's work there runs one dominating and organizing thought. Human society, as we who live now know it, is not the passive product of unconscious forces. It lies within the domain of cosmic law, but so does the mind of man; and this mind of man has knowingly, artfully, adapted and readapted its social environment, and with reflective intelligence has begun to shape it into an instrument, wherewith to fulfil man's will. With forecasting wisdom man will perfect it, until it shall be at once adequate and adaptable to all its uses. This he will do not by creative impulse evolving in a void, but by constructive intelligence shaping the substantial stuff of verified scientific knowledge. Wherefore, scientific knowledge must be made the possession of mankind. Education must not merely train the mind. It must also equip and store with knowledge⁴).“

Ward erklärt die Evolution der unorganischen wie organischen Welt völlig in Übereinstimmung mit *Spencers* Biologie, nur bleibt die der Evolution folgende Dissolution, da sie erst in ferner Zeit eintritt, außer Betracht. Auch in der Gesellschaft besteht Evolution durch die „natürliche Auslese“, die wie ein *Deus ex machina* die verschiedenen sozialen Kräfte zur Einheit und Harmonie bringt. Er nimmt ein Wachstum der Gesellschaft in vier Stadien an, wobei das erste Stadium des ungeselligen Einzelnen bloß hypothetisch, die folgende erzwungene Vereinigung ohne historische Begründung ist, in das dritte Stadium dagegen wird die nationale oder politische Gesellschaft (national or politarchic stage), eigentlich die ganze Geschichte einbegriffen; denn die kosmopolitische Gesellschaft gehört erst der Zukunft an. Infolge der *Spencer*-schen Schätzung der spontanen Kräfte wird jeder Zwang als schädlich und hemmend erklärt, und so ist der Staat als das Zwangssystem gegen den inneren Krieg ein notwendiges Übel. Politisch sind wir noch Primitive, der Fortschritt war zufällig,

⁴) „American Journal of Sociology“, Bd. XIX, S. 67—68.

künftig erst sollen durch die Anwendung der Wissenschaft, über die natürliche Entwicklung hinaus, planmäßig die Er rungenschaften gefördert und die sozialen Kräfte beherrscht werden. „Dynamic sociology“ ist eigentlich Soziokratie. Die Wissenschaft soll das Glück der Menschheit bestimmen und die Erziehung als das indirekte Mittel an die Stelle der bloßen Beherrschung treten, die darum zwangsmäßig war, weil sie direkt wirkte; so wie man in der Mechanik weniger die abstoßenden als die anziehenden Kräfte benützt, wird man auch bei der Leitung der Gesellschaft vorgehen. Wesentlich ist für dieses System der Dualismus, die Trennung der natürlichen und geistigen Welt und die Erklärung der dualistischen Natur des Menschen. Der durch ihn eingeführte Terminus „soziale Kräfte“ besagt ja, daß scharf unterschieden wird zwischen physischen Kräften (ontogenetischen oder phylogenetischen, das heißt Hunger und Liebe) und psychischen Kräften, die als die soziogenetischen, das heißt die Gesellschaft schaffenden Kräfte bestimmt werden. Bei den psychischen Kräften werden die elementaren Triebe und darauf beruhenden Gefühle und Wünsche von dem hinzukommenden Geist, der sie dirigiert und kontrolliert, unterschieden. Das Studium der Instinkte ist Gegenstand einer subjektiven Psychologie der Gesellschaft, während die intellektuellen Faktoren in einer objektiven Psychologie erklärt werden. Der Trieb nach dem Angenehmen, nach Lust, ist der dynamische Faktor, das „Interesse“ des Menschen, und ergibt erst die Disposition für das Wissen und Handeln. Ganz offensichtlich ist in dieser dynamischen Soziologie der Wille als Wesen des Menschen betrachtet, das bewußte Streben wird von dem natürlichen Begehren unterschieden, damit aber ist die Entwicklung zu einer Aufgabe und Tat des Menschen geworden. Die intellektuelle Kraft setzt an Stelle der „unökonomischen“ Methode der Natur die Zielstrebigkeit („social teleosis“), und darum ist der Staat im Gegensatz zu *Spencer* und *Huxley* als Hauptagent der sozialen Vervollkommnung begriffen. Gesetzgeber der Zukunft sollen kompetente Gelehrte sein, welche durch Autorität und ohne

Gewalt die Erziehung und Leitung der Gesellschaft übernehmen. Nur die Psychologie und der Evolutionismus im *Spencer*-schen Sinne trennen also *Ward* von dem *Comteschen* Positivismus, aber die vielen Ansätze einer neuen soziologischen Auffassung, wie sie in dem Begriff sozialer Kräfte, in der Hervorhebung des Interesses und Willens, in der Trennung der natürlichen und geistigen Erscheinungen vorliegen, lassen es begreiflich erscheinen, daß von diesem *Comte* Amerikas die ganze Soziologie bis heute weitgehend bestimmt ist. —

John Henry Wilburn Stuckenberg (1835—1903) ist neben *Lester Ward* als einer der ersten systematischen Soziologen Amerikas zu nennen. Er stammte aus Hannover und wuchs in Amerika auf, wo er Professor der Philosophie am *Wittenberg College* wurde; dann versah er die Pastorstelle der amerikanischen Kolonie in Berlin und wirkte nach seiner Rückkehr nach Amerika (1894) als freier Schriftsteller. Er wurde der Begründer einer „christlichen Soziologie⁵⁾“. Im Gegensatz zu dem Naturwissenschaftler *Ward*, auf den *Comte* und *Spencer* Einfluß hatten, hat *Stuckenberg* unter dem Einfluß deutscher Gelehrter eine Sozialphilosophie geschaffen, deren wesentlichster Teil eine Sozialmoral ist. Ausgehend von einem Begriff der „sociation“ zur Erklärung des Verhältnisses zwischen Individuum und Gesellschaft, hat er das Wesen der Gesellschaft in einer psychischen „interaction and interstimulation“ gesehen. Infolge seiner Abhängigkeit von der deutschen historischen Schule, hat seine Soziologie den Charakter einer Staatswissenschaft und ist der Staat, die souveräne Organisation der Gesellschaft, als konzentrierte politische Kraft der Gesamtheit, sein besonderes Erkenntnisobjekt. Im Gegensatz zu *Ratzel*, welcher das Land, und wenn auch nicht ausdrücklich, gegen *Marx* und *Gumplowicz*, welche die Klassenorganisation als Wesen des Staates er-

⁵⁾ Werke von *J. H. W. Stuckenberg*: „Christian sociology“, 1879; „Introduction to the study of philosophy“, 1888; „Introduction to the study of sociology“, 1898 und „Sociology, the science of human society“, I, II, 1903. Vergl. *Barnes* über *Stuckenberg* in „Lutheran Quarterly“, Oktober 1921.

klären, sagt er: „The essence of the State is the citizenship, the relation and functions of the inhabitants⁶⁾.“ Er gibt eine Geschichte des Staats, die mit der Blutverwandschaftsgruppe, der Rasse, beginnt, und die Städte als den eigentlichen Kern der staatlichen und rechtlichen Organisation erklärt; der Nationalstaat ist das Ziel der politischen Entwicklung. Aber die absolute Souveränität, namentlich im Verhältnis der Staaten zueinander, ist unmöglich. Diese Souveränität ist nach *Stuckenberg* eine „Usurpation“, die durch Traditionen und Fiktionen aufrecht erhalten wird. „The sovereignty of the State received an application in former times which must be abandoned now. The State was regarded as in all respects the final appeal, in external as well as in internal affairs . . . This kind of sovereignty has proved itself untenable; it is illogical. If ten States are equally sovereign, then none of them is sovereign. If one State can determine its relation to other States, then all with an equal sovereignty must have the same right. International affairs are, therefore, in a state of chaos⁷⁾“. Wie im internationalen, so soll im nationalen staatlichen Leben Gewalt zurücktreten gegenüber der „self-control“, und damit würde der Freiheit ein größerer Spielraum gegeben werden. Aber diese Freiheit wächst entsprechend der Gestaltung der politischen Organisation; dieser Gedanke ist kennzeichnend für die deutsche Staatsphilosophie. „The State promotes the growth of individuation to a far greater degree than the consanguine social organization, thus being favorable to both liberty and individuation⁸⁾“. —

Die soziologische Theorie *Wards* wird durch die Ökonomik *Pattens* in vieler Hinsicht ergänzt und fortgebildet. *Simon Nelson Patten* (geb. 1852), Professor der Universität von Pennsylvania, ist vor allem als Ökonomist bekannt⁹⁾. In

⁶⁾ „Sociology“, II, S. 74.

⁷⁾ „Sociology“, II, S. 124.

⁸⁾ „Sociology“, II, S. 83.

⁹⁾ Eine Darstellung seiner Lehren findet sich in *L. M. Bristol*: „Social Adaptation“, S. 236 ff.

seinen soziologischen Arbeiten hat er paradoxerweise eine Beziehung der Soziologie zur Psychologie geleugnet¹⁰⁾, und hat doch seine Theorie wesentlich psychologisch begründet. Denn die „Theorie der sozialen Kräfte“ beruht auf einer Unterscheidung der motorischen und sensorischen neuropsychischen Systeme der Lust- und Unlustökonomie und die soziale Entwicklung wird als ein Prozeß der Vermehrung von Lust und der Verminderung von Leid erklärt. Dabei spielt die Beherrschung der Natur durch die Technik eine besondere Rolle und ist der Fortschritt durch die Schaffung eines „social surplus“ gekennzeichnet. Die physikalischen oder objektiven Umstände und die Veränderung der Umgebung bedingen die Anpassung des Individuums und der Gruppe, und das Hervortreten der sensorischen Aktivität gegenüber der motorischen Reaktion ermöglicht gegenüber dem ursprünglich bloß vitalen einen sozialen Prozeß. Die Entwicklung der sensorischen Kräfte schafft eine subjektive Verumständung von Gewohnheiten, Sitten und Denkweisen, welche soziopsychische Elemente hervortreten lassen. Die veränderte Richtung der Tätigkeit und ihre indirekte Wirkung läßt sich nur durch die Kooperation erzielen. Das isolierte Individuum ist nicht fähig, dieses „generalized objective environment“ zu beherrschen, das an die Stelle eines „local objective environment“ tritt. Damit ist zugleich der Übergang von einer „pain to a pleasure economy“ gegeben, das heißt, die Lustökonomie ist erst „creative economy“.

„It is not the psychic progress of men that makes them social... Society is made, not by any psychic or physical necessity, but by certain complex aggregates of psychic and physical phenomena. The formation of these aggregates and

¹⁰⁾ „Relation of Sociology to Psychology“ in *Annals of the American Academy of Political and Social Sciences*, November 1896; „Theory of social forces“, *American Academy of Political and Social sciences*, 1895.

Werke von S. N. Patten außer den genannten: „Theory of prosperity“; „Heredity and social progress“; „Reconstruction of economic theory“; „Das Finanzwesen der Staaten und Stände“, deutsche Ausgabe, Jena, 1878.

their influence on social phenomena can be explained only by a study of environment.“ Die ursprüngliche soziale Verbindung war rein äußerlich bedingt, durch die primitive Not, und soziale Kontrolle ergibt sich erst mit der Lustökonomie. Der Mensch unterwirft sich nicht den äußeren Bedingungen, sondern anderen Menschen, um einen größeren Anteil an Lust zu gewinnen; darum sind die Grenzen der Macht bestimmt durch das Ausmaß, in dem die Mehrheit von den Genußgütern ausgeschlossen werden kann. Prosperität und Konsum bestimmen also die soziale Organisation, und das letzte politische Ziel ist die Demokratisierung der „sources of pleasure“. *Pattens* „Commonwealth“ gleicht *Wards* „Sociocracy“ und stellt ein Ideal dar, das bei vollkommener Herrschaft des Menschen über die Natur und also unbegrenzter Steigerung der Produktivität durchgeführt werden kann. —

William Graham Sumner (1840—1910) hatte einen Lehrstuhl für Ökonomik an der Yale-Universität und war einer von den Pionieren der Soziologie in Amerika. Er war der Erste, der einen systematischen Kurs über Soziologie an einer amerikanischen Universität hielt. Wie *Spencer* und *Lippert* benutzte er ethnographisches Material vor allem, um eine Theorie der Entwicklung der Volksdenkarten („Folkways“) zu begründen. Wie der Untertitel seines Werkes: „Study of the sociological importance of usages, manners, customs, mores and morals“ zeigt, will er Wesen und Wert der „group habits“ zeigen. Der Mensch hat, auf Grund ererbter Anlagen und seiner Fähigkeit Unlust zu überwinden, sozusagen experimentell bestimmte erfolgreiche Verhalten im Kampf ums Dasein ausgebildet. Diese Verhalten sind durch Überlieferung, Sitte und Sanktion mächtig und bewußt geworden, und bestimmen eigentlich die Prosperität der Gruppe, die sie autoritativ als „mores“ im Prozeß der sozialen Selektion benutzt. Durch Gleichförmigkeit, Wiederholung und Wettstreit ausgebildet werden die „folkways“ zu einer „life policy for welfare“. „The mores are the folkways, including the philosophical and ethical generalizations as to societal welfare which are

suggested by them, and inherent in them, as they grow. They are the ways of doing things which are current in a society to satisfy human needs and desires, together with the faiths, notions, codes and standards of well living which inhere in those ways, having a genetic connection with them¹¹⁾.“ Die Sitten begrenzen und bestimmen das Handeln, und sind das eigentliche Mittel der Beherrschung der Individuen; so wirken sie als Zwang und als Auslese und sind nur in einer allmählichen Veränderung begriffen. Spontane Kräfte spielen daneben eine untergeordnete Rolle. Die soziale wie die organische Evolution ist ein automatischer Prozeß. Das bedeutet als politische Folgerung den Konservativismus, dem Menschen ist wohl eine Verzögerung nicht aber eine Beschleunigung des sozialen Prozesses möglich. Die soziale Welt, wie sie durch die Sitten konstituiert ist, unterliegt keiner willkürlichen Veränderung; es erscheint als die größte Torheit, sich eine neue Welt auszudenken. —

Franklin Henry Giddings (geb. 1855), Professor der Soziologie an der Columbia-Universität in New York, ist neben *Small* als der Lehrer der heutigen amerikanischen Soziologen anzusehen. Er hat zuerst ein vollständiges System der psychologischen Soziologie aufgestellt und zahlreiche Beiträge zur physikalischen, biologischen, historischen und statistischen Soziologie gegeben¹²⁾). Die Soziologie ist nach *Giddings* die Wissenschaft der sozialen Elemente und Prinzipien der Einzelwissenschaften des sozialen Lebens. Sie spielt dieselbe Rolle wie die Biologie für die organischen Erscheinungen auf sozialem Gebiete, indem sie die sozialen Erscheinungen in einer Entwicklungsgeschichte zusammenfaßt. Die soziale Dynamik oder Kinetik, die nach seiner Meinung nicht mit der Physiologie, wie in *Comtes* System, zu vergleichen ist, muß mit den tierischen Anfängen der Vergesellschaftung beginnen. Mit Recht weist er einen Vergleich der Zustände der heutigen

¹¹⁾ „Folkways“, 1906, S. 59.

¹²⁾ Vergl. *C. H. Northcott's* guten Überblick über die Theorien von *Giddings* in dem „American Journal of Sociology“, Juli 1918.

Primitiven mit denen der Urmenschen zurück. Die Vergesellschaftung scheint am Anfang eine rein physische Tatsache zu sein; aber im Keim ist schon das Element enthalten, das den ganzen Lauf des sozialen Lebens in sich schließt, das Gattungsbewußtsein („consciousness of kind“). Angeregt von *Adam Smiths* „Theorie der moralischen Gefühle“, also der Sympathieerklärung, behauptet er ein Bewußtsein der Zusammengehörigkeit und Gleichheit, das auf dem Mitgefühl beruht, als Ursache der sozialen Erscheinungen und unterscheidet diese „sozialisierende“, gesellschaftsbildende Kraft von einer sozialen Kraft in der bestehenden Gesellschaft wie zum Beispiel der öffentlichen Meinung, die auch nichtsozialen Zwecken dienen kann.

Die sozialisierende Kraft, die man besser nicht als Gattungs-, sondern als Wirbewußtsein bezeichnet, begründet überhaupt erst die Gesellschaft. Da die Vergesellschaftung wichtiger für die Entwicklung ist als zum Beispiel das begriffliche Denken, so sind diese Einheiten von Gleichen auch noch im modernen Staat von Bedeutung. Homogenität ist die Voraussetzung der Demokratie. Aber der Consensus ist ein psychologisches Problem. Die Psychologie, die als „Wissenschaft der Assoziation von Vorstellungen“, wie im allgemeinen in der angelsächsischen Richtung, aufgefaßt wird, gibt also den Schlüssel für die soziologische Erkenntnis. Nachdem er 1896 in den „Prinzipien“ nur das Gattungsbewußtsein erklärte, erweiterte er seine Ansicht 1906 in der „historischen und deskriptiven Soziologie“, indem er dieses Gattungsbewußtsein unterordnete einer ursprünglicheren „differential response to stimulation“. „We may say that we conceive of society as any plural number of sentient creatures more or less continuously subjected to common stimuli, to differing stimuli, and to inter-stimulation, and responding thereto in like behavior, concerted activity, or co-operation, as well as in unlike, or competitive, activity; and becoming, therefore, with a developing intelligence, coherent through a dominating consciousness of kind, while always sufficiently conscious of difference to insure a measure

of individual liberty¹³⁾.“ Und er hat schließlich den sozialen Prozeß psychologisch aus „pluralistic behavior“ erklärt, das heißt „genesis, integration, differentiation, and functioning by accounting for them in terms of the variables stimulation, and the resemblance (more or less) to one another of reacting mechanisms¹⁴⁾“. Wenn er auch die ursprünglichen „Aggregationen“ aus äußeren Bedingungen, der Selbsterhaltung im Kampf mit der Natur und den anderen Menschen erklärt, so beginnt doch eigentlich die Vergesellschaftung erst mit der bewußten und gewollten „Assoziation“, die zunächst ethno-genetisch durch Vereinigung mehrerer Stämme entsteht. Diese „Komposition“ ist noch ein Stück Natur, sie wird erst in der „Konstitution“ ein Werk des sozialen Geistes, indem die spontan entstandene Gesellschaft zur dauernden Organisation des Staates sich umwandelt. Je gleichartiger die Mitglieder einer Gesellschaft in ihrer geistigen Verfassung sind, desto mehr Freiheit, je ungleicher desto mehr Zwang. Das ist seine Erklärung des Staats aus den Verhältnissen der nordamerikanischen Union.

Der soziale Prozeß als ein Spiel vereinigter organischer Kräfte unterliegt den Gesetzen aller Kräfte, der Differenzierung und Integrierung, der Aktion und Reaktion und ist vor allem durch die psychische Entwicklung charakterisiert. Der Mensch ist erst durch die Assoziation in seinen seelischen wie geistigen Fähigkeiten bestimmt worden. Die Auslese der Natur macht sich eigentlich nur noch in der Entstehung der „primären Bevölkerungsklassen“ geltend, das heißt, sie bestimmt Lebenslänge und Geburtenziffer, Typen motorischer Reaktion und Grade geistiger Begabung. Die soziale Auslese ist viel wesentlicher. Wetteifer und Nachahmung werden durch die Ideale des Menschen bestimmt, den „forceful man“, „convivial man“, „austere man“ und schließlich die „human personality“. Die soziale Ursache liegt eben in dem Willens-

¹³⁾ „Readings in historical and descriptive Sociology“, S. 8—9.

¹⁴⁾ „Pluralistic behavior“ in „American Journal of Sociology“, Januar 1920, S. 388.

prozeß, und die Gesellschaft ist nicht ein natürlicher Organismus, sondern eine Organisation. Mit der Stammesbildung endet die Naturepoche der Gesellschaft, welche eigentlich Spencers Naturalismus allein berücksichtigt hatte.

Giddings hat seine „theory of social causation“ folgendermaßen zusammengefaßt: „In the theory here presented the ultimate causes of society are assumed to be objectively the great physical processes of equilibration, conflict and selection, and subjectively the elemental appetites and passions of the animate organism. But it is further assumed that physical and mental forces create society only as they are correlated and combined in certain concrete forms. Combined in various types of environment the physical forces are complexes of primary stimuli. As such they determine: first, the character, the extent, and the groupings of primary response; and secondly, the genesis of secondary stimuli. The various correlations of response are the phenomena of conflict, adaption and selection in their social aspect. The combinations of response are the modes of co-operation, the great processus of history, and the forms of social organization¹⁵⁾.“ Was seine Staatstheorie betrifft, so verweise ich auf die Abschnitte in diesem Buch.

Albion Woodbury Small (1854—1926) erscheint gegenüber den Systematikern wie *Ward*, *Giddings* und *Stuckenberg* als der erste Historiker der Soziologie und als Historist. *L. v. Wiese* hat ihn den „amerikanischen Schmoller“ genannt, mit einem gewissen Recht, denn *Small* studierte nicht nur 1879—1881 bei *Schmoller* und *Wagner in Berlin*, sondern blieb dauernd unter dem Einfluß der historischen Schule und des deutschen Staatssozialismus. Dieser Sohn eines baptistischen Predigers und Gatte einer deutschen Generalstochter vereinte ethische und historische Interessen ganz im Sinne der Deutschen und hat mehr wie irgend ein anderer in Amerika zur Kenntnis der deutschen Sozialwissenschaft beigetragen und als Sozialpoliti-

¹⁵⁾ „A Theory of social causation“ in „Publications of the American Economic Association“, Bd. V, Nr. 2, S. 150—151.

ker durch die Kritik des amerikanischen Kapitalismus die sozialetische Richtung, wie sie bei uns in den Siebziger- und Achtzigerjahren hervortrat, gefördert. Seit der Gründung der Universität in Chicago (1892) stand er dem Department of Sociology vor und hatte bis zu seiner Emeritierung die Professur für Soziologie und das Dekanat der „Graduate School of Arts and Literature“ inne. Er begründete (1895) das „American Journal of Sociology“, das durch seine Kenntnis der Gelehrten und Werke europäischer Wissenschaft und seinen Schülerkreis die Führung der soziologischen Bewegung übernahm. Seine Toleranz anderen Standpunkten gegenüber hatte eine große Bedeutung, zumal in den Anfängen der Streit der einzelnen Systeme eine kontinuierliche Entwicklung der Forschung bedrohte. Die Kongresse und Diskussionen der „American Sociological Society“, die 1905 in Baltimore gegründet wurde, verdankten seiner organisatorischen Fähigkeit viel. Er war kein großer Schriftsteller und, wie er selber an *Barnes* schrieb, hat er eigentlich nur „Stoff in Rohform gegeben“, und sich „nicht an Leser von Büchern, sondern an Bücherproduzenten gewendet“. Seine Veröffentlichungen von Vorlesungen und Seminarübungen, ohne jede Überarbeitung, entbehren darum der Klarheit und Eindringlichkeit; er war kein anziehender Schriftsteller wie Ross oder Cooley. Seine Bedeutung können eigentlich nur seine Schüler abschätzen. „His vigor, humor, trenchant thinking, happy phrase, amazing erudition placed him at once high above the average¹⁶⁾.“ Jedenfalls ist er als Persönlichkeit der einflußreichste Lehrer der Soziologie in Amerika gewesen und hat bei der Veröffentlichung einer großen Anzahl von Werken Pate gestanden.

Sein erstes Buch: „Introduction to the study of society“, das er zusammen mit seinem Schüler und Kollegen *George E. Vincent* (1894) herausgab, steht unter *Schäffles* Einfluß und ist als einziges organisatorisches Werk Amerikas heute eine

¹⁶⁾ Vergl. *A. M. MacLean*: „A. W. Small, an appreciation.“ „American Journal of Sociology, Bd. XXXII, 1 (Juli 1926), S. 45.

Kuriosität. Sein Hauptwerk: „General Sociology, an exposition of the main development in sociological theory from Spencer to Ratzenhofer“ (1905) ist methodologisch bedeutsam, wobei unter Methode, wie *Barnes* sagt, zu verstehen ist, „a gradual shifting of effort from analogical representation of social structures to real analysis of social processes¹⁷⁾“. Wenn *Spencer* die Entwicklung und *Schäffle* die Ordnung der Gesellschaft erklärt habe, so fasse *Ratzenhofer* die Gesellschaft als einen Prozeß des Ausgleichs der Interessenkonflikte auf, und vom Interessenbegriff aus müsse die Gruppeneinheit und der soziale Prozeß verstanden werden; darum ist der Staat als „a union of disunions, a conciliation of conflicts, a harmony of discords“ erklärt. *Wiese* hat völlig recht, wenn er sagt: „Mag auch *Small* immer wieder *Ratzenhofers* Anregungen in den Vordergrund stellen. Schon dadurch, daß er nicht den scharfen Pessimismus und die Menschenverachtung des Österreicherers teilte, daß er dem Begriffe der Interessen eine mildere Harmonie ermöglichende Abschwächung gab, ist er dem die Vermittlung und den Ausgleich suchenden *Schmoller* viel verwandter¹⁸⁾.“ Das zeigt sich vor allem in seinen Werken: „Adam Smith and modern Sociology“ (1917), „The Cameralists, the pioneers of German social polity“ (1910), und in seinem letzten Werk: „Origins of Sociology“ (1924), das eigentlich eine Geschichte der historischen Schule in den Sozialwissenschaften gibt, aber vor allem in seinem Aufsehen erregenden Werk über Zeitfragen: „Between Eras. From Capitalism to Democracy“ (1913). Diese heftige Anklage gegen den amerikanischen Kapitalismus und der Schwung des sozialreformatrischen Gedankens ist für seine ethische und staatssozialistische Gesinnung kennzeichnend. Neben *Veblens* „Theory of the leisure class“, „Theory of business enterprise“ und „Absentee ownership“ steht dieses

¹⁷⁾ Vergl. zum Ganzen *H. E. Barnes*: „The Place of A. W. Small in modern sociology“ in „American Journal of Sociology“, Bd. XXXII, 1 (Juli 1926), S. 15—44.

¹⁸⁾ *L. v. Wiese*: *A. W. Small*, „Kölner Vierteljahrshefte für Soziologie“, Bd. VI, 1, S. 55.

Werk als die freimütigste Kritik der Ungerechtigkeit kapitalistischer Ausbeutungs- und Profitwirtschaft in der bei uns wenig bekannten, aber großen antikapitalistischen Literatur Amerikas an erster Stelle.

Ich kann im übrigen nur auf seine autobiographische Schrift: „Fifty years of sociology in the United States“ (1865—1915), die im Mai 1916 im „American Journal of Sociology“ erschien und eine der besten Quellen der Geschichte unserer Wissenschaft darstellt, sowie auf seine Schrift „Future of Sociology“ in den Veröffentlichungen der „American Sociological Society“ hinweisen. —

Edward Alsworth Ross (geb 1866), studierte an der John Hopkins Universität, wo *Ely* als einer der Führer der Wirtschaftswissenschaft wirkte. *Ely* hat neben *Dunbar* (Harvard), *Sumner* und *Walker* (Yale), *Patten* (Pennsylvania) und *Laughlin* (Chicago) die Wirtschaftswissenschaft in Amerika akademisch begründet und bis heute steht John Hopkins neben Madison-Wisconsin an der Spitze der Departments of Economics.

Er begann seine akademische Karriere in Leland Stanford, wo er durch die Intoleranz der Stifterin verjagt wurde, da die von ihm angeregte Diskussion über die Kuliarbeit beim Bau der Central- und Southern-Pacific-Bahn das Interesse der beteiligten Familie schädigte. Er ging an die Universität von Nebraska und später nach Madison-Wisconsin, wo er neben den Ökonomen *Ely* und *Commons* jetzt bereits 25 Jahre als Professor der Soziologie wirkt. Die Hochschule in Madison, welche eine ungewöhnliche Freiheit bietet, gab ihm die Möglichkeit zu seiner außerordentlich erfolgreichen und weitreichenden Wirksamkeit.

Man muß bei seinen Werken immer bedenken, daß er nicht im deutschen Sinne bloß Gelehrter, sondern Volkserzieher ist. Wenn er auch die Sozialpsychologie durch seine Bücher: „Social Control, a survey of the foundation of order“ (1901), eine Zusammenfassung von Aufsätzen, die in den Jahren 1896 bis 1898 in dem „American Journal of Sociology“ erschienen,

und durch seine „Social Psychology“ (1908) Grundlagen und Hauptrichtung der Soziologie und Sozialpsychologie, namentlich an den Universitäten der Mittelstaaten, mitbestimmte, so steht doch gleichwertig neben dieser wissenschaftlichen Tätigkeit seine politische und pädagogische Arbeit. Außer soziologischen Werken finden wir bei diesem viel gereisten Manne Reisewerke über China und Rußland und (im Erscheinen begriffen) über Indien. Aber man wird die Bedeutung dieses größten Popularisators der Soziologie nur einsehen, wenn man bedenkt, daß es ihm als Sozialkritiker und Sozialreformer darauf ankommt, eine Staatsbürgerkunde zu schaffen, also den jungen Amerikaner für das öffentliche Leben zu schulen und ihn dazu anzuleiten, nationale und soziale Probleme mit dem Idealismus der Väter der U. S. A. zu behandeln¹⁹⁾. So muß man seine Kritik an der amerikanischen Plutokratie (in „Sin and Society“) und seine Idee der sozialen Kontrolle verstehen. Seine ganz unspekulative Behandlung der sozialen Fragen in dem Hauptwerke, den „Principles of Sociology“ (1920), das er in den „Outlines of Sociology“ (1923) zu einem „Textbook“ durch Wiederholungsfragen und Übungsthemen für den Unterricht ausgestaltet hat, ist seiner lebensnahen praktischen Einstellung gemäß. Er hat die amerikanisch-demokratische Staatsgesinnung ganz undogmatisch entwickelt und hat als ein wirklich freier Geist gegen alle Interessenvertreter die Ideen einer Sozialreform bei den Gebildeten durchgesetzt. „Jedermann liest gerne die Werke von Ross. Er hat den Amerikanern geholfen, sich so zu sehen, wie sie sind. Er hat den Graben, der den Gebildeten vom gewöhnlichen Manne scheidet, zugeschüttet.“ Mit diesen Worten hat *Roman*²⁰⁾ die außerordentliche Bedeutung dieses „Progressivisten“ für die öffentliche Meinung und die großen Kreise nicht nur der akademisch Ge-

¹⁹⁾ Vergl. das Vorwort von L. v. Wiese zu der deutschen Ausgabe der „Principles“, S. 1—11 in „Das Buch der Gesellschaft, Grundlagen der Soziologie und Sozialreform“, Karlsruhe, 1926.

²⁰⁾ F. W. Roman: „La Place de la Sociologie dans l'Éducation aux États-Unis, Paris, 1923.

bildeten gekennzeichnet. Wenn *Ward*, dem *Ross* als „Pionier der Soziologie“ sein erstes Buch widmete, wie *Giddings* und *Small*, das soziologische Studium auf den Universitäten durchsetzten, so hat *Ross* nicht mindere Bedeutung, indem er die Soziologie als Bürgerkunde in der breiteren Öffentlichkeit zur Geltung brachte.

Die soziale Grundlage des politischen Lebens und der staatlichen Einrichtungen ist sein eigentliches Thema. Er erklärt den Staat nicht als einen Organismus oder eine Persönlichkeit aus sozialer Harmonie, sondern aus dem Streit der Interessen als eine der Formen sozialer Kontrolle. Diese politische Organisation steht voran in dem Maße, in dem der Consensus, eben die moralische Kontrolle, durch Ideale, Suggestionen, soziale Gefühle und rechtliche Formen unwirksam ist. „The subordination of the individual will and welfare is required by the scheme of control, the social constitution stereotypes differences of status; the differences in economic condition and opportunity it consecrates are great and cumulative; the parasitic relation is maintained between races, classes or sexes.“ „Ethical instruments of control will be chosen in proportion as the population is homogeneous in race; its culture is uniform and diffused; the social contacts between the elements in the population are many and amicable; the social constitution does not consecrate distinctions of status or the parasitic relation, but conforms to common elementary notions of justice²¹⁾.“ Wenn an die Stelle der natürlichen Gemeinschaften wie der Familien und Sippen künstliche Formen des Zusammenhalts treten, so soll und muß ein neues Gefühl der Gemeinschaft erwachsen und die soziale Kontrolle der Zukunft wesentlich auf der Erziehung und Öffentlichkeit beruhen. Wie *Bagehot* glaubt er an ein Zeitalter freier Diskussion, in dem „public judgment“, „public sentiment“ und „public action“ dominieren. Alle Einrichtungen, vor allem die staatlichen und rechtlichen, sind also vorläufige und nur insoweit berechtigt, als sie den

²¹⁾ „Social Control“, S. 411—412.

sozialen Wandlungen und Lagerungen entsprechen. Das Kompromiß ist das Charakteristikum der Politik und die parlamentarische Demokratie entspricht der modernen Gesellschaft mit ihrer Ablehnung der Hierarchie. Wie *Cooley* sieht er die Verbreitung der Demokratie mit ihrem Ideal menschlicher Gleichheit als die Bestimmung kommender Politik an und erklärt aus historischen Gründen die fortschreitende Demokratisierung der amerikanischen Gesellschaft. Wenn er auch die Bedrohung der Demokratie durch die Plutokratie in „*Changing America*“ schildert, so glaubt er doch an die Bildung einer amerikanischen Nation und eines Consensus. In seinem Buch: „*The Old World in the New*“ wendet er sich darum gegen die unbeschränkte Einwanderung im Sinne der „happy - go - lucky“ Einstellung und hat in eine Adresse an die amerikanische Gesellschaft für Soziologie²²⁾ auf die Geburtenkontrolle, oder wie er sagt, „controlled fecundity“ als ein Mittel zur Erhaltung des hohen Lebensstandards hingewiesen. „The mild democratic régime is now recognized as presupposing a homogeneous and enlightened population, free social intercourse, minimum interference with the individual, sanctity of the person, and equality before the law. When any of these conditions fail, the democratic forms soon become farcical²³⁾.“ Jedenfalls erscheint ihm die Gefahr der amerikanischen Demokratie, eine Farce zu werden, trotz allem Optimismus groß.

Diese ganze Anschauung beruht auf einer Sozialpsychologie, welche die Gleichförmigkeiten im Fühlen, Wollen und Glauben und sodann im Handeln verstehen will, die aus der Wechselwirkung der Menschen entstehen. Diese „Interpsychologie“, das heißt, die Einflüsse durch das „interplay of minds“ hat *Ross*, ausgehend von *Tarde*, entwickelt. „Social psychology differs from sociology proper in that the former considers planes and currents, the latter groups and structures.“ Die

²²⁾ „Publications of the American Sociological Society“, 1915, S. 1—12.

²³⁾ „Social Control“, S. 413.

Menschen werden durch ihre Interessen zur Kooperation oder in Konflikt gebracht und sie gruppieren sich, um zusammen zu wirken oder zusammen zu kämpfen. Durch diesen Kontakt werden sie sich bewußt, wie sehr ihre geistige Verfassung von ihrer sozialen Umgebung bestimmt ist, wie wenig unsere Gefühle oder Gedanken „selfmade“ sind und damit ist diese Sozialpsychologie zu einer Erklärung des sozialpsychologischen Determinismus gekommen, wie sie, gegen *Tarde: Gumpowicz, Ratzenhofer* und ihr amerikanischer Nachfolger *Small* vor ihm abgegeben haben. Auf die Gedankenfülle seiner Sozialpsychologie brauche ich hier nicht weiter eingehen, zumal sein Hauptwerk durch die deutsche Ausgabe allgemein zugänglich geworden ist.

Die Sozialpsychologie, wie sie Ross systematisiert hat, wurde in Amerika von Schülern Wundts oder Tardes begründet. Ich muß *James Mark Baldwin* (geb. 1861) neben *Stanley Hall*, als einen der führenden Psychologen, wenigstens erwähnen. Er schrieb eine genetische Psychologie in den auch deutsch erschienenen Werken: „Die Entwicklung des Geistes beim Kinde und bei der Rasse“ (1895, deutsch 1898) und „Das soziale und sittliche Leben, erklärt durch die seelische Entwicklung“ (1897, deutsch 1900), welche die Ansätze einer Sozialpsychologie enthalten. Die ältere Völkerpsychologie vertrat *D. G. Brinton* (1837—1899) mit seinem Werk „The basis of social relations“. *Tarde* hat vor allem auf *L. M. Bristol* („Social adaptation“) und *Michael M. Davis* („Psychological interpretation of society“) gewirkt. Da das vorliegende Werk die Sozialpsychologie nur nebenbei behandelt, wollte ich diese Namen nachtragen, um den Umkreis von Ross und Cooley genauer angeben zu können.

Charles Horton Cooley (geb. 1864), Professor an der Universität Michigan, ist der Sohn eines der bedeutendsten amerikanischen Juristen und ein freier und gebildeter Geist, dessen Werke auch literarisch von besonderem Werte sind. Wie *Ellwood* vermeidet er bei seiner psychologischen Erklärung des sozialen Lebens ein einziges Prinzip oder eine Universal-

formel und gibt eine philosophische Gesamtinterpretation, die weit über die Feststellungen experimenteller Psychologen und Statistiker oder sozialer Reformer hinausgeht. Seine Hauptschriften „Human nature and the social order“, „Social organization“ und „Social process“ gelten als die bestgeschriebenen sozialphilosophischen Werke.

Er geht von einer Anschauung der sozialen Entwicklung aus, wie sie ähnlich bei *Hobhouse* sich findet, und hat diese Anschauung am besten in seinen Auseinandersetzungen mit der Theorie der sozialen Verursachung von *Giddings* entwickelt. „Mind and matter, soil, climate, flora, fauna, thought, language, and institutions are aspects of a single rounded whole, one total growth. We may concentrate attention upon some one of these things, but this concentration should never go so far as to overlook the subordination of each to the whole, or to conceive one as precedent to others²⁴⁾.“ „Organisch“ heißt diese Erklärung insofern, als sie auf das Ganze gerichtet ist und alles Einzelne in seinem Zusammenhang mit dem Ganzen erklärt. Wie für *J. M. Baldwin* ist in *Cooleys* Sozialpsychologie Individuum und Gemeinschaft untrennbar verbunden und komplementär; das Problem der Interaktion von Gesellschaft und Individuum bildet den Hauptgegenstand seiner Sozialphilosophie. „Organisch“ ist aber auch die Auffassung eines natürlichen Wachstums der Beziehungen von Individuum und Gesellschaft. „Both consciously and unconsciously the larger mind is continually building itself up into wholes — fashions, traditions, institutions, tendencies, and the like — which spread and diversify like the branches of a tree and so generate an ever higher and more various structure of differentiated thought and symbols. The immediate motor and guide of this growth is interest and wherever that points social structure comes into being, as a picture grows where the artist moves his pencil . . . Social organization is nothing less than this variegation of life, taken in the widest sense

²⁴⁾ „Publications of the American Economic Association“, Third Series, Bd. V, Nr. 2, S. 185.

possible. It should not be conceived as the product merely of definite and utilitarian purpose, but as the expression of conscious and subconscious tendency, the slow crystallization in many forms and colors of the life of the human spirit²⁵).“ Cooley erklärt in seinem Hauptwerke: „Social Organization“, die Sozialisierung des Individuums in den natürlichen Familien- und Ortsgruppen auf Grund des Gemeinwillens; in ihnen komme das Ideal der Wahrheit und Gerechtigkeit, Loyalität und Dienstbarkeit durch die moralische Gemeinschaft zur Geltung. Er prüft die durch Verkehr entstandene Dissolution und Desorganisation der Übergangszeit, um in der modernen Demokratie Versuch und Erfolg einer Ausdehnung dieser Gemeinschaft, des Gemeinwillens und der sozialen Ideale zu finden. Da in vorliegendem Text wenig auf seine charakteristische Erklärung der Demokratie eingegangen ist, möchte ich auf diesen typischen amerikanischen Idealismus und Optimismus näher eingehen.

Wenn er meint, daß die Welt sich demokratisiert, so bedeutet Demokratie nicht die verfassungsmäßige Form, wie überhaupt die außergesetzlichen Erscheinungen des politischen Lebens den Ausschlag geben; Demokratie ist mehr ein geistiges Prinzip als ein politischer Typus, nämlich das Prinzip, die ursprünglichen Gemeinschaftsideale auf die großen Nationalstaaten auszudehnen. Gegen die Kritiker der Volksoder, wie sie sagen, Massenherrschaft, wie Lecky oder Lebon, die in der Demokratie ein Problem der Psychopathologie der Massen oder der Psychologie der Mittelmäßigkeit sehen, behauptet Cooley, daß in ihr die Garantie für eine freie und unabhängige Wahl von sachverständigen Führern gegeben sei. Nicht die „unverantwortliche Masse“ entscheidet. Auch wird mit zunehmender Bildung und Erziehung der Gemeinwille zu einer „deliberate self-direction of any social group“.

Der Staat ist nicht die einzige Ordnung auf Grund des Gemeinwillens. „The true will of humanity never has been and

²⁵) „Social organization“, S. 21—22. Ähnlich E. C. Hayes: „Introduction to the study of sociology“, (1915).

is not likely to be concentrated in a single agent, but works itself out through many instruments, and the unity we need is something much more intricate and flexible than could be secured through the state alone. Like other phases of organization, government is merely one way of doing things, fitted by its character for doing some things and unfitted for doing others²⁶).“

Die Tätigkeit der Regierung ist völlig abhängig von dem sozialen Prozeß, je demokratischer die Regierung, desto dezentralisierter, lokaler, denn in der Gemeinde ist Selbstregierung möglich und kann der Gemeinwille durchdringen. Wenn der Sozialismus verwirklicht werden kann, so nur in der Form des munizipalen Sozialismus, meint *Cooley*. Alles kommt auf die öffentliche Meinung an, die nicht die Summe oder ein Durchschnitt individueller Meinungen, sondern eine latente Autorität und effektive Organisation des „preponderant feeling“ ist. Seine Idealisierung der öffentlichen Meinung als Gemeinwille im allgemeinen oder im speziellen, der Nation oder der Klasse oder des Berufsstandes, steht im schärfsten Widerspruch zu der von *Barnes* ausführlich dargelegten Kritik *Walter Lippmanns*. Wie die lokalen Gemeinschaften den nationalen Staat begründen, so sollen die Nationen eine internationale Ordnung und Einheit bilden. „The logical outcome is an organic international life, in which each nation and each national patriotism will be united, but not lost, as individuals are united in an intimate group. Our national individuality will subsist, but will derive its guidance and meaning from its relation to the common whole, finding its ambition, emulation and honour in serving that, as the boy does in the play group or a soldier in his regiment²⁷).“ *Cooley* erscheint neben *Ross* als Prototyp amerikanischer Bildung, sozialer Ideale und demokratischer Politik.

Charles Abram Ellwood (geb. 1873), Professor in Missouri, ist neben *Cooley* der hervorragendste Vertreter einer psycho-

²⁶) „Social Organization“, S. 403.

²⁷) „Social Process“, S. 265.

logischen Soziologie, und zwar einer psychologischen Erklärung, die nicht einseitig von Nachahmung oder Zwang, Sympathie oder Antagonismus der Einzelnen oder Gruppen ausgeht, sondern ein Gesamtbild geben will. *Ellwood* hat vielleicht am erfolgreichsten eine Synthese der verschiedenen, vor allem amerikanischen, psychologischen Beiträge zur Soziologie versucht und ihre Systematisierung soweit durchgeführt, daß seine neueren Werke den Charakter von Lehrbüchern haben. Seine Dissertation: „Some Prolegomena to social psychology“ ist eigentlich in seinem bedeutendsten Werke „Sociology in its psychological aspects“ nur durchgeführt worden und seine „Introduction to social psychology“, eine Studie über die Beziehungen zwischen Psychologie und Sozialtheorie, sowie sein neuestes umfassendes Werk: „The Psychology of human society“, eine Einführung in die Soziologie, sind wohl die besten, für die neuere amerikanische Sozialpsychologie kennzeichnenden Werke. Da seine Psychologie der menschlichen Gesellschaft, die ein Lehrbuch der Sozialpsychologie ist, wie wir es nicht besitzen, in Kürze (von *Stoltenberg* in meiner Bibliothek für Soziologie und Politik übersetzt und eingeleitet) erscheint, beschränke ich mich darauf, in wenigen Worten seinen Ausgangspunkt anzugeben und möchte nur einiges über seine Erklärung von Soziologie und politischer Wissenschaft hinzufügen.

„Mental interaction“ ist das Charakteristikum der Gesellschaft, deren Grundlage in der „co-ordination or co-adaptation of the activities of individuals“ liegt. Das Verhältnis der Individuen zueinander und zwischen Individuum und Gruppe ist sein eigentliches Thema, dazu tritt das Verhältnis der Gruppe zu ihrer Umgebung und die Ausbildung der Mittel zur Vervollkommnung des sozialen Lebens. „The modes of co-ordinated activity which are successful become consciously accepted and sanctioned and grow up into folkways, customs and institutions. Such are industry, government, law, religion, morality and education²⁸⁾.“ Wenn es sich auch darum han-

²⁸⁾ „Sociology in its psychological aspects“, Preface, S. IX—X.

delt, die eigentlich nichtpolitischen Aspekte der Vergesellschaftung darzustellen, so wird doch auch der Staat berücksichtigt, und zwar als eine spezielle Form der Autorität. Der Ursprung der Autorität und Subordination, der sozialen Kontrolle und Organisation wird allgemein, da der Staat nur eine der höchst organisierten Formen menschlicher Vergesellschaftung ist, in der Sozialpsychologie behandelt.

Der Staat ist als Erscheinung des Krieges begriffen. „The state arises when there comes, through the exigencies of war, a need for a better co-ordination of the members of social groups. The government is, thus, not the source of law, but an improvement in the means of enforcing law²⁰).“ Im gesellschaftlichen Kampf ums Dasein ist Gesetz und Recht entscheidend, die auf „custom“ beruhen und dem Staate vorhergehen. Der Staat kann und darf nicht die Gesellschaft als einziges „regulating organ“ bestimmen, wie er gegen die Sozialisten sagt, und ist nicht imstande, die soziale Kontrolle zu ersetzen, wie sie durch Religion, Moral und Erziehung wirksam wird. Die staatliche Kontrolle ist dem gegenüber primitiv und in dem komplexen sozialen Leben ein inadäquates Mittel, das der Unterstützung vor allem der Religion bedarf.

„The result of a functional sociology is, therefore, to perceive the impossibility of understanding or interpreting the social life of man from the standpoint of any single mental element such as instinct, imitation, sympathy, feeling, desire, or intellect, or from the standpoint of any specialism such as geography, ethnology, economics, or political science. Only the standpoint of a collective life-process developing within itself the instruments for its own maintenance and perfectioning, is capable of furnishing a synthetic view of the social life.“ Aber gerade unter dem Gesichtspunkt einer Erhaltung und Vervollkommnung des sozialen Lebens erscheinen Staat und Recht in der sozialen Entwicklung von immer größerer Bedeutung. Sozialer Zwang wird zunehmend nötig, vor allem um die Probleme des Pauperismus und der Emigration, die

²⁰) Ibid., S. 184.

Konflikte des städtischen und des Familienlebens zu regeln³⁰⁾.

In der Demokratie ist die Anwendung der Zwangsmittel eben an die allgemeine Zustimmung gebunden und ihre Wirksamkeit bloß durch Erziehung und aufgeklärte öffentliche Meinung ermöglicht. Nur ein Minimum wird erreicht, denn die Zwangs- und Kontrollmittel stellen keineswegs das soziale Ideal dar. Die öffentliche Meinung „a more or less rational collective judgment formed by the action and reaction of many individual opinions upon one another³¹⁾“, ist in freien Gesellschaften der Inbegriff der durch „custom“ und „education“ effektiven sozialen Kontrolle. Ihre Bildung muß darum, vor allem in der Presse, beaufsichtigt werden. Der Fortschritt des sozialen Lebens, wie er durch freie und öffentliche Diskussion bestimmt ist, wird durch Autokratie, Dogmatismus, Rassen- und Kastensysteme behindert. „It is worth for a society to know that by encouraging intelligent public criticism, free discussion, and free thought about social conditions and institutions, by keeping itself adaptable, flexible, alert for betterment, it is pursuing the surest way to avoid future disaster³²⁾.“ Da das Problem der Revolution eine besondere Rolle spielt, der antisoziale Standpunkt der Profitwirtschaft und die abnorme Auflösung der politischen Ordnung durch den Weltkrieg ihn erschüttern, so ist es sein Hauptbestreben, gegen diese „pagan principles of power and self-interest“ die Religion als soziale Macht wiederherzustellen. Nur ein soziales Christentum kann die Ideale des Friedens und der Brüderlichkeit in Staat, Kultur und Weltwirtschaft wieder zur Geltung bringen und Militarismus wie Revolutionarismus mit ihren katastrophalen Folgen zurückdrängen. Diese Identifikation von sozial und christlich, von antisozial und heidnisch, bestimmen seine auch ins Deutsche übertragenen Werke: „Zur Erneuerung der Religion“ und „Unsere Kulturkrise“. Seine Methode ist nicht etwa ein Supernaturalismus auf evo-

³⁰⁾ „Sociology and modern social problems“, 1919.

³¹⁾ „Sociology in its psychological aspects“, S. 334.

³²⁾ „Sociology“, S. 168.

lutionistischer Grundlage wie bei *Benjamin Kidd*, einem Nachfolger *Spencers*, der die soziale Macht der Religion als idealem Faktor besonders hervorgehoben hat, sondern ein freies und soziales Christentum, das einer übernationalen Organisation der Menschheit dienen und die Ausartungen des Sozialismus wie des Kapitalismus durch die Predigt der Brüderlichkeit verhindern soll. Der fortschrittliche und sozial gerichtete Geist dieses Christentums, das in manchem an den Saint-Simonismus erinnert, soll die Möglichkeit einer sozialen Moral ergeben, welche allein eine soziale Ordnung gewährleisten sollte. —

William Isaac Thomas (geb. 1863), von der Universität Chicago, gilt als einer der originellsten amerikanischen Soziologen der psychologischen Richtung. Leider sind seine systematischen Darlegungen auf Universitätsvorlesungen beschränkt und bisher nicht im Druck erschienen. Auf dem wissenschaftlichen Kongreß in St. Louis 1904 hat er sich allgemein über das Gebiet der Sozialpsychologie geäußert, über die Wechselwirkung zwischen dem Bewußtsein des Individuums und der Gesellschaft sowie den Erfolg der Wechselwirkung auf das Bewußtsein des Individuums einerseits und die Gesellschaft anderseits. Die Sozialpsychologie beruht also auf der Individualpsychologie, und ihre Probleme sind zum Beispiel die Entstehung von Bewußtseinszuständen, das Auftreten großer Persönlichkeiten, der Vergleich der Bewußtseinszustände verschiedener Gruppen, Klassen oder Epochen. In diesem Sinne ist auch sein Buch: „*Sex and Society*“ (1907) geschrieben und hat er eine gute Materialsammlung über Kultur und soziales Leben der Primitiven: „*Sourcebook for social origins*“ (1909) veröffentlicht. Die Analyse der soziopsychologischen Faktoren ist am besten durchgeführt in dem fünfbändigen Werk, das er mit dem polnischen Gelehrten *Florian Znaniecki* herausgab: „*The Polish Peasant in Europe and America*“ (1918—1921).

Dieses Werk ist vielleicht eine der bemerkenswertesten amerikanischen Beiträge zur Methodologie der soziologischen

Forschung. Er bestimmt eine „Science of attitudes in reference to object-values“. „By a social value we understand any datum having an empirical content accessible to the members of some social group and a meaning with regard to which it is or may be an object of activity. Thus, a foodstuff, an instrument, a coin, a piece of poetry, a university, a myth, a scientific theory, are social values . . . By attitude we understand a process of individual consciousness which determines real or possible activity of the individual in the social world . . . The attitude is thus the individual counterpart of the social value; activity, in whatever form, is the bond between them³³⁾.“ Es handelt sich also um die subjektive Seite der sozialen Kultur, das Interesse ist auf „fundamental cultural attitudes within concrete societies“ gerichtet, die Forschung bestimmt „those rules of behavior which concern more especially the active relations between individual members of the group and between each member and the group as a whole. It is these rules, indeed, manifestes as mores, laws, and group ideals and systematized in such institutions as the family, the tribe, the community, the free association, the state, etc. which constitute the central part of social organization and provide through this organization the essential conditions of the existence of a group as a distinct cultural entity and not a mere agglomeration of individuals; and hence all other rules which a given group may develop and treat as obligatory have a secondary sociological importance as compared with these³⁴⁾“. Infolge der Verbindung der sozialen Beziehungen und der geistigen Betätigungen ist also Kultur und Gesellschaft das Thema seiner Sozialpsychologie, die psychologisch mit *Deweys* „Instrumentalismus“ und überhaupt dem Behaviorismus zusammenhängt und in der die Einwirkung der Freudschen Analyse der Triebmechanik eine Rolle spielt. Der Versuch, eine funktional dynamische Psychologie des sozialen Menschen mit einer Erklärung der sozialen

³³⁾ „Polish Peasant“, I, S. 21.

³⁴⁾ Ibid., S. 34—35.

Bestimmtheit der Kultur zu verbinden, hat diese Kulturtheorie, vor allem in der Auseinandersetzung mit der Anthropologenschule von *Boas*, hervortreten lassen. Die Ausgestaltung seiner „nomothetischen“ Soziologie, seine Lehre von den Trieben als Motiven und den Kulturfaktoren können wir, solange seine Vorlesungen unveröffentlicht sind, nicht beurteilen. —

Wenn ich zum Schlusse auf bedeutsame Werke der amerikanischen Sozialpsychologie aufmerksam machen möchte, so erhebe ich nicht den Anspruch auf Vollständigkeit. Ich kann vor allem nicht auf die verschiedenen Formen des sehr einflußreichen „Behaviorismus“ eingehen³⁵⁾ und nur die Namen und Titel angeben: *J. Watson* („Behavior“), *J. Dewey* („Human nature and conduct“) und *E. L. Thorndike* („Educational psychology“). *Floyd Henry Allport* hat auf behavioristischer Grundlage eine Sozialpsychologie geschaffen, aber auch *Ellwood* und *Bogardus* sind von dieser Richtung beeinflusst.

Neben *Ellwood* und *Ross* ist als einer der ersten Systematiker der Sozialpsychologie *Emory Bogardus* zu nennen. Er ist Professor der Universität von Südkalifornien und Mitherausgeber des „Journal of Applied Sociology“. Sein erstes Werk ist ein „Textbook“: „Essentials of Social Psychology“ (1916), das von der Individualpsychologie ausgeht und in seinen „Fundamentals of social psychology“ (1924), das *Ross* gewidmet ist, bedeutend weiterentwickelt ist und von der menschlichen Natur, von Reiz und Reaktion, „behavior attitudes“ und „values“, wie *Thomas* und *Ellwood*, handelt.

Einen Versuch zur Entwicklung der Sozialpsychologie unternimmt *James Mickel Williams*, der zwei Bände seiner auf sechs Bände berechneten Grundlagen herausgebracht hat: „Foundations of social science“ (1920) und „The Principles of social psychology“ (1922). Er behandelt Gebiet und Methoden, Beziehungen und Abgrenzungen zu anderen Wissenschaften

³⁵⁾ Vergl. *J. Watson*: „Origins of behaviorism“, „Archiv für Phil. u. Soziol.“, Bd. XXXI, 1927.

und erklärt die Sozialpsychologie als die Wissenschaft von den Motiven des Verhaltens in sozialen Beziehungen stehender Menschen. Der zweite Band, welcher die Interessenkonflikte behandelt, ist außerordentlich instruktiv, vor allem durch seine induktive Methode, die an Stelle ethnologischen Materials die Dokumente der heutigen wirtschaftlichen, beruflichen, erzieherischen, politischen und kulturellen Beziehungen nimmt (Zeitungen und Berichte, Gerichtsentscheidungen und Tarifkommissionen).

Das Werk von *Robert H. Gault*: „Social Psychology. The basis of behavior called social“ (1923) ist nicht eigentlich behavioristisch. Er nimmt „behavior“ im Sinne von „adjustment“, von Anpassung an die Umgebung, und behandelt ganz empirisch die Wandlungen der nicht durch unveränderliche Instinkte zu erklärenden Menschennatur³⁶). Das Bewußtsein der sozialen Einheit, wie sie sich durch das Zusammenwirken verschiedener Motive und Lagen ergibt, dieses Bewußtsein ist ein Teil des individuellen Bewußtseins und mehr als das bloße Gattungsbewußtsein. Damit entspricht diese Theorie unserer eigenen Sozialpsychologie, wie sie *F. Oppenheimer* in seiner Erklärung des Individual- und Kollektivbewußtseins gegeben hat.

Im Gegensatz zu *L. L. Bernards* „Instinct“ (1924) oder *W. Trotters* „Instincts of the herd in peace and war“ (1919), *O. Teads* „Instincts in industry“ (1918), wie zu *MacDougall*, steht *Knight Dunlap* („Social psychology“, 1925), der das Hauptgewicht auf die Begierden („desires“) legt und die Instinkte bloß als Klassifikationsprinzipien gelten läßt; auch *C. C. Josey*: „The social philosophy of instinct“ (1922) ist eine Kritik der Instinktpsychologie und *S. R. Kantor* versucht gar von den „Institutionen“, also von der Kulturmgebung aus, die ursprüngliche Menschennatur in ihren Wandlungen zu erklären.

³⁶) Die Instinktlehre *MacDougalls*, der Nachfolger von *James* geworden ist, ist in Amerika auch von *W. K. Wright* kritisiert worden. Siehe „Journal of Phil.“, 18 (1921).

Auf das bedeutende Werk von *William Fielding Ogburn*: „Social change“ (1923) will ich hinweisen, weil es durch die Verbindung von *Graham Wallas*' Idee der „sozialen Erbschaft“, der Kulturerklärung der Schule von *Boas* und der Psychosenerklärung der modernen Gesellschaft im Anschluß an *Freud* besonders interessant ist, und wie *A. G. Tansley* in seiner auch deutsch erschienenen „Neuen Psychologie“ die Einwirkung der Psychoanalyse auf die Sozialtheorie zeigt.

Eine physikalische Erklärung der Gesellschaft gibt *N. L. Sims* („Society and its surplus“, 1924) wie auch *J. N. Carver* („Economy of human energy, 1924). Die beste biologische Soziologie stellt das Werk von *F. A. Bushee*: „Principles of sociology“ (1923) dar.

Ich möchte zum Schlusse hinweisen auf die Darstellung der Soziologie von *Frank Hamilton Hankins* in dem von *Barnes* herausgegebenen Sammelwerk: „The history and prospects of the social sciences“, weil *Hankins* mit größtmöglicher Vollständigkeit, wenigstens für die angelsächsische Literatur, und in guter Ordnung die Entwicklung der soziologischen Forschung in der Bestimmung der geographischen, ethnischen, biologischen, historischen Faktoren des sozialen Prozesses darstellt und damit eine wertvolle Ergänzung des vorliegenden Buches für unsere Kenntnis der ausländischen Literatur an die Hand gibt. Ich selbst hoffe zur besseren Kenntnis der reichen soziologischen Forschung Amerikas beigetragen zu haben und die Beschäftigung mit dieser Literatur durch diese Ausgabe einer Übersicht über die politische Soziologie anregen zu können.

Frankfurt a. M., November 1926.

Gottfried Salomon.

VORWORT

Im Jahre 1915 unternahm es der Verfasser, auf Anregung von *William A. Dunning* und *Franklin H. Giddings* von der Columbia-Universität für eine Dissertation die „Beiträge der Soziologie zur modernen Staatstheorie“ zu sammeln und zusammenzustellen. Die Arbeit war vor Ende des Jahres 1917 bereits vollständig fertig, aber die Kosten der Veröffentlichung verzögerten ihr Erscheinen. Durch die Freundlichkeit und bereitwillige Mitarbeit einer Reihe von Herausgebern wissenschaftlicher Zeitschriften, vor allem der Herausgeber des „*American Journal of Sociology*“ und der englischen „*Sociological Review*“ konnte er fast das gesamte Material in Form einer Reihe von selbständigen Aufsätzen veröffentlichen. Während diese Aufsätze erschienen, schlug Professor *Dunning* vor, der Verfasser solle die Arbeit, die eine Übersicht über die Meinungen der einzelnen Soziologen gab, in einer gedrängten und umgearbeiteten Form veröffentlichen und damit eine objektive Behandlung des Problems und eine knapp gefaßte Darstellung der wichtigsten soziologischen Beiträge zu den Hauptproblemen der Staatstheorie und der Staatskunst geben. Das vorliegende Buch stellt das Ergebnis dieses Planes dar.

Um jedes Mißverständnis über den Zweck dieses Buches auszuschließen, möchte ich von vornherein bemerken, daß es nicht den Versuch macht, eine selbständige und einheitliche soziologische Staatstheorie aufzustellen. Es verfolgt lediglich den Zweck, den Leser mit den bedeutendsten und typischsten soziologischen Lehren bekanntzumachen, die mit den wichtigeren Problemen der Staatswissenschaft zusammenhängen, und durch reichliche Anmerkungen darauf hinzuweisen, wo man sich über irgend einen anregenden Gedanken vollständiger orientieren kann. Ob dieses Buch seinen Zweck erfüllt

und einige Bedeutung beanspruchen kann, darf man nur danach beurteilen, ob es dem Verfasser gelungen ist, die vielen und vielfältigen soziologischen Lehren innerhalb des ausgewählten Gebietes sinnvoll zusammenzustellen und richtig wiederzugeben. Daß bei den Soziologen über fast alle wichtigeren Fragen große Meinungsverschiedenheiten bestehen, war ohne weiteres zu erwarten. In dieser Hinsicht unterscheiden sie sich nicht von Historikern, Nationalökonomern, Rechtswissenschaftlern, Philosophen und Moralisten. Aus der Verschiedenheit der Gesichtspunkte ergeben sich aber mannigfache Anregungen und Deutungen. Der Verfasser ist nicht des Glaubens, daß die Soziologen die Weisheit und die Vernunft in bezug auf den Staat monopolisiert haben, aber er glaubt in der Tat, daß die Soziologen im letzten Jahrhundert fast zu jedem Problem der Staatstheorie außerordentlich wichtige Beiträge geleistet haben, und daß kein gewissenhafter Staatswissenschaftler an dem Material und der Methode dieser Beiträge vorübergehen kann. Obgleich dieses Buch vor allem als eine Einführung in die Literatur über die soziologischen Staatstheorien gedacht ist, soll es auch als kurze Übersicht über die soziologischen Ideen dienen, die mehr von einem objektiven als von einem subjektiven Gesichtspunkt aus dargestellt sind.

Der Verfasser möchte gleichzeitig den vielen Gelehrten von der staatswissenschaftlichen Fakultät seinen Dank aussprechen, die ihn bei der Durchführung seiner sozialwissenschaftlichen und staatsrechtlichen Untersuchungen unterstützt und ermutigt haben. Dieser Dank richtet sich ganz besonders an die Professoren *Franklin H. Giddings* und *William A. Dunning* von der Columbia-Universität; *Albion W. Small* und *Charles E. Merriam* von der Universität Chicago; *Arthur N. Holcombe* und *William E. Hocking* von der Harvard-Universität; *Charles A. Beard* und *Alexander A. Goldenweiser* von der New School of Social Research; *Edgar Dawson* vom Hunter College; *Charles A. Ellwood* von der Universität Missouri; *Raymond G. Gettel* von der Universität California und *Ludwig Stein* von der Berner Universität. Daneben gibt es jedoch

kaum einen bedeutenden Soziologen dieses Landes, der nicht auf diese oder jene Weise ein warmes Interesse an dem behandelten Gegenstand bekundet und bereitwillig seine Hilfe zur Verfügung gestellt hätte, so oft er darum angegangen wurde. Es gewährt dem Verfasser eine besondere Befriedigung, daß seine Untersuchungen auf diesem Gebiete vor dem tief beklagten Tode Professor *Dunnings* vollendet waren und noch von seiner freundlichen, aber strengen Kritik profitieren konnten. Ich kann die ganz unzureichende Aufzählung meiner Dankesschuld an meine Kollegen und Lehrer nicht abschließen, ohne die Namen zweier Männer zu erwähnen, die weit mehr als alle anderen zu meiner historischen Orientierung und zur Erweckung meines Interesses an der Geistesgeschichte beigetragen haben — *James Thomson Shotwell* und *James Harvey Robinson*. *H. E. Barnes.*

Erstes Kapitel.

DIE ENTWICKLUNG DER SOZIOLOGISCHEN ORIENTIERUNG IN DER STAATSTHEORIE.

Wie bedeutungsvoll die soziologischen Begriffe für die Staatswissenschaften sind, zeigt am besten die kurze Zusammenstellung jener Ansichten über die Hauptprobleme der Staatswissenschaften, aus denen ihre vorwiegend soziologische Grundlage und soziologische Einstellung deutlich hervorgeht¹). Man betrachtet den *Staat* heute nicht mehr als „einzigartige, abgeschlossene, im leeren Raum befindliche Entität“, um *Coles*²) Ausdruck zu gebrauchen, noch nach der *Hegelschen* Terminologie als „Verkörperung des objektiven Geistes“ oder „absoluten Selbstzweck“, sondern viel eher als eine künstlich geschaffene Gesellschaftsform oder Zweckvereinigung, nach der Art vieler anderer funktioneller Organisationen in der modernen Gesellschaft³). Manche neueren Schriftsteller bezweifeln sogar, ob man den Staat mit Recht dadurch von anderen Organisationen unterscheiden kann, daß man ihn als die einzige Organisation hinstellt, die über Zwangsgewalt verfügt⁴). Die meisten Staatsrechtler von heute sehen im Staat vorwiegend einen

¹) Kurze Übersichten über Wesen und Entwicklung der Soziologie, die dieses Buch ergänzen und Lesern, die mit der soziologischen Literatur nicht vertraut sind, die Orientierung erleichtern, findet man im „*American Journal of Sociology*“, Bd. X, S. 146 ff. und Bd. XXIII, S. 174 ff. Siehe auch *Giddings*, „*Sociology: a Lecture*“, *Ross*, „*Foundations of Sociology*“, S. 256—352; *Small*, „*Sociology*“ in „*Encyclopedia Americana*“; *Tenney*, „*Some Recent Advances in Sociology*“ im „*Political Science Quarterly*“, Bd. XXV, S. 500—522.

²) „*Social Theory*“, S. 81.

³) Vergl. *Duguit*, „*Law in the Modern State*“; *Follett*, „*The New State*“; *MacIver*, „*Community: a Sociological Study*“.

⁴) Siehe *Cole*, op. cit.; ebenso *Laski*, „*Studies in the Problem of Sovereignty*“.

Schiedsrichter, der mit dem Mindestmaß von Zwang arbeitet, das notwendig ist, um den Streit der verschiedenen „Interessengruppen“ innerhalb der Gesellschaft in friedlichen und gesetzlichen Bahnen zu halten, — wobei er sich streng an die Spielregeln hält, welche den Konflikt der sozialen Gruppen und Klassen leiten⁵⁾). Dagegen sehen einige Sozialisten seinen Zweck vornehmlich in der Wahrnehmung der Rechte der Staatsbürger in ihrer Eigenschaft als Konsumenten, wollen aber die volle Kontrolle über die Produktionstätigkeit der Gesellschaft anderen funktionellen Organisationen überantworten⁶⁾). Selbst die eifrigsten Verfechter der Staatseinmischung geben zu, daß der Staat zwar ein mächtiges Instrument zur Förderung des Allgemeinwohles und sozialen Fortschrittes sei, daß er es aber nur insoweit sein kann, als er sich auf soziologische Gesetze und auf eine genaue Kenntnis der sozial wirksamen Kräfte stützt⁷⁾). Man glaubt heute auch nicht mehr, daß der Staat von Anbeginn der Geschichte an existiert habe; vielmehr ist man allgemein zu der Einsicht gelangt, daß mehr als neun Zehntel der historischen Entwicklung bereits verstrichen waren, als der Staat sich entwickelte. Wir müssen daher die wirklichen Anfänge des Staates, sowohl seiner Struktur als seiner Gestaltung, auf die menschliche Natur zurückführen, wie sie durch die soziale Entwicklung geworden ist. Daraus folgt notwendig die Auffassung, daß sich der Staat als eine gesellschaftliche Einrichtung entwickelt hat, die man schrittweise, wenn auch unvollkommen, den Bedürfnissen einer sich fortentwickelnden Gesellschaft angepaßt hat.

Das führte auch zu einer veränderten Auffassung über das gegenseitige Verhältnis von *Gesellschaft, Staat und Regierung*. Die sogenannte „Gesellschaftshypothese“ hat heute nahezu auf der ganzen Linie gesiegt⁸⁾). Die Gesellschaft gilt als die

⁵⁾ Siehe Bentley, „The Process of Government“; Ratzenhofer, „Wesen und Zweck der Politik“; Small, „General Sociology“.

⁶⁾ Siehe Cole, op cit.; Carpenter, „Guild Socialism“.

⁷⁾ Siehe Ward, „Dynamic Sociology“; Hobhouse, „Social Evolution and Political Theory“; Giddings, „The Responsible State“.

⁸⁾ Selbst Ford gibt dies zu, wenn er auch nichts von der soziologi-

Grundlage, auf der sich der Staat als besonderes Organ oder als Machtapparat entwickelt hat. Die Regierung steht zum Staat im Verhältnis eines Beauftragten, der für seinen Vorgesetzten handelt. Viele neuere Theoretiker behaupten, daß eine erhebliche Anzahl konkreter Regierungsfunktionen mit der Zeit dem Machtbereich des Staates entzogen und verschiedenen besonderen Gemeinschaften und funktionellen Vereinigungen unterstellt werden würden, wobei man am häufigsten und nachdrücklichsten auf die Genossenschaften und Gewerkschaften hinweist⁹⁾).

Was die *Regierungsform* anbelangt, die der Gesellschaft am besten entspricht, so herrscht eine relativierende Auffassung vor, das heißt, es gibt keine absolut „beste“ Regierungsform. Die wünschenswerte Regierungsform ist die, welche den Bedürfnissen einer bestehenden Gesellschaft zu einer gegebenen Zeit am besten angepaßt ist. Ungewöhnliche Verhältnisse, besonders Krisen, wie der Krieg, werden Veränderungen in der Stellung und Machtausübung der Regierung zur Folge haben, die selbst ohne ausdrückliche Änderung der Rechtsform in Wirklichkeit eine grundsätzliche, wenn auch nur zeitliche, Umwandlung des Staatstypus bedeuten. Mit anderen Worten, die sozialen Verhältnisse bestimmen nicht bloß den normalen und vorherrschenden Staatstypus, sondern verursachen zu Zeiten auch revolutionäre Umgestaltungen, um dem Druck außerordentlicher Umstände oder Ereignisse zu begegnen¹⁰⁾). Obzwar man heute allgemein der Meinung ist, daß die Demokratie den Bedürfnissen der gegenwärtigen Gesellschaft am besten entspricht, so ist sie doch kein religiöses Dogma, sondern gilt nur als die vermutlich wenigstens unvollkommene unter den möglichen Formen politischer Herrschaft.

schen Analyse wissen will, die diese Hypothese bestimmt hat; siehe „The Natural History of the State“, S. 146—149.

⁹⁾ Vergl. die angeführten Werke von *Cole, Laski, MacIver, Follett*; ferner *Geddes* und *Branford*, „The Coming Polity“.

¹⁰⁾ Vergl. *Giddings*, „The Responsible State“ und sein „Pluralistic Behavior“ im „American Journal of Sociology“, Bd. XXV, S. 385—404, 539—561.

Demokratie bedeutet aber weit mehr als die bloße Verleihung des allgemeinen Wahlrechtes; sie setzt auch eine besondere Gesellschaftsstruktur, einen besonderen Staatstypus und Regierungsmechanismus voraus. Ob sie als letztes Entwicklungsstadium der politischen Organisation gelten darf, ist noch keineswegs erwiesen. Ihr Erfolg hängt von dem Vorhandensein gewisser wesentlicher physisch-psychischer und kultureller Bedingungen innerhalb der Gesellschaft ab, in der sie eingeführt ist. In der Tat haben auch einige, keineswegs reaktionäre, kritische Autoren ihre wesentlichste Prämisse, die all ihren Annahmen und Maßnahmen zugrunde liegt, angezweifelt, nämlich die grundsätzliche Gleichheit aller Menschen, und gemeint, die Demokratie würde als erfolg- und aussichtsloses, diskreditiertes politisches Experiment verschwinden, sobald wir erst wirksamere Mittel zur besseren Auswahl einer tüchtigen Führerschaft besitzen, als uns bis heute zu Gebote stehen¹¹⁾. In der politischen Organisation sieht man heute ein organisches Ganzes und nicht bloß ein Nebeneinander von widerstreitenden kleineren und größeren Teilen, die durch ein ungeheuer kompliziertes Kontrollsystem gegeneinander ausbalanciert sind. *Montesquieus* ehrwürdige Theorie mußte vor der theoretischen Kritik und dem praktischen Experiment zurückweichen und erscheint uns heute nur noch als historischer Irrtum und als monströser, anachronistischer Verwaltungsvorschlag¹²⁾.

Die *Souveränität* des Staates gilt nicht als metaphysischen Ursprungs; sie wird aus dem gesellschaftlichen Zwang erklärt, der auf verschiedene Weise zur Stärkung der bestehenden Gesetze und Einrichtungen und zur Unterstützung der Staatsexekutive ausgeübt wird, und der weit mehr auf Gewohnheit und Tradition als auf vernünftiger Erkenntnis oder allgemeiner Billigung beruht. Die ihr zugeschriebenen Eigen-

¹¹⁾ Vergl. *Faguet*, „Le Culte de l'Incompétence“; *MacDougall*, „Is America Safe for Democracy?“

¹²⁾ Vergl. *Goodnow*, „Politics and Administration“; *Powell*, „The Separation of Powers“ im „Political Science Quarterly“, Bd. XVII—XXVIII; *Ford*, „Rise and Growth of American Politics“.

schaften der Ursprünglichkeit, Universalität, Absolutheit und Unumschränktheit haben sich vor der Kritik längst verflüchtigt, heute wird sogar ihre Unteilbarkeit angefochten¹³⁾. Andere bezweifeln ihre Realität und behaupten, daß nichts anderes postuliert werden oder existieren könne als eine politische Autorität und Autonomie, die durch die gegenseitige Abhängigkeit der Nationalstaaten scharf abgegrenzt sein müsse. Sie bezweifeln überdies, ob sich bei den immer wechselnden Verflechtungen des gesellschaftlichen Lebens überhaupt eine bestimmte und dauernde politische Oberhoheit abgrenzen läßt. Kurz, das ganze Problem der Souveränität erfordert eine umfassende soziologische und psychologische Analyse und nicht bloß eine formallogische Untersuchung durch die Rechtsgelehrten.

In bezug auf den *Freiheitsbegriff* sind die Staatswissenschaftler der Meinung, daß er zwar für den Zweck einer vorläufigen Definition als rechtlich feststehend, umschrieben und abgegrenzt betrachtet werden könne, daß aber soziale Kräfte, die die Billigung oder Mißbilligung von sozialen Gruppen ausdrücken, von viel vitalerer Bedeutung sind als formale gesetzliche Bestimmungen. Mit anderen Worten: Sitte, Erziehung und Klassen- oder Standesbewußtsein haben weit mehr Einfluß auf die wichtigsten Formen menschlichen Verhaltens als die formalen Gebote oder Verbote des Staates. Vermutlich ist nur der zehnte Teil aller Hemmungen im täglichen Verhalten des einzelnen, die in der Praxis die persönliche Freiheit in Schranken halten, der Erfolg gesetzlicher Vorschriften. Darüber hinaus haben wir noch die bedeutsame Tatsache zu verzeichnen, auf die *Roscoe Pound* nachdrücklich hingewiesen hat, daß jedes einschneidende Gesetz ein Produkt der Gesellschaft ist, geschaffen durch gesellschaftliche Interessen und nur dann allgemein befolgt, wenn es die öffentliche Meinung hinter sich hat. Ähnlich hat man auch die individuellen Rechte vom sozialen Gesichtspunkt aus geprüft. Die Sozialwissenschaft kennt kein abstraktes, isoliertes

¹³⁾ Vergl. die angeführten Werke von *Laski*, *Duguit* und *Cole*.

Individuum; die individuellen Rechte werden nicht als metaphysische Wesenheiten erklärt. Sie sind lediglich konkrete Forderungen auf Rechte oder anerkannte Handlungen, die für das ordnungsmäßige und wirksame Funktionieren des Gesellschaftsorganismus als Ganzem wichtig sind; als solche sind sie aus gesellschaftlichen Interessen und Bedürfnissen heraus entstanden, bestimmt und erhalten worden. Die Menschenrechte sind keineswegs ursprüngliche, natürliche und ewige Rechte, nach denen sich die Gesellschaft zu richten hat und zu deren Schutz der Staat speziell geschaffen wurde¹⁴⁾.

Was das Problem der *Staatstätigkeit* anbetrifft, so ist die Vorstellung vom Staate als Schutzmann, welche die rein liberale Rechtsstaatslehre charakterisierte, vollständig überwunden. Die Mehrzahl der Autoren ist heute der Meinung, daß die Wahrnehmung der Interessen der Gesamtheit die einzige Beschränkung ist, die man der Betätigung des Staates setzen kann und der einzige Maßstab, nach dem diese sich zu richten hat. Soziale Gesetzgebung, geleitet von den Prinzipien der Sozialwissenschaft, gilt heute — mag sie auf noch so verschiedene Funktiónärgruppen verwaltungsmäßig übertragen werden — als die einzig richtige Methode zur Förderung des sozialen Fortschrittes¹⁵⁾. Einige fortschrittliche Autoren möchten die Staatsmacht auf die Kontrolle der Konsumenteninteressen der Gesellschaft beschränken, aber selbst innerhalb dieses Gebietes wollen sie dem Staate Machtbefugnisse zugestehen, die *Bentham*, *Cobden* oder *Austin* baß erstaunt hätten.

Die alte Auffassung, daß der *Nationalstaat* das Endstadium der politischen Entwicklung bilde, hat man heute fast völlig aufgegeben. Der Umfang des Staates erscheint heutzutage als

¹⁴⁾ Vergl. *Pound*, „The Spirit of the Common Law“; „Interpretations of Legal History“ und zahlreiche Artikel; desgleichen *Giddings*, „The Responsible State“ und *Hobhouse*, „The Elements of Social Justice“.

¹⁵⁾ Vergl. *Goodnow*, „Social Reform and the Constitution“; *Freund*, „Standards of American Legislation“; *Brown*, „The Underlying Principles of Modern Legislation“; ferner die Werke von Soziologen wie *Ward*, *Hobhouse*, *Small*, *Stein* und *Schäffle*.

eine Funktion der sozialen Entwicklung; der Nationalstaat ist also bloß eine Entwicklungsstufe politischer Organisation, an deren Stelle zu gegebener Zeit Staatenbünde und zuletzt vielleicht gar ein Weltstaat treten wird. Man hat jetzt die grundlegende gegenseitige Abhängigkeit der Staaten begriffen und die großen Beschränkungen, denen die angeblich absolute Souveränität des Nationalstaates unterliegt, werden heute offen zugegeben¹⁶⁾).

Noch wichtiger ist die Tendenz mancher politischen Schriftsteller, sich gründlicher und prinzipieller mit den außerstaatlichen Machtformen auseinanderzusetzen. Man sieht in ihnen nicht mehr metaphysische und transzendente überindividuelle Wesenheiten, sondern nur die historische Ordnung und den allgemeinen Ausdruck der sozialen Kräfte, deren Inhalt und Richtung durch Sitte, Tradition, konventionelle Erziehung und andere nicht-rationale Faktoren bestimmt, oder mit Überlegung durch bewußte und künstliche Propaganda der „Besitzinteressen“ geformt sind. Welche Mängel ihr auch anhaften mögen, so ist sie doch auf alle Fälle die mächtigste Kraft, welche die Staatsautorität stützt, daher ist es auch so wichtig, die öffentliche Meinung auf ein höheres Niveau zu heben und ihren Inhalt wie ihr Wirken allmählich mehr zum Ausdruck einer wirklichen Geistesaristokratie zu machen, statt sie als traditionelle und irrationale Macht der Sitte oder als gefährliche und selbstsüchtige Handhabe der aufgestiegenen Klassen zu belassen¹⁷⁾).

Die politischen Parteien gelten nicht mehr als außerhalb des Gesetzes stehend, weil sie in der Verfassung nicht vorgesehen sind, oder als philanthropische Vereinigungen zur Förderung der Interessen des Landes selbst, sondern als Orga-

¹⁶⁾ Vergl. *Novikow*, „Les luttes entre sociétés humaines“; *De Greef*, „La structure générale des sociétés“, sowie die Schriften von *Hobhouse*, *Vaccaro*, *Hobson*, *Giddings* u. a.

¹⁷⁾ Vergl. *Lippmann*, „Public Opinion“; *Cooley*, „Social Organization“; *Ross*, „Social Control“; *Wallas*, „Human Nature in Politics“; *Tarde*, „Les transformations du pouvoir“; *Lowell*, „Public Opinion and Popular Government“ und „Public Opinion in War and Peace“.

nisationen, die sich um eine Reihe bestimmt abgegrenzter Interessen gruppieren, für die sie Anerkennung, Hilfe und Schutz der Allgemeinheit gewinnen möchten. Diese „Interessengruppen“ können außerordentlich spezialisiert und eng begrenzt sein, wie die bekannten Arbeiter- oder Grundbesitzerparteien, oder allgemein und umfassend, wie die konservative und liberale Partei in England. Selbst in den Vereinigten Staaten, wo die größeren Parteien längst keinen vernünftigen Daseinsgrund mehr haben und kein wirkliches Verhältnis zu den brennendsten Tagesfragen besitzen, sind die herrschenden Interessen in der Lage, wirksame, wenn auch indirekte und geheime, Methoden zu finden, mit deren Hilfe sie die Parteimaschinerie für ihre eigenen Zwecke und Interessen nutzbar machen können¹⁸⁾).

Besonders wichtig für die Analyse der außergesetzlichen politischen Formen ist die wachsende Aufmerksamkeit, die man den Ursprüngen und Mitteln der sozialen Herrschaft und der sozialen Selbstverwaltung zuwendet. Wir haben diese Tendenz vorhin kurz erwähnt, als wir die modernen Anschauungen über den Ursprung des Staates und das Wesen der Souveränität besprachen. Alle fortschrittlichen Staatswissenschaftler haben unumwunden zugegeben, daß das gesamte Problem der gesellschaftlichen Formen oder Einrichtungen, die geschaffen wurden, um der individuellen Unterordnung und der Gruppendisziplin ein besonderes Ansehen zu verleihen, den Soziologen und Psychologen — sowohl den Individual- wie den Sozialpsychologen — zur Prüfung und Lösung überlassen werden müsse¹⁹⁾).

Schließlich hat die soziologische Orientierung auch die Art und Weise verändert, wie man an die Geschichte der Staatstheorie herangeht. Keine noch so eingehende und umfassende Staatstheorie eines einzelnen oder einer Schule kann als aus-

¹⁸⁾ Vergl. *Michels*, „Zur Soziologie des Parteiwesens“; *Bentley*, „The Process of Government“; *Brooks*, „Corruption in American Politics and Life“; *Schlesinger*, „New Viewpoints in American History“, Kap. XII.

¹⁹⁾ Vergl. *Wallas* op. cit.; *Trotter*, „Instincts of the Herd in Peace and War“; *Sumner*, „Folkways“.

reichend erachtet werden, wenn sie nicht auch ein genaues Bild der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse gibt, die sich in den Grundzügen der Lehre widerspiegeln. Mit anderen Worten: man hat die soziale Bedingtheit sowohl der Staatstheorie wie der staatlichen Einrichtungen allgemein anerkannt²⁰⁾. Die fortschrittlicheren Staatstheoretiker halten daher auch eine rein formale Untersuchung des Staatsrechtes für ungenügend, wenn sie sich nur auf die Analyse der geschriebenen Verfassung, der Gesetzestexte und richterlichen Urteile gründet, ohne die Wirksamkeit der Staatsverwaltung und der wichtigsten sozialen und ökonomischen Kräfte, die sich in den politischen Bewegungen und Zuständen manifestieren, mit zu berücksichtigen²¹⁾.

Diese kurze und unvollständige Skizze der Wandlung der staatstheoretischen Orientierung wird wenigstens bis zu einem gewissen Grade den Einfluß soziologischer Gesichtspunkte gezeigt haben. *Small*²²⁾ sagt sehr richtig:

„Die einzig gültige Rechtfertigung einer geistigen Bewegung ist, daß das Volk nach einer gewissen Zeit von selbst diese Denkrichtung einschlägt. Daß alles Denken über die sozialen Verhältnisse sich stets politisch auszuwirken sucht, ist ebenso evident, wie daß unser gesamtes Denken durch *Darwin* beeinflusst ist. Die würdigen Männer, die da ausziehen, um die Zeichen der Zeit zu studieren, und mit der Nachricht zurückkehren, an der Soziologie sei nichts weiter dran, verdienen einen Vers aus dem alten Liede von *Noahs* Nachbarn zu hören: „Und sie wußten, daß es bloß einen kurzen Regenschauer geben würde.““

Natürlich wird niemand so töricht sein, zu behaupten, diese

²⁰⁾ Vergl. *Giddings*, „Concepts and Methods of Sociology“ im „American Journal of Sociology“, Bd. X, S. 166 ff. und „A Theory of Social Causation“ in den „Publications of the American Economic Association“, dritte Serie, Bd. V, Nr. 2, S. 139—174, besonders S. 172—174; ferner *Laski*, „The Literature of Politics“ in „The New Republic“ vom 17. November 1917.

²¹⁾ Vergl. den Artikel von *Beard* in „Political Science Quarterly“, Bd. XXV, S. 534.

²²⁾ „American Journal of Sociology“, Bd. XV, S. 14—15.

Art der Untersuchung politischer Probleme sei „ultramodern“ oder sei die einzige Leistung der Soziologie. Seitdem es überhaupt eine Staatswissenschaft gibt, hat es auch immer Schriftsteller gegeben, die auf die sozialen, ökonomischen, und psychologischen Hintergründe der politischen Erscheinungen hingewiesen haben²³). *Aristoteles'* Analyse der psychologischen und ökonomischen Faktoren in den staatlichen Einrichtungen; *Macchiavellis* psychologische Studie über das Führertum; *Bodins* Versuch, die physischen und psychischen Grundlagen der Politik wenigstens in rohen Umrissen herauszuschälen; *Althusius'* Betonung der Gemeinde als der Grundlage des gesellschaftlichen und politischen Lebens; *Harringtons* Ansichten über die Bedeutung des Eigentums und der geistigen Begabung für die Maßnahmen des Staates; *Montesquieus* Idee des politischen Relativismus, die sich auf eine soziologische Auffassung der den Staat begründenden und gestaltenden Faktoren stützt; *Fergusons* Antizipation der *Gumplowiczschen* Theorie über die Eroberung als historische Begründung des Staates; die wirtschaftliche Erklärung der politischen Vorgänge durch die *Ricardianischen* Sozialisten; *Hamiltons* These, daß man die Grundlagen der Politik in dem Wesen der menschlichen Natur und nicht in „verschimmelten Pergamenten“ suchen müsse; die klare Analyse der Rolle des Eigentums bei der Bestimmung der politischen Richtlinien, wie sie in den Schriften von *Adams*, *Madison*, *Webster* und *Calhoun* enthalten ist; die Forderung *Calhouns*, daß eine Repräsentativregierung sich vor allem auf die Anerkennung der ökonomischen Gruppeninteressen stützen müsse — dies alles sind nur einige der hervorstechendsten Beispiele aus früherer Zeit für die eigentlich soziologische Untersuchung politischer Erscheinungen.

Ein halbes Jahrhundert lang wurde diese Tendenz jedoch

²³) Diese Tatsachen finden sich gesammelt in *Dunnings* „History of Political Theories“ und *Merriams* „History of American Political Theories“. Vergl. auch die anregenden Ausführungen in *Beard*, „The Economic Basis of Politics“.

aufgehalten durch den Einfluß der Juristen auf die Staatstheorie und -praxis. Dieser Einfluß ging so weit, daß ein so hervorragender Staatswissenschaftler wie *John W. Burgess* erklärte²⁴): „Ich stehe nicht an, das Regierungssystem der Vereinigten Staaten als ‚Aristokratie der Robe‘ zu bezeichnen, und zu erklären, daß für die Zwecke der Regierung diese Aristokratie von allen bisher bekannten Aristokratien weitaus die beste ist.“ Die formale Staatstheorie wurde größtenteils von den abstrakten juristischen Ideen und Methoden der *Austinianischen* analytischen Jurisprudenz und der deutschen Staatsrechtslehre beherrscht.

Was dieser Schule am meisten zur Ehre gereicht, ist wohl die Offenheit, mit der ihre Jünger zugeben, daß ihre Lehren mit denen der soziologischen Schule nichts gemein haben. Ich will damit keineswegs sagen, daß die soziologischen Ansprüche sich mit den Ansichten der juristischen Gelehrten nicht in Einklang bringen lassen; hier steht nicht Soziologie gegen Jurisprudenz, sondern Soziologie gegen eine Gesetzesauffassung, die sich in den politischen Dogmen der „metaphysischen“ Juristen oder des Obersten Gerichtshofes der Vereinigten Staaten verkörpert, wie beispielsweise in dem Falle *Lochner contra New York* oder *Hitchman Coal and Coke Company contra Mitchell*. Einige der wertvollsten und fruchtbarsten Anregungen für die soziologische Orientierung sind sogar von Juristen wie *Gierke*, *Maitland*, *Duguit*, *Pound*, *Freund* und *Goodnow* ausgegangen und von Richtern wie *Harlan*, *Holmes*, *Brandeis*, *Hand*, *G. W. Anderson*, *Cardozo* und anderen²⁵).

Was die Soziologie für die Staatswissenschaft geleistet hat, besteht nicht so sehr darin, daß sie eine „synthetische“ Behandlung der Politik inauguriert, als daß sie die Juristen der „metaphysischen“ und „mechanistischen“ Schule veranlaßt

²⁴) „Political Science“, Bd. II, S. 365 (zitiert von *Merriam* in seinen „American Political Ideas“, S. 155). Vergl. *Brooks*, op. cit.

²⁵) Vergl. *Roscoe Pound*: „Soziologische Jurisprudenz in Amerika“, Jahrbuch für Soziologie, I, Karlsruhe, 1925, S. 88 ff.

hat, die Werke von *Ferguson*, *Hall*, *Madison* und *Calhoun* wieder auszugraben und von neuem in Geltung zu setzen. Sie hat noch mehr getan, als diese allgemeinen Gesichtspunkte hervorzuheben; sie hat diese Richtung durch darwinistische Biologie und Entwicklungspsychologie modernisiert. Es wäre müßig zu erörtern, ob diese Wandlungen lediglich auf soziologische Einflüsse zurückzuführen sind oder auf die durch Evolutionismus und Positivismus bedingten Veränderungen der Methodik und der allgemeinen Einstellung überhaupt. Man kann sich wohl nicht der Überzeugung verschließen, daß sie die Folge des Triumphes der „soziologischen Bewegung“ sind, denn bei *Austin* finden wir sicherlich nichts, was direkt zu *Pound* hinüberführt, und bei *Laband* oder *Jellinek* nur sehr wenig, was die Lehren von *Wallas*, *Ratzenhofer*, *Bentley*, *Laski*, *Duguit*, *Krabbe* oder *Beard* bestimmt haben könnte.

Wir wenden uns jetzt zu der Untersuchung des Wesens der Soziologie und ihren Beziehungen zur Staatslehre und geben danach eine kurze Übersicht über die wichtigeren Beiträge der Soziologen zu den vielfältigen Problemen der Staatstheorie.

Zweites Kapitel.

DAS VERHÄLTNIS DER SOZIOLOGIE ZUR STAATSWISSENSCHAFT.

1. *Wesen der Soziologie.*

Von allen Problemen, die mit den soziologischen Beiträgen zur Staatslehre in Zusammenhang stehen, ist keines wichtiger, verwickelter oder umstrittener als die Frage nach Wesen und Grenzen der Soziologie und nach ihrem Verhältnis zur Staatswissenschaft.

Die Definition der Soziologie von *Giddings* ist typisch für die evolutionistische Soziologie¹⁾:

„Soziologie ist der Versuch, Entstehung, Wachstum, Aufbau und Tätigkeit der Gesellschaft aus physikalischen, biologischen und psychischen Ursachen zu erklären, die in dem Entwicklungsprozeß zusammenwirken.“

Smalls Definition sei als besonders deutlicher Ausdruck für die Gruppenorientierung der soziologischen Methodik angeführt²⁾:

„Soziologie ist eine Methode, die an die Erforschung der Totalität menschlicher Erfahrung durch die Untersuchung der gruppenbildenden Faktoren herangeht.“

Ausgehend von den feststehenden Ergebnissen der biologischen, physikalischen und psychologischen Wissenschaften will die Soziologie den Gesellschaftsprozess in seiner Gesamtheit erforschen und den Prozeß der menschlichen Vereinigung in seiner allgemeinsten und gesetzmäßigen Form genau und klar erkennen. Diese allgemeine Erkenntnis des Gesellschaftsprozesses soll die notwendige Grundlage und den ge-

¹⁾ „Principles of Sociology“, S. 8; vergl. auch *Ellwood*, „Sociology in its Psychological Aspects“, S. 8, 15.

²⁾ Artikel über „Sociology“ in der „Encyclopedia Americana“.

meinsamen Standpunkt für die speziellen Sozialwissenschaften darstellen³⁾).

In diesem Punkte sind sich die meisten bedeutenden Soziologen einig. Die theoretische Meinungsverschiedenheit betrifft vor allem die Methode, durch die man zu dieser allgemeinen Erkenntnis des Gesellschaftsprozesses gelangen kann. Jene, die wie *Giddings* der Meinung sind, Soziologie sei die Grundlage der Sozialwissenschaften, wollendieGesetze der physikalischen, biologischen und psychologischen Wissenschaften erforschen und verbinden, und die auf diese Weise gewonnenen Resultate auf die sozialen Prozesse anwenden. Die Soziologie habe sich mit der Entstehung und Entwicklung der Wechselwirkungen zu befassen, sowie mit den verschiedenen gesellschaftlichen Funktionen und Organisationsformen, die sich aus der Wechselwirkung ergeben. Die Differenzierung, Zergliederung, Anwendung und Erhärtung dieser Verallgemeinerungen seien das Vorrecht und die Aufgabe der speziellen Sozialwissenschaften, die ihrerseits ebenso wichtig und verwickelt sein können wie die Soziologie selbst, aber in ihr ihren gemeinsamen Ausgangspunkt haben müssen⁴⁾.

Andererseits behaupten jene, die sich *Small* und manchen deutschen Soziologen anschließen, die Soziologie könne nur dadurch zu einer richtigen Vorstellung vom Vergesellschaftungsprozeß gelangen, daß sie die festgestellten Ergebnisse der speziellen Sozialwissenschaften ordnet und verknüpft⁵⁾. Es versteht sich von selbst, daß beide Methoden und Standpunkte richtig und notwendig sind und sich gegenseitig ergänzen. Wahrscheinlich wird auch keine der beiden Gruppen von Theoretikern den Wert der anderen Meinung leugnen;

³⁾ Vergl. *Giddings*, op. cit. Kap. II; ferner *Small*, „The Meaning of Social Science“ passim.

⁴⁾ Vergl. *Giddings*, op. cit. S. 31, 33; desgleichen seine „Descriptive and Historical Sociology“, S. 3—9, 124—128, 135—136, 176—185, 331—334.

⁵⁾ Vergl. *Small*, op. cit.; desgleichen seinen Aufsatz im „American Journal of Sociology“, Bd. II, S. 288 ff., und seine „General Sociology“, S. 26—27 und passim.

sie sind sich vielmehr nur uneins über die relative Bedeutung, die der einen oder der anderen Methode zukommt⁶⁾).

2. Verhältnis der Soziologie zu den speziellen Sozialwissenschaften.

Die Frage nach dem Verhältnis der Soziologie zu den speziellen Sozialwissenschaften — also zur Staatslehre, Nationalökonomie, Geschichte, Jurisprudenz, Ethik und Sozialpsychologie — entfesselte eine der heftigsten Diskussionen im Laufe der neueren Entwicklung der Soziologie und ist bisher noch nicht endgültig entschieden.

Dieses Problem mußte notwendig Konflikte heraufbeschwören, da hier die „Prätentationen“ der Soziologie in unmittelbarsten Konflikt mit denen der älteren und besser fundierten speziellen Sozialwissenschaften kamen. Weiter wurde die Kontroverse noch dadurch kompliziert, daß die Vertreter der Soziologie und die Vertreter der übrigen Sozialwissenschaften nicht bloß verschiedener Ansicht über die Grenzen ihrer respektiven Wissenszweige waren, sondern auch bei den Soziologen selbst keine Einigkeit über Wesen und Umfang ihres Faches bestand⁷⁾.

Die durch diese Uneinigkeit entstandene Spannung wurde noch durch die Tatsache verstärkt, daß *Auguste Comte* jeder speziellen Sozialwissenschaft eine gesonderte Existenzberechtigung abgesprochen hatte und dafür eingetreten war, sie alle in einer einzigen Universalwissenschaft aufgehen zu lassen⁸⁾. Es ist also nicht weiter verwunderlich, daß die Vertreter der speziellen Sozialwissenschaften mit Unruhe und Abneigung den Aufstieg des „Eindringlings“ beobachteten, der nicht nur ihre traditionelle Überlegenheit anzuzweifeln

⁶⁾ Vergl. *Ellwood*, op. cit. S. 29–32.

⁷⁾ Vergl. *Giddings'* Meinung über die *Small'sche* Auffassung in seinen „*Principles of Sociology*“, S. 12, Anmerkung und *Small's* Erwiderung im „*American Journal of Sociology*“, Bd. II, S. 288 ff.

⁸⁾ Vergl. *Martineau*, „*The Positive Philosophy of Comte*“, Bd. I, S. 140–141, 218, 258; Bd. II, S. 210–222; Bd. III, S. 383–385; ferner *Giddings*, op. cit. S. 28.

wagte, sondern sich sogar vermaß, ihnen jede Daseinsberechtigung abzuspochen.

Aus den Kontroversen der letzten 75 Jahre sowie der Weiterentwicklung der Soziologie und der Modifizierung ihrer Präentionen erwuchs ein besseres gegenseitiges Verständnis zwischen Soziologen und Vertretern der speziellen Sozialwissenschaften, so daß heute zwischen den bedeutenderen Vertretern beider Richtungen nicht mehr viel Reibungen bestehen⁹⁾). Einerseits hat man erkannt, daß sich die einzelnen Gebiete nicht mit absoluter Genauigkeit abgrenzen lassen, solange Soziologie und spezielle Sozialwissenschaften in ihren Arbeiten nicht viel weiter gediehen sind; anderseits ist eine größere und sehr erfreuliche Einsicht zu verzeichnen, daß die Zusammenarbeit beiden Parteien zu viel größerem produktiven Vorteil gereicht als die Fortdauer des Streites¹⁰⁾).

Wir wollen nun eine Übersicht über die wichtigsten Ansichten von dem Verhältnis der Soziologie zu den speziellen Sozialwissenschaften bei den verschiedenen Soziologen geben.

⁹⁾ Gelegentlich lebten alte Irrtümer wieder auf; ein besonders auffälliges Beispiel bieten die Artikel von *H. J. Ford* im „American Journal of Sociology“, Bd. XV, S. 96 ff., 244 ff.

¹⁰⁾ Den allgemeinen — bewußten oder unbewußten — Geist der Zusammenarbeit bei den speziellen Sozialwissenschaftlern ersieht man am besten aus den Werken von Nationalökonomen wie *Ely, Clark, Commons, Patten, Fetter, Hobson, Gide, Schmoller* und *Loria*; von Staatslehrern wie *Goodnow, Beard, Bentley, Merriam, Bryce* und *Faguet*; von Juristen wie *Holmes, Pound* und *Gierke*; von Rechts- und Wirtschaftshistorikern wie *Green, Rambaud, McMaster, Lamprecht, Vinogradoff, Maitland, Robinson, Turner, Shotwell, Slater, Marvin, Seignobos*; von Moralphilosophen wie *Dewey* und *Stephens*, und von Sozialpsychologen wie *Baldwin, McDougall, Wallas, Le Bon, Wundt* und *Sighele*. Die Gegenleistungen der Soziologen an die speziellen Sozialwissenschaften erschen wir aus den enzyklopädischen Interessen von *Comte* und *Spencer*; aus den nationalökonomischen und staatswissenschaftlichen Arbeiten von *Giddings*; den Beiträgen *Summers, Tardes, Simmels, Hobhouses, Durkheims* und *Kowalewskys* zur Philosophie und Psychologie; denen von *Tarde* zur Jurisprudenz und Kriminologie, von *Hobhouse* und *Hayes* zur Ethik; von *Novikow, De Greef, Ross, Gumpłowicz, Ratzenhofer, Small* und den Sozialökonomen zur Staatslehre; von *Ellwood, Ross, Cooley, Tarde* und *Durkheim* zur Sozialpsychologie.

Die Auffassung *Comtes* habe ich bereits erwähnt. Heute zählt sie nur mehr ganz wenige oder überhaupt keine Anhänger, ausgenommen bei seiner engeren, immer stärker zusammenschrumpfenden Schule. Sicherlich würde kein Soziologe von Ruf heutzutage diese Lösung des Problems gutheißen. Ebenso wenig Zustimmung findet bei den namhaften Soziologen die populäre Vorstellung, die aus einer zweifelhaften etymologischen Auslegung entsprungen ist und die Soziologie als den Zusammenhang, das „*corpus*“ der Sozialwissenschaften hinstellt und die Ausdrücke Soziologie und Sozialwissenschaft synonym gebraucht¹¹⁾. Eine andere irrtümliche Vorstellung betrachtet die Soziologie als Wissenschaft von den sozialen Übeln (und ihrer Besserung) oder als Sozialpathologie.

Unter den verbreiteteren Ansichten über das Verhältnis von Soziologie und speziellen Sozialwissenschaften hat die Theorie, daß die Soziologie eine philosophische Synthese der speziellen Sozialwissenschaften sei, deren Ergebnisse sie zu einer „zusammenhängenden Sozialphilosophie“ ordnet, die Zustimmung einer großen Zahl der bedeutendsten Soziologen gefunden. Vor allem bekannte sich *Herbert Spencer*¹²⁾ zu dieser Auffassung, die mit gewissen individuellen Abweichungen der Begrenzung auch die Zustimmung von *Schäffle*¹³⁾, *Stein*¹⁴⁾, *Barth*¹⁵⁾, *Tönnies*¹⁶⁾, und *Ratzenhofer*¹⁷⁾ in Deutschland,

¹¹⁾ *Durkheim* benutzte ein dieser Vorstellung nah verwandtes Schema bei der Zusammenstellung des Materials in „*L'année sociologique*“ zunächst nur aus Zweckmäßigkeitsgründen; immerhin ist er dieser Vorstellung geneigter als irgend ein anderer Soziologe. Vergl. „*Sociological Papers*“, 1904, S. 197—200, 258—280.

¹²⁾ „*Principles of Sociology*“, Bd. I, S. 424—432.

¹³⁾ „*Bau und Leben des sozialen Körpers*“, Bd. I, S. 1.

¹⁴⁾ „*Die soziale Frage im Lichte der Philosophie*“, 3. und 4. Auflage, 1923, S. 1—47; „*Einführung in die Soziologie*“, S. 11—18 und „*Sociological Papers*“, 1904, S. 245—247.

¹⁵⁾ „*Die Philosophie der Geschichte als Soziologie*“, S. 10—12; „*Sociological Papers*“, 1904, S. 217—218.

¹⁶⁾ „*Sociological Papers*“, 1904, S. 250—251.

¹⁷⁾ „*Die soziologische Erkenntnis*“, S. 6; „*Soziologie*“, S. 2—3.

*Tarde*¹⁸⁾ und *Worms*¹⁹⁾ in Frankreich, *De Greef*²⁰⁾ in Belgien, den Russen *Novikow*²¹⁾ und *Roberty*²²⁾, *Cosentini*²³⁾ in Italien und *Small* in Amerika gewonnen hat. Letzterer war der eifrigste und erfolgreichste Exponent dieser Richtung²⁴⁾.

Eine andere Auffassung, die ebenfalls weitgehende Zustimmung findet, besagt, daß die Soziologie nicht die philosophische Synthese der speziellen Sozialwissenschaften sei, sondern die fundamentale oder elementare Sozialwissenschaft selbst, welche die gemeinsame Grundlage oder den gemeinsamen Ausgangspunkt aller speziellen Sozialwissenschaften bilde. Sie liefere die grundlegenden Verallgemeinerungen der sozialen Erscheinungen, auf die sich die genaueren Forschungen jeder Spezialwissenschaft stützen müssen; sie stehe also etwa in ähnlichem Verhältnis zu den Sozialwissenschaften wie Arithmetik und Algebra zur Mathematik oder wie Mathematik und Physik zur Technik. Diese Auffassung hat ihren hervorragenden Vertreter in *Giddings*²⁵⁾ und wird von *Sumner*²⁶⁾, *Ellwood*²⁷⁾, *Ross*²⁸⁾, *Stuckenberg*²⁹⁾ und *Gumplowicz*³⁰⁾ unterstützt.

Eine dritte wichtige Gruppe von Soziologen legt den Nachdruck darauf, daß Soziologie vor allem eine Methode zum Studium der sozialen Erscheinungen sei. *Hobhouse* gibt dieser Meinung sehr präzisen Ausdruck³¹⁾:

¹⁸⁾ „La revue internationale de sociologie“, Bd. XII, S. 84—87.

¹⁹⁾ „Sociological Papers“, 1904, S. 254; „Philosophie des sciences sociales“, Bd. I, S. 208—211.

²⁰⁾ „La structure générale des sociétés“, Bd. I, S. 7—8.

²¹⁾ „Les luttes entre sociétés humaines“, S. 531—636.

²²⁾ „La sociologie“, S. 112—115.

²³⁾ „Sociological Papers“, 1904, S. 225—226.

²⁴⁾ „An Introduction to the Study of Society“, S. 54, 62; „General Sociology“, S. 26—27; „The Meaning of Social Science“.

²⁵⁾ „Principles of Sociology“, Kap. II.

²⁶⁾ „War and Other Essays“, S. 167—192.

²⁷⁾ „Sociology in its Psychological Aspects“, S. 8, 15, 29 f.

²⁸⁾ „Foundations of Sociology“, S. 6—7, 27—28.

²⁹⁾ „Introduction to the Study of Sociology“, S. 77—83; „Sociology“, Bd. I, S. 17—21, 41.

³⁰⁾ „Outlines of Sociology“, S. 90.

³¹⁾ „Sociological Review“, 1908, Bd. I, S. 8.

„Genau genommen ist die Allgemeine Soziologie weder eine besondere abgegrenzte Wissenschaft, von der die Spezialisierung erst ausgeht, noch ist sie eine bloße Synthese der Sozialwissenschaften, die in einer mechanischen Aneinanderreihung ihrer Resultate besteht. Sie ist vielmehr ein belebendes Prinzip, das sich durch alle Gesellschaftsforschung hindurchzieht, sie anregt und von ihr Anregungen empfängt, die Forschung anspornt, die Forschungsergebnisse miteinander in Beziehung setzt, das Leben des Ganzen in den einzelnen Teilen aufzeigt und aus dem Studium der Teile zu einem volleren Verständnis des Ganzen gelangt.“

Diese Auffassung wurde von *Durkheim*³²⁾, *Hayes*³³⁾ und *Simmel*³⁴⁾ angenommen und wird auch in den neuesten Arbeiten von *Small* und *Thomas* berücksichtigt.

Neben den genannten Ansichten bestehen noch vereinzeltere Anschauungen, unter denen die von *Ward* vielleicht die bemerkenswerteste ist. *Ward* behauptet, die Soziologie entnehme ihre Daten zwar den speziellen Sozialwissenschaften, sie stelle aber nicht ihre Summe dar, sondern ein ganz neues Produkt, etwa wie eine chemische Verbindung. Sie sei, um *Wards* Ausdruck zu gebrauchen, eine „schöpferische Synthese“³⁵⁾.

Die Ansichten über Wesen und Verhältnis der Soziologie sind in gewisser Weise deutlich national verschieden³⁶⁾. In den Vereinigten Staaten, die auf dem Gebiete der soziologischen Theorie am produktivsten waren, betrachtet man die Soziologie als die grundlegende Sozialwissenschaft und hat sie auch von diesem Gesichtspunkt aus systematisch dargestellt. In Frankreich wurde sie vornehmlich mit der Theorie des

³²⁾ „Sociological Papers“, 1904, S. 197 - 200, 258—280. Vergl. auch *Gehlke*, „Emile Durkheims Contribution to Sociology“, Kap. V.

³³⁾ „Introduction to the Study of Sociology“, S. 4—8.

³⁴⁾ „The Problem of Sociology“ in den „Annals of American Academy of Political and Social Science“, Bd. VI, S. 412—423.

³⁵⁾ „Pure Sociology“, S. 91; „American Journal of Sociology“, Bd. VII, S. 636.

³⁶⁾ Vergl. *Ross*, „Foundations of Sociology“, S. 275—285.

sozialen Organismus oder mit Sozialpsychologie identifiziert. In Deutschland betonte man vor allem, daß Soziologie eine Art Geschichtsphilosophie, ein Fundament der Sozialökonomik oder eine Analyse der Gruppenkonflikte sei. In England wiederum setzte man die soziologische Bewegung gleichbedeutend mit Ethnologie oder mit der Entwicklung der Eugenik und der allgemeinen Biologie. Die russischen Soziologen legen (als Reflex der bäuerlichen Verfassung der russischen Gesellschaft) die Betonung auf gegenseitige Hilfe und Zusammenarbeit als den Grundfaktoren der Vergesellschaftung und beschäftigen sich sehr eingehend mit Plänen zu einer gesellschaftlichen Neuordnung. In Italien und Spanien beschränkte man sich auf die Wiedergabe der sonst herrschenden soziologischen Auffassungen.

Schließlich wird die Sache noch dadurch kompliziert, daß viele Soziologen mehrere Lösungen des Problems für richtig halten. So ist beispielsweise *Small*, der hervorragendste amerikanische Vertreter jener Richtung, welche die Soziologie für die synthetische Philosophie der speziellen Sozialwissenschaften hält, zugleich einer der führenden Mitarbeiter an dem Ausbau der soziologischen Methodik. *Hobhouse*, *Durkheim*, *Simmel*, *Barth* und *Ratzenhofer* sind weitere Beispiele von Autoren, die mehrere Ansichten über Wesen und Beziehungen der Soziologie vertreten. Im allgemeinen kann man jedoch drei hauptsächliche Erklärungsarten unterscheiden, denen sich die überwiegende Mehrzahl der Soziologen angeschlossen hat, nämlich:

1. Soziologie ist eine philosophische Synthese der speziellen Sozialwissenschaften;
2. sie ist die grundlegende Sozialwissenschaft;
3. sie ist eine allgemeinere und bessere Methode zum Studium der sozialen Erscheinungen.

Eine von allen drei genannten Ansichten abweichende Theorie ist mehr eine individuelle Meinung als eine von Fachmännern anerkannte Lehre³⁷⁾. Wichtig ist vor allem, daß

³⁷⁾ Wichtige Begründungen dafür, daß diese verschiedenen Ansichten

keine der aufgeführten Ansichten versucht, die speziellen Sozialwissenschaften zu absorbieren oder auszuschalten, sondern daß sie in dem Urteil über ihren Wert und die Notwendigkeit ihres unabhängigen und kraftvollen Fortbestehens ganz einig sind.

3. Verhältnis der Soziologie zur Staatswissenschaft.

Wie weit auch die Meinungen über das Verhältnis der Soziologie zu den speziellen Sozialwissenschaften auseinandergehen mögen, so scheint über das besondere Verhältnis der Soziologie zur Staatswissenschaft, wenigstens soweit es sich um die Erforschung der politischen Erscheinungen handelt, zwischen den Soziologen allgemeine Übereinstimmung zu herrschen.

Die Soziologie beschäftigt sich in erster Linie mit der Entwicklung der politischen Organisation, welche die Staatstheorie als bestehend voraussetzt, sowie mit der Entwicklung und Betätigung aller gesellschaftlichen Herrschaftsorgane, von denen der Staat nur der wichtigste neben anderen war und ist. Sie ist daher unmittelbar interessiert an den Veränderungen, welche die Organe der Herrschaft, unter ihnen der Staat, in der Struktur der Gesellschaft hervorbringen. Die Staatswissenschaft, welche den Bestand des Staates voraussetzt, konzentriert sich auf eine Analyse der Verfassung und des Mechanismus der Regierung und ist nur indirekt interessiert an den allgemeineren Problemen von Ursprung, Struktur und Funktion der Gesellschaft oder von der Wirkung des Staates auf die Gesellschaft. Die Soziologie muß ihre Kenntnis der Einzelheiten politischer Betätigung und Ordnung aus der Staatslehre entnehmen, dagegen kann die Staatswissenschaft nur dadurch vermeiden, in Metaphysik abzuirren, daß sie die soziologischen Verallgemeinerungen, die den Gesetzen und Ein-

sich eher ergänzen als bekämpfen, siehe bei *Ellwood*, op. cit. S. 29–64, ferner bei *Vincent* im „*American Journal of Sociology*“, Bd. X, S. 158.

richtungen zugrunde liegen, als Voraussetzung annimmt³⁸⁾. *Giddings* unterstreicht diese wichtige, zumeist aber außer acht gelassene Tatsache mit folgenden Worten³⁹⁾:

„Leute in Staatstheorie zu unterrichten, die noch nicht einmal die elementarsten Grundsätze der Soziologie kennen, ist genau so, als wollte man Leute Astronomie oder Thermodynamik lehren, die noch nicht einmal die *Newtonschen* Fallgesetze gelernt haben.“

| *Commons* meint⁴⁰⁾: „Die Gesellschaft geht dem Staat voraus, ebenso wie der Familie, der Kirche, der Korporation oder der politischen Partei. Sie vereinigt sie alle in sich, gleichwie ein Baum alle seine Zweige in seinem Stamm vereinigt. Der Staat ist die Zwangsinstitution der Gesellschaft. Er ist nicht eine ideale Entität, die der Gesellschaft von obenher gegeben ist, sondern eine Reihe von Kompromissen zwischen den Gesellschaftsklassen, von denen sich jede die Herrschaft über die Machtmittel zu sichern sucht, die mit der Institution des Privateigentums implicite in der Gesellschaft entstehen.“

Ellwood drückt die Abhängigkeit der Staatslehre von der Soziologie folgendermaßen aus⁴¹⁾: „Die Erscheinungen der staatlichen Autorität und Souveränität sowie der staatlichen Organisation, so überaus wichtig sie auch seien, sind doch ver-

³⁸⁾ Vergl. *Giddings*, „Principles of Sociology“, S. 37; ferner „Political Science Quarterly“, Bd. XXIV, S. 571–572.

³⁹⁾ „Principles of Sociology“, S. 33, 37; vergl. auch *Small*, „General Sociology“, S. 226 ff. und *Hobhouse*, „Sociological Review“, Bd. I, S. 4–9. — Die gleiche Ansicht vertreten auch die aufgeklärteren und fortschrittlicheren Staatswissenschaftler. Vergl. *Willoughby*, „The Nature of the State“, S. 1–7; *Dunning*, „A History of Political Theories, Ancient and Medieval“, Einleitung, S. XVII–XXII; *Bryce*, „Sociological Papers“, 1904, S. XII–XVIII, 223–224; *Merriam*, „History of American Political Theories“, S. 329–333 und „American Political Ideas, 1865–1917“, S. 405 ff. — Die auffälligsten Beispiele für das Überleben der vorsoziologischen Ansichten des vorigen Jahrhunderts finden wir in den Artikeln von *H. J. Ford*, im „American Journal of Sociology“, Bd. XV, S. 96 ff. und 244 ff., und in seiner „Natural History of the State“, besonders S. 146–149, ferner in dem Aufsatz von *H. G. Wells*, „The So-called Science of Sociology“ in „Sociological Papers“, 1906, S. 357–369.

⁴⁰⁾ „American Journal of Sociology“, Bd. V, S. 3, 359.

⁴¹⁾ „Sociology in its Psychological Aspects“, S. 36–37.

hältnismäßig späte Stufen der gesellschaftlichen Entwicklung. Um die Autorität und Souveränität, die sich im Staate manifestiert, zu verstehen, muß man daher erst die gesellschaftliche Struktur und die Formen der Gesellschaft kennen. Die Staatslehre hängt daher, was ihre Kenntnis des Ursprungs von Autorität und Unterordnung, von Souveränität und der Entstehung der politischen Organisation betrifft, von der allgemeinen Wissenschaft ab, die sich mit dem gesamten gesellschaftlichen Prozeß befaßt, also von der Soziologie.“

D R I T T E S K a p i t e l.

DIE TYPISCHEN SOZIOLOGISCHEN IDEEN ÜBER DEN STAAT.

1. *Unrichtige Charakterisierungen des soziologischen Staatsbegriffes.*

Ich halte es für notwendig, zunächst mit gewissen Vorstellungen aufzuräumen, die hie und da noch über die Anwendung soziologischer Methoden auf politische Probleme bestehen, und die vielleicht für frühere Entwicklungsstadien der Soziologie zutreffend gewesen sein mögen, aber von ihrem heutigen Stand ein ganz falsches Bild geben. In seiner ausgezeichneten und gründlichen „Introduction to Political Science“ schreibt J. W. Garner über die Anwendung der soziologischen Methodik auf die Staatslehre¹⁾: „Die sogenannte soziologische Methode betrachtet den Staat in erster Linie als einen sozialen Organismus, dessen einzelne Glieder die Individuen bilden, und versucht, seine Eigenschaften und Attribute aus den Eigenschaften und Attributen der ihn zusammensetzenden Menschen abzuleiten. Sie sucht das Leben des Staates durch die allgemeine Entwicklungstheorie zu erklären, in der gleichen Art, wie sich auch das Leben des einzelnen erklären läßt.“

Das ist eine ausgezeichnete Charakterisierung der sogenannten organischen oder biologischen Soziologenschule, deren Beiträge zur Staatswissenschaft F. W. Coker²⁾ in bewundernswerter Weise zusammengefaßt hat; aber die organische Schule gilt heute als Vertreterin eines ganz unwichtigen und sicherlich des veraltetsten Typus der soziologischen Theorie. Selbst

¹⁾ Op. cit. S. 23–24.

²⁾ „Organismic Theories of the State“, S. 115–190. Vergl. auch Towne. „Die Auffassung der Gesellschaft als Organismus“, Halle, 1901; siehe R. Worms. „Die Soziologie“, deutsch, Karlsruhe, 1926, mit einem Nachw. über organische Staats- und Gesellschaftslehre von G. Salomon.

solche Schriftsteller, die von der biologischen Seite aus an soziologische Probleme herangehen, haben die zum Teil irreführende und gänzlich unfruchtbare, sich auf biologische Analogien stützende Terminologie aufgegeben³⁾.

In einem glänzenden und anregenden Aufsatz über „Political Science in the Crucible“ („Die Feuerprobe der Staatswissenschaft“) weist *Charles A. Beard* mit Recht darauf hin, daß „die Staatswissenschaft bei uns stets unter der Botmäßigkeit der Juristen gestanden habe“ und beklagt sich, daß „die Soziologie wenig oder gar nichts getan habe, um sich dieser verhängnisvollen Knechtschaft zu entziehen oder sie zu mildern. Sie habe es weder vermocht die Grenzen des Staates, noch die ebenso greifbaren der Verbände in Handel und Industrie zu erfassen“⁴⁾. Für das Stadium und den Typus der *Kidd-Sutherlandschen* Soziologie mag diese Kennzeichnung zutreffen, vielleicht auch für die Erstlingswerke späterer Soziologen, aber von der Gesamtheit der soziologischen Leistungen auf diesem Gebiete gibt sie doch nur ein höchst unvollständiges Bild. Die meisten, wenn nicht alle Werke, die *Beard* und seine liberalen Kollegen als die Vorboten einer neuen Ära der Staatswissenschaft begrüßen — Bücher, wie *Bentley*: „Process of Government“, *Michels*: „Die politischen Parteien“, *Oppenheimer*: „Der Staat“, *Wallas*: „Human Nature in Politics“, „The Great Society“, „Our Social Heritage“ und *Lippmann*: „Preface to Politics“ — sind entweder ausgesprochen soziologische Werke, oder konnten nur durch die Übernahme der soziologischen Ideen und Methoden des letzten Vierteljahrhunderts überhaupt geschrieben werden.

2. Staat und sozialer Organismus.

Die erste geschlossene Gruppe von Soziologen, die eine eigene Staatstheorie aufgestellt hat, bestand aus jenen Schriftstellern, die von biologischen oder organischen Analogien aus-

³⁾ Z. B. *Ammon*, *Schallmayer*, *Vacher de Lapouge*, *Carr-Saunders*, *Holmes*, *Conklin*, *Pearson*, *Hankins*, *Tenney* und *Keller*.

⁴⁾ „The New Republic“ vom 7. November 1917.

giebigen Gebrauch gemacht haben. Da ihre Ideen sich in den allerverschiedensten politischen Umgebungen entwickelten, gingen ihre Ansichten über die wirkliche Natur und die wirklichen Aufgaben des Staates naturgemäß weit auseinander. *Lilienfeld*⁵⁾, *Schäffle*⁶⁾ und *Worms*⁷⁾ betrachteten den Staat als das Gehirn oder das leitende Organ des Gesellschaftskörpers, dessen Machtvollkommenheiten unumschränkt sind, sofern sie der Förderung des allgemeinen Wohles dienen. Je höher die Entwicklungsstufe von Staat oder Gesellschaft ist, um so ausgedehnter ist die Staatstätigkeit, die wir dann legitimerweise erwarten dürfen. *Fouillée*⁸⁾ brachte zwar einen psychologischen Gesichtspunkt hinein und leugnete die vollkommene Analogie zwischen Staat und Gehirn der Gesellschaft, aber von der Bedeutung des Staates hegte er ebenso übertriebene Vorstellungen wie *Lilienfeld*, *Schäffle* und *Worms*; praktisch setzte auch er den Staat dem sozialen Organismus gleich. Auch *Spencer*⁹⁾ sah im Staate ein Analogon zum Körper des Individuums, aber er leitete aus dieser Prämisse ganz andere Schlußfolgerungen über Aufgabe und Bedeutung des Staates ab. Die regelnde und richtende Tätigkeit des Staates beschränkte er auf eine „negative Regelung“, die jedes Individuum die Folgen seines eigenen Handelns und Verhaltens tragen läßt — mit anderen Worten, der Staat ist zur Verteidigung gegen äußere Feinde und zum Schutz gegen Räuberei und Ausbeutung bestimmt. In den Werken *Novikows*¹⁰⁾ finden wir schließlich die extremste individualistische Einstellung innerhalb der biologischen Schule. Er hält nicht den Staat für

⁵⁾ „Gedanken über die Sozialwissenschaft der Zukunft“, bes. Bd. I, S. 81–92, 116–119, 186–188.

⁶⁾ „Bau und Leben des sozialen Körpers“, Bd. I, S. 170–175; Bd. II, S. 127–591.

⁷⁾ „Organisme et Société“, S. 37 ff. Vergl. die deutsche Ausgabe von „Die Soziologie“, 1926.

⁸⁾ „La science sociale contemporaine“, Buch III–V.

⁹⁾ „Principles of Sociology“, Bd. I, Teil II; „Man versus the State“, S. 401–411; „Principles of Ethics“, Teil IV.

¹⁰⁾ „Les luttes entre sociétés humaines“, S. 335, 355, 494, 604; „Conscience et volonté sociales“, S. 23, 237–238.

das Gehirn des Organismus, sondern meint, mit dem Gehirn ließe sich die geistige Elite vergleichen. In der Begrenzung der Staatseinmischung ist er viel strenger als *Spencer*.

3. Staat und geistige Persönlichkeit der Gruppe.

Einen zwischen den biologischen und psychologischen Staatstheorien vermittelnden Standpunkt vertreten *Gierke* und *Maitland*; ihre Ansichten werden auch von *Figgis*, *Laski* und *Duguit* geteilt. Der Begründer dieses Standpunktes war der deutsche Jurist *Johannes Althusius*, der gegen Ende des sechzehnten Jahrhunderts seine ersten Werke veröffentlichte. Seine Theorie, daß der Staat eine Gruppenhierarchie sei, wurde von seinem modernen Interpreten *Otto v. Gierke* zu einer Genossenschaftslehre erweitert und von dem hervorragenden englischen Historiker und Juristen *F. W. Maitland* unterstützt und geklärt. Die Lehre besteht, kurz gesagt, darin, daß der Staat kein Verband von Individuen, sondern ein Verband von Gruppen sei. Die Gruppen sind nicht einfach eine Mehrzahl von Individuen, sondern eine Organisation von Individuen, geschaffen zur Durchführung bestimmter Zwecke. Der Staat ist die allumfassende politische Organisation der Gesellschaft, der die Aufgabe obliegt, das Verhältnis der Gruppen untereinander und das Verhältnis der Gruppen zum Staat zu ordnen. Vertreter dieser Lehre, welche Eigenleben und Wichtigkeit der Gruppen betont, finden wir unter allen Richtungen, angefangen von jener, die sich gleich *Ernest Baker* eine *Aristotelisch-Hegelsche* Staatsverehrung zu eigen macht, bis zu den extremen Pluralisten und Syndikalisten, die den Staat vollständig abschaffen möchten¹¹⁾.

4. Der Staat als vollkommenste menschliche Vereinigung.

Vertreter der heute geläufigen Staatstheorien finden wir unter den späteren systematischen Soziologen, zunächst jenen,

¹¹⁾ Vergl. *Althusius*, „*Politica methodice digesta*“, *Gierke*, „Das Genossenschaftsrecht“, *Maitland*, „Einführung in *Gierkes* Political Theories of the Middle Age“ und „Gesammelte Aufsätze“, Bd. III, S. 210 ff.; *Figgis*, „Churches in the Modern State“; *Laski*, „Studies in

die wie *Ward*, *Giddings* und *Hobhouse* eine ausgedehnte Staatseinmischung befürworten. Am extremsten ist wohl *Ward*, dessen Staatsdefinition ich nachstehend zitiere¹²⁾:

„Wir sehen also, daß der Staat seinem Ursprung nach zwar evolutionär, seiner Methode nach jedoch teleologisch ist; daß er nur einen Zweck, eine Aufgabe oder eine Funktion hat, nämlich die Sorge um das Wohl der Gesamtheit; die Art seines Funktionierens besteht darin, antisoziale Handlungen einzelner zu verhindern, so daß er also der Handlungsfreiheit immer größeren Spielraum läßt, sofern diese Handlungen nicht antisozial sind; der Staat ist seiner Natur nach moralisch; seine eigenen Handlungen müssen naturnotwendig der Moral entsprechen; er wird stets vollkommen sein in dem Maße, wie die gesellschaftliche Entwicklung es gestattet; im Verlaufe der Gesellschaftsentwicklung hat es zwar bisher kaum staatliche Handlungen gegeben, die die Menschheit weitergebracht haben, aber der Staat war die Vorbedingung aller Leistungen, indem er die wirtschaftlichen, künstlerischen, literarischen und wissenschaftlichen Tätigkeiten, die sich innerhalb des Staates und unter seinem Schutz vollziehen, überhaupt erst ermöglicht hat. Keine andere menschliche Einrichtung ist dem Staate vergleichbar, und angesichts dieser Tatsache ist er die wichtigste aller menschlichen Einrichtungen.“

Giddings äußert sich nicht so dithyrambisch wie *Ward*¹³⁾: „Die wichtigste Zweckorganisation der bürgerlichen Gesellschaft ist der Staat, durch den der Geist der Gesamtheit herrscht, allen kleineren Zweckvereinigungen ihre Form und ihre Funktion vorschreibt und die Zusammensetzung und Gliederung der Gesellschaft bedingt. Dadurch, daß der Staat alle Tätigkeiten und Beziehungen zusammenfaßt, schafft er die

the Problem of Sovereignty“; *Duguit*, „Law in the Modern State“. — Für die syndikalistische Staatstheorie vergl. *Mott*, „The Political Theory of Syndicalism“ in „Political Science Quarterly“, Bd. XXXVII, S. 25—40.

¹²⁾ „Pure Sociology“, S. 555. (Deutsche Ausgabe, Innsbruck, 1907.)

¹³⁾ „Descriptive and Historical Sociology“, S. 509; auch „The Responsible State“, Kap. II—IV.

Bedingungen, unter denen alle seine Bürger ein „glückliches und zufriedenes Leben“ führen können, wie *Aristoteles* sich ausdrückt.“

Hobhouse ist ein energischer Verfechter der Staatseinschmelzung in allen sozialpolitischen Angelegenheiten und war vor dem Weltkrieg der bedeutendste Soziologe der liberalen Partei Englands, aber er betont nachdrücklich, daß er sich keineswegs die metaphysische Staatstheorie zu eigen mache, die dem Staate mystische und absolute Attribute zuschreibt. An einer besonders bezeichnenden Stelle behauptet er¹⁴⁾:

„Der Staat ist außer den großen Weltreligionen die größte aller menschlichen Vereinigungen. Er besitzt keine Sanktion oder Autorität, die ihn über die Moral oder über das Gesetz hinaushebt, deren Übertretung sich in einer Herabziehung seines Charakters rächt. Er ist eine Vereinigung mit eigener Verfassung und unter ganz besonderen Verhältnissen, aber in praxi müssen seine Rechte und Pflichten aus seiner Verfassung und seinen Verhältnissen heraus ebenso beurteilt werden, wie die Rechte und Pflichten aller anderen Vereinigungen und aller Einzelpersonen.“

5. Staat und Gesellschaftsprozess.

Ratzenhofer und *Small* vertreten eine Staatslehre, die besseren Aufschluß über die sozialen Prozesse innerhalb des Staates gibt, als die meisten anderen. In gewisser Hinsicht ist ihr Staatsbegriff den Begriffen von *Gierke* und *Maitland* verwandt. Sie sehen in der Gesellschaft einen Komplex von streitenden Interessengruppen, deren Konflikte von dem Staat in den notwendigen Grenzen gehalten werden, so daß sie schließlich zu sozialer Gerechtigkeit und sozialem Fortschritt führen, statt zu dauernder Ausbeutung und Anarchie. Der Konflikt der Interessengruppen ist der vitale und dynamische Faktor des sozialen Geschehens, der Staat hat nur die Aufgabe, diese inneren Kämpfe zu regeln und auszugleichen. Das folgende

¹⁴⁾ „Democracy and Reaction“, S. 207; vergl. auch seine „Metaphysical Theory of the State“. (Deutsche Ausgabe, Leipzig, 1924.)

Zitat *Ratzenhofers* in der *Small'schen* Fassung wird ihre Ansichten deutlicher machen¹⁵⁾:

„Der moderne Staat ist zugleich eine politische und ökonomische Organisation, aber außerdem noch viel mehr. Der Staat ist ein Mikrokosmos des ganzen menschlichen Lebens... Der Staat ist keine starre Institution, sondern ein Prozeß, ein ‚Werden‘, das sich mit den wechselnden Interessen der ihn zusammensetzenden Individuen und Gruppen verändert... Die mannigfaltigen politischen, kirchlichen, beruflichen, wirtschaftlichen usw. Institutionen, einschließlich der Regierung, sind planvoll entstandene Mittel, die allmählich in den Dienst der Interessen treten, die sich innerhalb des Staates entwickeln... Die dauernde und wichtigste Funktion des Staates besteht in seiner Einwirkung auf die Staatsbürger, daß sie in ihren gegenseitigen Streitigkeiten wenigstens das Minimum der dem Kampf gesteckten Grenzen einhalten... Die als Staat organisierte bürgerliche Gesellschaft setzt sich aus Individuen und Gruppen zusammen, die alle gewisse Elemente politischer Unabhängigkeit besitzen, das heißt, jedes Individuum oder jede Gruppe besitzt eigene, von denen der anderen scheinbar völlig verschiedene Interessen. Jedes Element sucht, bis zu einem gewissen Grade, seine eigenen Interessen, im Gegensatz zu den anderen, durchzusetzen. Der Staat ist also eine Vereinigung von Zwietrachten, eine Versöhnung von Konflikten und eine Harmonie von Dissonanzen. Er ordnet und kombiniert die sich gegenseitig abstoßenden Kräfte in einer Weise, daß sie in gewissem Maße zusammenarbeiten... Die vornehmste Tendenz der staatsbürgerlichen Kämpfe ist also die Herstellung einer Harmonie zwischen den Interessen. Dieses Ergebnis nennen wir Vergesellschaftung oder Zivilisation.“

Den Theorien von *Gumpłowicz* stehen die *Ratzenhofers*, *Bentleys* und *Oppenheimers* sehr nahe. Auch sie sind der An-

¹⁵⁾ *Small*, „General Sociology“, S. 226, 228, 233, 242, 252–253, 332. — Eine Erweiterung dieser Lehre und ihre Anwendung auf den amerikanischen Staat findet man bei *Bentley*. „The Process of Government“.

sicht, daß der Staat aus einer Reihe von gegensätzlichen Gruppen und Schichten besteht, von denen jede ihr eigenes Interesse verfolgt. *Gumpłowicz* behauptet, daß der Staat nicht als ausgleichende und versöhnende Kraft wirkt, sondern nur die politischen Machtmittel gewährt, die einer Minderheit gestatten, zu herrschen und die Mehrheit wirtschaftlich auszubeuten¹⁶⁾.

„Würden die Staatsrechtslehrer wirklich nur die immer und überall an allen Staaten vorkommenden wesentlichen Merkmale in die Begriffsbestimmung desselben aufnehmen, so wäre eine Übereinstimmung in diesem Punkte bald hergestellt; denn solcher Merkmale gibt es nur zwei: all und jeder Staat ist ein Inbegriff von Einrichtungen, welche die Herrschaft der einen über die anderen Gruppen zum Zwecke haben, und zwar wird diese Herrschaft immer von einer Minorität über eine Majorität geübt. *Der Staat ist daher eine Organisation der Herrschaft einer Minorität über eine Majorität* . . . Wenn wir in der Entwicklung einzelner Kulturgemeinschaften einen Fortschritt sehen, so liegt das untrügliche Merkmal desselben in der physischen Erleichterung der Dienste . . . So hat denn die Natur selbst durch die Art und Weise, wie sie die Menschen mit Bedürfnissen und Gefühlen ausstattete, den Grund zu solcher Staatenbildung gelegt. Auf Menschendienste wies sie die Menschen an; Mitgefühl mit den ‚Bluts- und Stammesverwandten‘ und tödlichen Haß gegen die Fremden legte sie in ihre Brust und so zwang sie die Menschen, auf Unterjochung fremder Menschen auszugehen. Diese Unterjochung und Befriedigung der Bedürfnisse durch Dienste der Unterjochten ist denn auch der wichtigste Inhalt menschlicher Geschichte.“

Oppenheimer ist der gleichen Ansicht¹⁷⁾:

„Jeder Staat — das muß vorgreifend ausgesprochen werden — war und ist *Klassenstaat*, und jede Staatstheorie war und ist *Klassentheorie* . . . Was ist also der Staat im soziologischen Begriffe? Der Staat ist seiner Entstehung nach ganz und

¹⁶⁾ „Grundriß der Soziologie“, S. 193, 195, 196.

¹⁷⁾ „Der Staat“, S. 6, 8.

seinem Wesen nach auf seinen ersten Daseinsstufen fast ganz eine gesellschaftliche Einrichtung, die von einer siegreichen Menschengruppe einer besiegten Menschengruppe aufgezwungen wurde mit dem einzigen Zwecke, die Herrschaft der ersten über die zweite zu regeln und gegen innere Aufstände und äußere Angriffe zu sichern. Und die Herrschaft hatte keinerlei andere Endabsicht als die ökonomische Ausbeutung der Besiegten durch die Sieger.“

6. Staat und Gemeinschaft.

Zu den interessantesten und bedeutsamsten Versuchen, den Staat und die Stellung des Staates zur Gesellschaft zu erfassen, gehört der von *R. M. MacIver*. Seit *Tönnies* unterscheiden viele Soziologen zwischen den Gemeinschaften und den Gesellschaften¹⁸⁾. Eine ganz ähnliche Unterscheidung schwebt *Giddings* vor, wenn er zwischen kombinierten und konstituierten Gesellschaften spricht¹⁹⁾, und auch *Durkheims* Unterscheidung zwischen segmentalen und funktionellen Gruppen steht diesem Gedankengang nahe²⁰⁾. *MacIver* versucht eine andere Einteilung, die darum besonders wichtig ist, weil sie nicht bloß die Vertreter des politischen Pluralismus unterstützt, sondern auch jene, die zwar die extrem pluralistische Theorie ablehnen, aber dennoch die Bedeutung der Gruppen für das moderne politische und soziale Leben eingestehen und zugeben, daß man eine bessere Methode zur Ordnung der Beziehungen der Gruppen untereinander sowie der Gruppen zum Staat finden müsse, als sie bis heute in den meisten Gesellschaften vorhanden ist. Gesellschaft bedeutet für *MacIver* den allgemeinsten Begriff, der den gesamten Komplex menschlicher Beziehungen umfaßt; Gemeinschaft dagegen ist der Ausdruck für ein natürliches und freiwilliges Zusammenleben, und das grundlegende und schöpferische Element der

¹⁸⁾ *Tönnies*, „Gemeinschaft und Gesellschaft“; vergl. auch *Baldwin*, „Social and Ethical Interpretations in Mental Development“, S. 503, u. a.

¹⁹⁾ „Inductive Sociology“, S. 182 ff.

²⁰⁾ „De la division du travail social“, S. 118—141, 158—217.

modernen Kultur; Vereinigungen sind Organisationen zur Durchführung eines bestimmten Zweckes oder einer bestimmten Absicht. Auch der Staat ist nur eine solche Vereinigung; er unterscheidet sich von anderen Vereinigungen durch seine weitere Interessensphäre und seine straffere Organisation, sowie die Macht, eigene Gesetze aufzustellen und zwangswise durchzuführen. Ursprünglich hat er eine bloß ordnende, von außen her einwirkende und repressive Funktion, doch kann er auch positiv viel erreichen, vorausgesetzt, daß sein Verhältnis zu den Gemeinschaften und den übrigen Vereinigungen verfassungsmäßig sowie rechtlich in angemessener Weise festgelegt ist. Der Staat sollte insoweit alle übrigen Vereinigungen beherrschen, als es nötig ist, sie dazu zu bringen, daß sie in möglichst hohem Maße der Allgemeinheit dienen; darüber hinaus aber sollte seine Einmischung nicht gehen. Gewisse Vereinigungen müßten unter stärkerer Kontrolle des Staates stehen, als es heute der Fall ist, andere brauchten wiederum mehr Freiheit. In dieser Hinsicht ist die einzig richtige wissenschaftliche Einstellung eine pragmatische und dynamische²¹⁾. Da diese Ideen für die künftige Theorie und Praxis der Politik vermutlich große Bedeutung gewinnen werden, seien die wichtigsten Abschnitte der *MacIverschen* Theorie hier wörtlich angeführt²²⁾:

„Das Wort Gesellschaft, als den allgemeinsten Begriff, benutze ich als Gattungsnamen für jede gewollte Beziehung von Mensch zu Mensch. Gemeinschaft, Vereinigung und Staat betrachte ich als etwas von der Gesellschaft Verschiedenes, weil die ersteren als besondere Arten oder Formen der Vergesellschaftung anzusehen sind. Die wichtigste dieser Unterscheidungen ist die zwischen Gemeinschaft und Vereinigung.

Unter einer Gemeinschaft verstehe ich jedes örtliche Zusammenleben — Dorf, Stadt, Bezirk, Land oder noch größere Gebiete. Das betreffende Gebiet muß sich in irgend einer

²¹⁾ *MacIver*, „Community: a Sociological Study“, bes. Teil I. Für die Nutzenanwendung siehe *Cole*, „Social Theory“.

²²⁾ *Ibid.* 22—36.

Weise von anderen Gebieten unterscheiden, das Gemeinschaftsleben muß gewisse besondere Merkmale aufweisen, die der Begrenzung des Gemeinschaftsgebietes einen Sinn geben. Alle kosmischen Gesetze, die physikalischen, biologischen und psychologischen, wirken dahin zusammen, daß Wesen, die gemeinschaftlich leben, einander auch ähnlich werden. Überall, wo Menschen zusammenleben, entwickeln sie gemeinsame Merkmale, Sitten, Traditionen, Redeweisen usw. Dies sind die Zeichen und Folgen eines wirksamen Zusammenlebens. Wir werden noch sehen, daß eine Gemeinschaft nur ein Teil einer größeren Gemeinschaft sein kann, und daß die Arten von Gemeinschaft sich nur dem Grade nach unterscheiden. Die englischen Einwohner einer fremden Hauptstadt leben beispielsweise sowohl in einer engen Gemeinschaft untereinander als in der größeren Gemeinschaft der Stadt. Das ist eine Frage des Grades und der Intensität des gemeinsamen Lebens. Das eine Extrem ist die ganze Menschheit, ein großes, aber unbestimmtes und lockeres Gemeinschaftsleben, das andere Extrem bildet die kleine enge Gemeinschaft, in der sich das individuelle Leben abspielt; ein winziger Kern von gemeinschaftlichem Leben mit einem zuweilen größeren, zuweilen kleineren und ständig wechselnden Anhang. Selbst der an sozialen Beziehungen ärmste Mensch ist ein Glied in der Kette sozialer Kontakte, die sich über die ganze Welt erstreckt. In der endlosen Reihe sozialer Beziehungen, die auf diese Weise entstehen, unterscheiden wir Kerne intensiveren Gemeinschaftslebens — Städte, Gaue und Stämme — die Gemeinschaften *par excellence*.

Eine Vereinigung ist eine Organisation sozialer Wesen zur Durchsetzung bestimmter gemeinsamer Ziele oder Interessen. Sie ist eine selbständige soziale Einheit, die sich auf einen gemeinsamen Zweck gründet. Jedes erstrebte Ziel wird allen leichter erreichbar, wenn sich alle an ihm Interessierten zu seiner gemeinsamen Durchsetzung vereinigen. Es gibt daher Vereinigungen für alle nur denkbaren Lebensinteressen. In der Gemeinschaft entstehen und vergehen viele solcher Ver-

einigungen, die wie Schaumperlen aufsteigen und wieder zerplatzen, und wer das soziale Leben der Gegenwart verfolgt, ist ganz betroffen über die ungeheure Anzahl der verschiedensten politischen, wirtschaftlichen, kirchlichen, pädagogischen, wissenschaftlichen, künstlerischen, literarischen und zur Unterhaltung bestimmten Vereinigungen, die in früher unbekanntem Maße das Gemeinschaftsleben bereichern.

Eine Gemeinschaft ist eine natürliche, eine Vereinigung ist eine künstliche Ordnung des sozialen Lebens; sie wird nur zur Durchsetzung ein oder mehrerer gemeinsamer Interessen gegründet. Die Vereinigung betrifft nicht den ganzen Menschen. Die Mitglieder einer Organisation können gleichzeitig auch vielen anderen Organisationen angehören. Innerhalb einer Gemeinschaft kann es unter den zahlreichen Vereinigungen auch gegensätzliche Vereinigungen geben. Die Menschen vereinigen sich sowohl um der unbedeutendsten wie um der bedeutendsten Ziele willen; die Vereinigung kann ihnen sehr viel oder sehr wenig bedeuten — eine Halbjahrsdividende abwerfen oder ihre höchsten und heiligsten Güter wahren —; aber stets ist die Gemeinschaft freier und umfassender als selbst die größte Vereinigung: sie ist das größere gemeinsame Leben, aus dem die Vereinigungen herauswachsen, in das sie Ordnung bringen, das sie aber niemals vollkommen ausfüllen. Bei näherem Zusehen erkennen wir sofort, daß ein großer Unterschied zwischen dem Zusammenleben der Menschen in einem Dorf, einer Stadt oder einem Lande und ihrer Vereinigung in einer Kirche oder Gewerkschaft — ja selbst im Staate — besteht. Häufig deckt sich das Territorium des Staates nicht einmal mit dem Ausdehnungsgebiet der Lebensgemeinschaft, beispielsweise wenn ein unterjochtes Volk innerhalb des fremden Staates sein eigenes Gemeinschaftsleben weiterführt.

Die Theorie, daß der Staat die Grenze der Gemeinschaft sei und alle übrigen Vereinigungen nur Teile des Staates sind, widerspricht der ganzen Entwicklung des modernen Staates. Vorläufig genügt die Feststellung, daß diese Theorie, die allen

geschichtlichen Tatsachen zum Trotz merkwürdig zäh festgehalten wird, mit den heutigen Tatsachen in Widerspruch steht. Wir kümmern uns hier nicht darum, was der Staat eigentlich sein und bedeuten sollte, sondern nur um das, was er heute wirklich ist und bedeutet. Bei dieser Betrachtungsweise erkennen wir sofort, daß der Staat sich weder räumlich mit der Gemeinschaft deckt, noch überhaupt mit ihr identisch ist. Jeder Staat hat starre territoriale Grenzen, aber die moderne, aus isolierten Staaten zusammengesetzte Welt zerfällt durchaus nicht in eine Reihe isolierter Gemeinschaften. Wir haben schon gesehen, daß die Gemeinschaft etwas Graduelles ist, und daß ein hier dichteres, dort loserer Netzwerk von sozialen Beziehungen die Menschen immer stärker über Länder und Kontinente hinweg miteinander verknüpft. Im Unterschied zur Gemeinschaft ist der Staat ausschließend und abgegrenzt. Wo ein Staat aufhört, fängt ein anderer an, wo der eine beginnt, hört der andere auf. Kein Mensch kann zwei Staaten angehören, ebensowenig wie er zweien Herren dienen kann, wohl aber kann er je nach Neigung und Gelegenheit am Leben beliebig vieler Gemeinschaften teilhaben.

Man muß also einen deutlichen Unterschied machen zwischen dem Staat einerseits und der Gemeinschaft, die ihn geschaffen hat, anderseits. Gemeinschaft ist das von innen her bestimmte Zusammenleben von Wesen, die aktiv, spontan und freiwillig (unter selbstgewählten Bedingungen) miteinander in Beziehung treten und sich selbst das komplizierte Netzwerk der sozialen Einheit weben. Der Staat hingegen setzt die äußeren Bedingungen des sozialen Lebens fest und sorgt für die Einhaltung der sozialen Pflichten, die man äußerlich erfüllen muß. Er hat keine Formen, die sich der veränderlichen Gesellschaftsstruktur anpassen lassen, sondern bildet eine starre Schranke, die nur ihre äußeren Umrisse abmessen kann.

Wir brauchen wohl kaum erst zu betonen, daß diese Feststellung der dem Staate gezogenen Grenzen den unschätzbaren Wert seiner Tätigkeit nicht verkleinert. Sie besagt bloß, daß der Staat nicht gleichbedeutend ist mit Gemeinschaft, und

daß die politische Vereinigung nicht das gesamte Leben der Menschen umschließen und beherrschen kann. Der Staat ist also nicht die Gemeinschaft selbst, sondern nur eine besonders machtvolle Vereinigung innerhalb der Gemeinschaft. Der Staat ist begrenzt, wirkt als abgeschlossene Organisation des sozialen Lebens; die Gemeinschaft ist unbegrenzt, sie entwickelt sich immer weiter über die Grenzen des Staates hinaus und wird nur zum Teil innerhalb des Staates selbst beherrscht. Der Staat gibt dem von ihm umschlossenen Teil der Gemeinschaft eine gewisse Einheitlichkeit und Abgegrenztheit, aber er schneidet ihn weder von der großen Gemeinschaft draußen ab, noch setzt er in diesem Teil selbst seine äußerliche Wirkungsweise an die Stelle der Spontaneität, welche das Merkmal jeder Art von Leben, auch des sozialen Lebens, ist. Das soziale Leben kann nicht mehr in Praxis, und sollte nicht mehr in der Theorie im staatlichen Leben aufgehen. Auch das Individuum sollte nicht in seiner Eigenschaft als Bürger aufgehen, sonst würde die Forderung des Bürgerrechtes zur Tyrannei und ginge ihres besten moralischen Wertes verlustig. Die „moderne Interessenwildnis“ läßt sich nicht in einen geraden bürgerlichen Pfad applanieren. Der breite Weg des Bürgertums, den wir so eben anlegen müssen als nur möglich, kreuzt zwar tausend Pfade sozialer Interessen, aber weder können, noch sollen sie alle in ihn münden.

Die Gemeinschaft und nicht der Staat ist also die „Verkörperung des objektiven Geistes“. Der „Geist“ schließt sich nicht in Staaten ab, wie *Hegel* annahm. Im Gegenteil, mit zunehmender Zivilisation erweitert sich die Gemeinschaft, die sozialen Interessen „realisieren“ sich über die politischen Staatsengrenzen hinaus. Die Gesellschaft dehnt sich aus und das Gemeinschaftsgefühl nimmt zu.“

Es ist bezeichnend, daß *Cole* die *MacIvers*sche Definition zur Grundlage der politischen und sozialen Theorie seines Gildensozialismus gemacht hat²³). Miß *Follett* ist zwar der Ansicht, daß die politische Neuordnung von dem Gruppen-

²³) *Cole*, „Social Theory“, S. 25 ff., 210.

begriff ausgehen müsse, will aber weder das Individuum noch den Staat unter der Hervorhebung der Gruppenvielheit leiden lassen. Das Verhältnis zwischen Individuum und Gruppe sowie zwischen Gruppe und Staat muß bei allen allgemeineren Staatsreformplänen erwogen und geklärt werden²⁴).

7. Staat und Dezentralisation der Verwaltung.

Schließlich taucht in den Theorien *Emile Durkheims* eine kapitalistische Abart des Verwaltungssyndikalismus in der soziologischen Staatstheorie auf²⁵). Der Staat ist nach *Durkheim* nur dazu da, die allgemeinen gesetzlichen Richtlinien anzugeben, nicht aber sie auch im Einzelfall durchzuführen, mit anderen Worten, er eignet sich nicht für die Verwaltung, am allerwenigsten auf wirtschaftlichem Gebiete. Die verwaltungstechnischen Aufgaben möchte *Durkheim* in die Hände von geschlossenen, gleichgestellten Arbeitnehmer- und Arbeitgebersyndikaten in jedem Industriezweig legen. Trotz der sehr abweichenden wirtschaftlichen Tendenzen ist doch nur ein kleiner Schritt von *Durkheims* Staatstheorie zu der Staatstheorie der Gildensozialisten²⁶). Diese möchten die Machtbefugnisse des Staates auf die Wahrnehmung der Konsumenteninteressen seiner Bürger beschränken, und die Kontrolle der Produktion den erheblich umgestalteten und verstärkten Gewerkschaften überlassen. Als oberste Instanz möchten sie eine Föderalorganisation schaffen — eine Nationalkommune — in der alle funktionellen Vereinigungen der Gesellschaft vertreten sind²⁷).

²⁴) *Follett*, „The New State“, Einleitung sowie I. und II. Teil.

²⁵) „Le suicide“, S. 434 ff.; „De la division du travail social“ (1902), Vorwort.

²⁶) Vergl. *Cole*, „Social Theory“, bes. Kap. V—VIII; ebenso seinen „Guild Socialism“. *Cole* entnahm seine fundamentalsten Theorien über Gesellschaft und Staat offensichtlich und zugestandenermaßen dem Werke *MacIvers*, „Community: a Social Study“, bes. Kap. II. — Eine ausgezeichnete Zusammenstellung der verschiedenen pluralistischen Staatstheorien findet man bei *Crocker*, „The Technique of the Pluralistic State“ in der „American Political Science Review“, Bd. XV, S. 185—213.

²⁷) Die beste Geschichte und Analyse des Gildensozialismus gibt *Carpenter*, „Guild Socialism“.

8. Gesellschaft und Staat.

Ich möchte schon an dieser Stelle darauf hinweisen, daß es neben den Soziologen, die für eine schöpferische Tätigkeit des Staates eintreten, wie *Ward, Giddings, Hobhouse* und *Stein*, andere hervorragende Gelehrte gibt, die an der Vorstellung, daß der Staat ein „Schutzmann“ der Gesellschaft sei, in fast ebenso extremer Form festhalten, wie die klassischen Nationalökonomten und die Politiker der Manchester-Schule. Zu dieser Gruppe gehören *Spencer, Novikow, Le Bon* und *Sumner*.

Aber trotz der grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten über Wesen und Wirksamkeit des Staates sind sich alle Soziologen in einem Punkte einig: nämlich über das Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft. Verschwindende Ausnahmen, zum Beispiel *Fouillée*, abgerechnet, halten alle Soziologen die Gesellschaft für die allgemeinere und ursprünglichere Vereinigung, die alle Formen der Lebensvereinigung, sowohl bei Tieren als bei Menschen, umfaßt. Der Staat ist nur eine spezielle Vereinigung, vielleicht das wichtigste Mittel oder das wichtigste Organ, durch das die Gesellschaft das Leben der Gesamtheit sicherer, wirksamer und fortschrittlicher zu gestalten sucht. Wenngleich die Wurzeln des Staates sich bis in sehr ferne Zeiten der Frühgeschichte der Menschheit zurückverfolgen lassen, ist der moderne Staat doch erst ein verhältnismäßig spätes Produkt der sozialen Entwicklung, der sowohl seinem Ursprung als seinem Inhalt nach von der Gesellschaft erst geschaffen wurde. Das ist der Ausgangspunkt für die soziologische Erforschung der politischen Probleme, die ein dauernder und wichtiger Beitrag zur Theorie von Ursprung und Wesen des Staates bleiben wird²⁴).

²⁴) Obzwar ich mit dem Verfasser nicht in allen Punkten einer Meinung bin, kann ich doch keine bessere kurzgefaßte Darstellung dieses Themas empfehlen, als *MacIvers* oben erwähntes Werk, vor allem Buch I und Anhang A.

Viertes Kapitel.

SOZIOLOGISCHE BEITRÄGE ZUR ERFORSCHUNG DER ENTSTEHUNG UND ENTWICKLUNG DES STAATES.

1. Soziologische Untersuchung über die Ursachen der Unterordnung.

Eine erschöpfende soziologische Theorie über die Entstehung des Staates schließt die Untersuchung folgender Probleme in sich: die sozialpsychologischen Ursachen der menschlichen Vereinigungen im allgemeinen; die sozialen und psychologischen Kräfte die das Führertum hervorgebracht haben; Wesen und Entwicklung der Stammesgesellschaft; Wesen und Ursachen des Aufkommens der Territorialstaaten; die großen Etappen der Staatsentwicklung.

Über die Ursachen der menschlichen Vereinigung existieren zahlreiche und verschiedenartige soziologische Theorien, die sich aber kaum widersprechen; wahrscheinlich wird die endgültige Synthese ihnen allen recht geben, wenn auch in verschiedenem Grade. Hier mag es genügen, die Ansichten einiger der bekanntesten Soziologen wiederzugeben. Wir haben zunächst die Gefühlstheorien — oder die Theorie der Sympathie — angefangen von *Adam Smith* bis zu *Sutherland* und *Giddings*; die ihnen nahe verwandte Lehre von der gegenseitigen Hilfe und freiwilligen Zusammenarbeit, die von *Kropotkin*, *Novikow* und *Wallas* vertreten wird; die Erklärung der Herdeninstinkte, wie sie *MacDougall* und *Trotter* systematisiert haben; *Giddings'* Idee des „Artbewußtseins“; die Lehre von der Wirkung der Nachahmung, die *Hume*, *Bagehot*, *Tarde*, *Ross* und *Baldwin* aufgezeigt haben; die Unterordnung des Individuums unter die Gruppe, kraft des Eindruckes, den die Macht der Gruppe wie einen Zwang ausübt, die vor allem von *Durkheim*, *Le Bon*, *Sighele* und *Gumplo-*

wicz betont wird; und schließlich *John Fiskes* Theorie über die verlängerte Kindheit des Menschengeschlechtes¹⁾).

Die sozialpsychologischen Erklärungen für die Entstehung der Herrschaft und Unterordnung hängen mit den Theorien über die Entstehung der Lebensgemeinschaften eng zusammen. Ich erwähne *Spencers* Theorie der Furcht; *Bagehots*, *Baldwins* und *Tardes* Nachahmungstheorie; *De Greefs* und *Fouilléés* modifizierte Vertragstheorie (organisme contractuel); den Einfluß von Zwang und Suggestion, der von *Durkheim* und *Le Bon* hervorgehoben wird; die Bedeutung dominierender Persönlichkeiten, wie sie *Mallock*, *Faguet* und *Mumford* schildern; *MacDougalls* Theorie eines Selbsterniedrigungsinstinkts und des gefühlsmäßigen Wunsches nach Unterwerfung; und *Giddings'* Versuch einer synthetischen Theorie auf Grund der verschiedenartigen Reaktion auf Reize und der Existenz einer Protokratie; sowie die vermittelnden Theorien von *Baldwin*, *Cooley* und *Ellwood*²⁾).

2. Historische Entstehung des Staates.

Der erste Versuch zur Skizzierung der Staatsentwicklung seit den primitiven Stammesgesellschaften gründete sich auf eine Theorie von dem angeblich göttlichen Ursprung des Staates und findet sich noch bei *Aristoteles*, *Bodin*, *Pufendorf*, *Locke* und *Blackstone* in der Form, daß die patriarchalische Gesellschaftsorganisation die früheste Form wie des Familienso des Staatslebens gewesen sei. Die beste Zusammenfassung und Verteidigung dieser Theorie stammt von *Henry Sumner Maine*, in seinem „Ancient Law“ und anderen großartigen Werken über Geschichte der Jurisprudenz und Staatswissenschaft.

¹⁾ Vergl. über diese Fragen *Davis*, „Psychological Interpretations of Society“; ferner meine Aufsätze im „American Journal of Sociology“, Bd. XXVII—XXVIII; „Sociological Review“, Bd. XIII—XV; „Philosophical Review“, Bd. XXVIII, S. 248—279; „Political Science Quarterly“, Bd. XXXV, S. 236—254; „American Journal of Psychology“, Bd. XXXI, S. 333—369.

²⁾ Eine eingehendere Analyse der im Staate wirksamen psychologischen Faktoren findet man weiter unten Kap. V 4, und Kap. XII.

Zuerst wurde diese Theorie von *J. J. Bachofen* in seinem 1860 erschienenen „Mutterrecht“ angegriffen. *Bachofen* behauptete, daß ursprünglich Promiskuität bestanden habe, aus der sich dann später das Matriarchat entwickelt hätte. Er hielt sich jedoch mehr an die Methoden von *Vico* und *Wolf* als an die von *Spencer* und *Morgan*, denn er zog seine Schlußfolgerungen aus den Fragmenten der klassischen Mythologie und Dichtung.

Diese etwas veraltete Methode wurde zugunsten der „evolutionären“ Hypothese aufgegeben. Eine Reihe bedeutender Gelehrter, darunter vor allem *Sir John Lubbock*, *J. F. Mac Lennan*, *Herbert Spencer*, *Albert H. Post*, *Julius Lippert*, *Edward B. Tylor*, *Lewis M. H. Morgan*, *Andrew Lang*, *W. Robertson Smith*, *James G. Frazer*, *Charles Letourneau* und *Daniel C. Brinton*, übertrugen den *Darwinschen* Evolutionsgedanken auf die Frühgeschichte der menschlichen Gesellschaft und kamen zu Ergebnissen, welche die Stellungnahme *Maines* ebenfalls erschütterten³⁾. Während über Einzelheiten bei den genannten Schriftstellern viele und wichtige Meinungsverschiedenheiten bestanden, waren sie sich doch in der Hauptsache über Methode und Resultate einig. Ihre Lehre läßt sich folgendermaßen zusammenfassen: Die sozialen Einrichtungen unterliegen einem organischen Entwicklungsgesetz. Man kann ganz generell annehmen, daß sich die Einrichtungen in langsamer und regelmäßiger Wandlung auf der ganzen Welt ungefähr gleichartig in derselben Richtung entwickeln, und in der Regel von einfachen und ungeordneten Verhältnissen zu einer komplizierten Ordnung fortschreiten. Es gibt eine psychische Einheitlichkeit des Menschengeschlechtes, da die Organisation und Funktion des menschlichen Geistes, wenigstens was seine organische Anlage und seine Reaktionen betrifft, überall gleichartig sind. Die geographische Umwelt ist in vie-

³⁾ Eine gute, wenn auch nicht sehr kritische Zusammenfassung dieser Literatur findet man bei *Howard*, „History of Matrimonial Institutions“, Bd. I; und *Posada*, „Théories modernes sur les origines de la famille, de la société et de l'état“.

len Teilen der Welt sehr ähnlich, und die Umgebung ist einer der wichtigsten von außen auf den menschlichen Geist einwirkenden Reize. Die psychische Gleichartigkeit des Menschengeschlechtes in Verbindung mit den Ähnlichkeiten der geographischen Umgebung lassen also notwendig einen Parallelismus und eine Ähnlichkeit der Kultur bei räumlich weit auseinanderliegenden Völkern entstehen. Will man die Entwicklung der menschlichen Gesellschaft rekonstruieren, so darf man ohne weiteres eine Anzahl isolierter Beispiele von allen Kulturformen, aus den verschiedensten Gegenden mit verschiedener Kulturstufe in ein angenommenes Entwicklungsschema der Einrichtungen einreihen und die Richtigkeit des vorausgesetzten Entwicklungsschemas damit beweisen und erhärten⁴⁾.

Durch die Anwendung dieser Methode und dieser Hypothesen auf das Studium der Urgesellschaft kamen diese Autoren zu einer Reihe bestimmter Schlußfolgerungen: Aus der ursprünglichen Promiskuität entwickelt sich langsam, aber deutlich die monogame Familie, und jede Art von Familientypus ist ein spätes Entwicklungsprodukt, das sich aus der älteren Sippen- oder Stammesorganisation entwickelt hat. In der Geschichte der Stammesgesellschaft lassen sich bestimmte aufeinanderfolgende Stufen unterscheiden, die der Entwicklung der materiellen Kultur entsprechen. Den ersten ausgedehnten Typus einer menschlichen Gruppenbildung stellt die endogame Horde dar, in der es noch keine geschlossenen Familien oder engeren Verwandtschaftsbeziehungen gab. Auf diese Stufe folgte die Sippen- oder Stammesgesellschaft, verbunden mit dem exogamen Clan, mit dem oft der Totemismus sich zusammenfindet⁵⁾. Die früheste Form der Stammesgesell-

⁴⁾ Eine offene Darstellung oder besser ein Eingeständnis der klassischen Methode anthropologischer Rekonstruktion siehe bei *Spencer*, „Autobiography“, Bd. II, S. 325 ff. Manche Vertreter dieser Schule, vor allem *E. B. Tylor*, waren kritischer als *Spencer*.

⁵⁾ Ich möchte hier hervorheben, daß *Frazer* in seinem „Totemism and Exogamy“ zugegeben hat, daß beide nicht notwendig untrennbar miteinander verbunden sind.

schaft bildete der mütterliche Clan, der mit der Zeit unweigerlich von der Vaterfamilie abgelöst wurde; dieser Wechsel der verwandtschaftlichen Grundlage war mit einem Fortschritt der materiellen Kultur verbunden. Die Vaterfamilie verdichtete sich allmählich zu der patriarchalischen Gesellschaftsorganisation, die später durch die Entwicklung des Eigentums, das Eindringen von Fremden und durch die Lockerung der Sippschaftsbande, von dem Territorialverband und der bürgerlichen Gesellschaft überlagert wurde. Die beste Zusammenfassung und Darstellung der eben skizzierten Synthese der sozialen und politischen Entwicklung hat *Lewis H. Morgan* in seinem berühmten Werk über die „Urgesellschaft“ gegeben⁶⁾.

Nach *Morgan* haben neue Methoden anthropologischer Forschung und ein genaueres Studium der noch existierenden primitiven Gesellschaften die von der evolutionistischen oder klassischen Anthropologenschule angewandten Forschungsmethoden stark diskreditiert und ihre Schlußfolgerungen widerlegt. *Westermarck* war bereits durch ein sorgfältigeres Studium nach den alten Methoden in der Lage, die Behauptung von der primitiven Promiskuität als unrichtig nachzuweisen⁷⁾. Die neueren Hypothesen stützen sich auf sehr sorgfältige Erforschung der jetzt noch primitiven Kulturgebiete und die objektive Auswertung dieser Daten. Mangels Raum kann ich nur wenige Beispiele anführen; von großer Bedeutung war die Erforschung der australischen Verhältnisse durch *Cunow*, *Brown* und *Thomas*; *Rivers* große Monographien über die Todas und die melanesische Gesellschaft; *Seligmanns* Arbeit über die Veddas; die von einer Gruppe englischer Gelehrter unternommene Erforschung der Torresstraße; die von *Roscoe* und *Pechuel-Loesche* in Afrika gesammelten Daten; und vor allem auch die Erforschung amerika-

⁶⁾ Eine kritischere und genauere Ansicht vertritt *Tylor*, „On a Method of Investigating the Development of Institutions“ in dem „Journal of the Anthropological Institute“, Bd. XVIII, S. 245–272.

⁷⁾ „History of Human Marriage“, 1891.

nischer Gebiete durch die Jesup North Pacific Expedition und anderer amerikanischer Gegenden durch *Boas*, *Wissler*, *Lowie*, *Kroeber*, *Goldenweiser*, *Spinden*, *Dixon*, *Parker*, *Goddard*, *Mooney*, *Speck*, *Swanton* und andere.

Dieses neue und ungeheure Tatsachenmaterial, verbunden mit einer objektiveren Auswertung, zeitigte nicht nur zuverlässigere Theorien über die soziale Entwicklung, sondern erbrachte auch den Nachweis, daß sich die soziale Entwicklung ganz anders abgespielt hat, als man bisher angenommen hatte. Die kritische Schule zeigte zunächst, daß die Voraussetzung eines allgemeinen Entwicklungsgesetzes in der Richtung vom Einfachen zum Komplizierten auf kulturelle oder soziale Einrichtungen nicht zutrifft; sie zeigte ferner, daß ein Parallelismus von Kulturstufe und Gesellschaftsorganisation in verschiedenen Gegenden keine gleichen Vorbedingungen voraussetzt und auch nicht notwendig eine gleichartige Fortentwicklung bedingt. Die Ähnlichkeiten können von „kulturellen Konvergenzen“ herrühren, die sich aus ganz verschiedenen Umständen herleiten, oder auch aus der Nachahmung eines gemeinsamen Vorbildes entstanden sein^{*)}.

Die Anwendung dieser neuen Ethnologie wirkte auf das Studium der primitiven Gesellschaft förmlich revolutionierend. Die allgemeine Verbreitung der Stammesgesellschaft läßt sich nicht beweisen; viele Gruppen haben sich zu einer verhältnismäßig hohen Kulturstufe entwickelt, ohne ein ausgedehnteres Verwandtschaftssystem als die engere Familie zu besitzen. Auch wo die Stammesgesellschaft wirklich besteht, sehen wir keine allgemeine Tendenz zur Verschiebung der mütterlichen auf die väterliche Sippschaft, ja, es ist sogar nicht einmal sicher, ob sich auch nur ein einziges einwand-

*) Eine ausgezeichnete Erörterung über die neuere anthropologische Methodologie findet sich bei *Boas*, „Mind of Primitive Man“, Kap. IV—VII; *Lowie*, „Culture and Ethnology“; *Goldenweiser*, „Principles of Limited Possibilities in the Development of Culture“ („Journal of American Folklore“, Bd. XXVI, S. 259 ff.); und „Four Phases of Anthropological Thought“ in den „Publications of the American Sociological Society“, Bd. XVI, S. 50—69.

freies Beispiel nach den bisher vorliegenden Daten für eine solche Verschiebung erbringen läßt. Wir haben ferner keinen Beweis dafür, daß die mütterliche Sippschaft stets auf einer niedrigeren materiellen Kulturstufe steht als die väterliche Sippenordnung. Schließlich hat sich herausgestellt, daß der Totemismus etwas von der Exogamie Getrenntes ist. Kurzum, das ganze Vorstellungsgebäude der evolutionären Theoretiker ist zusammengebrochen. *Lowie* hat ihnen einen guten Nekrolog gehalten⁹⁾: „Wir resumieren also: es gibt keine feststehende Aufeinanderfolge von mütterlicher und väterlicher Sippe; sippenlose Stämme können direkt zur mütterlichen oder väterlichen Verwandtschaftsordnung übergehen; wenn in den höchsten Kulturen seit altersher Patriarchat besteht, so gilt das auch für viele der niedrigsten; die Geschichte eines Volkes läßt sich nicht nach einem allgemein gültigen Entwicklungsschema rekonstruieren, sondern nur nach seinen bekannten oder vermuteten Kulturbeziehungen zu den benachbarten Völkern.“

Diese kritischen Untersuchungsprinzipien und gesicherten anthropologischen Forschungsergebnisse sind vor allem ein Verdienst der Amerikaner, der Arbeiten von *Franz Boas* und seinen Schülern¹⁰⁾.

Man darf natürlich nicht glauben, daß sich alle Soziologen die Ergebnisse der kritischen Ethnologie zu eigen gemacht haben; vielmehr stützen die meisten ihre Theorien über die soziale Entwicklung noch auf die alte *Morgansche* Ethnologie, und nicht wenigen erscheinen die Arbeiten von *Boas* und der kritischen Schule als gottlos, wenn nicht gar gotteslästerlich. Lange werden sie freilich diese epochalen Fortschritte nicht unbeachtet lassen können; wir dürfen daher getrost vor-

⁹⁾ „Primitive Society“, S. 185.

¹⁰⁾ Ausgezeichnete Zusammenfassungen der neueren Ansichten über die primitiven Gesellschaften enthalten die bedeutenden Werke von *Marett*, „Anthropology“; *Lowie*, „Primitive Society“; *Wissler*, „Man and Culture“; und *Goldenweiser*, „Early Civilisation“. Eine gute Zusammenstellung der amerikanischen Forschungen findet man bei *Wissler*, „The American Indian“.

aussagen, daß sich die soziologische Theorie über die Entstehung des Staates in nicht zu ferner Zeit auf die feste Grundlage der kritischen Ethnologie stützen wird¹¹⁾).

3. Soziologische Theorien über die Entstehung des Staates.

Das nächste Problem der soziologischen Theorie über die Anfänge des Staates betrifft die Entstehung des ausgebildeten Territorialstaates. Nach den älteren Ansichten, die sich an *Aristoteles* anlehnten, soll er durch Ausbreitung der Stammesgruppen entstanden sein. *Morgan* und die evolutionistische Schule führen den Staat auf die Entstehung des Eigentums zurück, das, mit den sich daraus ergebenden komplizierteren Wirtschaftsproblemen, eine höhere Form politischer und rechtlicher Einrichtungen notwendig werden ließ. Allmählich gewann jedoch die Theorie an Boden, daß der Territorialstaat ursprünglich als Folge gewaltsamer Unterjochung in einem lange fortgesetzten Kriegszustand zwischen primitiven Völkern entstand. Heute gilt sie wohl als die soziologische Theorie der Entstehung und Entwicklung des Staates. Sie ist nicht neu, sondern läßt sich bis auf *Polybius* zurückverfolgen und besaß auch in allen folgenden Zeitaltern ihre Anhänger¹²⁾. *Hume* in seinen „Essays“ und *Ferguson* in seiner „Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft“ können als die Begründer der modernen Lesart dieser Theorie gelten, während *Bagehot* und *Spencer* sie nach den Ergebnissen der Evolutionstheorie verändert haben; eigentlich wird diese soziologische Staatstheorie

¹¹⁾ Fast das einzige aufrichtige Eingeständnis der Tragweite der neueren Anthropologie, das dem Verfasser von soziologischer Seite bisher bekannt geworden ist, findet sich in *Ellwoods* ausgezeichnetem Aufsatz über „Theories of Cultural Evolution“ im „American Journal of Sociology“, Bd. XXIII, S. 779–800, und in *Ogburns* Schrift über „The Historical Method in the Analysis of Social Phenomena“ in den „Publications of the American Sociological Society“, Bd. XVI, S. 70–83.

¹²⁾ Ich habe die Geschichte dieser Ansicht von der Entstehung des Staates, einschließlich der Theorie von *Gumplowicz* und den späteren Autoren, in einem Aufsatz kurz zu schildern versucht, der im „Journal of Race Development“, Bd. IX, S. 349–419, erschienen ist. Vergl. auch *Bristol*, „Social Adaptation“, S. 162 ff.

jedoch in reiner Form erst in dem Werke *Ludwig Gumpłowicz* (in seinem „Rassenkampf“) entwickelt. *Gumpłowicz* skizzierte seine Idee zuerst in einer Broschüre „Rasse und Staat“ (1875) und entwickelte sie dann ausführlich in zwei späteren Werken: „Der Rassenkampf“ (1883) und „Grundriß der Soziologie“ (1885). Seine Theorie wurde unter anderen von *Ratzenhofer* in Österreich, von *Oppenheimer* in Deutschland, von *Jenks* in England und von *Small* und *Ward* in Amerika angenommen und weiterentwickelt.

Kurz gesagt, geht diese Theorie auf die Gruppen zurück, erklärt das Prinzip des Syngenismus oder „die Tatsache, daß alle menschlichen Gruppen bei gemeinsamer Lebensweise sich durch gemeinsame Interessen eng verbunden fühlen und in dem Kampf um die Herrschaft als einheitliches Ganzes zu wirken suchen“. Seit den ältesten Zeiten besteht der Ablauf der Geschichte in der Hauptsache aus dem Kampf der Gesellschaftsgruppen um die Durchsetzung ihrer Interessen. Der Sieg der einen Gruppe führt zur Unterjochung der besiegten Gruppe und zu der Übermacht der Sieger, die langsam aber ständig den Umfang ihrer Machtbefugnisse erweitern. Um aber im Inneren Anerkennung und Einverständnis zu gewinnen, müssen die Führer der siegreichen Gruppe den Besiegten gewisse Zugeständnisse machen; damit setzt die kulturelle Assimilation ein, der bald eine körperliche Verschmelzung folgt. Während dieses Prozesses bilden sich innerhalb des Staates gesonderte politisch und damit wirtschaftlich unterschiedene Gesellschaftsklassen von Siegern und Besiegten, und mit der Entwicklung der politischen Einrichtungen beginnen diese Klassen um die politische Macht zu kämpfen, um die gesetzgebende Macht in ihrem eigenen Interesse zu nutzen. Aus diesen rohen Anfängen heraus entsteht der Interessensstreit der Gruppen oder Klassen als Grund der politischen Vorgänge.

Ogleich diese Auffassung der staatlichen Entwicklung die allgemeine Zustimmung vieler Soziologen gefunden hat¹³⁾,

¹³⁾ Vergl. *Ward*, „Pure Sociology“, S. 204 ff.; „American Journal of

wurde sie von manchen doch heftig angegriffen, weil sie der Zusammenarbeit und anderen friedlicheren Faktoren, die zweifellos in der Geschichte der Staatsentwicklung eine bedeutende Rolle gespielt haben, allzuwenig Beachtung schenkt. Unter den bekannteren Autoren, die dieser Meinung Ausdruck gegeben haben, befinden sich *Sutherland* mit seinem „Origin and Growth of the Moral Instinct“, *Kropotkin* mit seiner „Gegenseitigen Hilfe in der Tier- und Menschenwelt“, *Novikow* mit seiner „Critique du Darwinisme social“¹⁴⁾. Manche eklektischen Schriftsteller versuchten eine Synthese und wollten nachweisen, daß dem Kampf allerdings der größere Anteil an der Entstehung des Staates zukommt, daß aber friedliche Faktoren mitgewirkt haben und in Zukunft wahrscheinlich zu einer noch größeren Rolle berufen seien. Diese Ansichten sind in den Theorien von *Giddings*, *Hayes*, *Stein* und *Tarde* enthalten¹⁵⁾. *Commons*, *Oppenheimer* und *Loria* haben sich vor allen Dingen mit den wirtschaftlichen Faktoren beschäftigt, welche in Kriegs- wie in Friedenszeiten bei der Entstehung des Staates entscheidend mitgewirkt haben.

4. Politische Entwicklungsstufen.

Im Anschluß an unsere Ausführungen haben wir noch den Teil der soziologischen Theorien über die Entstehung des Staates zu besprechen, der sich um eine Einteilung der politischen Entwicklungsstufen, zum Teil mit großem Erfolg, bemüht hat. *Comte* brachte den politischen Fortschritt mit seinem berühmten Dreistadiengesetz in Zusammenhang, indem er je eine theologisch-militärische, metaphysisch-juristische und positiv-industrielle Periode annahm¹⁶⁾. *Spencer* dachte

Sociology“, Bd. VII, S. 762; Bd. XV, S. 679 - 680; „Publications of the American Economic Association“, 3. Serie, Bd. V, Nr. 2, S. 187 ff. Vergl. *Vaccaro*.

¹⁴⁾ Vergl. „Journal of International Relations“, Bd. XII, S. 238—265.

¹⁵⁾ *Giddings*, „Principles of Sociology“, S. 316; *Hayes*, „Introduction to the Study of Sociology“, S. 538 ff.; *Tarde*, „Les transformations du pouvoir“, S. 36, 50, 174—185.

¹⁶⁾ „Principles of a Positive Polity“, Bd. III, S. 91 ff.

sich den politischen Fortschritt als Übergang vom kriegerischen Feudal- zum friedlichen Industriestaat¹⁷⁾. *Bagehot* schilderte die politische Entwicklung als einen Übergang aus den Zeiten, in denen die Menschen durch Gewohnheiten verbunden waren, und wo die Konflikte der Gewohnheiten überwogen und zu der Entstehung der Staaten führten, zu einem Zeitalter freier Diskussion und parlamentarischer Regierung¹⁸⁾. Für *Durkheim* bestand der Entwicklungsprozeß in der Umwandlung der mechanischen und repressiven Solidarität der Gesellschaft in eine organische und funktionelle Solidarität¹⁹⁾. *De Greef* dachte sich die politische Entwicklung als Übergang von einem despotischen Obrigkeitsstaat in einen freiwilligen Vertragsstaat²⁰⁾. *Ratzenhofer* und *Small* erblickten den politischen Fortschritt vornehmlich in der Umwandlung des „Machtstaates“ in einen „Kulturstaat“²¹⁾. *Oppenheimer* teilte den politischen Fortschritt unter die Rubriken primitiver Feudalstaat, Seestaat, entfalteter Feudalstaat und Verfassungsstaat ein²²⁾. *Hobhouse* erklärte die politische Entwicklung aus der Verschiebung des Herrschaftsprinzips von der Sippe auf die Obrigkeit und von der Obrigkeit auf die Bürgerschaft²³⁾. Ferner haben wir *Giddings'* bekannte Einteilung der sozialen und politischen Entwicklung, die eine Synthese der *Comteschen*, *Spencerschen* und *Bagehotschen* Klassifikationen darstellt, in das militärisch-kirchliche, das freiheitlich-rechtliche und das ökonomisch-moralische Stadium²⁴⁾. Schließlich wäre noch *Wundts* völkerpsychologische Einteilung der sozialen, politischen und kulturellen Genese

¹⁷⁾ „Principles of Sociology“, Bd. II, S. 603 ff.

¹⁸⁾ „Physics and Politics“, passim.

¹⁹⁾ „De la division du travail social“, passim.

²⁰⁾ „Introduction à la sociologie“; und „La structure générale des sociétés“.

²¹⁾ *Small*, „General Sociology“, S. 190 ff.

²²⁾ „Der Staat“, passim. Vergl. „Soziologie des Staates, System der Soziologie“, II. Teil.

²³⁾ „Morals in Evolution“, Bd. I, S. 42 ff.; „Social Evolution and Political Theory“, S. 128 ff.

²⁴⁾ „Principles of Sociology“, Buch III, Kap. IV.

zu erwähnen. Er unterscheidet vier hauptsächliche Entwicklungsstadien: die primitiven Menschen der niedrigsten Kulturstufe; den Totemismus oder das Zeitalter der Sippen- oder Stammesgesellschaft; das Zeitalter der Heroen und Götter, in dem sich die Begriffe Gottheit, Führertum, Eigentum, Staat, Individualität und soziale Klassen entwickeln; und das Stadium der Humanität, in dem die großen politischen Einheiten oder Staaten entstehen und das Bewußtsein der menschlichen Solidarität und Brüderlichkeit zunimmt²⁵). Allen diesen politischen Entwicklungstheorien ist der Vorzug gemein, daß sie den politischen Fortschritt mit anderen kausalen Faktoren oder Umständen der sozialen Umgebung in Wechselbeziehung setzen.

²⁵) Wundt, „Elemente der Völkerpsychologie“, passim.

Fünftes Kapitel.

DIE SOZIOLOGISCHE ANALYSE DER WICHTIGSTEN ELEMENTE DES STAATES.

1. Demographische Faktoren.

Die Staatswissenschaftler sind schon seit langem übereinstimmend der Meinung, daß bei einer Aufzählung der wichtigeren Elemente des Staates die Bevölkerung, das Territorium und die Souveränität nicht fehlen dürfen. Aber von ausführlichen „metaphysischen“ Abhandlungen über die Souveränität abgesehen, haben sie den beiden erstgenannten wichtigen Grundlagen des Staatslebens nicht viel Beachtung zugewendet. Und doch kann man nur auf diesem Wege über die oberflächlichen Äußerlichkeiten hinaus in das Wesen der politischen Vorgänge eindringen.

Die Soziologie hat verschiedenartige und epochemachende Beiträge zur Erforschung und Erkenntnis der Bevölkerung geliefert; sie müssen daher selbst für die Zwecke einer kurzen Übersicht erst geordnet und eingeteilt werden. An Umfang, wenn auch nicht an Bedeutung, stehen an erster Stelle die unentbehrlichen Untersuchungen über die Bevölkerungsverhältnisse, die zu dem als „Demographie“ bezeichneten Zweig der deskriptiven Soziologie gehören. In moderner Zeit werden die Bevölkerungsverhältnisse vornehmlich von öffentlichen Stellen und ihren beratenden Sachverständigen auf Grund der Volkszählung bearbeitet. Diese Arbeit besteht hauptsächlich in der Sammlung von Daten, aus denen sich wichtige Aufschlüsse ergeben, zum Beispiel Geburts- und Sterblichkeitsziffern, Altersstufen, Wirtschaftsgruppen, Reichumsverteilung, Verteilung der Bevölkerung auf Stadt und Land, ethnische Zusammensetzung der Bevölkerung, Lebensdauer der Bevölkerungsschichten usw. Durch Vergleich dieser zu ver-

schiedenen Zeitpunkten erhobenen Daten gewinnt man einen Einblick in die Dynamik dieser Probleme, die sich in den Veränderungen der Bevölkerung und ihrer charakteristischen Eigenschaften offenbart. Die Sichtung und Deutung dieses Materials, das für jede wissenschaftlich begründete Staatskunst unentbehrlich ist, besorgten viele fleißige Gelehrte, darunter *Schmoller*, *Meitzen*, *Lexis* und *Hansen* in Deutschland, *Dumont*, *Levasseur* und *Leroy-Beaulieu* in Frankreich, *Nitti* in Italien, *Newsholme*, *Welton* und *Bowley* in England, *Willcox*, *Mayo-Smith*, *Wright*, *Durand* und *Bailey* in den Vereinigten Staaten¹⁾. Ein wichtiges Teilgebiet, das allerdings vornehmlich zur Erforschung der Lage der unterdrückten oder arbeitenden Klassen in Industriestädten benutzt wird, ist die Haushaltstatistik, eine zuerst von *Frédéric Le Play* ersonnene Technik, die später durch die berühmten Untersuchungen von *Booth* und *Rowntree* in London und New York die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich gezogen hat. Diese Haushaltstatistik von Arbeiterfamilien wurde in Europa und später in Amerika mit großem Erfolg unternommen; ihr verdanken wir den größten Teil unserer Kenntnisse über die Lebensbedingungen des städtischen Proletariats, die Daten, auf die sich die gesetzlichen Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen größtenteils stützen müssen²⁾.

Auf dem Gebiete der Demographie vor allem hat sich eine der wichtigsten soziologischen Techniken entwickelt, nämlich

¹⁾ Bemerkenswerte Arbeiten über dieses Gebiet sind: *Hansen*, „Die drei Bevölkerungsstufen“; die von *Gustav Schmoller* herausgegebenen Annalen und Monographien; *Levasseur*, „La population française“; *Nitti*, „Population and the Social System“; *Bowley*, „Wages in the United Kingdom“; *Newsholme*, „Elements of Vital Statistics“; *Wright*, „Practical Sociology“; *Mayo-Smith*, „Statistics and Sociology“; *Bailey*, „Modern Social Conditions“; *Fairchild*, „Immigration“; *Jenks* und *Lauck*, „The Immigration Problem“.

²⁾ Vergl. *Ellwood*, „The Le Play Method of Social Investigation“, im „American Journal of Sociology“, Bd. II, S. 662 ff. – *Kellogg*, „The Pittsburgh Survey“ (sechs Bände) bringt wohl das Beste, was die Vereinigten Staaten auf diesem Gebiete geleistet haben. Eine gute Zusammenfassung der einschlägigen Literatur veröffentlichte *Small* in der „Encyclopedia Americana“, Bd. XXV, S. 215

die Sozialstatistik. Von *Bodin* und einigen Mathematikern und Wissenschaftlern des siebzehnten Jahrhunderts vorbereitet, wird diese Statistik gewöhnlich von den Arbeiten *Adolphe Quetelets*, einem belgischen Zeitgenossen *Comtes*, an datiert. Wenn auch ihre Anwendung auf soziale Probleme ziemlich begrenzt ist, so ist sie doch zweifellos imstande, die sozialen Erscheinungen durch quantitative Analysen zu erklären. Nur sie ermöglicht eine Sammlung, Sichtung und Ordnung der notwendigen Daten, auf die sich soziologische Verallgemeinerungen oder politische Theorien mit einiger Sicherheit gründen lassen³).

In dieses Gebiet der soziologischen Methodik fällt auch die Anwendung der praktischen Anthropologie auf die sozialen und politischen Probleme der Jetztzeit. Seit langem war es gebräuchlich, die Politik und die Organisation der modernen Staaten auf ihre vermutliche Rassenzusammensetzung und die sich aus ihnen angeblich ableitbaren psychischen Eigenschaften zurückzuführen, wie dies *Cobineau* und andere versucht haben. Das offene Eingeständnis des Bankrotts der analytischen Forschung auf dem Gebiete der Anthropologie ist in der heutigen Staatstheorie noch immer nicht überall erfolgt⁴). Sie beruht auf einem populären Trugschluß, der auch in der Aristotelischen Lehre nicht ganz fehlt, und läßt sich mindestens bis in die Zeit der Romantik und der Reaktion auf die französische Revolution zurückverfolgen. Damals entwickelten sich die irreführenden Lehren von der Wankelmütigkeit und politischen Unfähigkeit der Franzo-

³) Vergl. *Hankins*, „Adolphe Quetelet as Statistician“; *Westergaard*, „The Scope and Method of Statistics“ in den „Quarterly Publications of the American Statistical Association“, Bd. XV, S. 225—291 (desgleichen Bd. XIV, S. 1—121); *Merz*, „History of European Thought in the Nineteenth Century“, Bd. II, Kap. XII; *Wallas*, „Human Nature in Politics“, Kap. IV, V; *Koren* (als Herausgeber), „A History of Statistics“.

⁴) *Grant*, „The Passing of the Great Race“, kürzlich verwendet von *MacDougall* in seinem Buche „Is America Safe for Democracy?“; *Stoddard*, „The Rising Tide of Color“; ferner *Corbin*, „The Return of the Middle Class“.

sen, im Gegensatz zu der unerreichten politischen Weisheit und Begabung der teutonischen und angelsächsischen Völker. Unterstützt wurden sie noch durch die amüsante, aber tragische Kombination von Trugschlüssen in *Gobineaus* „Essai sur l'inégalité des races humaines“, mit seiner Lobrede auf die „arischen Rassen“, die von der Linguistik feierlich bestätigt wurde und in *H. St. Chamberlains*⁵⁾ dithyrambischem Entzücken über die kulturelle Überlegenheit der Teutonen ihre *reductio ad absurdum* erfuhr. Auch die moderne Biologie wurde zur Unterstützung der Rassenüberlegenheitstheorie herangezogen, und *Francis Galton* stellte die Behauptung auf, die „mythischen Griechen“ seien dem Durchschnitt der heutigen Intellektuellen in psychophysischer Hinsicht ungeheuer überlegen gewesen. Soziologischen Historikern wie *Fustel de Coulanges* und *Frederick Seebohm* blieb es vorbehalten, dieser romantisch-teutonischen Geschichtsphilosophie den Kampf anzusagen; *W. Z. Ripley* und *Giuseppe Sergi* haben den Mythos einer arischen Rasse endgültig zerstört und das hoffnungslos unentwirrbare Rassengemisch in allen europäischen Großstaaten aufgezeigt⁶⁾; und endlich gelang es *Franz Boas* nachzuweisen, daß sich bisher kein ausreichender Beweis für die biologische Überlegenheit einer Rasse oder Unterrasse erbringen ließ⁷⁾. Durch die Resultate dieser Forschungen ist die rassenmäßige Deutung der politischen Vorgänge völlig diskreditiert worden und kann in Zukunft nur noch von Nichtunterrichteten oder durch Interesse Verblendeten herangezogen werden⁸⁾).

Von tiefer in die biologischen Grundlagen der Bevölkerung eindringenden Arbeiten erwähne ich die von *Galton*, *Bateson* und *Carr-Saunders* in England; von *Ammon* und *Schall-*

⁵⁾ „Grundlagen des Neunzehnten Jahrhunderts.“ Vergl. auch *Burr*, „America's Race Heritage“; und *Gould*, „America; A Family Matter“.

⁶⁾ *Ripley*, „The Races of Europe“; *Sergi*, „The Mediterranean Race“.

⁷⁾ „The Mind of Primitive Man“, Kap. I.

⁸⁾ *Hankins* gibt in seinem eben erschienenen Werk „The Racial Basis of Civilisation“ eine kritische Übersicht über das gesamte Problem der Rassenunterschiede.

mayer in Deutschland; von *Vacher de Lapouge* und *Jacoby* in Frankreich und von *Tenney*, *Conklin*, *Davenport*, *Keller* und *Holmes* in den Vereinigten Staaten⁹⁾). Die Untersuchungen dieser Autoren haben so wichtige Fragen, wie die Anwendbarkeit biologischer Daten auf die sozialen und politischen Probleme einer wissenschaftlichen Erörterung zugänglich gemacht, und zwar nicht auf dem Umweg über organische Analogien, sondern indem sie den Menschen als ein Glied des Tierreiches studierten; desgleichen die Frage wesentlich biologisch bedingter sozialer Unterschiede: ob der Mensch in seiner Eigenschaft als Mitglied des Tierreiches sich höherentwickelt oder degeneriert, ob es möglich ist, durch eine wissenschaftliche Eugenik bei den Menschen eine künstliche Auslese zustande zu bringen, ob die moderne Biologie sich als Stütze für aristokratische oder demokratische Staatsform oder Gesellschaftsorganisation heranziehen läßt; und ferner, welcher Zusammenhang zwischen den biologischen Fragen und einer vernünftigen Staatskunst besteht. Zwar fehlt bisher eine allgemeine Übereinstimmung zwischen den Schlußfolgerungen dieser Autoren, aber ihre Forschungen sind immerhin bedeutsam und gesichert genug, um die sorgfältigste Aufmerksamkeit der Staatsmänner zu verdienen.

Die „differentielle“ Biologie der genannten Autoren verband sich mit dem weiteren Ausbau der differentiellen Psychologie und der individuellen und sozialen Unterschiede auf psychischem Gebiete. Die Ergebnisse dieser Forschungsrichtung wurden von verschiedenen Autoren für die Soziolo-

⁹⁾ *Galton*, „Natural Inheritance“; und „Inquiries into the Human Faculty and its Development“; *Pearson*, „National Life from the Standpoint of Science“; *Bateson*, „Biological Fact and the Structure of Society“; *Carr-Saunders*, „The Problem of Population“; *Vacher de Lapouge*, „Les sélections sociales“; *Jacoby*, „Etudes sur la sélection“; *Ammon*, „Die Gesellschaftsordnung und ihre natürlichen Grundlagen“; *Schallmayer*, „Vererbung und Auslese im Lebenslauf der Völker“; *Tenney*, „Social Democracy and Population“, *Davenport*, „Heredity in its Relation to Eugenics“, *Conklin*, „Biology and Democracy“, S. 403 bis 412; und „The Direction of Human Evolution“; *Keller*, „Societal Evolution“; *Holmes*, „The Trend of the Race“

gie nutzbar gemacht, vor allem von *Giddings* in seinem Werke: „Provisional Distribution of the Population of the United States into Psychological Classes“, das die Einteilung der Bevölkerung in ideo-motorische, ideo-emotionelle, dogmatisch-emotionelle und kritisch-intellektuelle Typen¹⁰⁾ enthält. *Wallas* versucht zwar keine eigene Klassifikation, aber befürwortet eine sorgfältige statistische Untersuchung der psychologischen Merkmale der verschiedenen Bevölkerungsschichten¹¹⁾. *F. H. Hankins* ist gegenwärtig mit einer Synthese der differentiellen Biologie und Psychologie beschäftigt, mit besonderer Berücksichtigung der Voraussetzungen und Eigenschaften der modernen Demokratie¹²⁾.

Zum Schluß der Aufzählung der soziologischen Beiträge zum Studium der Bevölkerungsverhältnisse müssen wir noch die soziologische Synthese erwähnen, die *Giddings* in seinen „Principles of Sociology“ in dem Kapitel über „The Social Population“ unternommen hat¹³⁾. Er gibt darin eine Übersicht über die psychophysischen Faktoren, die bei der Entstehung und durch die Wirkungen der Selbsthaftigkeit im Spiele waren. Beginnend mit den geographischen und biologischen Kräften und Faktoren, die bei der Ausammlung, Niederlassung und dem Fortbestand einer Bevölkerung an irgend einem Orte eine Rolle spielen, führt er seine Untersuchung weiter bis zu dem Ursprung der Vergesellschaftung, der Entstehung und Entwicklung von sozialen Klassen und Klasseninteressen. In seinen neueren Arbeiten schlägt er eine interessante Einteilung der Bevölkerung nach ihrem Verhältnis zur staatlichen Obrigkeit vor. Alle Menschen, die innerhalb der Grenzen des Staates wohnen, bezeichnet er als Untertanen

¹⁰⁾ „Psychological Review“, Bd. VIII, S. 337–349; vergl. auch „Inductive Sociology“, S. 84 ff.

¹¹⁾ „Human Nature in Politics“, S. 123 ff., 132 ff.; desgleichen „Our Social Heritage“, Kap. IV.

¹²⁾ Siehe seinen Artikel in „Political Science Quarterly“, Bd. XXXVIII, S. 388–412; ebenso seinen Aufsatz in den „Publications of the American Sociological Society“, Bd. XVII, S. 27–39.

¹³⁾ Op. cit. Buch II, Kap. I.

der Obrigkeit. Die loyalen Untertanen, die ihre staatsbürgerlichen Pflichten erfüllen, sind Mitglieder des Staates; man kann sie weiter unterteilen in die Begründer der moralischen Autorität, die Träger der gesetzlichen Autorität und die Funktionäre der gesetzlichen Autorität. Zu den Begründern der moralischen Autorität gehören alle, die auf irgend eine Weise die öffentliche Meinung beeinflussen; die Träger der gesetzlichen Autorität sind alle, die das Stimmrecht ausüben und die Gesetzgeber wählen; und die Funktionäre der gesetzlichen Autorität sind die beauftragten Vertreter der gesetzlichen Autorität, das heißt die Regierung¹⁴⁾.

Von gleicher Bedeutung ist die von *Gumplowicz* angegebene und von *Ratzenhofer* und *Small* im einzelnen ausgearbeitete Methode, nämlich die Untersuchung der Bevölkerung als eines Komplexes von differenzierten, funktionellen Organisationen, die zur Durchsetzung einer Reihe von lebenswichtigen Interessen bestimmt sind, welche Ordnung und Typus der sozialen Gruppenbildungen und der sozialen Ziele und Tätigkeiten bestimmen¹⁵⁾. Kurzum, man darf getrost behaupten, daß die oben angeführten Forschungen die Kategorie „Bevölkerung“, die bei den konventionellen Staatswissenschaftlern etwas ganz Verschwommenes, Bedeutungsloses und „Metaphysisches“ war, in einen lebendigen Faktor verwandelt haben, dessen Kenntnis für jede Staatstheorie oder für die Durchführung jeder praktischen Politik unentbehrlich ist.

2. Geographische Faktoren.

Nicht minder wichtig sind die Beiträge der Soziologen, die sich vornehmlich mit der wissenschaftlichen Erforschung des geographischen Milieus der politischen Gesellschaften befaßt haben. Die Anfänge dieser Forschungen lassen sich bis auf

¹⁴⁾ *Giddings*, „Elements of Sociology“, S. 201—202; und „Inductive Sociology“, S. 211.

¹⁵⁾ *Small*, „General Sociology“, S. 196 ff.

Hippokrates und *Aristoteles* zurück verfolgen und wurden in der neueren Zeit von *Cicero*, *Vitruvius*, *Strabo*, *Vegetius*, *Thomas von Aquino*, *Bodin* und *Montesquieu* fortgeführt¹⁶⁾. Die Fortschritte der geographischen Entdeckungen durch Männer wie *Alexander von Humboldt*, im Verein mit der Entwicklung der modernen Naturwissenschaften, setzten *Karl Ritter* instand, zu Beginn des neunzehnten Jahrhunderts die Wissenschaft der Anthropogeographie zu begründen, die dann von einigen seiner Schüler, darunter *Guyot* und *Peschel*, popularisiert wurde. Auf der Grundlage der *Ritterschen* Arbeiten, der neuen Entdeckungen und der Verbreitung der Darwinschen Lehre fortschreitend, konnte *Friedrich Ratzel* vor etwa einer Generation dieses Fach systematisch bearbeiten. *Ratzel* unternahm nicht bloß eine gründliche Ausgestaltung der anthropogeographischen Wissenschaft in ihren allgemeinen Grundzügen, sondern wendete sie auch im einzelnen sehr eingehend auf die Geschichte und die Politik an¹⁷⁾. Ähnlich umfassende Werke wurden auf diesem Gebiete auch von anderen Autoren veröffentlicht, vor allem von *Reclus*, *Brunhes*, *Vallaux*, *Vidal de la Blache* und *Semple*, *Kjellen*, *Vogel*, *Haushofer* und *Mauß*.

Neben den zusammenfassenden Arbeiten von *Ratzel* und *Reclus* gibt es noch sehr wertvolle Spezialarbeiten von anderen Anthropogeographen. *Cowan* und *Mackinder* zeigten die Bedeutung der strategischen Lage und des Besitzes der Schlüsselstellungen für den historischen Fortschritt und die

¹⁶⁾ Vergl. die kurze Übersicht in dem Aufsatz über „The Relation of Geography to History“ in dem „Journal of Geography“, Bd. XX, S. 321—337. Eine sehr oberflächliche und unvollständige Geschichte der Anthropogeographie enthält das Buch von *Keller*, „The Theory of Environment“. *Franklin Thomas* ist gegenwärtig mit der Herausgabe einer systematischen Übersicht beschäftigt. Vergl. auch *Ripley*, „Political Science Quarterly“, Bd. X.

¹⁷⁾ *Ratzels* größere Werke auf anthropogeographischem Gebiete sind: „Der Staat und sein Boden“ und „Politische Geographie“. Seine Lehren sind in veränderter Fassung in englischer Sprache bei *Semple*, „Influences of Geographical Environment“ zu finden, am besten zusammengefaßt sind sie in seinem eigenen Beitrag zu *Helmoltzs* „Weltgeschichte“ (Bd. I, Kap. III).

politische Suprematie¹⁸⁾). *Demolins* und *Brunhes* wiesen nach, von welcher Bedeutung die Wanderungswege der führenden Völker der Weltgeschichte für die Geschichte und die politische Organisation gewesen sind¹⁹⁾). *Metschnikoff* wies auf den Zusammenhang der Flußläufe mit der Entstehung der Staaten hin²⁰⁾). *Le Play* und *Geddes* demonstrierten die Bedeutung des geographischen Milieus für das soziale, ökonomische und politische Leben und für die Probleme der sozialen und politischen Neuordnung²¹⁾). *Hann* und *Ward* erforschten systematisch die Wirkungen des Klimas auf das soziale und politische Geschehen; und *Huntington* erforschte nicht bloß die statischen Wirkungen der klimatischen Einflüsse, sondern stellte auch eine anregende und originelle dynamische Theorie der klimatischen Schwankungen auf und wies den Zusammenhang zwischen klimatischen Veränderungen einerseits und dem Verfall historischer Kulturen und den Völkerwanderungen anderseits nach²²⁾). *Dexter* untersuchte den Einfluß des barometrischen Druckes und der Wetterverhältnisse auf das menschliche Verhalten und zeigte, daß zwischen den Wetterverhältnissen und der Häufigkeit der Verbrechen sowie dem Maße schöpferischer Leistungen gewisse Zusammenhänge bestehen²³⁾). *Brunhes* brachte einen dynamischen Gesichtspunkt in diese Probleme; er untersuchte die von den Menschen in ihrer geographischen Umgebung hervorgebrachten Veränderungen und behauptete, daß die künstlich ge-

¹⁸⁾ *Cowan*, „Master-Clues in World History“; *Mackinder*, „Democratic Ideals and Reality“.

¹⁹⁾ *Demolins*, „Comment la route crée le type social“; *Brunhes*, „Géographie humaine“. In bezug auf die Vereinigten Staaten findet sich dieser Gegenstand ausführlich bei *Hulbert*, „Historic Highways“ behandelt.

²⁰⁾ „La civilisation et les grandes fleuves historiques.“

²¹⁾ *Geddes*, „Cities in Evolution“; *Geddes* und *Brandford*, „The Coming Polity“.

²²⁾ *Hann*, „Handbuch der Klimatologie“; *Ward*, „Climate; Considered Especially in its Relation to Man“; *Huntington*, „The Pulse of Asia; Civilisation and Climate“; „World-Power and Evolution“, und „Climatic Changes“.

²³⁾ „Conduct and the Weather“, und „Weather Influences“.

schaftene Umgebung, beispielsweise ein Städteblock, ebenso als Teil der physischen Umgebung zu werten sei, wie etwa ein benachbarter Berg, See oder Fluß²⁴⁾).

Kritische Ethnologen, wie *Boas*, *Wissler*, *Lowie* und *Goldenweiser*, machten die Geographen darauf aufmerksam, daß die Kultur ein dynamischer Faktor ist, und daß das geographische Milieu den kulturellen Entwicklungsmöglichkeiten bloß gewisse allgemeine Grenzen setzt und nur einen Teil des für die Entwicklung der Kultur nötigen Rohmaterials liefert²⁵⁾. Schließlich versuchte *Giddings* eine Theorie der sozialen Bedingtheit aufzustellen, welche die Faktoren der geographischen Umgebung und die psychologischen Faktoren in der sozialen Entwicklung vereinigt²⁶⁾. Diese Beiträge zur anthropogeographischen Soziologie haben jetzt zum erstenmal eine gründliche und wissenschaftliche Verwirklichung des *Montesquieu*schen Strebens ermöglicht, nämlich eine Beschreibung und Erforschung der natürlichen Bedingungen, die an der Entstehung der sozialen und kulturellen Verhältnisse beteiligt sind, und denen sich jede gesunde Politik und jede vernünftige Gesetzgebung anbequemen muß.

3. Ökonomische Faktoren.

Soziologisch orientierte Staatsrechtler haben den Anteil der ökonomischen Faktoren an dem politischen Geschehen besonders betont. Wohl am wichtigsten für die Entwicklung der grundlegenden soziologischen staats-theoretischen These war denn auch die Feststellung, daß die gesellschaftlichen

²⁴⁾ „Human Geography.“ Vergl. auch *Brunhes* und *Vallaux*, „La géographie de l'histoire“.

²⁵⁾ *Boas*, „The Mind of Primitive Man“, S. 159—164; *Lowie*, „Culture and Ethnology“, Kap. III; *Goldenweiser*, „Culture and Environment“ im „American Journal of Sociology“, Bd. XXI, S. 628—633. Vergl. auch *Wissler*, „Man and Culture“.

²⁶⁾ „A Theory of Social Causation“ in den „Publications of the American Economic Association“, 3. Serie, Bd. V, Nr. 2, S. 139—174; ferner „Pluralistic Behavior“ loc. cit.

Kräfte vor den politischen Prozessen vorhanden sind und diese überhaupt erst bedingen. Diese Lehre von der ökonomischen Bedingtheit der Politik erscheint zwar den herrschenden Klassen der modernen Bourgeois-Staaten als etwas Revolutionäres und Aufreizendes, ist aber in Wirklichkeit eine alte und ehrwürdige Idee, die wir bei den meisten führenden Denkern in der Geschichte der Staatswissenschaft finden. *Plato* behauptete, das Privateigentum neige zur Beherrschung und Korruption des Staates, es könne daher keinen ehrlichen und gut regierten Staat geben, solange die Einrichtung des Privateigentums bestehen bliebe²⁷⁾. *Aristoteles* schilderte die ökonomischen Grundlagen der politischen Stände und Parteien, untersuchte die ökonomische Bedingtheit der Politik und setzte die wirtschaftlichen Ursachen sowie die Mittel zur Vermeidung von Revolutionen auseinander²⁸⁾. *Macchiavelli* meinte, die Existenz einer großen Anzahl müßiger und reicher Bürger müsse einer republikanischen Regierung verhängnisvoll werden, und man müsse die Akkumulation großer Vermögen verhindern, wenn man das Verdienstmoment in der Politik durchsetzen wolle; ganz besonders warnte er vor einer Unterdrückung der arbeitenden Klassen²⁹⁾. *Hobbes* lenkte die Aufmerksamkeit auf die ökonomische Grundlage des politischen Ehrgeizes und der politischen Konflikte³⁰⁾. *Harrington* meinte, daß die politische Macht stets von wirtschaftlicher Macht gefolgt werde, daß also eine stabile Regierung sich bloß auf eine gleichmäßige Besitzverteilung gründen könne³¹⁾. *Locke* hielt das Privateigentum für die Ursache und den Zweck bei der Entstehung der Staaten und meinte, Revolutionen seien berechtigt, insofern sie diese Übergriffe des

²⁷⁾ „Republic“; vergl. *Coker*, „Readings in Political Philosophy“, S. 30—31, 33—34.

²⁸⁾ „Politics“; vergl. *Coker*, op. cit. S. 84—88, 100—101.

²⁹⁾ Vergl. *Detmold*, „Writings of Nicolo Macchiavelli“, Bd. II, S. 210—211, 371, 448—450.

³⁰⁾ „Leviathan“ und „Philosophical Rudiments concerning Government“; vergl. *Coker*, op. cit. S. 302 ff.

³¹⁾ „Oceana“; vergl. *Coker*, op. cit. S. 359 ff.

Staates bekämpfen³²⁾. *Montesquieu* unterstrich die Rolle der Industrie und des Handels in der Politik³³⁾.

John Adams erklärte, daß wirtschaftliche Bedingungen die politischen Ideen und Ziele bestimmen und daß die bedeutendsten politischen Spaltungen im Verlauf der ganzen Geschichte auf den Gegensatz zwischen Reich und Arm zurückzuführen seien³⁴⁾. *Madison* sah die wichtigste Ursache der politischen Parteilung in der „verschiedenartigen und ungleichmäßigen Verteilung des Reichtums“³⁵⁾. Nach *Jeffersons* Ansicht kann eine Regierung nur dann moralisch bleiben, wenn sie sich auf Landwirtschaft gründet³⁶⁾. *Webster* hielt den Schutz des Eigentums für den wesentlichsten Zweck des Staates und meinte, man könne sich die staatliche Loyalität der Bürger nur dadurch sichern, daß man ihnen in der Politik einen wirtschaftlichen Nutzen aufzeige; er sprach sich auch dafür aus, in manchen Fällen das an den Besitz von Eigentum gebundene Stimmrecht beizubehalten³⁷⁾. Die vollständige Darstellung der ökonomischen Bedingtheit der staatlichen Tätigkeit stammt von einem älteren amerikanischen Juristen, *Calhoun*; dieser schlug ganz offen vor, jener Tatsache bei der eventuellen Änderung der Repräsentativverfassung Rechnung zu tragen³⁸⁾. *Lincoln* bekannte seinen Glauben an die wirtschaftliche Bedingtheit der Politik, indem er sagte, daß „die Arbeit höher stehe als das Kapital und viel größere Berücksichtigung verdiene“ und meinte, das internationale Klassenbewußtsein der Arbeiter müsse nach den Familiengefühlen das stärkste menschliche Band sein³⁹⁾. Bei den Ricardianischen Sozialisten, *Thompson, Gray, Hodgskin* und *Bray*, und

³²⁾ „Two Treatises of Government“; vergl. *Coker*, op. cit. S. 103 ff.

³³⁾ „The Spirit of Laws“, Buch XX, XXI, XXVI.

³⁴⁾ „Life and Works of John Adams“, Bd. VI, S. 530—531.

³⁵⁾ „The Federalist“, Nr. X.

³⁶⁾ „Works of Jefferson“, Bd. III, S. 268—269; Bd. IV, S. 479.

³⁷⁾ „The Writings and Speeches of Daniel Webster“, Nationalverlag, Bd. I, S. 214—215; Bd. V, S. 13 ff.

³⁸⁾ „The Works of J. C. Calhoun“, Bd. I, S. 15—16; Bd. II, S. 631—632.

³⁹⁾ „Works of Abraham Lincoln“, Bd. I, S. 11, 613; Bd. II, S. 105, 503.

besonders bei *Karl Marx*, wurde die Lehre von der ökonomischen Bedingtheit aller staatlichen und gesellschaftlichen Einrichtungen zu dem obersten Dogma der Sozialwissenschaft⁴⁰⁾.

Die Soziologen haben von Anfang an die Bedeutung der wirtschaftlichen Faktoren im Staate erkannt. *Comte*, *Spencer* und *Giddings* behaupteten, die moderne Gesellschaft und der moderne Staat seien durch die wirtschaftlichen Veränderungen seit der großen industriellen Revolution umgestaltet worden und gründeten ihre Einteilung der sozialen und politischen Entwicklungsstadien auf diese Tatsache. Besonders wichtig in dieser Richtung war die soziologische Lehre, daß die Gesellschaft ein Komplex widerstreitender Interessengruppen sei, deren Kämpfe durch den Staat geregelt werden. Diese von *Gumplowicz*, *Ratzenhofer*, *Oppenheimer*, *Small*, *Bentley*, *Loria* und anderen ausgesprochene Idee stellte die Lehre von dem bestimmenden Einfluß der ökonomischen Faktoren, als dem wichtigsten dynamischen Element im Interessenkonflikt der modernen Gesellschaft, auf eine ganz breite Grundlage.

Während die meisten zu dieser Gruppe gehörigen Soziologen nur eine zeitweilige Wirkung der ökonomischen Faktoren annahmen, haben *Gumplowicz*, *Oppenheimer* und *Loria* die durchgängige Bedingtheit der politischen Vorgänge durch wirtschaftliche Faktoren behauptet. *Oppenheimers* Werk ist die logischste und folgerichtigste Darstellung dieser wichtigen These. Er behauptet, der Mensch habe sich im Verlaufe der Geschichte die Lebensnotwendigkeiten durch zwei Mittel verschafft: durch Arbeit und durch Raub. Arbeit und Austausch der Produkte bezeichnet er als das *ökonomische Mittel*, und den Raub oder die Aneignung fremder Arbeit als das *politische Mittel*. Die Geschichte bestehe in der Hauptsache aus Berichten über den Kampf dieser beiden Mittel. Bisher habe das politische Mittel triumphiert, aber aller Wahrscheinlichkeit nach werde das ökonomische Mittel die Oberhand ge-

⁴⁰⁾ Vergl. *Löwenthal*, „The Ricardian Socialists“ und *Seligmann*, „The Economic Interpretation of History“.

winnen und das politische Mittel überflüssig machen. Der Staat, das entfaltete politische Mittel, soll durch die Gesellschaft, das entfaltete ökonomische Mittel, ersetzt werden. In dieser Weise werden die Lehren von *Marx* und *Gumpłowicz*, mit einer tüchtigen Beimengung von *Henry George*, zu einer logischen und überzeugenden Geschichts- und Staatsphilosophie verschmolzen⁴¹⁾):

„Ich habe, um für die weitere Untersuchung kurze, klare, scharf gegeneinander klingende Termini für diese sehr wichtigen Gegensätze zu haben, vorgeschlagen, die eigene Arbeit und den äquivalenten Tausch eigener gegen fremde Arbeit das ‚ökonomische Mittel‘ und die unentgeltene Aneignung fremder Arbeit das ‚politische Mittel‘ der Bedürfnisbefriedigung zu nennen . . .

Alle Weltgeschichte bis heute, bis empor zu uns und unserer stolzen Kultur, hat und wird haben, bis wir uns zur Freibürgerschaft durchgekämpft haben, nur einen Inhalt: den Kampf zwischen dem ökonomischen und dem politischen Mittel.

Der Staat ist die Organisation des politischen Mittels. Und darum kann ein Staat nicht eher entstehen, als bis das ökonomische Mittel einen gewissen Stamm von Gegenständen der Bedürfnisbefriedigung geschaffen hat, die kriegerischer Raub erwerben kann.

Man hat Bibliotheken geschrieben über die Abgrenzung der Begriffe Staat und Gesellschaft. Von unserem Standpunkt aus läßt sich das Problem leicht beantworten. Der ‚Staat‘ ist der Inbegriff aller durch das politische, die ‚Gesellschaft‘ der Inbegriff aller durch das ökonomische Mittel geknüpften Beziehungen von Mensch zu Mensch. Bisher waren Staat und Gesellschaft in eins verschlungen; in der ‚Freibürgerschaft‘ wird es keinen ‚Staat‘, nur noch ‚Gesellschaft‘ geben.“

Loria und *Commons* leisteten wichtige Beiträge zur Darlegung der wirtschaftlichen Grundlage der staatlichen Souveränität, auf die in einem späteren Kapitel, das sich mit den

⁴¹⁾ *Oppenheimer*, „Der Staat“, „Soziologie des Staates“.

soziologischen Souveränitätstheorien befaßt, eingegangen werden soll⁴²⁾). *Novikow* hat, in dem Bestreben, die pseudo-darwinistische Soziologie mit ihrer Verherrlichung des Krieges zu bekämpfen, den Einfluß des Handels und des Tauschverkehrs auf die staatlichen Einrichtungen vielleicht etwas übertrieben. Er sieht in dem Handel den einzig zureichenden Grund für die Entstehung der Staaten und den wesentlichsten Faktor für die politische Entwicklung. Mit der Entfaltung des Welthandels werde auch die Entstehung eines Weltstaates nicht mehr lange auf sich warten lassen⁴³⁾). *Brooks*, *Ross* und *Myers* enthüllten energisch und mutig die Art, wie die reichen Amerikaner ihr Vermögen erworben, den Staat in Besitz genommen und die Herrschaft der Plutokratie errichtet haben, die heute noch nicht einmal teilweise überwunden ist⁴⁴⁾). Derartige Beschreibungen wirken auf viele Leute überzeugender als das Theoretisieren über den Einfluß der Wirtschaft auf die Politik. Die genauere Erforschung der Methoden, mit deren Hilfe die ökonomischen Faktoren in der modernen Gesellschaft durch Finanz- und Industriekapitalisten das Übergewicht erlangt haben, ist das Verdienst von *Veblen* in Amerika, von *Hobson* und *Webb* in England und von *Sombart* in Deutschland⁴⁵⁾). Die Sache des modernen Kapitalismus

⁴²⁾ Vergl. weiter unten S. 115 ff.

⁴³⁾ *Novikow*, „La critique du Darwinisme social“ und „The Mechanism and Limits of Human Association“ im „American Journal of Sociology“, Bd. XXIII, S. 289—349.

⁴⁴⁾ *Brooks*, „Corruption in American Politics and Life“; *Ross*, „Sin and Society“ und „The Social Trend; *Weyl*, „The New Democracy“; *Myers*, „History of Great American Fortunes“ (deutsch „Die Geschichte der großen amerikanischen Vermögen“, Berlin, 1914).

⁴⁵⁾ *Veblen*, „The Theory of the Leisure Class“; „The Theory of Business Enterprise“; „The Vested Interests and the State of the Industrial Arts“; „The Engineers and the Price System“; *Hobson*, „Evolution of Modern Capitalism“ und „Work and Wealth“; *Sombart*, „Der moderne Kapitalismus“ und „Die Quintessenz des Kapitalismus“. — Die beste Würdigung der ökonomischen Faktoren in der Politik hat von allen Staatswissenschaftlern *Beard* in „The Economic Basis of Politics“ gegeben. Eine gute kritische Besprechung der Lehre von der ökonomischen Bedingtheit findet sich bei *Lippmann*, „Public Opinion“, Teil IV.

wurde von *Withers*, *Eddy*, *Walker* und *Day* energisch vertreten⁴⁶⁾).

4. Psychologische Einflüsse.

Zu den vielversprechendsten Beiträgen zur Staatstheorie gehört die Erörterung der psychologischen Faktoren, die den Staat beeinflussen. Diese Betrachtungsweise des Problems ist ebenso wenig ein ganz neues oder ursprüngliches Produkt des neueren soziologischen Denkens, wie etwa die Aufzeigung der ökonomischen Faktoren im Staatsleben. Sie war schon von *Aristoteles*, den *Stoikern* und den *Epikuräern* antizipiert worden, desgleichen von *Macchiavelli*, *Hobbes*, *Spinoza*, *Locke*, *Hume* und *Adam Smith*. Viele dieser früheren Ideen hat *Comte* verwendet⁴⁷⁾).

Um einen kurzen Überblick über die Arbeiten zu geben, die sich mit der Wirkung der psychischen Faktoren auf Staat und Gesellschaft befassen, wird es sich empfehlen, die Autoren in zwei Gruppen einzuteilen: solche, die die nicht-intellektuellen Faktoren, und solche, die das intellektuelle Moment besonders unterstreichen. Eine gewisse Überschneidung der beiden Gruppen wird sich dabei nicht vermeiden lassen, da manche Autoren die psychologischen Untersuchungen nach mehreren Richtungen hin unternommen haben. *Tarde*, *Baldwin* und *Ross* untersuchten den Einfluß der Nachahmung und der Wiederholung auf soziale und politische Prozesse⁴⁸⁾. *Durkheim*, *Le Bon*, *Sumner*, *Sighele*, *Trotter* und *Gumplowicz* erklärten die Art und Weise, wie der Gruppengeist den individuellen Geist beherrscht und bezwingt⁴⁹⁾. *James*, *Thorn-*

⁴⁶⁾ *Withers*, „The Case for Capitalism“; *Eddy*, „Property“; *Walker*, „The Things that are Caesar's“; *Day*, „The Raid on Prosperity“ und „My Neighbor, the Working-Man“.

⁴⁷⁾ *Comte*, „Cours de philosophie positive“, Bd. III—IV. - Eine kurze Übersicht über die Entwicklung der Sozialpsychologie findet man in der „Sociological Review“, Bd. XIII, S. 152—156.

⁴⁸⁾ *Tarde*, „Les lois de l'imitation“ und „Les lois sociales“; *Baldwin*, „Social and Ethical Interpretations in Mental Development“; *Ross*, „Social Control“ und „Social Psychology“.

⁴⁹⁾ *Durkheim*, „La division du travail social“ und „Les règles de la

dike, MacDougall, Wallas, Dewey, Shand, Parker und Tead zeigten, wie wichtig das Verständnis der primitiven Natur und der Triebhandlungen ist, welche das Verhalten der Menschen regeln⁵⁰). Die Bedeutung der Suggestion als eines Faktors des sozialen und politischen Geschehens wurde von *Sidis, Davenport, Wallas* und *Ross* aufgezeigt⁵¹). Der Anteil der Gefühle oder der Sympathie an den Vorgängen in Staat und Gesellschaft wurde zuerst von *Aristoteles, Polybius, Spinoza, Hume* und *Adam Smith* festgestellt und von *Sutherland, Drummond* und *Giddings* weiter untersucht⁵²). *Benjamin Kidd* hat, den Fußstapfen *Vicos* und *Bossuets* folgend, die These entwickelt, daß die Religion, als „über-rationale Weihe“ des menschlichen Verhaltens, die wichtigste vergesellschaftende Kraft gewesen sei⁵³). *Sumner* wies an der Hand eines reichen Tatsachenmaterials den großen Einfluß von Sitte und Tradition auf das soziale und politische Geschehen nach⁵⁴).

Wenngleich die meisten Autoren sich um die Erforschung der nicht-intellektuellen Faktoren in der Gesellschaftspsychologie bemüht haben, so hat doch eine nicht unbeträchtliche Gruppe auch weiterhin auf der überwiegenden Bedeutung der intellektuellen Momente für das soziale und politische Leben bestanden. *Spencer, Fouillée, De Greef* und *Novikow* haben die alte Idee von der vertragsrechtlichen Grundlage der

méthode sociologique; *Le Bon*, „La psychologie des masses“, „La psychologie des peuples“ und „La psychologie des révolutions“; *Sumner*, „Folkways“; *Sighele*, „Psychologie des sectes“ und „La foule criminelle“; *Trotter*, „Instincts of Herds in Peace and War“; *Gumplowicz*, „Grundriß der Soziologie“.

⁵⁰) *James*, „Principles of Psychology“, Bd. II, S. 383 ff.; *Thorndike*, „The Original Nature of Man“; *MacDougall*, „Introduction to Social Psychology“; *Wallas*, „The Great Society“; *Dewey*, „Human Nature and Conduct“; *Shand*, „The Formation of Charakter“; *Parker*, „The Casual Laborer and Other Essays“; *Tead*, „Instincts in Industry“.

⁵¹) *Sidis*, „The Psychology of Suggestion“; *Davenport*, „Primitive Traits in Religious Revivals“; *Wallas*, „Human Nature in Politics“; *Ross*, „Social Psychology“.

⁵²) *Sutherland*, „Origin and Growth of the Moral Instinct“; *Drummond*, „The Ascent of Man“; *Giddings*, „Principles of Sociology“.

⁵³) „Social Evolution.“

⁵⁴) „Folkways.“

sozialen Beziehungen in einer wissenschaftlicheren und haltbareren Form wiederbelebt⁵⁵). *Bagehot* untersuchte den Nutzen der Diskussionen für den sozialen und politischen Fortschritt⁵⁶). *Ward* und *Patten* erneuerten den Hedonismus in weniger roher Form als er in der *Benthamschen* utilitaristischen Doktrin erscheint⁵⁷). *Ward*, *Stein*, *Hobhouse* und *Wallas* schrieben den intellektuellen Faktoren für den sozialen Fortschritt, vornehmlich durch den Staat, die größte Bedeutung zu⁵⁸). *Hall* untersuchte die sozialpolitische Funktion der Moral⁵⁹). Den Versuch zu einer Synthese der in Gesellschaft und Staat wirksamen psychologischen Faktoren finden wir in der Studie von *Hall* und *Baldwin* über die Entstehung der sozialpsychologischen Faktoren⁶⁰) und in den umfassenden und vermittelnden Werken von *Ellwood*, *Cooley*, *Edman*, *Baldwin*, *Hall*, *Dewey*, *Lippmann*, *Giddings*, *Bogardus*, *Small* und *Ross*⁶¹).

5. Der Kulturfaktor in der sozialen und politischen Entwicklung.

Wohl der originellste Beitrag, den die Soziologen zu der Frage über die gesellschaftlichen und staatlichen Elemente

⁵⁵) *Spencer*, „Man versus the State“, *Fouillée*, „La science sociale contemporaine“; *De Greef*, „Introduction à la sociologie“; *Novikow*, „Les luttes entre sociétés humaines“.

⁵⁶) „Physics and Politics.“

⁵⁷) *Ward*, „Outlines of Sociology“, Kap. III und „Pure Sociology“, S. 111 ff., 256 ff.; *Patten*, „Theory of Social Forces“.

⁵⁸) *Ward*, „Dynamic Sociology“, Bd. II; „Applied Sociology“ und „Outlines of Sociology“, II. Teil; *Stein*, „Die soziale Frage“, S. 33 ff. und „Einführung in die Soziologie“, S. 340 ff.; *Hobhouse*, „Development and Purpose“ und „Social Evolution and Political Theory“; *Wallas*, „Our Social Heritage“.

⁵⁹) „Morale: the Supreme Standard of Life and Conduct.“

⁶⁰) *Hall*, „Adolescence“; *Baldwin*, „Mental Development in the Child and the Race“.

⁶¹) *Ellwood*, „Sociology in its Psychological Aspects“; *Cooley*, „Social Process“; *Edman*, „Human Traits“; *Baldwin*, „The Individual and Society“; *Hall*, „Morale“; *Dewey*, „Human Nature and Conduct“; *Lippmann*, „Preface to Politics“; *Giddings*, „Pluralistic Behavior“ loc. cit. *Bogardus*, „Social Psychology“; *Ross*, „The Principles of Sociology“

geliefert haben, war ihre nachdrückliche Unterstreichung der Bedeutung kultureller Faktoren, diese in ihrem weitesten Sinne genommen. Sie wurden dabei unterstützt von den Gelehrten, die sich mit primitiven Kulturen beschäftigt haben, wie *Boas* und seine Schule, *Lowie*, *Marett* und *Graebner*, sowie von den Kultur- und Gesellschaftshistorikern wie *Lamprecht*, *Breysig*, *Müller-Lyer* und *Teggart*. Diese und andere Autoren erbrachten den Beweis, daß biologische, geographische, ökonomische und psychologische Faktoren einzeln genommen keine entscheidende Bedeutung besitzen. Auch gleiche Rassen schaffen in verschiedenen Gegenden oder zu gleichen geschichtlichen Zeiten keine gleiche Kultur⁶²); aus dem gleichen geographischen Milieu können sich völlig verschiedene Kulturen entwickeln und in ganz verschiedenartigen Umgebungen können sehr ähnliche Kulturen entstehen⁶³); trotz der großen Bedeutung, welche die wirtschaftlichen Faktoren, zumal für die westliche Welt besitzen, sind die Einrichtungen und die Entwicklungsrichtungen doch nur in geringem Maße, zum mindesten nicht rein ökonomisch bedingt⁶⁴); die Psychologie allein kann die gewaltigen Unterschiede im Verhalten der verschiedenen Völkerschaften dieser Erde auch nicht erklären, trotz der anatomischen Gleichartigkeit des Gehirns und der weitgehenden Uniformität des Denkprozesses⁶⁵).

Man muß schon etwas über und außer diesen Faktoren suchen, mag man sie einzeln oder alle zusammen nehmen — und das finden wir in der menschlichen Kultur, dem Produkt der verschiedenartigen und wechselnden Kombinationen der genannten Faktoren auf die menschliche Gesellschaft. In diesem Sinne gebrauchen die Autoren das Wort „Kultur“ in seiner weitesten und allgemeinsten Bedeutung. Sie benutzen es nicht in dem konventionellen Sinne als etwas, was mit „Literatur“ oder mit Ästhetik identisch ist, sondern als die

⁶²) Vergl. *Boas*, „The Mind of Primitive Man“, Kap. I.

⁶³) *Lowie*, „Culture and Ethnology“, Kap. III.

⁶⁴) *Lippmann*, „Public opinion“, Teil IV—V.

⁶⁵) *Lowie*, op. cit. Kap. I—II.

Verkörperung jedwedes schöpferischen menschlichen Strebens — der materiellen Kultur, der Einrichtungen und der schönen Künste⁶⁶⁾). Die Vertreter dieser Richtung gehen von der Behauptung aus, wenn man die Kulturfaktoren als das dynamische Element in Geschichte und Staatsentwicklung anerkenne, so hätte man den Schlüssel zum richtigen Verständnis der sozialen und politischen Bedingtheiten. Diese These macht es dem Forscher möglich, die Entwicklung der Einrichtungen aufzuzeigen, die relativen Wirkungen der verschiedenen Einflüsse, die den Verlauf der historischen Entwicklung bestimmen, richtig zu werten; die indirekten Einflüsse auf den Verlauf der Geschichte und die Wechselwirkung der verschiedenen gesellschaftlichen Kräfte und Einrichtungen zu begreifen; die Ursachen der kulturellen Rückständigkeit gewisser Völker, der Verknöcherung von Institutionen und die Schwierigkeiten der sozialen Wandlungen und Verbesserungen zu verstehen; die Probleme der individuellen und kollektiven Anpassung an kulturelle Veränderungen zu würdigen; und die Stellung des Staates in der Entwicklung der Gesellschaft und ihrer Einrichtungen sowie ihrer Ordnung zu erkennen. Von diesem Gesichtspunkt aus erscheint der Staat zugleich als eine Schöpfung der sich in ihm dauernd verändernden und neu verbindenden Kulturfaktoren und als eine der hervorragendsten Kultureinrichtungen selbst. Überdies erschließt uns diese Forschung auch das Verhältnis des Staates zu den übrigen gesellschaftlichen Einrichtungen, sowohl im Hinblick auf seine historische Entwicklung wie auch im Hinblick auf seine heutige Funktion, und gibt uns die einzig mögliche Handhabe für eine wissenschaftliche Wertung der heute von vielen Autoren vertretenen pluralistischen und funktionalistischen Reformvorschläge, sowie für die Lösung der Frage nach dem Verhältnis des Staates zu den übrigen körperschaftlichen Gruppen. Die Kulturforschung ist von einer ganzen Reihe Soziologen, Anthropologen und Historikern sehr vervollkommen worden, aber die erste systematische und zusammen-

⁶⁶⁾ Ogburn, „Social Change“, S. 3—51.

fassende Übersicht dieser außerordentlich wichtigen und vielversprechenden Richtung bleibt das Verdienst *W. F. Ogburns* und *Clark Wisslers*⁶⁷⁾.

Ich möchte schon hier betonen, daß es fast ausschließlich den soziologischen Arbeiten zu danken ist, wenn der Souveränitätsbegriff nicht mehr aus dem *Hegelschen* Absoluten wie bei *Burgess* oder dem „transzendental Bedingten“ wie bei *Austin* erklärt wird, sondern auf bestimmte soziale, ökonomische und psychologische Ursachen zurückgeführt wird. Die ökonomischen und gesellschaftlichen Grundlagen der Souveränität, die *Adams*, *Calhoun*, und *Madison* bereits begriffen hatten, wurden von *Commons*, *Giddings*, *Loria* und *Stein* ausführlich dargelegt, während die sozialpsychologische Bedingtheit der politischen Autorität und des Gehorsams von *Tarde*, *Durkheim*, *Wallas*, *MacDougall*, *Sumner* und *Ross* überzeugend nachgewiesen wurde. Selbst jene Soziologen, die wie *Spencer* und *Novikow*, die Souveränitätslehre ablehnen, verteidigen ihre abweichende Stellungnahme mit soziologischen Gründen.

⁶⁷⁾ Ibid. passim. *Wissler*, „Man and Culture“; vergl. auch die hierauf bezüglichen Abschnitte in der „*Sociological Review*“, Bd. XIII, S. 214—221. Eine besonders klare und verständnisvolle Zusammenstellung der Literatur dieses Gebietes enthält der Aufsatz von *Herskovits* und *Willey* über „The Cultural Approach to Sociology“ im „*American Journal of Sociology*“, Bd. XIX, S. 188—199.

Sechstes Kapitel.

SOZIOLOGISCHE EINTEILUNG UND ANALYSE DER STAATS- UND REGIERUNGSFORMEN.

1. Versuch einer soziologischen Einteilung der Staatsformen.

Die Soziologen haben zwar im allgemeinen die Wichtigkeit der Unterscheidung zwischen Staat und Regierung für verwaltungstechnische und gesetzgeberische Zwecke anerkannt, aber stets mit vollem Recht behauptet, daß Staat und Regierung untrennbar seien und daß es für die Zwecke der soziologischen Forschung vollkommen ausreiche, wenn man ihre Eigenschaften gemeinsam untersuche. Infolgedessen beziehen sich die soziologischen Einteilungen und Beschreibungen der politischen Formen in der Regel auf das politische System in seiner Gesamtheit. Wenn wir nunmehr an die Aufzählung der soziologischen Arbeiten über die Staats- und Regierungsformen herangehen, wird es sich empfehlen, zuerst die soziologische Analyse und Deutung der konventionellen Einteilungen der politischen Einrichtungen zu besprechen, danach auf die rein soziologischen Einteilungen einzugehen, und zum Schlusse mit einigen Worten die Ansichten der Soziologen über wünschenswerte Staats- und Regierungsformen zu streifen.

Die Einteilung der Staatswissenschaftler unterscheidet sich von der Einteilung der Soziologen hauptsächlich dadurch, daß die letzteren größeres Gewicht auf die gesellschaftlichen Prozesse legen, die innerhalb und außerhalb des Staates vor sich gehen, als auf die Verteilung der formalen Machtbefugnisse und die äußere Form des Verwaltungstypus, selbst. *Bentley* kritisiert die konventionellen Einteilungsmethoden folgendermaßen¹⁾:

¹⁾ „The Process of Government“, S. 162, 320.

„Abgesehen von den verschiedenen sogenannten psychologischen Erklärungsversuchen haben wir eine völlig abgestorbene Staatswissenschaft. Sie ist nur noch eine formale Einteilung nach den äußerlichsten Merkmalen der herrschenden Einrichtungen. Sie pflegt die Regierungsformen gern nach ihren zufälligen Kennzeichen einzuteilen, und wenn sie dies vollbracht hat, so hat sie schließlich keine bessere Einteilung gefunden als die Aristotelische: Monarchie, Demokratie und Aristokratie, die für griechische Verhältnisse kennzeichnend war. Und da kein Mensch mit Sicherheit sagen kann, ob nach dieser Einteilung die Vereinigten Staaten nicht vielleicht eine Monarchie und England nicht vielleicht eine Demokratie ist, kann sie auch keinen großen Anspruch auf Beachtung erheben; ebensowenig auch jene Einteilungen, die einen grundlegenden Unterschied zwischen Monarchie und Republik machen. Die Einsicht in den Inhalt der Regierungsform geht ihnen völlig verloren über irgend eine formale Äußerlichkeit, die ihnen gerade in die Augen sticht.

Wo und wann immer wir die Staatsentwicklung untersuchen, wir kommen nie von der Dynamik der Gruppen- und Klassenkämpfe los; und sobald wir diese richtig erkannt haben, verstehen wir, daß die Unterschiede zwischen den Regierungen nicht grundlegender oder dauernder Art sind, sondern lediglich rein technische Unterschiede der Interessenkonstellation, die sich aus den Bedürfnissen der Gruppen ableiten und sich mit ihnen verändern.“

Die einzige Einteilung, die *Bentley* vorschlägt, entspricht denn auch genau dieser Untersuchungsmethode. Despotie besteht überall, wo Gruppeninteressen und Gruppengegensätze von einem einzelnen Individuum entschieden werden. Reine Demokratie findet man dort, wo jedes Interesse und jede Gruppe sich äußern darf und gerecht und angemessen vertreten wird²⁾).

²⁾ Ibid., S. 305—306, 311 ff.

2. Soziologische Analyse der konventionellen Einteilungen.

Giddings geht bei seiner Einteilung der politischen Herrschaftsformen von der Annahme aus, daß sie durch die sozialen Verhältnisse des Zeitalters und die Einstellung der herrschenden Gruppe bedingt seien³⁾:

„Die wirkliche dauernde Beherrschung einer politisch organisierten Gemeinschaft durch eine dominierende Person oder Gruppe ist eine staatliche Regierung; und je nachdem diese Herrschaft willkürlich oder verantwortlich, stark oder schwach, tüchtig oder unzulänglich ist, nimmt der Staat irgend eine der verschiedenartigen Formen an, die uns aus der Geschichte bekannt und aus den täglichen politischen Diskussionen vertraut sind. Die beiden extremen Formen sind Absolutismus und Anarchie. Zwischen diesen Extremen stehen die bevorrechtete Aristokratie, die an den Absolutismus grenzt, und die radikale Demokratie, die an die Anarchie grenzt. In der Mitte zwischen privilegierter Aristokratie und radikaler Demokratie steht der demokratische Republikanismus.“

Giddings behauptet ferner, daß bei jeder wie immer gear- teten Staatsform *„stets die Wenigen herrschen . . . Unab- änderlich herrschen die Wenigen, mehr oder minder will- kürlich, mehr oder minder gewaltsam, in mehr oder minder ausgedehntem Maße. Die Demokratie, selbst die radikalste Demokratie, ist nur derjenige Zustand der politisch organi- sierten Menschheit, in der die Herrschaft der Wenigen in geringstem Grade willkürlich und in höchstem Grade verant- wortlich, am wenigsten gewaltsam und in höchstem Maße rücksichtsvoll ist“*⁴⁾. Nach der Versicherung, daß er die de- mokratische Republik für die vollkommenste Staatsform halte, führt Giddings im einzelnen aus, was er unter Demo- kratie versteht. Er hält sie für mehr als eine bloße Staats- form: sie ist nicht bloß eine bestimmte Form des Staates, der

³⁾ „The Responsible State“, S. 25—26.

⁴⁾ Ibid., S. 19—20.

⁵⁾ Ibid., S. 33 ff.

Regierung und der Gesellschaft, sondern — als Synthese von allen dreien — auch eine bestimmte Entwicklungsstufe der Gesellschaft und der Zivilisation⁶). Zwar lehnt er die Behauptung *Leckys*, daß Demokratie unbedingt die Herrschaft der schwachen, unwissenden und haltlosen Massen bedeute, energisch ab, gibt aber die zahlreichen Schwächen unserer heutigen Demokratie unumwunden zu. Er hebt aber mit Recht hervor, daß diese Übel nicht eine Folge der Herrschaft der Massen, sondern nur die Folge des Versagens der Massen seien, insofern die Massen nicht verstanden hätten, ihre Macht zu behaupten und „durch ihre Ehrerbietung gegen die großen Betrüger *Leckys* Meinung zu unterstützen scheinen, nämlich daß Demokratie die Herrschaft der Unwissenheit bedeute, und *Carlyles* Definition scheinbar rechtfertigen, der das Volk für nichts anderes hielt als für soundsoviel Millionen von Menschen, die zumeist Toren sind“⁷).

Giddings ist ferner fast der einzige Soziologe, der die Demokratie mit kolonialer Ausdehnung und imperialistischer Entwicklung für vereinbar hält. Da er „Demokratie und Imperium“ für die beiden wichtigsten Entwicklungsrichtungen unserer Zeit hält, verteidigt er die Expansion als etwas doppelt Vorteilhaftes, indem sie nämlich einerseits den rückständigeren Völkern eine höhere Zivilisation vermittele, und andererseits durch das Verantwortungsbewußtsein, das die Beherrschung des Imperiums mit sich bringe, auch günstig und mäßigend auf die heimatischen Verhältnisse zurückwirke. Er fordert das amerikanische Volk auf, seinen Anteil an „des weißen Mannes Bürde“ zu tragen, indem es die früheren spanischen Besitzungen im Stillen Ozean übernimmt, verwaltet und zivilisiert und dadurch eine Schranke gegen das Vor-

⁶) „Elements of Sociology“, Kap. XXIV; „Democracy and Empire“, S. 200. — Die verschiedenen Phasen der Demokratie, die sich dem Soziologen aufdrängen, sind ausführlich untersucht und erörtert in dem Artikel von *Charles A. Ellwood* über „Democracy“ in der neuen Auflage der „Encyclopedia Americana“.

⁷) „Democracy and Empire“, S 199 ff., 213.

dringen der „asiatischen Barbarenhorden“ errichtet⁸⁾). Schließlich nimmt er seine Homogenitätslehre in die Definition der Demokratie hinein und stellt die Behauptung auf, freiheitliche politische Institutionen könnten weder in der Verwaltung des Mutterlandes noch in der des Imperiums fortbestehen, wenn die Bevölkerung nicht sehr stark gleichgesinnt sei. Das schließe jedoch die Möglichkeit eines demokratischen Imperiums nicht aus, da nicht ethnische Gleichartigkeit erforderlich ist, sondern nur eine ausreichende kulturelle Einheitlichkeit, so daß auch verschiedenartige Völker sich über die politischen Einrichtungen und eine gemeinsame Verwaltungsform einigen können⁹⁾).

Sumner schließt sich der Kritik von Giddings über den Trugschluß der reinen Demokratie als Regierungsform an und tritt gleich ihm für eine repräsentative, von der geistigen Elite geführte Demokratie ein¹⁰⁾). Hingegen widerspricht er mit aller Schärfe der Ansicht, daß Demokratie mit Imperialismus vereinbar sei, denn diese beiden schließen sich seiner Meinung nach gegenseitig aus, der Imperialismus verfolge „kein geringeres Ziel, als unser bisheriges Staatssystem beizubehalten und auszubauen, oder es womöglich gegen die europäische militärische und monarchistische Tradition einzutauschen. Man müßte das bisherige System vollständig umgestalten, um unter ihm zwei verschiedene politische Gesellschaftsgruppen leiten zu können, eine auf höherem und die andere auf niedrigerem Niveau stehend, beide mit ungleichen Rechten und Machtbefugnissen ausgestattet, wobei die erste die zweite womöglich auch durch militärische Machtmittel beherrscht¹¹⁾).

Hobhouse ist mit Giddings und Sumner der Ansicht, daß jede reine oder direkte demokratische Regierung nur mit

⁸⁾ Ibid., S. 1, 269—290, 356—357.

⁹⁾ „Elements of Sociology“, S. 218—221; „Inductive Sociology“, S. 225 ff.

¹⁰⁾ „Earth Hunger“, S. 88; „The Challenge of Facts“, S. 226—227, 255—286.

¹¹⁾ „War and Other Essays“, S. 292, 316.

kleinen lokalen Einheiten vereinbar und in großen Nationalstaaten nicht durchführbar ist¹²⁾). Auch eine republikanische Repräsentativregierung begegnet bei der Leitung eines demokratischen Staates großen Schwierigkeiten. Die Probleme der modernen Gesellschaft sind außerordentlich kompliziert. Infolgedessen ist eine gute Führung heute besonders wichtig, und die Demokratie ist von allen politischen Organisationsformen am wenigsten geeignet, die wirklichen Führer an die Spitze zu bringen, hingegen besonders bereit, Demagogen, ehrgeizige Rhetoriker, zu erheben, die das Volk mehr ausbeuten als führen. Eine Demokratie erfordert einen ausgebildeten Gemeinwillen und eine stark organisierte und verständige öffentliche Meinung; beides ist sehr schwer zu erreichen, zumal das wichtigste Mittel zur Erziehung der öffentlichen Meinung, die Presse, heutzutage in erster Linie zur Irreführung und Täuschung des Volkes dient. Das System der Hemmungen und Ausgleichungen arbeitet in den modernen demokratischen Regierungen in der Weise, daß die Hemmungen lediglich gegen die fortschrittlichen Tendenzen vorgeschoben werden und nicht im geringsten gegen reaktionäre Maßnahmen. Daher bleiben die sozialen und ökonomischen Ungleichheiten fortbestehen und wirken auf die Korruption des Inhaltes wie der Form der Demokratie hin. Der moderne Imperialismus, wie er sich in der Kolonialpolitik der modernen Staaten äußert, ist vielleicht der tödlichste und beharrlichste Feind der Demokratie im Innern und in Übersee. Schließlich, als ob die der Demokratie selbst innewohnenden Schwierigkeiten nicht ausreichen, sehen wir noch die Berufspolitiker die öffentliche Meinung für ihre eigenen Zwecke bearbeiten und die öffentlichen Angelegenheiten in einer Weise führen, daß sie bei jeder Gelegenheit eine wirkliche Volksregierung verhindern¹³⁾).

¹²⁾ „Democracy and Reaction“, S. 148—150.

¹³⁾ *Hobhouse*, „Democracy and Reaction“, S. 49 ff., 119—123, 148 ff.; „Liberalism“, S. 183—184, 228 ff., 242 ff.; „Social Evolution and Political Theory“, S. 191—192. — *Hobhouses* Ansichten über Demokratie habe ich ausführlicher besprochen in einem Aufsatz über seine Staats-

Trotz all dieser Mängel und Hindernisse erlegt jedoch *Hobhouse* die Beweislast jenen Theoretikern auf, die da behaupten, man könne eine bessere und wünschenswertere politische Organisationsform finden als die Demokratie¹⁴⁾. Man braucht gar nicht anzunehmen, daß die Demokratie eine bessere Regierung hervorbringt als eine fachmäßig gebildete Bürokratie, aber jedenfalls gibt sie sicherere Gewähr für die freie Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit und die freie Ausübung der politischen Rechte. Überdies haben die Erfahrungen in England die Behauptung vollständig widerlegt, daß Demokratie die Regierung sofort in die Hände des „Pöbels“ spiele, denn die konservative Partei war nach der Ausdehnung des Stimmrechtes in den Jahren 1867 und 1884 viel häufiger am Ruder als in den vorhergegangenen Jahren. Viele Mängel der Demokratie ließen sich vermutlich auch dadurch abstellen, daß man die Machtbefugnisse und Verantwortlichkeiten der lokalen Regierungsstellen erweitert¹⁵⁾, die den Anforderungen der Demokratie besser entsprechen als die Zentralstelle. Doch kann natürlich kein Sozialwissenschaftler behaupten, daß die Demokratie für alle Zeiten und für alle Völker die unbedingt beste Regierungsform sei; der Staat ist ein Produkt der sozialen Entwicklung, und wenn die Demokratie in der modernen politischen Welt noch nicht gut arbeitet, so liegt der Grund darin, daß die heutige Gesellschaft für demokratische politische Einrichtungen noch nicht reif ist¹⁶⁾.

Mit gewissen Einschränkungen und Vorbehalten hat sich für die Demokratie *Ludwig Stein* eingesetzt. Er wendet sich gegen die Behauptung *Le Bons*, daß den Massen jede Vernunft mangle und Demokratie mit Pöbelherrschaft gleichbedeutend sei¹⁷⁾. Hingegen ist ihm das populäre Dogma der

theorie im „*American Journal of Sociology*“, Bd. XXVII, S. 442—485.

¹⁴⁾ „*Democracy and Reaction*“, S. 186—187.

¹⁵⁾ *Ibid.*, S. 85, 185—187; vergl. ferner „*Liberalism*“, S. 228 ff.

¹⁶⁾ „*Morals in Evolution*“, S. 32 ff.; „*Social Evolution and Political Theory*“, S. 127 ff.

¹⁷⁾ *Stein*, „*Die soziale Frage*“, S. 542 ff.

Demokratie von der Gleichwertigkeit aller Menschen zuwider. Die Soziologie behauptet gerade, daß die Menschen ungleich begabt sind, und daß Staat und Regierung zwar diesen Ungleichheiten Rechnung tragen, sie aber nun und nimmer aus der Welt schaffen können. Die Demokratie stützt sich in gleichem Maße auf die Führung der Begabungselite, wie etwa die Monarchie¹⁸⁾.

Zu den besten soziologischen Arbeiten über Demokratie gehören die Werke von *Charles H. Cooley*. Er meinte sehr richtig, es wäre nun an der Zeit, mit den Diskussionen über den vergleichswisen Wert von Demokratie und Monarchie und Aristokratie aufzuhören. Die moderne Welt sei auf dem Wege, sich in eine demokratische Welt zu verwandeln, die Demokratie müsse daher als vollzogene Tatsache hingenommen werden. „Erörterungen über die relativen Vorzüge von Monarchie, Aristokratie und Demokratie haben heute nur rein akademischen Wert. Die Welt demokratisiert sich unverkennbar, es handelt sich heute nur noch um die Frage, wie schnell sich diese Bewegung durchsetzen kann und welche Folgen sie unter den verschiedenen Verhältnissen zeitigen wird¹⁹⁾.“ Er stellt es in Abrede, daß Demokratie mit Pöbelherrschaft gleichbedeutend sei²⁰⁾, oder daß sie notwendig das Aufkommen bedeutender Menschen und Werke verhindere. Wenn *A. de Toqueville* behauptet, Demokratie führe zu einer ertötenden Mittelmäßigkeit, so erklärt sich das daraus, daß er diese Wirkung irrtümlich der Demokratie zuschrieb, während sie in Wirklichkeit die Folge der verworrenen Verhältnisse während der großen Pionierzeit in der Entwicklung der amerikanischen Gesellschaft und Zivilisation gewesen ist²¹⁾. Man kann die Wirkungen der Demokratie nicht nach den bisherigen Zuständen in den Vereinigten Staaten beurteilen; die ungleiche Verteilung des Reichtums, die Herr-

¹⁸⁾ Ibid., S. 231, 301—302; ferner „Autorität“ in Schmollers Jahrbuch 1902, S. 19.

¹⁹⁾ „Social Organisation“, S. 120.

²⁰⁾ Ibid., S. 149 ff.

²¹⁾ Ibid., S. 159 ff.

schaft der Plutokratie, und die infolge der raschen Ausbeutung eines neuen Landes durch eine wachsende Gesellschaft gestiftete Unordnung, haben bisher eine ausgedehntere Verwirklichung der Demokratie in diesem Lande verhindert²²⁾.

Im soziologischen und psychologischen Sinne ist die Demokratie nicht bloß „eine bestimmte Staatsform“, sondern ein mutiger und zu begrüßender Versuch, die ursprünglichen Ideale von Loyalität, Wahrhaftigkeit, Dienstbereitschaft, Wohlwollen, Gesetzmäßigkeit, Freiheit und Gerechtigkeit, die sich in den primitiven Gruppen der Familie, der Nachbarschaft und der Dorfgemeinschaften entwickelt haben, auf die großen Nationalstaaten zu übertragen²³⁾. Von dem Erfolg dieser Bestrebungen hängt die Zukunft der Demokratie ab. Cooley räumt ein, daß eine direkte Demokratie in großen Staaten nicht durchführbar und eine Repräsentativverfassung daher unvermeidlich sei. Eine solche aber verlange tüchtige Führer, daher analysiert er mit großem Scharfsinn die das Führertum bestimmenden Faktoren und die Art, wie sie von der Öffentlichkeit erkannt und nutzbar gemacht werden können²⁴⁾. Während die Führer die Leitung in der Demokratie übernehmen, betätigen sich die Massen, indem sie der öffentlichen Meinung Ausdruck verleihen — etwas, wozu die Arbeiter ebensogut imstande sind wie Geschäftsleute und Akademiker²⁵⁾. Die Massen üben ihren Einfluß durch die Wahl von Führern, deren Klugheit sich in dem Verstehen und in der Berücksichtigung der öffentlichen Meinung zeigt. „Das Volk hat ein sehr rasches und richtiges gefühlsmäßiges Urteil über Personen . . . Die einfachsten Menschen besitzen eine angeborene Klugheit in der Beurteilung der menschlichen Natur, die sie zu guten Menschenkennern macht, selbst wenn sie Ideen ganz

²²⁾ Ibid., S. 162 ff., 256 ff.

²³⁾ Ibid., S. 23—57, 85—86, 118—120. — Die diesem Prozeß entgegenstehenden Schwierigkeiten sind viel richtiger erfaßt und weit besser dargelegt bei Lippmann, „Public Opinion“.

²⁴⁾ „Social Organization“, S. 146, 404; „Human Nature and the Social Order“, S. 283—325.

²⁵⁾ „Social Organization“, S. 135—148.

unzugänglich sind... Auf diese kluge Menschenkenntnis gründen die Vorkämpfer der Demokratie ihren Glauben, daß das Volk mit der Zeit schon das Richtige treffen werde²⁶).“ Demokratie ist also ein Gesellschaftssystem und eine politische Ordnung, in der die „Massen Gefühl und gesunden Menschenverstand beisteuern, welche dem Fortschritt Stoßkraft und Richtung verleihen, und sich im einzelnen durch eine kluge Auswahl ihrer Führer durchsetzen“²⁷). Mit beneidenswertem Optimismus kommt *Cooley* zu der Schlußfolgerung, daß die historischen und sozialwissenschaftlichen Tatsachen den Glauben an die Brauchbarkeit und Dauer der Demokratie bestätigen²⁸).

Im Gegensatz zu diesen Verteidigern der Demokratie stehen andere Soziologen, die aus den verschiedensten Gründen die demokratischen Einrichtungen, oder zum mindesten die modernen Versuche zu ihrer Durchführung, kritisieren. *Le Bon* erhob eine Reihe von Anklagen gegen die Demokratie, speziell gegen die französische Demokratie, in denen er unter anderem behauptete, daß sie in Pöbelherrschaft auszuarten neige, daß sie dem Talent keinen genügenden Spielraum lasse, und daß sie politischen Phantomen nachjage, vor allem dem Phantom des Staatssozialismus²⁹). *Faguet* beschuldigte die Demokratie der Inkompetenz, da sie unfähig sei, die Leistungen der wirklich Begabten zu schätzen und verhängnisvoll dazu neige, sich der Führung der Mittelmäßigen oder gar der Minderwertigen anzuvertrauen, die unsere heutige Parteipolitik beherrschen³⁰). *Mallock* übte eine beißende Kritik an der liberalen Demokratie, die angeblich durch die Lehren der biologischen Evolutions-

²⁶) Ibid., S. 142—143.

²⁷) Ibid., S. 148.

²⁸) *Cooleys* Analyse der Demokratie sollte mit der viel realistischeren Untersuchung *Lippmanns* in dessen „Public opinion“ verglichen werden.

²⁹) „La foule; psychologie du socialisme“ und „La psychologie politique“.

³⁰) „Le culte de l'Incompétence.“ Vergl. auch *Ludovisi*, „A Defence of Aristocracy“.

theorien widerlegt sei, weil sie das Talent nicht hochschätze und gegen Autorität und Erziehung der römisch-katholischen Kirche Sturm laufe³¹⁾. *Gumplowicz*, *Oppenheimer*, *Small* und *Loria* sympathisieren zwar mit der Demokratie, behaupten jedoch, unter Hinweis auf die Zusammenhänge zwischen Eigentum und Staat, es könne keine wirkliche politische Demokratie geben, so lange die ungeheuren Ungleichheiten ökonomischer Macht fortbestehen und so lange es dem einzelnen gestattet sei, Boden und Arbeitskraft weiter auszubeuten³²⁾. *Loria* bemerkt über diesen Punkt, als er auf die Volkstümlichkeit der ersten Auflage seines Buches „Die wirtschaftlichen Grundlagen der herrschenden Gesellschaftsordnung“ zu sprechen kommt³³⁾:

„Den Erfolg meines Buches muß ich der schonungslosen Offenheit zuschreiben, mit der ich die Ungeheuerlichkeiten der zeitgenössischen Moral und Politik aufgedeckt und den bei den populären Politikern beliebten Tatsachenfälschungen die volle Wahrheit entgegengesetzt habe. Das Buch enthüllte der Welt ein Geheimnis: es erklärte kühn, was bisher niemand zu sagen gewagt hatte, daß Habsucht, enger und niedriger Egoismus und Klassengeist in unseren sogenannten Demokratien herrschen; unbarmherzig entlarvte es die politischen Götter, welche die Welt gewohnt war, mit hochtrabenden Phrasen anzurufen, es zog ihnen den schützenden Schleier vom Gesicht und zeigte, daß da, wo wir eine mystische Isis zu finden erwartet hatten, nur ein gefräßiges Krokodil mit aufgesperrrtem Rachen stand.“

Wie wir weiter unten ausführlicher zeigen werden, haben einige tiefer schürfende Soziologen, die sich mit dem Problem der Demokratie befaßten, die Meinung vertreten, daß der

³¹⁾ „Social Equality“; „The Limits of Pure Democracy“; „Aristocracy and Evolution“; „A Critical Examination of Socialism“.

³²⁾ *Gumplowicz*, „Grundriß der Soziologie“; *Oppenheimer*, „Der Staat“, Kap. I, VI VII; *Small*, „Between Eras: From Capitalism to Democracy“.

³³⁾ *Loria*, „Die wirtschaftlichen Grundlagen der herrschenden Gesellschaftsordnung“, Vorwort, S. XI.

Demokratie Gefahr drohe vom Parteiensystem mit seiner Organisation, seinen oligarchischen Tendenzen, seiner Verkehrung der Mittel in Zwecke, seinem Appell an die irrationalen Gefühle statt an das kritische Urteil des Volkes. Diese Art der Kritik, die vor allem von *Wallas* und *Michels*³⁴⁾ geübt und von politischen Schriftstellern wie *Bryce* und *Ostrogorski* eingehender durchgeführt wurde, findet eine große Ähnlichkeit zwischen unserer modernen Demokratie mit ihrem Parteiensystem und dem mittelalterlichen Agrarfeudalismus. Vom biologischen Standpunkt aus haben *Galton*, *de Lapouge*, *Ammon* und *Schallmayer* die Aristokratie gegen die Demokratie verteidigt³⁵⁾. Vom biopsychologischen Standpunkt aus haben *MacDougall*, *Goddard*, *Lichtenberger*, *Hankins*, *Stoddard* und andere das demokratische Dogma von der Gleichwertigkeit aller Menschen angezweifelt und auf die Gefahr der Majoritätsherrschaft hingewiesen, der notwendig eine Neigung zum Hinabgleiten in Mittelmäßigkeit oder Minderwertigkeit innewohne. Sie haben kürzlich wichtige Daten verwendet, wie die Intelligenzprüfungen an amerikanischen Soldaten im Weltkriege³⁶⁾.

Wohl die schneidendste und wirksamste Kritik an Theorie und Praxis der modernen Demokratie, vornehmlich vom so-

³⁴⁾ *Wallas*, „Politik und menschliche Natur“; *Michels*, „Zur Soziologie des Parteiwesens“.

³⁵⁾ Vergl. ihre oben angeführten Werke.

³⁶⁾ *McDougall*, „Is America Safe for Democracy?“; *Lichtenberger*, „The Social Significance of Mental Levels“ in den „Publications of the American Sociological Society“, Bd. XV. 1920; *Goddard*, „Human Efficiency and Levels of Intelligence“; *Yerkes* und *Yoakum*, „The Army Mental Tests“. — Eine ausführliche Arbeit über diesen Gegenstand wird demnächst von *F. H. Hankins* erscheinen. Während *Lichtenberger* und *Goddard* formal die Demokratie verteidigen, führen ihre Angaben ganz naturgemäß zu der entgegengesetzten Schlußfolgerung; und auch die Geschichte bietet keine Stütze für die Behauptung, daß die Herrschaft der Majorität stets die beste Führerschaft hervorbringt. Eine kritische Erörterung der aus den Intelligenzprüfungen in der Armee gezogenen Schlüssen findet man in der Artikelserie von *Walter Lippmann* in „The New Republic“, beginnend mit dem 25. Oktober 1922, die man mit dem sehr autoritativen und gemäßigten Artikel von *E. G. Boring* in „The New Republic“ vom 6. Juni 1923, S. 35—37, vergleichen sollte.

zialpsychologischen Gesichtspunkt aus, übte *Walter Lippmann*. Ein so hervorragender Gelehrter wie *John Dewey* versteigt sich zu der Äußerung, daß „sic wohl die wirkungsvollste Anklage der heute herrschenden Ansichten über Demokratie ist, die je geschrieben wurde“. *Lippmanns* Argumentation läßt sich in kurzen Worten folgendermaßen zusammenfassen: die Leistungsfähigkeit und die Verwirklichung der Demokratie hängt davon ab, ob die öffentliche Meinung fähig ist, die politischen Maßnahmen und Richtlinien zu bestimmen. Die alte demokratische Theorie und die Anfänge der demokratischen Praxis gründeten sich auf die Formen, Ideale, Probleme und Praktiken kleiner, ländlicher, lokaler Selbstverwaltungsgemeinden. Auf diese Bedingungen war die spontan entstandene öffentliche Meinung zugeschnitten, und das Durchschnittsindividuum war hier politisch nahezu „allmächtig“. Manche demokratischen Theoretiker, zum Beispiel *Jefferson*, haben dies begriffen und zugegeben, daß Dauer und Erfolg der Demokratie nur davon abhängen, ob man imstande ist, die Lebensfähigkeit und den Bestand der einfachen Agrargemeinden zu erhalten. Das hat sich als unmöglich herausgestellt. Der moderne Industrialismus erzeugte das komplizierte städtische Leben, die Vermischung von Rassen und Kulturen, die Weltverflochtenheit in Politik und Handel, und eine noch nie dagewesene Menge nationaler und internationaler, neuer und schwieriger Probleme. Trotzdem haben wir ganz naiv versucht, das komplizierte moderne Staats- und Gesellschaftswesen nach den Erfahrungen und Gesetzen aus der Zeit der primitiven Agrarverhältnisse zu konstruieren. An Stelle sachverständiger, auf langdauernde und objektive Erfahrungen gestützter Führung, haben wir (fast ostentativ zu unserem Unglück) uns bereitwillig von Sitte, Tradition, dummer Zensur oder schlauer Propaganda führen lassen — die sämtlich gekennzeichnet sind durch Unwissenschaftlichkeit, gemäß ihrer Herkunft aus einem vorindustriellen und vorwissenschaftlichen Zeitalter. Solange wir nicht imstande sind, uns einen entsprechenden Stab von öffentlichen Sachverständigen

für Gesetzgeber, Verwaltungsbeamte und Bürger zu schaffen und zu erhalten, die auf Grund der wissenschaftlich belegten Tatsachen die Politik und die staatsbürgerliche Erziehung leiten, dürfen wir in den modernen demokratischen Gesellschaften weder Leistungen noch praktische Erfolge erhoffen³⁷⁾).

Die Einwände gegen die Demokratie von Historikern wie *Treitschke* und *Sybel*, die sich auf ein gewissermaßen „göttliches Recht“ und die Verehrung einer bestimmten Dynastie, sowie auf eine politisch ausgewertete Rassentheorie stützen, sind allzu anachronistisch, um überhaupt einer Besprechung oder einer Widerlegung zu bedürfen³⁸⁾).

Zum Abschluß der Übersicht über die soziologische Analyse der landläufigen Staats- und Regierungsformen möchte ich betonen, daß alle Autoren übereinstimmend von jeder Einteilung, die auf Gültigkeit Anspruch macht, verlangen, sie müsse sich auf die allgemeinen sozialen Verhältnisse stützen und zu ihnen in Beziehung gesetzt werden. Wenngleich die Mehrzahl von ihnen die Demokratie für die beste politische Organisationsform hält, sind sie sich doch alle einig, daß gewisse soziale und ökonomische Vorbedingungen für den Erfolg jedes demokratischen Experiments notwendig sind; auch die Autoren, die der Demokratie ablehnend gegenüberstehen, stützen ihre Einwände auf soziologische Begründungen. Mit einem Wort, sie sind durchwegs der Ansicht, daß jede Form und jeder Typus von Staat und Regierung unmittelbar von den allgemeinen und grundlegenden sozialen Verhältnissen und Umständen abhängt.

3. Soziologische Einteilungen der Staatsformen.

In der Überzeugung, daß zwischen Gesellschaftstypus und Staats- oder Regierungsform ein enger Zusammenhang be-

³⁷⁾ *Lippmann*, „Public opinion“, passim, bes. Teil I, V—VI. Vergl. auch die etwas schulmeisterliche, aber unentbehrliche Kritik dieses Buches von *John Dewey* in „The New Republic“ vom 3. Mai 1922, S. 286—288.

³⁸⁾ *Treitschke*, „Politik“; *Sybel*, „Geschichte der Revolutionszeit“.

steht, versuchten viele Soziologen, die gebräuchlichen Einteilungen zu ergänzen oder neue Einteilungen nach soziologischen Gesichtspunkten aufzustellen. Nach *Comte* gibt es nur zwei Grundtypen politischer Herrschaft — die Theokratie, in der die staatliche Macht der kirchlichen untergeordnet ist, und die Soziokratie, in der weltliche und geistliche Macht gleichberechtigt nebeneinanderstehen³⁹). *Spencer* teilte die Staaten, sowohl ihrer Entstehung als ihrem Wesen nach, in zwei große, aufeinanderfolgende Typen ein: den Militärstaat und den Wirtschaftsstaat⁴⁰). Im ersten und frühesten Stadium soll die gesamte Organisation vor allem auf Kriegstüchtigkeit eingestellt, die politische Obrigkeit völlig autoritativ und die Staatseinmischung auf bestimmten Gebieten sehr weitgehend gewesen sein. Im zweiten und letzten Stadium bildet die produktive Wirtschaft die Grundlage der Gesellschaftsorganisation, die politische Verfassung ist demokratisch, die individuelle Freiheit ausgedehnt und die Staatseinmischung streng begrenzt. *Bagehot* teilte, ähnlich wie *Spencer*, die historischen Staaten in zwei Typen ein: solche, die sich auf eine obrigkeitliche Herrschaft gründeten und auf dem Heer beruhten, und solche, die sich auf eine parlamentarische Regierung stützten⁴¹).

Ähnlich ist auch die von *Ratzenhofer* und *Small* angenommene Einteilung, nämlich in den frühen „Eroberer-Staat“, der auf der gewaltsamen Unterjochung einer Gruppe durch eine andere fußte, und den „Kulturstaat“, in dem die politische Herrschaft freiheitlich und durch die wirtschaftliche Entwicklung gemäßigt ist⁴²). Innerhalb des zweiten Typus unterscheidet *Small* noch den heutigen kapitalistischen Staat, der durch die Kombination von „Lotterie und Hungersnot“ gekennzeichnet sei, und die echte Demokratie, die neben der politischen auch noch die soziale und wirtschaftliche Demo-

³⁹) *Comte*, „Cours de philosophie positive“, Bd. II, S. 344 (engl. Ausgabe).

⁴⁰) „The Principles of Sociology“, Bd. II, S. 568 ff.

⁴¹) „Physics and Politics“, deutsch „Ursprung der Nationen“.

⁴²) *Small*, „General Sociology“, S. 193 ff.

kratie einschlieÙe. Heute befänden wir uns gerade in einem Übergangsstadium zwischen Kapitalismus und Demokratie⁴³⁾. Eine gewisse Verwandtschaft mit dieser weist auch die *Durkheimsche* Bestimmung auf, die Gesellschaft und Staat ihrer Entstehung nach in die territorialen, repressiven und mechanischen Formen der früheren Zeitalter, und in die funktionellen, freiheitlichen und organischen Formen in den fortgeschritteneren Zeitaltern einteilt⁴⁴⁾. *Ward* hielt zwar die gebräuchliche Einteilung der Staaten in Monarchien, Aristokratien und Demokratien für ausreichend, unterschied aber in der modernen Demokratie drei Phasen oder Stufen⁴⁵⁾. Zuerst die Physiokratie oder den extremen Individualismus, der sich auf die angebliche Analogie zwischen Politik und *Newtonscher* Mechanik gründet, zweitens die Plutokratie oder die Herrschaft der organisierten und exploitierenden Kapitalbesitzer, drittens die Soziokratie, oder die Herrschaft der Gesetzgeber, die zugleich Sozialwissenschaftler sind und gewissenhaft nach Mitteln und Wegen suchen, durch die man den sozialen Fortschritt entsprechend den Gesetzen der Soziologie fördern und beschleunigen könne.

Hobhouse möchte die Staatsformen nach dem Prinzip ihres politischen Zusammenhaltes unterscheiden⁴⁶⁾. Solcher aufeinanderfolgender Prinzipien gebe es drei: Sippe; Obrigkeit, die in absoluten Monarchien, Feudalmonarchien und Imperien ausgeübt werde; und Staatsbürgertum, welches die Grundlage des modernen demokratischen Nationalstaates bilde. *Tarde*, mit seiner Neigung für psychologische Kriterien, hält nur zwei Grundformen politischer Herrschaft für gegeben: eine „Teleokratie“ und eine „Ideokratie“⁴⁷⁾. Die erste stütze sich auf die Herrschaft der Begierden und werde durch die Regierungen von Diktatoren und militärischen Abenteurern

⁴³⁾ „Between Eras: From Capitalism to Democracy.“

⁴⁴⁾ „De la division du travail social.“

⁴⁵⁾ „The Psychic Factors of Civilisation“, S. 311—323.

⁴⁶⁾ „Morals in Evolution“, S. 42 ff.

⁴⁷⁾ „Les transformations du pouvoir“, S. 212—213. Vergl. auch „Philosophical Review“, vom Mai 1919.

dargestellt; die zweite gründe sich auf die Souveränität von Ideen und Glauben und zeige sich in den verfassungsmäßigen Regierungen. Gegenwärtig scheine die Tendenz auf einen Sieg der Ideokratie hinzugehen, der höherstehenden von diesen beiden Regierungsformen. Auch *Ross* bezweifelt den Wert der konventionellen Einteilungen, „weil der Sitz der gesellschaftlichen Macht ein viel wahrheitsgetreueres Abbild von der inneren Verfassung einer Gesellschaft gibt als der Sitz der politischen Macht“⁴⁸⁾. „Die Machtverschiebungen innerhalb des Staates erfolgen also nicht aus eigenen Ursachen, sondern sind nur die Folge und die Reaktion auf die Machtverschiebungen innerhalb der Gesellschaft. Da die politische Macht greifbar ist und an der Oberfläche liegt, hat die Staatswissenschaft ihre Formen und Gesetze längst erkannt; hingegen hat die gesellschaftliche Macht, die in dunklen Tiefen verborgen ruht, die Aufmerksamkeit der Sozialwissenschaft bisher kaum auf sich gelenkt.“ *Ross* schlägt eine vorläufige Einteilung der verschiedenen sozialen Herrschaftsformen vor, die sich auf der Konzentration der gesellschaftlichen Macht aufbaut⁴⁹⁾:

„In manchen Fällen gibt es einen angemessenen Namen für die Herrschaftsform. Wird die Herrschaft vom Priester ausgeübt, so nennen wir sie *Klerikalismus*, liegt sie in Händen der Kriegerklasse, so bezeichnen wir sie als *Militarismus*; wenn die Initiative bei den staatlichen Exekutivorganen liegt, so nennen wir sie *Bureaukratismus*, die Herrschaft der Geldleute heißt *Kapitalismus*, und die Herrschaft der Gebildeten *Liberalismus*.

Diese Unterscheidungen sind, wie ich kaum erst zu sagen brauche, viel genauer und richtiger als die Unterscheidungen Aristokratie, Monarchie und Republik, die sich ja nur auf die äußere Form beziehen.“

Commons' Einteilung geht von wirtschaftlichen Gesichts-

⁴⁸⁾ *Ross*, „Social Control“, S. 78—79, vgl. die deutsche Ausg. der „Principles of sociology“ in d. II. Bd. der Bibliothek der Soziologie und Politik: „Das Buch der Gesellschaft“, 57. Kap.

⁴⁹⁾ *Giddings'* ausführliche Einteilung der politisch wichtigsten Gesellschaftstypen ist im 13. Kapitel in extenso abgedruckt.

punkten aus⁵⁰⁾). Er stellt in Abrede, daß man die Despotie als Staatsform im eigentlichen Sinne ansprechen könne. Aristokratie wird eine Regierungsform, die sich auf festes erbliches Eigentum gründet, dagegen Plutokratie eine Regierungsform genannt, die eine willkürliche Eigentumsübertragung gestattet. Demokratie sei Regierung durch allgemeines Stimmrecht. *Loria* gibt eine etwas ungewöhnliche Erklärung für die politischen Herrschaftsformen⁵¹⁾). Wenn die hauptsächlichsten Einkommens- oder Profitquellen in den Händen Weniger konzentriert sind, dann besteht eine Aristokratie; wenn sie sich unter Viele verteilen, dann entsteht, je nach dem Belieben der herrschenden Klassen, eine mehr oder minder absolute Monarchie. Wenn sich die Einkommensquellen jedoch gabeln und in zwei breiten Strömen unter zwei mächtige Klassen ergießen, so kommt es zu einem Kampf um die Macht, und die Regierungsform muß genügend freiheitlich und elastisch sein, um den Ausgleich dieses Kampfes zu ermöglichen. Mit anderen Worten, es entsteht eine Demokratie; die modernen Demokratien sind also vor allem das Resultat eines Kampfes zwischen Großgrundbesitzern und Kapitalisten.

Oppenheimer nimmt zwei fundamentale Typen der sozialen Ordnung an; eine, in der der Staat herrscht und eine, in der der Staat durch die „Freibürgerschaft“ ersetzt ist. Jede Regierung, die im Verlaufe der Geschichte bestanden hat, war nur eine Technik zur organisierten Ausbeutung und zu sanktioniertem Raub — die Ausbeutung des ökonomischen durch das politische Mittel. „Der Staat wird schließlich durch die Freibürgerschaft ersetzt werden, und mit ihm wird sein Inhalt, die wirtschaftliche Ausbeutung einer Klasse durch die andere, verschwinden⁵²⁾.“

⁵⁰⁾ „A Sociological Review of Sovereignty“ im „American Journal of Sociology“, Bd. V, S. 362—365.

⁵¹⁾ „The Economic Foundations of Society“, S. 135—136, 141, 169, 327.

⁵²⁾ „Der Staat“, S. 159 ff.

Sie b e n t e s K a p i t e l.

SOZIOLOGISCHE ANALYSE DES REGIERUNGS- MECHANISMUS¹⁾.

1. Staat und Regierung.

Die Soziologen haben sich bei der Behandlung des Wesens der Regierung nicht mehr mit der frommen Abstraktion zufriedengegeben, daß die Regierung „zum Wohle der Regierten bestehe“ oder zur Förderung der christlichen Tugenden der Untertanen, sondern haben sich bemüht, die wirkliche Beschaffenheit der „Regierungsbildung“ zu ergründen. Sie kehrten damit zu dem Standpunkt zurück, der zuerst von *Aristoteles*, dann von *Althusius* begründet, und in neuerer Zeit von *John Adams*, *Madison*, *Calhoun*, *Gierke*, *Maitland*, *Figgis*, *Duguit*, *Laski* und anderen vertreten wurde. Sie erklären, daß die Gesellschaft sich aus Gruppen zusammensetze, die durch das Band von ein oder mehreren gemeinsamen Interessen Zusammenhalt und Kraft gewinnen²⁾; der Staat ist dazu da, um die Interessenkonflikte in den notwendigen Grenzen zu halten und sie aus zerstörenden in aufbauende Mittel umzuwandeln. Die Regierung ist das Forum, das den Gruppen gestattet, ihren Interessenkampf öffentlich zu führen und sich in mehr oder minder vollständigem Maße den Gegenstand ihrer Interessen zu sichern. — In der Geschichte dieser Lehre unterscheiden wir hauptsächlich zwei Entwicklungsrichtungen, die sich aber gegenseitig eher ergänzen als widersprechen. *Gierke*, *Maitland*,

¹⁾ Viel grundlegender und wichtiger als die spezielle soziologische Analyse der Regierungsbildung ist natürlich die soziologische Synthese der Faktoren, die Gesellschaft, Staat, Regierung und politische Theorie und Praxis bestimmen. Die tiefeschürfendste Arbeit auf diesem Gebiete ist das bereits oben erwähnte Werk von *Giddings* über „*A Theory of Social Causation*“.

²⁾ Vergl. *Beard*, „*The Economic Basis of Politics*“.

Laski, Duguit und *Durkheim* behandeln vornehmlich die Beschaffenheit der Gruppen, ihre innere Organisation und ihren Status, sowie ihre Beziehungen untereinander und zum Staat. Dieses Studium der formalen Beschaffenheit der Gruppen erreichte seinen Höhepunkt in den Schriften *Georg Simmels*, der eine ganze „Gesellschaftsgeometrie“ aufgestellt hat³). Die Vorgänge in und zwischen den Gruppen, das heißt Entstehung und Inhalt der Gruppeninteressen, der Interessengegensätze und ihren gegenseitigen Ausgleich haben *Calhoun, Gumpłowicz, Ratzenhofer, Oppenheimer, Small, Bentley* und *Miss Follett* analysiert. Beide Forschungsrichtungen zusammen haben wohl die wichtigsten Beiträge zur Staats- und Gesellschaftstheorie in der letzten Generation geliefert.

2. Gruppen und Staat.

Die erste soziologische Durchführung dieser Lehre stammt von *Gumpłowicz*⁴). Entsprechend seinem Prinzip des *Syngenisismus* suchen sich die Gruppen um bestimmte Interessen herum zu organisieren und über die anderen Gruppen zur besseren Durchsetzung ihrer Interessen zu dominieren. Der Staat ist das Mittel, durch das die herrschende Gruppe die Ausbeutung der unterworfenen oder untergeordneten Gruppen durchführt und legalisiert. Diese Meinung, daß der Staat ein öffentliches und rechtliches Organ zur wirtschaftlichen Ausbeutung der Gesellschaft durch das politische Mittel sei, wird auch von *Oppenheimer* und *Loria* geteilt⁵). Ich möchte jedoch betonen, daß keiner dieser Autoren ein orthodoxer marxistischer Sozialist ist, und daß *Gumpłowicz* selbst sogar ein strenger Kritiker der ganzen sozialistischen Revolutionsphilosophie war.

Weniger extrem ist die Stellungnahme von *Ratzenhofer* und

³) „Soziologie: Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung.“

⁴) „Der Rassenkampf“, S. 241—242; „Grundriß der Soziologie“, S. 205 ff.

⁵) *Oppenheimer*, „Der Staat“, S. 14 ff., 151 ff.; *Loria*, „The Economic Foundations of Society“, S. 9, 19 ff., 328, 343 ff.

Small, für die die Regierung das Mittel bedeutet, durch das der Staat die Interessenkonflikte in gesetzlichen und friedlichen Grenzen halte, wenngleich diese Ordnung in nichtdemokratischen Gesellschaften zur Herrschaft und Unterjochung führen könne⁶⁾). *Bentley* schließt sich dieser Auffassung an⁷⁾). *Vaccaro* schreibt der Regierung eine noch wohlthätigere Funktion zu; sie ist seiner Meinung nach dazu da, einen Ausgleich und eine Versöhnung der Interessengegensätze zu bewerkstelligen⁸⁾). Schließlich finden wir bei *Novikow* die alte manchesterliche Lehre in etwas veränderter Form wieder, nämlich, daß der Staat die Funktion eines in einem staatlichen Warenhaushalt postierten Schutzmannes ausübt, der für die Einhaltung gesetzlicher Methoden sowie für den Schutz des Warenaustausches sorgt⁹⁾).

Von diesen Erklärungen scheint mir diejenige *Ratzenhofers*, *Bentleys* und *Smalls* wohl die annehmbarste zu sein¹⁰⁾); ich schalte daher ihre kurze Zusammenfassung in *Bentleys* eigenen Worten ein, zumal seine Arbeit eine der wichtigsten soziologischen Beiträge zur Staatstheorie bildet. *Bentley* meint, daß die Gruppen, die durch bestimmte Interessen zusammengehalten werden, das eigentliche Rohmaterial der Politik darstellen¹¹⁾):

„Eine Gruppe ohne bestimmtes Interesse gibt es nicht. Ein Interesse ist in dem Sinne, in dem wir diesen Ausdruck hier gebrauchen wollen, gleichbedeutend mit Gruppe. Wir können also nach Belieben, je nachdem welcher Ausdruck uns gerade angemessener scheint, von einer Interessengruppe oder von einem Gruppeninteresse sprechen. Gruppe und Interesse bedeuten dasselbe, nämlich, daß sich soundsoviel Menschen zu einer bestimmten Tätigkeit zusammentun. Zuweilen unter-

⁶⁾ *Ratzenhofer*, „Wesen und Zweck der Politik“; *Small*, „General Sociology“, S. 224 ff.

⁷⁾ *Bentley*, „The Process of Government“, Kap. VII, X.

⁸⁾ „Les bases sociologiques du droit et de l'état“, S. 4, 430 ff. Siehe auch *Bristol*, „Social Adaptation“, Einleitung und S. 313 ff.

⁹⁾ „La Théorie organique des sociétés“, loc. cit.

¹⁰⁾ Vergl. eine ausgezeichnete kurze Zusammenfassung dieser Untersuchungsmethode bei *Bristol*, „Social Adaptation“, S. 162 ff.

¹¹⁾ *Bentley*, op. cit. S. 211—212, 222.

streichen wir das Interessenmoment, zuweilen das Gruppenmoment, aber wenn wir zwischen den beiden einen zu großen Unterschied machen, verlieren wir uns stets sehr bald in unfruchtbare Begriffsspaltungen. Ob das Interesse die Gruppe erzeugt hat, oder die Gruppe das Interesse, ist eine jenseits der Soziologie liegende Frage. Ich weiß es nicht und es kümmert mich auch nicht. Was wir auf dieser Welt tatsächlich sehen, was wir beobachten und studieren können, sind einfach interessierte Menschen. Diese sind unser Rohmaterial, auf das wir unser Augenmerk gerichtet halten müssen . . .

Was die politischen Fragen in jedweder Gesellschaft, in der wir sie untersuchen, betrifft, so gibt es kein Gruppeninteresse der Gesellschaft als Ganzes. Wir finden stets, daß sich die politischen Interessen und Handlungen jeder gegebenen Gruppe — und andere politische Erscheinungen außer Gruppenerscheinungen gibt es nicht — gegen die Handlungen anderer in politischen oder anderen Gruppen zusammengeschlossener Menschen richten. Die Erscheinungen des politischen Lebens spalten die Gesellschaft stets nach Trennungsebenen, die sehr real, wenn auch nicht immer gleichmäßig klar hervortreten. Die Gesellschaft selbst ist nichts anderes als ein Komplex der Gruppen, aus denen sie zusammengesetzt ist.“

Da die Funktionen der Regierung sich auf den Ausgleich der Interessengegensätze richten, deren Druck sich durch die Interessengruppen auswirkt, meint er weiter¹²⁾ :

„Es gibt keine einzige Regierungsfunktion, die nicht von einer mächtigen Interessengruppe oder einer Reihe von Interessengruppen lebt und nicht aus ihnen ihre ganze Kraft und soziale Wirkung herleitet. In jedem Falle, wo die Konflikte zweier Gruppen durch einen Herrscher geregelt oder geschlichtet werden, finden wir, daß der Herrscher in Wirklichkeit als Führer einer oder mehrerer Interessengruppen handelt, die mächtiger sind als die gerade streitenden Gruppen, und daß diese mächtigeren Gruppen oder die mächtigere

¹²⁾ Ibid., S. 235, 260, 269.

Gruppe vorschreiben, in welcher Weise die Konflikte geschlichtet werden sollen.

Im weitesten — im allerweitesten — Sinne ist die Regierung der Ausgleich zwischen einer Reihe von Interessengruppen und einer besonders ausgezeichneten Gruppe...

Alle Regierungsformen entstehen aus dem gegenseitigen Druck und der gegenseitigen Einwirkung von Gruppen — Vorgänge, durch welche neue Gruppen oder Gruppenvertreter (die Organe oder Mittel der Regierung) nach oben gedrängt werden und nunmehr den Ausgleich vermitteln. Erst wenn es uns gelingt, diese Gruppenkräfte zu isolieren, ihren repräsentativen Wert festzustellen und aus diesen Tatsachen den ganzen Vorgang zu erklären, gelangen wir zu einem richtigen Verständnis der Regierung.“

Diese Interessengruppen üben zur Durchsetzung ihrer Ziele einen Druck auf die verschiedenen Regierungsorgane aus; infolgedessen sind die Maßnahmen, Handlungen und Richtungen der Regierung nur eine Resultante aus den verschiedenen Druckrichtungen¹³). Die relative Bedeutung jeder Regierung hängt von dem Grad des Erfolges ab, mit dem ihr der Ausgleich der Interessengegensätze und eine Vermittlung zwischen den Interessengruppen gelingt¹⁴). Selbst die Rechtsprechung ist nicht geschützt vor dem Druck der gesellschaftlichen Interessen¹⁵). Normalerweise ist sie allerdings die große Arena, in der die Interessengruppen ihre Kämpfe austragen, und die hauptsächlichste Ausgleichsmethode bildet die Verständigung (log-rolling), diese charakteristische Technik der Gesetzgebung¹⁶).

„Gegenseitige Konzessionen sind ein Ausdruck der Zustimmung. Darum werden sie in der Regel in der größten Form verschachert... Der Vertrag ist also die wesentlichste Eigentümlichkeit der Gesetzgebung... Erst wenn es uns gelungen

¹³) Ibid., S. 330 ff.

¹⁴) Ibid., S. 359.

¹⁵) Ibid., S. 388 ff. Vergl. auch *Myers*, „History of the Supreme Court“.

¹⁶) *Bentley*, op. cit. S. 370—371.

ist, den Gesetzgebungsprozeß auf das Spiel der Gruppeninteressen zurückzuführen, offenbart sich uns die gegenseitige Unterstützung oder das *do ut des* als sein wahrer Kern. Er ist ein Kompromiß, kein abstrakter, moralischer Kompromiß, über den sich Philosophen klug streiten können, sondern ein rein praktischer, der jedem erfolgreichen Gesetzgeber wohl bekannt ist, das heißt ein Verhandeln, ein Ausgleich von Interessen... In der Geschichte des amerikanischen Kongresses hat es niemals eine Zeit gegeben, in der die Gesetzgebung auf andere Weise bewerkstelligt worden wäre.“

3. Die Vertretung.

Wie wir oben bereits zu zeigen versuchten, halten die meisten Soziologen eine direkte Regierung, mag sie monarchisch oder demokratisch sein, sowohl für unerwünscht als für unmöglich und betrachten daher die Repräsentativverfassung als die einzig mögliche Regierungsform. Geht man an das Problem der Repräsentativverfassung näher heran, so erhebt sich die Frage, was man zur Grundlage der Vertretung und der Vertretungseinheiten machen solle. Sollen berufliche und wirtschaftliche Interessen der Vertretung zugrunde gelegt werden, wie im Mittelalter und zu Beginn der neueren Zeit, oder territoriale Bevölkerungseinheiten, wie es in neueren Zeiten, teils unter dem Einfluß der politischen Dogmen *Rousseaus*, teils infolge der Entwicklung der modernen Demokratie, vor allem in Amerika, üblich geworden ist? Unter den Soziologen, die sich mit dieser Frage besonders beschäftigt haben, gibt es, wie zu erwarten stand, nur wenige, die für die heutige unlogische und unnatürliche Methode der Territorialvertretung eintreten, welche sich auf den politischen und psychologischen Irrtum gründet, es gebe einen allgemeinen, von den verschiedenen Berufs- und Klasseninteressen unabhängigen Volkswillen oder ein Gemeingefühl, das sich isolieren und in der Regierung vertreten ließe¹⁷⁾. Die Soziologen haben nachgewiesen, daß

¹⁷⁾ Die einzige beachtenswerte Verteidigung des Territorialismus aus neuerer Zeit findet man bei Wallas, „Our Social Heritage“, Kap. V—VI.

die Interessengruppen selbst bei territorialer Vertretung die ihnen offiziell verweigerte Interessenvertretung auf zahlreichen indirekten und unsichtbaren Wegen durchzusetzen suchen und auch wirklich durchsetzen. Geheime Abstimmungs- und Unterstützungsabkommen werden daher zu den hauptsächlichsten Methoden der Repräsentativregierung, selbst in dem vollkommensten Territorialvertretungssystem. Die meisten Soziologen sind mit den fortschrittlichen Staatswissenschaftlern darin einig, daß die eigentliche Aufgabe der Regierung in dem Ausgleich der Gruppeninteressen bestehe; und daß eine Repräsentativregierung aus diesem Grunde ihre Formen und Einrichtungen mit dem wirklichen Zweck und der wirklichen Funktion der Politik in Übereinstimmung bringen müsse. Endlich haben die Sozialpsychologen mit dem *Rousseauschen* Dogma vom Gesamtwillen aufgeräumt, von dem man wirklich nicht behaupten kann, daß er existiere, außer in Zeiten der gemeinsamen Gefahr; sein zweites dogmatisches Argument zugunsten der Territorialvertretung, das wir etwa als Verteilung der Souveränität nach Kopffzahl bezeichnen können, findet noch weniger Verteidiger¹⁸⁾.

Die Soziologen, die eine demokratische Erneuerung der direkten Interessenvertretung befürworten, begegnen dem hauptsächlichsten Einwand gegen diese Vertretungsform — daß sie Klassen- und Gruppenegoismus züchten und Verwirrung und Schwierigkeiten heraufbeschwören muß — mit dem Hinweis, daß die gleichen Gruppen oder Klassen ihre Interessen auch heute durchsetzen, nur mit dem Unterschied, daß es auf Umwegen geschieht. Der Gruppenegoismus ist heute ebenso stark, wie er bei jedem anderen Vertretungssystem wäre, während die Schaffung direkter Möglichkeiten der Gruppenvertretung die Sachlage nur klären und erleich-

Vergl. auch *Sidney und Beatrice Webb*, „A Constitution for a Socialist Commonwealth of Great Britain“.

¹⁸⁾ Die klarste Darstellung einer Repräsentativvertretung der Interessen, die dem Verfasser bekannt ist, enthält ein Artikel von *H. A. Overstreet*, „The Government of Tomorrow“ in „The Forum“, Bd. LIV, S. 6—17.

tern würde. Ja, man dürfte sogar hoffen, daß sie in gewissem Grade den Gruppenegoismus abschwächen würde, der sich bei vielen Schichten und Klassen infolge der lange fortgesetzten Durchkreuzung ihrer Bestrebungen und Ansprüche sehr verstärkt hat. Auf den letzten Einwand, daß ein solches Vertretungssystem, selbst wenn es aus moralischen und logischen Gründen wünschenswert wäre, auf unüberwindliche Schwierigkeiten stoßen müsse, antworten seine Anhänger, dies sei das abgedroschenste und sophistischste Argument in der ganzen Staatsgeschichte, das bei jeder Neuerung, angefangen von der Einrichtung der Stammeshäuptlingsschaft bis zur Annahme der englischen Reformbill vom Jahre 1832 und der Einführung des allgemeinen Stimmrechts, immer wieder aufgetaucht sei.

Zu den Soziologen, die für die direkte Interessenvertretung an Stelle der Territorialvertretung eingetreten sind, gehören *Schäffle*, *Le Prins*, *Benoist*, *De Greef*, *Durkheim* und die *Gildensozialisten*¹⁹⁾. Ihre Lehre ist logisch untrennbar verbunden mit den Theorien von *Gumplowicz*, *Oppenheimer*, *Loria*, *Ratzenhofer*, *Small* und *Bentley*, in geringerem Grade auch mit denen von *Gierke*, *Maitland*, *Laski* und *Duguit*. *Durkheim* meinte, man könne die territoriale Einheit mit einer gewissen rationalen Berechtigung beibehalten als den Bezirk, aus dem man die berufsständischen Vertreter der Klassen oder Schichten entnimmt. *Duguit* hingegen möchte die territoriale und funktionelle Vertretung kombinieren durch eine Zweikammergesetzgebung, bei der das eine Haus von den Territorial-, das andere von den berufsständischen Gruppen gewählt werden sollte²⁰⁾. Die klarsten Ausführungen

¹⁹⁾ *Schäffle*, „Bau und Leben des sozialen Körpers“; *Le Prins*, „La démocratie et le régime représentatif“; *Benoist*, „La crise de l'état moderne“; *De Greef*, „La constituante et le régime représentatif“; *Durkheim*, „De la division du travail social“, 2. Aufl., Vorrede; „Le suicide“, S. 343 ff.; *Cole*, „Social Theory“, Kap. VIII. — Neuere Arbeiten über diesen Gegenstand: *Beard*, „The Economic Basis of Politics“, S. 46 ff. und *MacBain* und *Rogers*, „New Constitutions of Europe“, Kap. VI.

²⁰⁾ *Durkheim*, op. cit.; *Duguit*, „Traité du droit constitutionnel“.

über berufständische Vertretung hat wohl *H. A. Overstreet* in seinem Aufsatz „*The Government of Tomorrow*“ gemacht²¹⁾:

„Einen der schlimmsten Mängel unserer politischen Organisation bildet wohl das heutige Repräsentativsystem. Es ist wirklich sonderbar, wie willig wir diese Theorie hinnehmen, rein als ob sie uns vom Gipfel des Berges Sinai verkündet worden wäre, ohne uns zu überlegen, daß sich die Zeiten in einer Weise geändert haben, die diese Theorie unbrauchbar erscheinen läßt. Wir nehmen es als gegeben hin, daß ein Staat in seine kleineren Landeinheiten untergeteilt wird und diese selbst in noch kleinere, sowie daß die Bewohner jeder Einheit auch als Mitglieder dieser Einheit stimmen. Die Bewohner des elften Wahlbezirkes im vierten Wahlkreis von Manhattan halten es beispielsweise für ganz selbstverständlich, daß ihre politische Gleichartigkeit durch die Wohngemeinschaft innerhalb dieser territorialen Grenzen gegeben ist. Die Person, die sie ‚vertritt‘, vertritt sie in ihrer Eigenschaft als Bewohner des gleichen Wohnbezirks . . .

Der bedeutungsvolle Wandel, der sich inzwischen vollzogen hat, besteht darin, daß Nachbarschaft nicht mehr mit Interessengemeinschaft zusammenfällt. Das ist eine ganz entscheidende Wandlung. Sie bedeutet, daß überall da, wo sich das Staatsleben früher mit gutem Erfolge nach der Bodenbesiedlung organisieren ließ, diese Organisation heute ganz künstlich und unwirksam geworden ist. Die Interessengemeinschaft wird heute vor allem durch den Beruf bestimmt. Ein Arzt aus dem elften Wahlbezirk hat viel mehr gemeinsam mit dem Arzt, der im fünften Bezirk wohnt, als mit dem Makler um die Ecke. Wenn es möglich wäre, die Demarkationslinien der Interessen in einer Großstadt zu ziehen, so würden wir denn auch finden, daß sie sich überall kreuzen und überschneiden. Kurzum, sucht man nach der natürlichen Interessengruppierung in unserer heutigen Gesellschaft, so findet

²¹⁾ Vergl. „*The Forum*“, Bd. LIV., S. 7, 11, 16, 17. Vergl. *Tartarin-Tornheiden*: „Die Berufsstände.“

man sie in den Vereinigungen der Lehrer, Kaufleute, Fabrikanten, Ärzte, Handwerker usw. Die Gewerkschaft, die Handelskammer, der Ärzteverband, die Anwaltskammer, der Hausfrauenverein — diese sind, selbst in ihrem heutigen halbfertigen Zustand, die Grundlagen der wirklichen politischen Einheiten des modernen Staates.

Stets wurzelte, im Verlauf der Geschichte, die politische Leistungsfähigkeit im gemeinsamen Verständnis und gemeinsamer Begeisterung. Wo Menschen im gleichen Gewerbe-, Geschäfts- oder Berufszweig tätig sind, besteht eine Interessengemeinschaft, die der Gruppe Zusammenhalt und Kraft verleiht. Dahinter verbirgt sich ein ganz greifbares psychologisches Prinzip. Wenn sich zwei oder drei Leute treffen, deren Interessen auf ganz verschiedenen Gebieten liegen, so können sie sich nur über die trivialsten Dinge unterhalten, zum Beispiel über die Zeitläufte und über das Wetter. Sind hingegen Leute mit gleichen Interessen und gleichen Kenntnissen versammelt, so steigern sie sich gegenseitig und damit auch die Macht jedes einzelnen und aller zusammengenommen. Die Schwäche und ängstliche Oberflächlichkeit unseres gegenwärtigen politischen Lebens sind in hohem Maße dadurch bedingt, daß die Vertretung aus den mechanisch zusammengesetzten Gruppen den Staat bildet. Unser politisches Leben wird erst dann geistige Macht gewinnen, wenn der Staat in Gruppen der zweiten Art überführt sein wird — in die Gruppen von organischem Typus.

Man hat dagegen oft eingewendet, eine berufsständische Gruppierung würde bloß einen Kampf der Interessen bedeuten — da jede Gruppe nur für sich selbst kämpfe. Dazu wäre zu sagen, daß erstens die Dinge in dieser Hinsicht nicht schlimmer werden könnten, als sie heute tatsächlich sind. Zweitens vertreten die Gruppen, die wir aufgeführt haben, durchaus nicht immer gegensätzliche Interessen. Hausfrauen stehen nicht im Gegensatz zu Ärzten, Zimmerleute nicht zu Lehrern, Geistliche nicht zu ungelernten Arbeitern. In Wirklichkeit würden die Interessen vieler dieser Gruppen zusam-

menfallen, wie bei Hausfrauen, Ärzten, Lehrern usw. Entscheidend ist jedoch, daß bei der Gruppierung, die wir angegeben haben, keine dauernde Interessenordnung zu Ungunsten der anderen möglich ist, wie es beispielsweise der Fall wäre, wenn die Berufsgruppen sich aus Farmern, Kaufleuten und Geistlichen zusammensetzten, wie von anderer Seite vorgeschlagen wurde.

Es wäre natürlich Unsinn zu behaupten, daß man mit einem Schlage große politische Erfolge erzielen könnte, sobald man erst vom anorganischen System der Territorialgruppierung zu dem organischen System der Berufsgruppierung überginge. Wohl aber kann man mit einiger Berechtigung behaupten, daß die Veränderung zum mindesten einer der heimtückischsten und hartnäckigsten Hindernisse politischer Entwicklung aus dem Wege räumen wird.“

4. Gewaltenteilung.

Auch über die Gewaltenteilung, die lange Zeit hindurch gewissermaßen als Sanktion politischer Freiheit und gesetzlicher Gerechtigkeit galt, haben die Soziologen ihre eigenen Ansichten. Dem Beispiel vieler fortschrittlicher Historiker und Politiker folgend²²⁾, sind die Soziologen übereinstimmend der Meinung, daß diese Lehre aus *Montesquieus* grobem Mißverstehen der englischen Verfassung erwachsen sei und daß sie sich in der Praxis ebenso unbrauchbar erwiesen habe, als sie in ihrer Entstehung falsch und irrtümlich gewesen sei. Soziologisch erscheint die Verfassung als ein Produkt des sozialen Prozesses und nicht als ein statischer Zustand *Newtonscher* Mechanik oder als physikalischer Gleichgewichtszustand. Wie *Bentley* und andere überzeugend nachgewiesen haben, dienen alle Funktionen und Organe der Regierung lediglich dazu, irgend eine Phase des Konfliktes der Interessengruppen auszugleichen; keine Funktion kann also logischerweise im Gegensatz

²²⁾ Vergl. *Goodnow*, „Politics and Administration“; *Ford*, „Rise and Growth of American Politics“; *Powell*, „The Separation of Power“ loc. cit.

zu einer anderen stehen. Überdies wechselt die Bedeutung der einzelnen Regierungsfunktionen ständig, entsprechend der Druckstärke und -richtung der Gruppen sowie nach ihren Erfolgen bei dem Ausgleich der Gruppeninteressen²³⁾. *Cole* und die Gildensozialisten behaupten, eine logische Teilung der Staatsmacht könne nicht nach Ämtern oder Machtbefugnissen, sondern nur nach der speziellen zu erfüllenden Funktion vorgenommen werden²⁴⁾. *Tarde* macht sich vom psychologischen Standpunkt aus lustig über die Idee, daß die Teilung der Macht eine Garantie für die staatsbürgerliche Freiheit biete, und sieht den einzigen Schutz gegen Unterdrückung in der Unabhängigkeit der Meinungen und Wünsche der Individuen. Die Sitten der Gruppe, denen der einzelne seine Ansichten entnimmt, verhindern ihn, über die ihm von seinen Wünschen vorgezeichnete Linie des Verhaltens hinauszugehen. Wäre dies nicht der Fall, so müßte sich jede Regierung zu einer unbeschränkten Tyrannei entwickeln²⁵⁾. *Ward* fordert eine weit stärkere Exekutive gegenüber der Gesetzgebung; er möchte die Politik (wie Saint-Simon) von dem Rat einer aus Gelehrten bestehenden Körperschaft geleitet wissen, welche die Gesellschaftsprobleme statistisch erforschen und Maßnahmen empfehlen, die sich mit den soziologischen Grundsätzen decken²⁶⁾.

5. Dezentralisation.

Andere Soziologen, besonders *Durkheim*, möchten die Verwaltung teilweise von der Zentralregierung abtrennen. Die Zentralregierung soll die Richtlinien der allgemeinen Politik angeben, aber die spezielle Durchführung ihrer Anordnungen den verschiedenen Berufsgruppen überlassen, die das für eine vernünftige Verwaltung unentbehrliche Spezialwissen be-

²³⁾ Vergl. *Bentley*, op. cit. S. 235, 258 ff., 330 ff., 359.

²⁴⁾ Vergl. *Cole*, „Social Theory“, S. 124—125.

²⁵⁾ „Les transformations du pouvoir“, S. 160 ff.

²⁶⁾ „The Psychic Factors of Civilisation“, S. 309—327; „Dynamic Sociology“, Bd. II, S. 245 ff.; „Outlines of Sociology“, S. 278—279; „Glimpses of the Cosmos“, Bd. II, S. 167—171.

sitzen. Die Verwaltungssyndikalisten haben diese Forderung noch erweitert und eingehender begründet²⁷⁾. Die Gildensozialisten gehen noch weiter und möchten alle gesetzgeberischen Funktionen, die sich auf Produzentengruppen beziehen, derartigen Organisationen übertragen, dagegen die staatliche Gesetzgebung und Verwaltung nur auf die Dinge beschränken, welche die Staatsbürger in ihrer Eigenschaft als Konsumenten berühren²⁸⁾. Die Syndikalisten möchten den Staat gänzlich abschaffen, so daß die soziale Regelung von den verbündeten Gewerkschaften vorgenommen wird²⁹⁾.

Es gibt auch einige Soziologen, die eine Stärkung der Machtbefugnisse und der Verantwortlichkeit der lokalen Einheiten für die erwünschteste Verbesserung des Staatswesens halten. Sie empfinden die großen Nationalstaaten als künstliche und übergroß gewordene Einheiten und führen die Unfähigkeit der modernen Staaten und die Gleichgültigkeit des Volkes gegenüber politischen Problemen vor allem auf den Umstand zurück, daß man Machtbefugnisse auf große politische Einheiten übertragen will, die nur von kleinen Gemeinschaften und Gruppen wirksam durchgeführt werden können, da diese von den betreffenden Fragen näher berührt und für ihre Entscheidung verantwortlich gemacht werden. Diese Schriftsteller wollen die organische Gemeinde oder die natürliche Gruppe zur Basis des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens machen und die Vorteile der großen Gruppen, nämlich besseren Schutz und einheitliche Politik, dadurch beibehalten, daß sie die Gemeinschaften zu einer großen politischen Bundeseinheit zusammenschließen³⁰⁾. *Follett* verteidigt diese Ansichten in folgender Weise:

²⁷⁾ Vergl. *Durkheim*, loc. cit.; ferner *Laski*, „Authority in the Modern State“ und *Buell*, „Contemporary French Politics“, Kap. XI.

²⁸⁾ Vergl. *Cole*, op. cit. S. 117—157.

²⁹⁾ Vergl. *Mott*, „The Political Theory of Syndicalism“, loc. cit.

³⁰⁾ Vergl. *MacIver*, „Community: a Sociological Study“; *Geddes*, „Cities in Evolution“; *Geddes* und *Branford*, „The Coming Polity“; *Follett*, „The New State“; *Brun*, „Le régionalisme“. — *MacIver* und in geringerem Maße auch *Fräulein Follett*, benutzen den Ausdruck Gemeinschaft zur Bezeichnung einer Gruppe, die durch gemeinsame Interessen,

„Den richtigen Mann für die richtige Stelle finden wir nur durch Gruppenorganisation. Die Fähigkeiten des einzelnen bleiben latent, solange sie nicht vom Gruppenleben in Wirksamkeit gesetzt werden. Der Mensch wird sich seiner wahren Natur nur bewußt und erlangt seine wahre Freiheit nur durch die Gruppe. Gruppenorganisation muß die neue Methode der Politik werden, weil die Art, wie das Individuum entwickelt und der Allgemeinheit nutzbar gemacht werden kann, gleichzeitig praktische Politik ist . . .

Manche Pluralisten neigen dazu, das Individuum in der Gruppe aufgehen zu lassen, andere wollen den Staat um der Gruppe willen aufgeben. Aber Individuum, Gruppen und Staat bestehen, wir müssen mit ihnen allen rechnen und können nicht eines von ihnen unbeachtet lassen oder unterschätzen. Das Verhältnis von Individuum zu Gruppe, von Gruppe zu Gruppe und von Gruppe zu Staat — die Stellung, die der Arbeiterschaft im neuen Staate gewiesen werden soll — das sind die Fragen dieses Buches . . .

Der Bundesstaat ist der vereinheitlichende Staat, und Föderalismus ist die einzig mögliche Staatsform, weil er den kommenden neuen Kräften, den unzähligen Lebenszentren, die fortwährend Gruppe auf Gruppe in einem lebenskräftigen Staat erstehen, freien Spielraum läßt. Wir haben den Trieb, unser Selbst zu entfalten und dabei gleichzeitig über unser Ich hinauszuwachsen. Dieses immerwährend über sich hinauswachsende Ich braucht den Bund . . . Der Bundesstaat verkörpert also die beiden Grundprinzipien des Lebens — die Steigerung des Bewußtseins und die endlose Neubildung von Kräften³¹⁾.“

6. Die politischen Parteien.

Die Soziologen halten die politische Partei nicht für eine spontan entstandene freiwillige menschliche Vereinigung —

Traditionen und gegenseitiges Verständnis verbunden ist, während *Geddes* und die Regionalisten meinen, der geographische Bezirk bilde die Grundlage der natürlichen Lebens- und Interessengemeinschaft.

³¹⁾ Op. cit. S. 6, 10, 301—303.

die politische Offenbarung des *Logos* — sondern für eine öffentliche Organisation, mit deren Hilfe die Interessengruppen ihre besonderen Ziele und Ambitionen durchzusetzen suchen³²⁾. Die Partei ist die Organisation einer oder mehrerer Interessengruppen, die in machtvollerer Weise die Wünsche der Einzelgruppen durchzusetzen vermag. Vertritt eine Partei eine Vereinigung von Interessengruppen und ist sie gleichzeitig eine Partei mit festem Zusammenhalt und straffer Disziplin, so müssen die besonderen Interessen der in ihr vereinigten Gruppen mehr gemeinsam haben als bloß ihre verschiedenen Ziele und Wünsche, sonst würde die Partei früher oder später zerfallen. Wenn Interessengruppen sich zu einer großen Partei zusammenschließen, so müssen sie Kompromisse miteinander eingehen, genau so, wie die Gesetzgebung und Verwaltung bei ihrem endgültigen Ausgleich von Interessen der Kompromisse ebenfalls nicht entraten können. Infolgedessen muß den Parteiprogrammen oder dem, was sonst die Gruppeneinheit bedingt, eine gewisse Weite gelassen werden. Die stärksten Parteien sind jene, welche die größte Zahl von Einzelmitgliedern in einer einzigen Interessengruppe vereinigen, oder, ohne ihre Schlagkraft zu beeinträchtigen, die größte Zahl von Interessengruppen in harmonischer Weise zusammenhalten können. Dieser Auffassung der politischen Parteien hat *Bentley* klaren Ausdruck verliehen³³⁾: „Die Partei schöpft ihre Kraft aus den Interessen, die sie vertritt, der Parteitag und die Exekutive aus der Partei und der Parteiführer aus dem Parteitag und dem Parteiausschuß. Die Füh-

³²⁾ *Michels* hat die umfassende Tendenz der politischen Parteien sehr richtig erfaßt, die stets so tun, als ob ihr Parteiprogramm nur den Allgemeininteressen diene und alle besonderen Partei- oder Klasseninteressen leugnen. „Insbesondere die politische Partei liebt es, obgleich aus der Wahrung von Sonderinteressen entstanden, sich mit dem Weltall oder wenigstens der Allheit der Staatsgenossen zu identifizieren, im Namen aller aufzutreten, im Namen aller den Kampf, zum besten aller, anzusagen.“ („Zur Soziologie des Parteiwesens“, 2. Aufl., Leipzig, 1925. S. 23.)

³³⁾ Op. cit. S. 225. Vergl. auch *Small*, „General Sociology“, S. 286 ff., 306 ff.

rung auf jeder dieser aufeinanderfolgenden Stufen leitet sich von einem oder mehreren der ihnen zugrunde liegenden Interessen ab.“

Kein informierter Soziologe wird natürlich behaupten, diese Auffassung der politischen Parteien sei neu oder einzigartig. Tiefer schürfende Staatsrechtler haben schon seit *Aristoteles* diese Auffassung vertreten, wir finden sie vor allem bei den Führern der amerikanischen Staatslehre und Staatskunst aus der patriarchalischen Periode: *John Adams, Hamiltons, Madison* und *Jefferson*. Die Soziologen dürfen für sich nur das Verdienst in Anspruch nehmen, daß sie einen großen Anteil an der neuerlichen Wiederbelebung und der tieferen und gründlicheren Ausgestaltung dieser Lehre gehabt haben. Zwar haben viele Soziologen wertvolle Arbeit auf diesem Gebiete geleistet, aber das wirkliche Verdienst dieser Richtung gebührt *Gumplowicz, Ratzenhofer* und *Oppenheimer* und ihren amerikanischen Schülern und Mitarbeitern *Ward, Small* und *Bentley*. *Gumplowicz* steht innerhalb dieser Gruppe unzweifelhaft die Priorität der Verbreitung dieser Lehre zu, aber die eingehendste und vollständigste Analyse der politischen Prozesse und politischen Parteien, als den sozialen Äußerungen der den lebenswichtigen Interessen entstammenden dynamischen Triebkräfte, ist das Werk *Ratzenhofers*. *Small* sagt³⁴⁾: „Wir müssen ganz konkret wissen, auf welche Weise sich die menschlichen Interessen unter den verschiedenen Umständen in der menschlichen Erfahrung miteinander verbunden haben. Meines Wissens gab es keinen auch nur halbwegs erfolgreichen Versuch zur Klassifizierung der politisch wirksamen menschlichen Interessen, bevor *Ratzenhofer* in seinem Buche ‚Wesen und Zweck der Politik‘ einen solchen unternommen hat. Seitdem haben alle Untersuchungen über menschliche Beziehungen, welche die Lebensfragen nach einem weniger allgemeinen

³⁴⁾ Vergl. seine Besprechung von *Giddings*: „Social Causation“ in den „Publications of the American Economic Association“, 3. Serie, Bd. V, Nr. 2, S. 181. Vergl. auch *Ratzenhofer*, „Soziologie“, Vorwort, S. XI, in dem er seine Dankesschuld an *Gumplowicz* abträgt.

Interessenschema behandeln als *Ratzenhofer*, nur eine begrenzte Bedeutung.“

Diese Auffassung der politischen Parteien läßt sich mit den Erfahrungen der Parteigeschichte und Parteitätigkeit leicht in Einklang bringen, wenn man sich auf die europäischen Parteien oder auf die Hauptphasen der amerikanischen Parteigeschichte konzentriert. Unsere „Väter“ haben ganz offen zugegeben, daß die Parteien der Vereinigten Staaten eine bestimmte Interessenrichtung vertreten haben. In den beiden letzten Jahrzehnten jedoch, seit die beiden alten Parteien dieses Landes durch Währungs-, Zoll- und Expansionspolitik nicht mehr entzweit werden, fällt es oft schwer, die Richtung der amerikanischen Parteien mit der Theorie, daß Parteien Interessengruppen sind, in Einklang zu bringen. Einsichtsvollere Publizisten haben jedoch gezeigt, daß die Aufgabe nicht gar so schwer ist, wenn man nur tiefer hinter die oberflächlichen Worte der Parteiführer und der Parteipresse schaut. Beide Parteien sind heute bei uns uneingeschränkt Vertreter der kapitalistischen Gruppen und keine vertritt die Farmer- oder Arbeiterelemente, denen es bisher aus verschiedenen Gründen nicht gelungen ist, eine großzügige, zusammenhängende Parteiorganisation zu schaffen³⁵). Mit anderen Worten: augenblicklich gibt es bei uns überhaupt keine repräsentative Parteiregierung. Überdies vollzieht sich in den größeren Parteien eine deutliche Verkehrung der Mittel in Zwecke. Die Partei ist für den „Parteiapparat“ zum Selbstzweck geworden und das Einkommen sowie die Vergünstigungen, die ihr die von ihr geschützten „Besitzinteressen“ zukommen lassen, lassen es der Mühe wert erscheinen, die Parteiorganisation zu erhalten und machen gleichzeitig den Partei„ring“ zu einer Interessengruppe schädlichster und hartnäckigster Art³⁶). Wie

³⁵) Vergl. *Schlesinger*, „New Viewpoints in American History“, Kap. XII; ferner *Weyl*, „The New Democracy“.

³⁶) Eine Analyse über die Verkehrung der Repräsentativregierung unter dem neueren amerikanischen Parteiensystem, gibt *Weyl* in „The New Democracy“; *Haworth*, „America in Ferment“; *Beard*, „Contemporary American History“; *Sumner*, „The Challenge of Facts and Other

Bentley zusammenfassend bemerkt, „hält das Ausbeutungssystem die Parteiführer, von den kleinsten bis zu den größten, in einer starken Interessengruppe verbunden, die mehr einer reinen Interessengruppe als einer eigentlichen Parteibildung von repräsentativem Charakter entspricht“³⁷⁾.

Was die soziologische Funktion der politischen Parteien in ihrer Eigenschaft als Vertretung streitender Interessengruppen betrifft, so sind die Soziologen geneigt, trotz aller offenkundigen Selbstsucht und Korruption, den Parteikampf als einen der wichtigsten dynamischen Kräfte zur Förderung des politischen Fortschrittes und sozialpolitischer Verbesserungen anzusehen. Auf dieselbe Weise, wie der Kampf um die Macht der Gesellschaftsgruppen den Staat und die modernen politischen Einrichtungen geschaffen hat, sichert auch der friedlichere Kampf der Parteien innerhalb des Staates den Fortschritt. Man kann in keinem fortschrittlichen Staat erwarten, daß der Streit der Interessengruppen aufhört, obgleich, wie *Novikow* schon vor langer Zeit nachgewiesen hat, die höchste Form des Konfliktes sich auf psychischem und kulturellem Gebiet abspielt. Wir dürfen hoffen, daß diese Form schließlich die wirtschaftlichen Kämpfe unserer Zeit verdrängen wird, so wie diese im allgemeinen die tiefer stehenden Rassenkämpfe des „staatenbildenden Zeitalters“ verdrängt haben³⁸⁾. *Ward* hat den Parteienstreit als „soziale Synergie“ bestimmt — als eine gewaltige schöpferische Kraft oder ein schöpferisches Prinzip³⁹⁾.

Nächst der Frage nach dem Wesen politischer Parteien und ihrer sozialen Aufgabe, dreht es sich um die Erklärung der

Essays“; *Small*, „Between Eras: from Capitalism to Democracy“; *Kales*, „Unpopular Government“; *Ross*, „Changing America“ und „The Social Trend“.

³⁷⁾ Op. cit. S. 415.

³⁸⁾ Vergl. *Small*, „General Sociology“, S. 306 ff.; desgleichen *Small*s Besprechung des *Ross*schen Buches „Sin and Society“ im „American Journal of Sociology“, Bd. XIII, S. 566—568.

³⁹⁾ „The Sociology of the Political Parties“ im „American Journal of Sociology“, Bd. XIII, S. 440—441. Vergl. auch *Morse*, „Political Parties and Party Leaders“, Kap. I—III.

scheinbar unvermeidlichen Tendenz politischer Parteien zur Oligarchie und zur Identifizierung der Partei mit der Organisation und mit den Führern der Organisation. *Giddings* hält diese Tatsache für die Folge der unausbleiblichen Tendenz, daß die Wenigen jede soziale Organisation und Tätigkeit zu beherrschen suchen. Indem er diese Tatsache mit seiner Theorie, daß alle sozialen Erscheinungen nur durch eine verschiedenartige Reaktion auf Reize bedingt seien, zusammenhält, kommt er zu der Feststellung, daß manche Menschen auf neue Situationen rascher reagieren als andere und durch ihre Betriebsamkeit und reicheren Hilfsmittel alle gesellschaftlichen Situationen beherrschen. Die Oligarchie der Parteien ist nur die natürliche Folge einer ungleichen Reaktion auf Reize, sowie der allen Organisationen innewohnenden Tendenz, die Mittel in Zwecke zu verkehren⁴⁰⁾: „Nicht alle Individuen reagieren auf einen gegebenen Reiz gleich schnell oder gleich vollständig und dauernd. Darum wird es in jeder Situation Individuen geben, die wirksamer reagieren als andere. Sie verstärken den ursprünglichen Reiz und spielen eine große Rolle bei der Weiterleitung des Reizes auf die anderen. Sie fangen alles an und übernehmen die Verantwortung. Sie führen: sie leiten die Versuche in mehr oder minder systematischer Weise. Diejenigen Individuen, die am vollkommensten reagieren, beherrschen die Situation und schaffen neue Situationen, denen sich die übrigen anpassen müssen. Ob viele oder wenige, die Flinken und Tüchtigen bilden eine Oligarchie: eine herrschende Oberschicht. Oligarchie besteht immer. Jede Kleptokratie von Räubern oder Eroberern, jede Plutokratie, jede Aristokratie und jede Demokratie beginnt als Protokratie. Sie entsteht und beginnt ihre Laufbahn mit einer kleinen Bande von beweglichen und begabten Leuten, die die Situation richtig erfassen, die Gelegenheit ergreifen und ‚sich unverzüglich an die Sache heranschlängeln‘, um im ausdrucksvollen Slang unserer modernen Konkurrenzwirtschaft zu reden.

⁴⁰⁾ *Giddings*, „Pluralistic Behavior“, loc. cit. S. 539; desgleichen „The Responsible State“, S. 19. Vergl. jetzt *F. Wieser*, „Gesetz der Macht“.

Damit sind wir bei der ersten Induktion, dem Grundprinzip der Staatswissenschaft angelangt, das lautet: Die Wenigen herrschen immer.“

Eine ganze Reihe von Sozialpsychologen hat diese oligarchische Tendenz der politischen Parteien zu erklären versucht. *Sighele, Le Bon, Tarde, Durkheim* und *Ross* hielten sie für die Folge des Überwiegens der Massen in unseren modernen politischen Versammlungen, Verbänden, im ganzen Staat, wo die geistige Ansteckung durch die Presse und andere Nachrichtenquellen, sowie durch die Erzeugung einer einheitlichen Gefühlsstimmung weiterverbreitet wird. Infolgedessen könnten die Führer mit den Massen machen, was sie wollen, und die Lage vollständig beherrschen⁴¹⁾.

Die Technik, mittels der die Parteiführer die Partei leiten und die öffentliche Meinung beeinflussen, hat *Wallas* psychologisch sehr scharfsinnig aufgezeigt. Die wichtigen politischen Fragen, welche die Menschheit erregen, begreifen die Bürger nicht, solange sie bloß Ideen und Ziele bleiben; sie verstehen sie erst, wenn man diese politischen Fragen mit irgend welchen Symbolen in Verbindung bringt. Selbst eine Partei, die aus einer bestimmten Idee heraus entstanden und zu einem bestimmten Zweck organisiert worden ist, hat nur dann Aussicht auf Wirkung oder Dauer, wenn sie sich stark gefühlsbetonte Symbole schafft, zum Beispiel Parteifarben, Fahnen, Lieder, Namen usw. Eine geschickte Partei verwendet ihre Symbole etwa in gleicher Weise wie ein Geschäftskonzern seine Schutzmarken oder seine Reklame. Ein Kandidat, der nicht genügend mit Symbolen ausgestattet ist, hat keine Aussicht auf Erfolg. Die unbedeutendste Person, wenn sie nur alle Parteisymbole für sich verwenden kann, hat im Wahlkampf größere Aussicht auf Erfolg als die stärkste Persönlichkeit, die sich von allen Parteibindungen freigemacht hat und sich

⁴¹⁾ Vergl. *Sighele*, „Psychologie des sectes“; „La foule criminelle“; *Le Bon*, „Psychologie des foules“; „Psychologie politique“; *Tarde*, „Les transformations du pouvoir“; „L'opinion et la foule“ und „Les crimes des foules“; *Durkheim*, „Les règles de la méthode sociologique“; *Ross*, „Social Control“ und „Social Psychology“.

unmittelbar an das Gefühl und an die Urteilskraft der Bürger wendet. Infolgedessen ist die Öffentlichkeit auf Gnade oder Ungnade der politischen Organisation ausgeliefert, und diese betrachtet schließlich die Partei als Selbstzweck oder als Mittel zur Förderung des Parteiapparates. Der einzige Ausweg aus der Parteityrannei liegt in der Abschaffung der psychologischen Macht der Parteisymbole und in der Diskreditierung der Schönredner, wodurch man dem Volke die Augen darüber öffnet, wie es durch Schlagworte und gefühlsbetonte Symbole getäuscht wird. Ein solches Verfahren könnte als politisches Therapeutikum wirken⁴²⁾.

Eine ausgezeichnete Zusammenfassung der Ursachen der allgemeinen Entwicklung oligarchischer Tendenzen in politischen Parteien gibt die monumentale soziologische Untersuchung über die politischen Parteien von *Robert Michels*⁴³⁾. Er findet, daß oligarchische Tendenzen unvermeidlich in allen Formen politischer Organisation und bei allen Parteien auftreten, selbst wenn die politische Organisation die extrem dezentralisierte Form des Syndikalismus annimmt oder die Parteien radikal revolutionäre Parteien sind. Drei hauptsächliche Gründe gibt es für diese Erscheinung: die Psychologie des einzelnen; die psychologischen Eigenschaften der Gruppen und die Massenherrschaft; und die unvermeidlichen Begleiterscheinungen jedweder Organisation. Das Durchschnittsindividuum hat weder Tatkraft noch Hilfsmittel. Die Beweglicheren und Tüchtigeren kommen natürlich als Führer an die Spitze, aber die psychologischen Folgen des Führertums sind Eitelkeit, Anmaßung und Unduldsamkeit gegen jede Kontrolle der Anhänger, sowie die Neigung, zu vergessen, daß sie ihre Stellung eigentlich diesen verdanken.

⁴²⁾ Vergl. *Wallas*, „Human Nature in Politics“, S. 54, 72—186.

Eine noch schärfere Analyse des Symbolismus in der modernen Demokratie und in der Parteitätigkeit ist in *Lippmanns* „Public Opinion“, Kap. XIII—XIV enthalten.

⁴³⁾ „Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie.“ Vergl. „Grundriß der Sozialökonomik“, IX., „Psychologie der antikapitalistischen Massenbewegungen“.

Unter modernen Verhältnissen ist die Demokratie in weitestem Sinne Massenherrschaft. Da aber die Massen unzusammenhängend und unfähig sind, brauchen sie Führer. Überdies können sich die Massen nicht unmittelbar an der Regierung beteiligen, sie müssen also Vertreter wählen — und Repräsentativregierung bedeutet Organisation. Überall, wo die Massen in der modernen Politik selbst mitwirken, unterliegen sie der massenpsychologischen Suggestion. Bei den Wahlen kann man sie leicht beeinflussen. Auch die modernen Parlamente, die aus gewählten Volksvertretern bestehen, handeln unter ganz ähnlichen psychologischen Bedingungen wie die Massen. Infolge ihrer Größe und Schwerfälligkeit geraten sie unvermeidlich unter die Herrschaft der begabten Minderheit. Aber die eigentliche Ursache der in den politischen Parteien herrschenden Tendenz zur Oligarchie rührt aus der Notwendigkeit der Organisation her. Die politische Partei muß sich organisieren, um wirken zu können, daraus ergibt sich die Notwendigkeit der Führerschaft, die sich folgerichtig zur Oligarchie entwickelt. Aus unseren heutigen und früheren Erfahrungen dürfen wir wohl mit Recht schließen, daß Demokratie in Wahrheit mehr eine Weltanschauung als eine Wirklichkeit bedeutet. Die folgenden, von mir zusammengestellten Auszüge aus dem Werk von *Michels* sollen seine Stellungnahme wiedergeben⁴⁴⁾:

„Ohne Organisation ist Demokratie nicht denkbar. Indes dieses politisch notwendige Prinzip, welches die Scylla der den Gegner begünstigenden Organisationslosigkeit der Massen vermeidet, birgt alle Gefahren der Charybdis in sich. Denn die Quelle, aus der sich die konservativen Wasserläufe in die Ebene der Demokratie ergießen, um dort bisweilen verheerende Überschwemmungen zu verursachen, welche die Ebene

⁴⁴⁾ Op. cit. S. 31, 33, 40, 41, 98, 100, 162, 167, 288, 504, 512. Die obige Zusammenfassung und die folgenden Buchauszüge geben nur eine Übersicht über die wichtigsten theoretischen Anschauungen des Autors, aber keineswegs ein erschöpfendes Bild von der scharfsinnigen Analyse und dem überreichen Tatsachenmaterial, die dieser wichtige Beitrag zu dem Studium der politischen Parteien enthält.

bis zur Unkenntlichkeit entstellen, hat den gleichen Namen, heißt ebenfalls Organisation. Es liegt auf der Hand, daß es ein Ding der Unmöglichkeit ist, eine derartig gigantische, einer Einheitsorganisation angehörige Menschenmasse praktisch als Basis direkter Beschlußfassung anzuwenden. So entsteht das Bedürfnis nach Delegierten, die für die Masse auftreten und die Ausführung ihres Willens erleichtern sollen. Auch in der von demokratischem Geiste am meisten besetzten Gruppe müssen die laufenden Geschäfte, die Vorbereitung und Ausführung der wichtigsten Aktionen einzelnen anheimgegeben bleiben. Wer Organisation sagt, sagt Tendenz zur Oligarchie. Im Wesen der Organisation liegt ein tief aristokratischer Zug. Die Maschinerie der Organisation ruft, indem sie eine solide Struktur schafft, in der organisierten Masse schwerwiegende Veränderungen hervor. Sie kehrt das Verhältnis des Führers zur Masse in sein Gegenteil um. Die Organisation vollendet entscheidend die Zweiteilung jeder Partei, beziehungsweise Gewerkschaft, in eine anführende Minorität und eine geführte Majorität. Die Organisation, sofern sie ein festes Gefüge hat, einerlei ob demokratischer Staat, politische Partei oder proletarische Gewerkschaft, ist ein ausgezeichnete Nährboden zur Entstehung von Differentiationen. Die technische Spezialisierung, welche eine notwendige Folge jeder ausgedehnten Organisation ist und die Erforderlichkeit der sogenannten geschäftsmäßigen Leitung kreiert, überträgt alle entscheidenden Eigenschaften der Massen als spezifische Führerqualitäten auf die Führer allein. Die Führer, die zunächst nur die Vollziehungsorgane des Willens der Masse sind, werden selbständig, indem sie sich von der Masse emanzipieren. Insoweit entspringt der oligarchisch bürokratische Zug der Parteiorganisation zweifellos einer praktischen Notwendigkeit. Er ist das unvermeidliche Produkt des Prinzips der Organisation selbst. Ein gewaltiger Hebel zur Eroberung, Wahrung und Kräftigung der Herrschaft über die Massen ist die Presse. Sie ist am besten dazu geeignet, den Ruhm der einzelnen Führer unter den Massen zu verkünden und ihre Namen populär zu

machen. In beiden Fällen ist die Presse stets in den Händen der Führer und nicht in denen der Geführten. Im höher entwickelten Stadium der Oligarchie einer Organisation beginnt die Führerschaft, nicht nur die Einrichtungen, sondern sogar Hab und Gut der Organisation, an deren Spitze sie steht, mit ihrem eigenen Hab und Gut zu identifizieren. Auch dieses Phänomen teilt die Oligarchie im Parteileben mit der Oligarchie im Staatsleben, welche stets das Allgemeingut mit dem eigenen Gute verwechselt. Das soziologische Grundgesetz, dem die politischen Parteien — das Wort Politik hier im weitesten Sinne genommen — bedingungslos unterworfen sind, mag, auf seine kürzeste Formel gebracht, etwa so lauten: die Organisation ist die Mutter der Herrschaft der Gewählten über die Wähler, der Beauftragten über die Auftraggeber, der Delegierten über die Delegierenden. Somit stellt jede Parteiorganisation eine mächtige, auf demokratischen Füßen ruhende Oligarchie dar. Die Aufgabe des einzelnen wird also die des Schatzgräbers sein müssen, der von seinem sterbenden Vater einen Schatz angezeigt erhielt: der Schatz ist zwar nicht auffindbar, aber die an die Suche nach ihm gesetzte Arbeit des Sohnes macht den Acker fruchtbarer. Die Suche nach der Demokratie wird keine anderen Früchte liefern.“

Achtes Kapitel.

SOZIOLOGISCHE THEORIEN ÜBER SOUVERÄNITÄT, FREIHEIT UND RECHTE.

1. Die soziologische Definition der Souveränität.

Die Soziologen haben zu dem Problem der staatlichen Souveränität mehr durch indirekte Erörterung, nämlich durch die Theorien über die Entstehung der gesellschaftlichen und politischen Vereinigung, durch die Aufzeigung der sozialen Grundlagen der politischen Herrschaft und durch die Untersuchung der sozialen und psychologischen Grundlagen des politischen Gehorsams, beigetragen, als durch die spezielle Untersuchung des staatlichen Souveränitätsbegriffes selbst. Diese Beiträge sollen jedoch für das Kapitel aufgespart bleiben, das die außergesetzlichen Formen der politischen Herrschaft behandelt.

Manche Soziologen halten die Idee einer absoluten politischen Souveränität für wissenschaftlich nicht stichhaltig. *Spencer*, der den abstrakten Souveränitätsbegriff mit der Idee einer absoluten Oberhoheit eines bestimmten Herrschers oder einer bestimmten Regierung vermengt, wendet sich gegen die Ansichten von *Hobbes*, *Bentham* und *Austin*. „Wenn wir uns seine Voraussetzungen näher ansehen, so erweist sich *Austins* Lehre als ebenso unbegründet wie die von *Hobbes*. Wenn nicht ausdrücklich göttliche Abstammung oder Berufung angenommen wird, so kann weder ein einzelner Herrscher noch eine vielköpfige Herrschaft solche Vollmachten für sich in Anspruch nehmen, wie sie die Forderung nach unbegrenzter Souveränität einschließt¹⁾.“ *Bentley*, der das „Rohmaterial

¹⁾ „Man versus the State“, Ausgabe von 1902, S. 380—381.

der Politik“ auf die dynamische Tätigkeit von Menschen und Gruppen unter konkreten Verhältnissen zurückführen will. übt an dem abstrakten Souveränitätsbegriff scharfe Kritik²⁾): „Die Souveränität spielt die Hauptrolle bei allen Rechtfertigungen einer bestehenden Regierung oder allen Beschimpfungen, die im Namen des Volkes oder anderer Prätendenten gegen die bestehende Regierung erhoben werden oder bei den spitzfindigen gesetzlichen Darlegungen über die im Gange befindlichen Regierungsmaßnahmen; aber über die Seiten des Gesetzbuches oder der politischen Flugschrift hinaus, wird sie zu einem jämmerlichen, abgedroschenen Witz. Wenn man genügend festen Boden unter den Füßen fühlt, hat es keinen Sinn, den Versuch zu unternehmen, die Lüfte in einem Luftschiff aus Pappe zu durchsegeln.“

Novikow und *De Greef*, die alle soziologischen Probleme ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der internationalen Beziehungen und der Vermeidung von Kriegen durch einen Weltstaatenbund betrachten, meinen, daß die Lehre von der absoluten Souveränität nicht einen Augenblick vor den wirklichen Tatsachen internationaler Verflochtenheit, Verträge, Bündnisse, Abkommen und Zugeständnisse standhalten könne. Die absolute Souveränität würde in der Praxis eine völlige internationale Anarchie hervorbringen³⁾).

Andere Soziologen lehnen zwar die Gültigkeit und Bedeutung des Souveränitätsbegriffes nicht vollständig ab, suchen aber zu zeigen, daß die metaphysischen und juristischen Ansichten über sie, infolge der wissenschaftlicheren Untersuchung sozialer und politischer Prozesse, erheblich umgestaltet werden müssen. Ein bekanntes Beispiel für diese Richtung ist die soziologische Rekonstruktion der politischen Souveränitätstheorie von *Giddings*⁴⁾). Nachdem er im einzelnen den metaphysischen und juristischen Anspruch, daß

²⁾ Op cit. S. 264.

³⁾ *Novikow*, „Les luttes entre sociétés humaines“, S. 534—535, 576, 626; „La critique du darwinisme social“, S. 117, 296; „La politique internationale“, S. 97; *De Greef*, „La structure générale des sociétés“.

⁴⁾ *Giddings*, „The Responsible State“, S. 36—47.

es in jedem Staate „eine ursprüngliche, unabhängige, allgemeine und unwiderstehliche Macht zur Erzwingung des Gehorsams“ geben müsse, untersucht hat, kommt er zu dem Ergebnis, daß es in der menschlichen Gesellschaft keine Gewalt geben könne, die auch nur eines dieser Attribute vollständig besäße, geschweige denn alle zusammen genommen. Alle diese Attribute unterliegen den Wandlungen der sozialen und politischen Umstände. Äußerstenfalls könne man die Souveränitätstheorie mit einiger Berechtigung so formulieren: Souveränität „ist die herrschende Macht Einzelner oder Vieler in einer politisch organisierten und politisch unabhängigen Bevölkerung“⁵⁾). Die wirkliche Beschaffenheit der Souveränität verstehe man erst, wenn man sie nach evolutionären soziologischen Gesichtspunkten untersuche⁶⁾).

„Wir wenden uns jetzt von dem Begriff der Souveränität zu der sozialen Tatsache der Souveränität und fragen uns, ob wir zu der Annahme berechtigt sind, daß die Souveränität zu allen Zeiten ein und dasselbe bedeutete, oder ob sie nicht vielleicht eine von den wechselnden Stimmungen, Willenseinrichtungen und infolgedessen auch wechselnden Ideen und Spekulationen geschaffene veränderliche Erscheinung sei, die ihrerseits dann auf ihre Entstehungsursachen zurückwirkt. Ich fürchte, daß der reine Staatswissenschaftler oder reine Staatsrechtler diese Frage nicht entscheiden kann. Ja, ich behaupte geradezu, daß sie eine soziologische Frage ist, die sich, sofern sie sich überhaupt beantworten läßt, nur durch die Beobachtung der sozialen Tatsachen und Vorgänge entscheiden läßt, die einige soziologische Schulung erfordert.“

Giddings untersucht dann die Entwicklung der Souveränität und die verschiedenartigen Formen, in denen sich die Macht zur Erzwingung des Gehorsams äußert, und kommt zu einer Unterscheidung zwischen persönlicher Souveränität, Souveränität einer Oberklasse, die ihre Macht durch gesell-

⁵⁾ Ibid., S. 48.

⁶⁾ *Giddings*, „Sovereignty and Government“ in „Political Science Quarterly“, Bd. XXI, S. 7.

schaftliches, wirtschaftliches oder religiöses Prestige erworben hat, der Massensouveränität einer unbeschränkten Majoritätsherrschaft und der Herrschaft der Kollektivmeinung und des Kollektivwillens, der sich die Öffentlichkeit willig beugt⁷⁾. Wir hätten also vier Arten der Souveränität, die man, ganz allgemein gesprochen, als chronologische Stadien des sozialen und politischen Fortschrittes ansehen kann⁸⁾: „Von den vier möglichen und bekannten Formen dieser Obergewalt, die sich in politischen Gesellschaften den Gehorsam der meisten Menschen die meiste Zeit hindurch verschafft, kann nur eine unbedingt Gehorsam erzwingen, und diese eine Macht beruht notwendig auf einer Besessenheit der Massen. Persönliche Souveränität, die älteste und auch gewöhnlichste Form, ist keine Zwangsgewalt, sondern mehr eine Zaubermacht, die Gehorsam gebieten kann. Klassensouveränität, die durch Religion oder Tradition in dem Gefühl der Menschen einen Widerhall findet, oder sich auf Reichtum stützt, ist eine Macht, die Gehorsam einflößt oder verlangt. Massensouveränität, das heißt die Souveränität der erregten und gefühlsmäßig geeinigten Massen, ist heutzutage die einzige Gewalt, die wirklich Gehorsam erzwingen kann, da sie unwiderstehlich ist so lange sie andauert und so weit sie reicht. Endlich ist die allgemeine Souveränität eines aufgeklärten Volkes, das durch Vernunft und Überlegung zu gemeinsamem Wollen gekommen ist, eine Macht, die durch den Appell an den Verstand Gehorsam erzeugen, das heißt erwecken kann.“

Diese vier Arten der Souveränität treten nicht willkürlich, ohne Beziehung zur sozialen Umgebung in Erscheinung. Sie entsprechen ganz genau gewissen Zuständen oder Formen der gesellschaftlichen Einstellung, die man als Stadien der sozialen Entwicklung ansprechen kann. Persönliche Souveränität setzt eine vorwiegend ideo-motorische Bevölkerung voraus; Klassensouveränität ist mit einer gefühlsmäßigen Gleichgesinntheit verbunden; Massensouveränität ist das Ergebnis

⁷⁾ Ibid., S. 10—12.

⁸⁾ Ibid., S. 12.

einer dogmatischen Gleichgesinntheit; und allgemeine Souveränität der Kollektivmeinung und des Kollektivwillens geht mit einer vernunftmäßigen Gleichgesinntheit einher⁹⁾).

Ähnlich wie *Giddings* denkt auch *Ludwig Stein*¹⁰⁾, dem das Autoritätsprinzip für die Gesellschaft ebenso wichtig scheint wie das Selbsterhaltungsprinzip für das Individuum. Wesen und Quelle der Autorität haben sich im Laufe ihrer Veränderungen dahin entwickelt, daß heute Institutionen an Stelle von Personen zu Trägern der Autorität geworden sind. Ursprünglich wurde die Autorität der Allgemeinheit von Einzelpersonen aufgezwungen; heute beherrscht die Allgemeinheit die einzelnen. Früher wurde die Autorität zugunsten der herrschenden Klassen gehandhabt, heute wird sie von der Allgemeinheit bewußt angewandt, um die Disziplin und das Wohl der Gruppe sicherzustellen. Der Typus der sozialen Autorität hängt von dem Zivilisationsstadium, dem Charakter und der Zusammensetzung der Gruppe ab. Gewalt war die früheste Grundlage der Autorität. Später wurde sie durch Gläubigkeit und Leichtgläubigkeit ersetzt. In neuerer Zeit hat man eine höhere Grundlage für die Autorität in der Herrschaft der Vernunft gefunden. Die Quellen und Träger der Autorität waren in zeitlicher Folge die Älteren, die Schamanen oder Medizinmänner, die Priesterschaft, das Königtum, das Militär und die staatliche Bürokratie, die Juristen, die Akademiker und die Wissenschaftler.

Commons stellt eine soziologische Souveränitätstheorie auf, die stärkeres Gewicht auf die ökonomischen Faktoren in Ge-

⁹⁾ Ibid., S. 12—13. — Wegen einer Erklärung dieser Typen der Gleichgesinntheit siehe *Giddings*, „Inductive Sociology“, S. 133 ff. und „Historical and Descriptive Sociology“, S. 332 ff.

¹⁰⁾ „Autorität, ihr Ursprung, ihre Begründung und ihre Grenzen“ in *Schmollers* Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im deutschen Reich, 1902; ferner „Die Träger der Autorität“ im Archiv für Rechts- und Wirtschaftsphilosophie, Okt. 1907. — Die Grundzüge dieser Lehre entwickelt er in seinem Buch „Philosophische Strömungen der Gegenwart“, Kap. XV. Seine letzten Arbeiten auf diesem Gebiete sind die „Einführung in die Soziologie“, S. 388 ff. und „Die soziale Frage“, S. 460 ff.

sellschaft und Staat legt¹¹⁾). Er zeigt uns die vielen berechtigten, aber verschiedenen Wege, auf denen man an das Problem der Souveränität herangehen kann: der Philosoph sucht nach der prinzipiellen und allgemeinen Grundlage der Souveränität und dem letzten Grund des Staates; den Juristen interessiert nur der Sitz der letzten menschlichen Autorität in Streitfällen; der Staatswissenschaftler kümmert sich nur um Beschaffenheit, Grenzen und Folgeerscheinungen der Souveränität; und der Soziologe will sie durch die Erforschung der nebeneinander gehenden Entwicklung von Souveränität und Staat als Produkt sozialer Kräfte erfassen. Er gründet seine Schlüsse auf die unmittelbare Beobachtung von Mensch und Gesellschaft und kümmert sich nicht weiter um den letzten Zweck des Staates oder die allgemeine philosophische Rechtfertigung der Souveränität.

Souveränität beginnt als Privateigentum, sagt *Commons*. „Privateigentum ist nur ein anderer Name für das Zwangsverhältnis zwischen menschlichen Wesen, das es dem Besitzenden ermöglicht, über die Dienste von anderen zu verfügen. Souveränität ist im Grunde dasselbe¹²⁾.“ Tatsächlich entstand denn auch der Staat, wie alle übrigen sozialen Einrichtungen, aus dem Privateigentum¹³⁾). Wir unterscheiden drei grundlegende Elemente der Souveränität — Zwang, Ordnung und Recht¹⁴⁾). Zwang ist „das Mittel, durch das man über die Dienste anderer gebietet, um aus ihnen Nutzen zu ziehen.“ Er gründet sich auf eine Art von Einverständnis, das heißt „jede von einer Person ausgesprochene Erwartung, die bei einer anderen Person Beweggründe auslöst, die sie zu Dienstleistungen veranlassen“. Es gibt fünf hauptsächliche Typen des Einverständnisses, die sich nach der Abnahme von Zwangs- und der Zunahme von Überzeugungsmitteln ordnen lassen. Der erste Typus ist körperlicher Art oder die Aussicht

¹¹⁾ „A Sociological View of Sovereignty“ im „American Journal of Sociology“, Bd. V, S. 1—3.

¹²⁾ Ibid., Bd. VI, S. 87.

¹³⁾ Ibid., Bd. V, S. 13— ; Bd. VI, S. 88.

¹⁴⁾ Ibid., Bd. V, S. 350.

auf körperliche Bestrafung; der zweite ausschließend oder die Aussicht auf Enteignung oder Beschlagnahme des Eigentums; der dritte belohnend oder die Aussicht auf materielle Entschädigung; der vierte verdammend, oder die Aussicht auf gesellschaftliche Mißbilligung; der fünfte einverständlich oder die Aussicht auf gesellschaftliche Belohnung¹⁵⁾). Eines der wichtigsten moralischen und politischen Probleme ist die Frage, in welchem Ausmaß man Privatpersonen oder Gruppen bei der Durchsetzung ihrer Interessen die Anwendung von Zwang gestatten darf¹⁶⁾). Mag auch die Souveränität ursprünglich aus Zwang entstanden sein, so kann es doch keine wahre Staatssouveränität geben, so lange durch verfassungsmäßige Beschränkungen des willkürlichen Despotismus nicht eine Ordnung geschaffen ist¹⁷⁾). Die Souveränität ist nichts Ursprüngliches, sondern etwas vom Privateigentum Abgeleitetes. Im Mittelalter gab es für beide das gleiche Wort „dominium“. Die Souveränität ist nicht absolut, unumschränkt oder allgemein, denn sie ist stets eingeschränkt durch die Zwangsgewalt, die immer noch in privaten Händen verbleibt¹⁸⁾). „Nicht nur, daß die Souveränität den Zwang auf Ordnung zurückführt, sie deckt sich auch mit dem Recht¹⁹⁾).“ Seine Souveränitätstheorie faßt *Commons* in folgenden Worten zusammen²⁰⁾): „Die Gesellschaft geht dem Staate voraus, ebenso wie der Familie, der Kirche, der Körperschaft und der politischen Partei. Sie vereinigt sie alle in sich, wie ein Baum seine Äste in sich vereinigt. Der Staat ist die Zwangsinstitution der Gesellschaft. Er ist keine ideale Entität, die der Gesellschaft von oben her auferlegt ist, sondern eine Reihe von Kompromissen zwischen den verschiedenen Gesellschaftsklassen, von denen jede sich die Herrschaft über die Machtmittel aneignen möchte, die mit der Einrichtung des Privateigentums implizite in der Gesellschaft

¹⁵⁾ Ibid., Bd. V, S. 159 ff.

¹⁶⁾ Ibid., Bd. VI, S. 81—82.

¹⁷⁾ Ibid., Bd. V, S. 356 ff.

¹⁸⁾ Ibid., Bd. V, S. 365; Bd. VI, S. 87—88.

¹⁹⁾ Ibid., Bd. V, S. 544 ff.

²⁰⁾ Ibid., S. 3, 359, 552, 824.

vorhanden sind. Die Souveränität hat sich allmählich entwickelt durch die Übertragung der Zwangsgewalt vom Privateigentum auf die Gesellschaftsorganisation. Wir haben also drei Bestandteile der Souveränität — Zwang, Ordnung und Recht. Zwang entsteht als Privateigentum. Der Kampf ums Dasein hat sein Überleben in Form von Monopolen und Zentralisation ermöglicht. Die Ordnung tritt an Stelle der Willkür erst dann als Bestandteil der Souveränität, wenn sich diese bereits über weite Gebiete erstreckt und wenn die unteren Klassen ein Vetorecht gegen den souveränen Willen errungen haben. Recht als moralisches Ziel der Souveränität tritt auf, wenn Freiheit an die Stelle materieller Bedürfnisse und des Konkurrenzkampfes gerückt ist.“

Eine noch extremere Lehre von der ökonomischen Grundlage und Bedingtheit der Souveränität und der politischen Einrichtungen vertrat schon früher *Achille Loria*²¹⁾. Er räumt ein, daß seine Lehre der *Harringtonschen* Theorie sehr ähnlich ist, derzufolge politische Macht eine Folge der wirtschaftlichen Macht ist. Die Gesellschaft unserer Zeit ist im allgemeinen in zwei große Klassen geschieden; in die Kapitalbesitzer und die enteigneten Lohnempfänger²²⁾: „Wenn wir die Gesellschaften, die sich heute in den zivilisierten Ländern der alten und neuen Welt entwickeln, aufmerksam beobachten, so finden wir eine ihnen allen gemeinsame Erscheinung: stets und unwiderruflich zerfallen sie in zwei unterschiedene und gesonderte Klassen; die eine Klasse häuft in absolutem Müßiggang ungeheure und immer wachsende Reichtümer an, die andere, weit zahlreichere, arbeitet ihr Leben lang für einen erbärmlichen Lohn; die eine Klasse lebt ohne zu arbeiten, während die andere Klasse arbeitet, ohne zu leben.“

Die kapitalistische Herrschaft gründet sich in erster Reihe darauf, daß die herrschenden ökonomischen Klassen in der Lage sind, die Arbeiter vom Zugang zum freien Boden auszuschließen und sie auf Gnade und Ungnade dem Lohnsystem

²¹⁾ „Economic Foundations of Society.“

²²⁾ Ibid., S. 1.

auszuliefern²³). Aber um dieses Ausbeutungssystem in Sicherheit verewigen zu können, muß sich die Kapitalistenklasse die Kontrolle über gewisse „einschlägige Einrichtungen“ verschaffen, die in fast allen Lebensumständen einen dominierenden Einfluß gewährleistet. Zu den wichtigsten dieser „einschlägigen Einrichtungen“ gehören Moral, Gesetz und Staat²⁴): „Aus Selbsterhaltungsgründen muß der Kapitalismus überdies zu einer Reihe von *einschlägigen Einrichtungen* greifen — wie man sie nennen könnte — denen die Aufgabe obliegt, das Eigentum gegen alle Gegenmaßnahmen der vom Bodenbesitz Ausgeschlossenen zu schützen. Die wichtigsten dieser sogenannten einschlägigen Einrichtungen sind: *Moral, Gesetz und Staat*. Dementsprechend kann man diese mächtigen sozialen Erscheinungen als organische Produkte des kapitalistischen Eigentums betrachten — zum mindesten verändern sie das kapitalistische Eigentum in einer Weise, daß sie seinen Zwecken dienen. Diese Behauptung wollen wir nunmehr beweisen. In der kapitalistischen Gesellschaft erzeugt das ökonomische System der Ausbeutung und der Ausschließung einen entsprechenden Moraltypus. Die von ökonomischen Interessen diktierte Moral hält die Kapitalisten von einem Grad der Ausbeutung zurück, der einen Aufstand der Arbeiter herbeiführen würde; und die Arbeiter sind bereits gewohnt, den Kapitalisten zu gehorchen. Moralische Revolutionen sind stets nur die Begleiterscheinung von ökonomischen Revolutionen²⁵). Die Entwicklung und Erhaltung dieser kapitalistischen Moral wird der kapitalistischen Gruppe wesentlich erleichtert durch den Umstand, daß sie imstande ist, sich die mächtige Unterstützung der gebildeten Berufsklassen zu sichern. Die Kapitalisten gewinnen sich die Unterstützung der

²³) Ibid., S. 5—6, Vergl. F. Oppenheimer, Großgrundeigentum und soziale Frage.

²⁴) Ibid., S. 9, vergl. auch S. 380. — Selbst ein so vorsichtiger Gelehrter wie Seligmann sagt in bezug auf Lorias Werk, daß „wir im großen ganzen seine erste These — die wirtschaftliche Grundlage der Gesellschaftsverfassung — als ausreichend beglaubigt hinnehmen können“.

²⁵) Ibid., S. 21—22, 44, 51, 54, 68—69.

„unproduktiven Arbeiter“, nämlich der Künstler, Rechtsanwälte, Ärzte, Journalisten und Professoren, durch direkte oder indirekte Belohnungen und Begünstigungen. Diese gehobenen Berufsklassen, die bisher in erster Linie die Ideen, Ansichten und Gefühle der unteren Klassen gestaltet haben, vermitteln bei den Arbeitern den Eindruck, daß Unterwerfung besser sei als Auflehnung und suchen sie zu überzeugen, daß die bestehende Gesellschaftshierarchie und ökonomische Ausbeutung etwas moralisch Geheiligt sei; auf diese Weise „streuen sie der Arbeiterschaft Sand in die Augen“ und machen die zahlenmäßige Schwäche der Kapitalisten wett²⁶⁾.“

Das Gesetz ist nichts anderes als die juristische Sanktion, welche die herrschende ökonomische Klasse den bestehenden ökonomischen Bedingungen erteilt. „Die Rechtsgeschichte lehrt uns, daß das Gesetz nicht ein Ergebnis der theoretischen Vernunft oder des Nationalbewußtseins oder eine soziale Eigenschaft ist, sondern einfach die notwendige Folge der wirtschaftlichen Bedingungen²⁷⁾.“ Desgleichen ist die politische Souveränität nur die äußerste Macht, welche den Kapitalisten die Fortdauer der Ausbeutung ermöglicht. Der Staat begann als eine genossenschaftliche Vereinigung von Arbeitern — damals waren Staat und Gesellschaft nahezu identisch. Mit der Entwicklung des Privateigentums überlagerte der Territorialstaat die Stammesorganisation; mit der Konzentration des Privateigentums in den Händen der Kapitalistenklasse wurde der Staat etwas von der Gesellschaft scharf Unterschiedenes und vertrat lediglich die Interessen eines Bruchteiles seiner Bürgerschaft. Das führte zu einer Erweiterung der Staatsmacht, die ihren Druck auf die Kapitalisten abschwächte und ihren Druck auf die Ausgebeuteten gewaltig vermehrte. „Seither ist der Staat nicht mehr der friedliche und angemessene Ausdruck allgemeiner Übereinstimmung, sondern wurde in den Händen einer räuberischen Minderheit zu einer furchtbaren, für Angriff und Verteidigung gleich brauchbaren,

²⁶⁾ Ibid., S. 19—20, 160, 361.

²⁷⁾ Ibid., S. 73, 79, 86, 114.

Kriegswaffe gegen die ausgebeutete Mehrheit²⁸⁾)." Art und Verteilung des wirtschaftlichen Einkommens in der Gesellschaft bestimmen die Art der politischen Verfassung, die Form des Staates und die Grenzen der Souveränität. „Das ökonomische Einkommen steht zu der politischen Macht im gleichen Verhältnis, wie der Prinzipal zu seinem Agenten oder der Arbeiter zu seinem Werkzeug²⁹⁾." Die Einkommensverteilung in der Gesellschaft bestimmt auch die Regierungsform und die Parteirichtungen. Ferner sind politische Revolutionen ebenso wie moralische und gesetzliche Revolutionen nur das Produkt und der Reflex von Umgestaltungen in den Quellen oder in der Verteilung des ökonomischen Einkommens³⁰⁾. Man kann daher folgern, daß „alle nichtökonomischen Faktoren des Gesellschaftssystems sich letzten Endes aus den ihnen zugrunde liegenden wirtschaftlichen Faktoren ableiten lassen, die allein ihren komplizierten Mechanismus richtig zu erklären vermögen³¹⁾).

Eine andere äußerst anregende soziologische Untersuchung über Wesen und Grenzen der politischen Souveränität enthält das Werk „Social Control“ von *E. A. Ross*, in dem er mehr vom psychologischen als vom wirtschaftlichen Gesichtspunkt aus vorgeht. Er gibt zwar zu, daß die Sozialpsychologie sich sowohl mit der individuellen wie mit der sozialen Herrschaft beschäftigen müsse, aber in dieser Arbeit beschränkt er sich auf die soziale Herrschaft, oder die Herrschaft der Gesellschaft über das Individuum³²⁾. Es gibt zwei Phasen der sozialen Herrschaft: die nicht-rationelle und nicht-zweckhafte

²⁸⁾ Ibid., S. 119 ff.

²⁹⁾ Ibid., S. 119, 135 ff., 141, 153 ff., 289, 327.

³⁰⁾ Ibid., S. 169—177, 289 ff., 320 ff. — Über *Lorias* wirtschaftliche Auffassung des Weltkrieges vergl. seine „Aspetta sociali ed economici della guerra mondiale“.

³¹⁾ Ibid., S. 380. Vergl. auch seine „La sintesi economica“, deutsch „Theorie der reinen Wirtschaft“, München, 1925. Die gleiche Lehre vertraten schon vorher mit einigen veränderten Voraussetzungen und Folgerungen, *Gumplowicz* in seinem „Rassenkampf“ und seinem „Grundriß der Soziologie“, sowie *Oppenheimer* in seinem „Staat“.

³²⁾ „Social Control“, Vorrede.

soziale Herrschaft durch Zustimmung, Konvention und Sitte, die man als Einfluß der Gemeinschaft zusammenfassen kann; und die rational und bewußt gewählte Herrschaft, die Ross als *gesellschaftliche Regelung* bezeichnet (social control). Die Instrumente oder Organe der sozialen Kontrolle teilt er in zwei Hauptgruppen ein. Der erste Typus, den er als *moralischen* bezeichnet, ist mehr gefühlsmäßig als direkt utilitaristisch, er entnimmt seine Kraft den primitiven moralischen Gefühlen und umfaßt öffentliche Meinung, Suggestion, persönliche Ideale, soziale Religion, Kunst und soziale Wertungen. Die sogenannte *politische* Form der sozialen Kontrolle bezieht sich auf eine Reihe von Einflüssen, die nicht notwendig in moralischen Empfindungen wurzeln, sondern sich gewöhnlich auf eine bewußt gewählte Politik gründen. Sie umfaßt solche Kräfte wie Gesetz, Dogmen, Zeremonien, Illusion und Unterricht³³).

Der größere Teil des Werkes ist der Untersuchung gewidmet, in welcher Weise diese verschiedenen Methoden sozialer Regelung in der Gesellschaft wirken, und welche Umstände darüber entscheiden, wie diese Kräfte in einer gegebenen Gesellschaft am einflußreichsten und wirksamsten sein werden. Die Gesetze ihrer Wirkungsweise zusammenfassend kommt er zu der Ansicht, daß die politischen Herrschaftsformen, die durch Furcht und Vorurteile wirken, im selben Maße vorgezogen werden, als in der Gesellschaft „die Bevölkerungselemente, die zusammengehalten werden sollen, einander antipathisch und antagonistisch sind; wenn die Unterordnung des individuellen Willens und Wohles durch die Herrschaftsform erforderlich wird, die Gesellschaftsverfassung Standesunterschiede stereotypiert, die wirtschaftlichen Unterschiede, die sie heiligt, groß und im Zunehmen begriffen sind, und insofern schmarotzerhafte Beziehungen zwischen Rassen, Klassen und Geschlechtern erhalten bleiben“. Andererseits wird man sich um so mehr auf die „aufklärenden und überzeugenden“ Instrumente der sozialen Kontrolle ver-

³³) Ibid., Vorrede und S. 411 ff.

lassen, je „homogener die Bevölkerung der Abstammung nach ist, je gleichartiger und verbreiteter ihre Kultur, je zahlreicher und freundschaftlicher die gesellschaftlichen Berührungspunkte sind, je leichter die gesamten Lasten, die dem einzelnen aufgebürdet werden, und je weniger die Gesellschaftsverfassung Rangunterschiede oder schmarotzerhafte Beziehungen heiligt, und je mehr sie den gewöhnlichen elementaren Gerechtigkeitsbegriffen entspricht“. Mit anderen Worten, die allgemeinen Ergebnisse der Rossschen Untersuchung lassen sich dahin zusammenfassen, daß, je vollkommener und höher entwickelt ein Gesellschaftstypus ist, die nichtpolitischen Organe der sozialen Herrschaft eine um so größere Bedeutung gewinnen³⁴).

Diese kurze Skizze der typischen soziologischen Beiträge zur Analyse der Souveränität wird wohl für die Feststellung genügen, daß die politische Souveränität nichts Absolutes, Ursprüngliches und Unbegrenztes ist, daß jede Art politischer Macht in einer Gesellschaft nur selten die höchste Macht ist, daß sie eher etwas Abgeleitetes als Ursprüngliches darstellt, und aus sozialen, ökonomischen und psychischen Kräften entsteht, und daß man sie nicht isoliert untersuchen kann, sondern nur im Zusammenhang mit ihren sozialen Beziehungen und mit der Entwicklung des Staates innerhalb der Gesellschaft; und endlich, daß sie ihrer tieferen Bedeutung nach mehr ein soziologisches als ein politisches oder rechtliches Problem ist, so wichtig die Bestimmung der gesetzlichen Autorität im konkreten Falle für juristische Zwecke auch sein mag.

2. Der soziologische Freiheitsbegriff.

Die Soziologen haben auch wertvolle Beiträge zu der Untersuchung von Ursachen, Wesen, Bedeutung, Vorteilen und

³⁴) Ibid., S. 411—412. — Vergl. auch Giddings, „Social Self-Control“ im „Political Science Quarterly“, Bd. XXIV, Nr. 4. Natürlich haben auch viele andere Soziologen über die psychologischen Grundlagen der Souveränität gearbeitet, besonders Tarde, aber die Rosssche Untersuchung ist bei weitem die umfassendste und einleuchtendste.

Grenzen der Freiheit beigesteuert. Bis auf wenige Ausnahmen, die deutlich anarchistische Neigungen bekunden, sind sich alle Soziologen darüber einig, daß die ewige Diskussion über die Frage, ob Freiheit neben Autorität bestehen kann, im wesentlichen rein scholastisches und akademisches Interesse besitzt. Sie gehen von dem Axiom aus, daß es ohne Autorität keine gesicherte Freiheit geben könne, ohne aber dabei in den Irrtum mancher neuhegelianischen Lobredner des Staates zu verfallen, und zu behaupten, daß jede Erweiterung der Autorität in Wirklichkeit auch eine Erweiterung der Freiheit bedeute. *Hobhouse* und *Giddings* haben der verbreiteten soziologischen Ansicht über diese Frage Ausdruck verliehen. *Hobhouse* meint³⁵⁾:

„Die Funktion des staatlichen Zwanges ist die Überwindung des individuellen Zwanges und natürlich auch jedes von einer Vereinigung von Individuen innerhalb des Staates ausgeübten Zwanges. Durch dieses Mittel wahrt der Staat die freie Meinungsäußerung, die Sicherheit von Person und Eigentum, die natürliche Vertragsfreiheit, das Recht auf öffentliche Versammlungen und auf Organisation, und schließlich sich selbst die Macht, gemeinsame Ziele durchzuführen, ohne daß sie an der Widerspenstigkeit einzelner Bürger zu scheitern brauchen.“

Giddings gelangt zu den gleichen Schlüssen³⁶⁾:

„Daß der einzelne heute tatsächlich einen hohen Grad persönlicher Freiheit genießt, dankt er nur dem Umstand, daß die öffentliche Meinung sie ihm zubilligt und daß der Staat ihm Rechte verleiht, in deren Genuß er ihn schützt. Das ist eine soziologische und staatswissenschaftliche Wahrheit, die dem ungebildeten Menschen nur schwer einleuchtet. Ihm scheint es so, als ob die Freiheit mit ihm geboren wäre, als ob sie sein angeborenes Recht sei und nur von seinem Willen abhängе. Er kann daher nicht begreifen, welch unwiderstehliche Macht seine Mitmenschen über alle seine Handlungen, ja sogar

³⁵⁾ „Liberalism“, S. 146—147.

³⁶⁾ „Elements of Sociology“, S. 218—219.

über sein Leben besitzen, wenn es ihnen einfällt, von dieser Macht Gebrauch zu machen. Hat er jemals das Unglück, ihr Mißfallen zu erregen und ihnen in die Hände zu fallen, wenn sie sich zu einem wütenden Pöbelhaufen zusammengerottet haben, und zu entdecken, daß er ihnen ganz hilflos ausgeliefert ist, selbst wenn sie Lust verspüren sollten, Lynchjustiz an ihm zu üben — dann begreift er plötzlich, daß seine Freiheit nicht von seinem eigenen Willen geschaffen ist und daß er die Freiheit, die jeder Mensch tatsächlich genießt, dem gemeinsamen Empfinden und gemeinsamen Urteil der Gemeinschaft verdankt, welche die individuelle Freiheit als etwas im großen ganzen für alle Menschen Vorteilhaftes bejaht.“

Ferner haben die Soziologen auf die Tatsache hingewiesen, daß, so wichtig auch die vom Staate geschaffene und geschützte individuelle Freiheit sein mag, die meisten persönlichen Freiheitsbeschränkungen nicht oder nur in geringem Maße von den politischen Einrichtungen herrühren, sondern von dem Komplex von Sitten und Gebräuchen und Gewohnheiten bedingt sind, welche die meisten Formen des menschlichen Verhaltens in stärkstem Maße beeinflussen. Mit anderen Worten, die Erörterung der politischen oder staatsbürgerlichen Freiheit berührt nur einen kleinen Teil des gesamten Gebietes individueller Freiheit. *Sumner*, der vor allen anderen den überwältigenden Anteil der nichtpolitischen Formen der individuellen Freiheitsbeschränkungen aufgezeigt hat, faßt seine Darlegungen folgendermaßen zusammen³⁷⁾: „Die wichtigste Eigenschaft der *Sitten* ist ihre Herrschaft über das Individuum. Ohne zu wissen, woher oder wieso sie entstanden sind, stößt der einzelne bereits beim frühesten Erwachen seines Bewußtseins auf sie; sie statten ihn mit seinen Ideen, Meinungen und Geschmacksrichtungen aus und führen ihn auf die vorgeschriebene Gedankenbahn. Sie geben ihm seine Verhaltensregeln, Normen und moralischen Begriffe. Die *Sitten* haben ein bestimmtes Vorbild des Menschen, wie

³⁷⁾ „Folksways“, S. 173—174. Vergl. auch *Trotter*, „Instincts of the Herd in Peace and War“.

er sein soll, und nach diesem Bild gestalten sie ihn, ohne oder gar gegen sein Wissen und Wollen. Unterwirft er sich den *Sitten* und nimmt er sie an, so wird er von den übrigen aufgenommen und kann es weit bringen; widersetzt er sich ihnen aber und ist anderer Meinung, so wird er ausgestoßen und mit Füßen getreten.“

Selbst das Maß der staatsbürgerlichen Freiheit wird durch soziale Faktoren bestimmt — ist eine Funktion der gesellschaftlichen Meinung. Das gilt gleichermaßen für die unter normalen Umständen in einer gegebenen Gesellschaft genossene Freiheit, wie für die sich je nach den sozialen Umständen verändernde Freiheit. *Giddings* hat in seiner Untersuchung über die Beschaffenheit und Leistungsfähigkeit der sozialen Organisation nachgewiesen, daß die Freiheit von dem besonderen Charakter der gesellschaftlichen Meinung in irgend einer Gruppe zu irgend einer Zeit abhängt und daß die Bevölkerungselemente in der Hauptsache durch das geographische Milieu bestimmt werden. Er hat die folgenden zwei Gesetze über Freiheit aufgestellt, um den Zusammenhang zwischen Freiheit und sozialen Bedingungen auszudrücken³⁸⁾:

„1. Die Gesellschaftsorganisation ist autoritär in Vereinigungen, in denen emotionale oder formale Gleichgesinntheit sehr stark die rationale Gleichgesinntheit überwiegt. Umgekehrt sind die gesellschaftlichen Einrichtungen nur in solchen Vereinigungen freiheitlich und lassen dem einzelnen das äußerste Maß an Denk- und Handlungsfreiheit, in denen die rationale Gleichgesinntheit sehr hoch entwickelt ist.

2. Die politischen oder sonstigen Formen der Gesellschaftsorganisation sind für den einzelnen notwendig zwingend, wenn die Gesellschaft aus sehr ungleichartigen und ungleichwertigen Mitgliedern zusammengesetzt ist. Umgekehrt können die Einrichtungen oder die sonstigen Formen der Gesellschaftsorganisation freiheitlich sein und dem einzelnen das höchste Maß von Freiheit lassen, wenn Brüderlichkeit in der Bevölkerung

³⁸⁾ „Elements of Sociology“, S. 218—221. Vergl. auch seine „Theory of Social Causation“, loc. cit. und *Ross*, op. cit. S. 411 ff.

vorherrscht und dieser Brüderlichkeit eine ungefähre geistige und moralische Gleichartigkeit zugrunde liegt.“

Ebenso ergeben sich zeitweilige Abweichungen von dem normalen Maß an Freiheit innerhalb einer bestimmten Gesellschaft aus sozialen Verhältnissen und Umständen heraus; sie sind die Folge des „Drucks der Verhältnisse“. Alle Umstände, die in der Gesellschaft eine Krise heraufbeschwören oder heraufzubeschwören drohen, bewirken ein strafferes Anziehen der gesellschaftlichen Kontrollorgane und eine gründlichere Durchorganisation der Gruppe zwecks einheitlicher und rascher Aktion. Unter solchen Umständen muß die Freiheit zeitweilig im Interesse der Kraft und Dauer der Gruppe beschnitten werden. Bekannte Beispiele für solche Ausnahmestände sind Krieg, drohende Invasion, große Unglücksfälle wie Brände, Erdbeben, Seuchen, Hungersnot, Revolution und andere Gefahren, welche die ganze Gruppe oder einen erheblicheren Teil der Gruppe bedrohen. Dieser Satz läßt sich auch umkehren: in Zeiten allgemeinen Wohlstandes, Friedens und ruhiger Verhältnisse kann man der persönlichen Freiheit einen weiteren Spielraum lassen. In solchen Zeiten werden nur wenig unterdrückende Gesetze erlassen und die im Gesetzbuch vorhandenen nur lässig angewandt. So ist denn die gesellschaftliche wie die politische Freiheit nur eine Funktion der allgemeinen sozialen Verhältnisse; sowohl der verhältnismäßig dauernden und gleichförmigen, wie der temporären und veränderlichen Verhältnisse³⁹⁾.

Graham Wallas hat kürzlich eine positive Freiheitstheorie vom sozialpsychologischen Standpunkt aus entwickelt⁴⁰⁾. Während Freiheit ihrer Ableitung nach einen Zustand bedeutet, bei dem unseren Trieben keine Hindernisse in den Weg gelegt werden, entsteht das Gefühl der Unfreiheit doch

³⁹⁾ *Giddings*, „Pluralistic Behavior“, loc. cit., besonders S. 390—391, 540, 549. Eine ausführliche Erörterung der sozialen Ursachen der freiheitlichen Wandlungen wird in *Giddings'* demnächst erscheinenden Werk über statistische Soziologie zu finden sein. Vergl. auch seine „Studies in the Theory of Human Society“, Vorrede und S. 190—223.

⁴⁰⁾ „Our Social Heritage“, Kap. VII.

nur dann, wenn „die Behinderung unserer Triebe als unvereinbar mit den normalen menschlichen Beziehungen empfunden wird, denen unsere Instinkte unter primitiven sozialen Verhältnissen entsprechen würden“. Wir können jedoch nicht erwarten, daß wir in der modernen Gesellschaft in voller Übereinstimmung mit unseren primitiven Trieben leben können⁴¹⁾: „Keine Lebensweise kann daher so ‚natürlich‘ sein, daß unsere Triebe ohne Hindernisse wären; das Prinzip der Freiheit kann niemals unbeschränkt sein. Wir müssen uns daher bei der Organisation unserer Gesellschaft nicht bloß fragen, wie wir das Gefühl der Unfreiheit vermeiden können, sondern auch, wie wir es möglich machen können, ein angenehmes Leben zu führen.“

Von diesem Gesichtspunkt aus argumentiert er, daß eine konstruktive soziologische Freiheitstheorie mehr sein muß als die rein negative Idee von *Mill* und anderen, die sie nur als Freiheit vom Zwang aufgefaßt haben. Er findet, daß der Perikleische Freiheitsbegriff diesem negativen manchesterlichen weit überlegen sei⁴²⁾: „Für *Perikles* bedeutet die Freiheit keineswegs bloß die rein negative Tatsache des Fehlens fremder Tyrannei. Vielmehr bedeutet sie ihm einen vielseitigen positiven Begriff einer gesellschaftlichen und politischen Organisation, die in Athen bereits zum Teil verwirklicht war, sowie bewußter moralischer und geistiger Bestrebungen, welche allein die Fortdauer dieses Typus ermöglichen . . . Kein moderner Denker hat für die Zwecke der modernen nationalen Demokratie einen Freiheitsbegriff entwickelt, der sich an psychologischer Einsicht dem Ideal an die Seite stellen ließe, das *Perikles* dem alten Stadtstaat dargeboten hat.“

Das ganze Werk von *Wallas* dient dazu, einen positiven Plan zu sozialer Zusammenarbeit zu entwickeln, der die von der Sozialpsychologie geforderten wesentlichen Kennzeichen der sozialen Freiheit beibehält.

Die Soziologen haben behauptet, es genüge nicht, die

⁴¹⁾ Ibid., S. 165.

⁴²⁾ Ibid., S. 166—168.

Probleme der Freiheit einfach zu diskutieren, ohne sich vorher über die verschiedenen möglichen Arten und Formen der Freiheit klar zu sein und sich über die zur Erörterung stehende besondere Form genau verständigt zu haben. Wohl den erfolgreichsten Versuch in der Richtung zu einer Differenzierung der verschiedenen Formen oder Stufen der Freiheit, sowie aller in ihnen eingeschlossenen Folgen, hat *L. T. Hobhouse* unternommen⁴³⁾. Er unterscheidet folgende Arten der Freiheit: bürgerliche Freiheit, fiskalische Freiheit, persönliche Freiheit, gesellschaftliche Freiheit, wirtschaftliche Freiheit, häusliche Freiheit, lokale, Rassen- und nationale Freiheit, internationale Freiheit und politische Freiheit. Diese Einteilung ermöglichte ihm sehr aufschlußreiche Feststellungen und gleichzeitig eine außerordentliche Gedankenpräzision und genaue Abgrenzung.

Endlich haben die Soziologen auf Grund ähnlicher soziologischer Untersuchungen die Nutzlosigkeit, wenn nicht gar Verlogenheit, des Versuches aufgezeigt, eine einzelne politische Ordnung als den freiheitlichen Staat zu stempeln oder die Behauptung aufzustellen, daß die Bevölkerung nur die Freiheit besitzt, die sie durch die verfassungsmäßigen und gesetzlichen Maßnahmen, Vorrechte und Rechte genießt, die der Staat dem einzelnen Bürger gewährleistet. Ein Bürger kann durch die ersten zehn Punkte der amerikanischen Verfassung oder analoge Formeln in den Verfassungen anderer Staaten, oder durch die englische „Bill of rights“ und alle folgenden englischen Freiheitsgarantien geschützt sein, er kann das gesetzliche Stimmrecht besitzen und zu den höchsten Landesämtern wählbar sein — und kann sich doch im Kampf um das tägliche Brot außerstande finden, sich mit seinen Mitmenschen über sein wirtschaftliches Wohlergehen zu einigen; er kann entdecken, daß ihm die Presse verschlossen ist, wenn er seine Beschwerden öffentlich vorbringen möchte, er kann erfahren, daß „Gerechtigkeit und Armut“ selten beieinander wohnen, er kann sich und seine Familie gesellschaftlich boy-

⁴³⁾ „Liberalism“, passim, besonders Kap. II.

kottiert finden, ja, er kann sogar entdecken, daß selbst die Kirche sein Elend und seine Unterdrückung bloß für die unfehlbare Äußerung einer unerforschlichen Vorsehung erklärt⁴⁴). Solchen Situationen ist er nur dann gewachsen, wenn er sich den weiten und allgemeinen Freiheitsbegriff zu eigen macht, den *Hobhouse* bei seiner Einteilung der soziologischen Freiheitsformen vorschlägt.

3. Soziologie der politischen Rechte.

Besonders interessant ist die soziologische Auffrischung der Lehre von den politischen Rechten, besonders vom „Naturrecht“. Die Soziologie hält die politischen Rechte gewissermaßen für die Spielregeln des sozialen Geschehens, die von der Allgemeinheit angenommen sind und mit Hilfe verfassungsmäßiger und juristischer Gesetze durchgeführt werden⁴⁵). In diesem Sinne betrachtet sind die Rechte nicht etwas, was nach moralischen Normen sein sollte, sondern etwas, was eben heute bei uns wirklich vorhanden ist. In ihrer extremsten Form leugnet diese Vorstellung sogar die Gültigkeit des Naturrechtsbegriffes. Am deutlichsten hat der österreichische Soziologe *Gumpłowicz* dieser Meinung Ausdruck gegeben⁴⁶): „Diese Prämissen der ‚unveräußerlichen Menschenrechte‘ beruhen auf der unvernünftigsten Selbstvergötterung und Überschätzung des Wertes des Menschen und seines Lebens und auf vollkommener Verkennung der einzig möglichen Grundlagen der Existenz des Staates . . . Nur die Tatsache des Rechtes, wie es im Staate geworden, erzeugt bei uns die Idee der Gerechtigkeit . . . Unsere Idee der Gerechtigkeit ist eine einfache

⁴⁴) Vergl. *Small*, „Between Eras“; *Hobhouse*, „Democracy and Reaction“, S. 166; „Liberalism“, S. 248–251; „Social Evolution and Political Theory“, Kap. VIII; *Loria*, „Economic Foundations of Society“, S. 127–135, 158–159; *Giddings*, „Principles of Sociology“, S. 354–356; *Tawney*, „The Acquisitive Society“; *Weyl*, „The New Democracy“; *Webb*, „Industrial Democracy“; *Stein*, „Einführung in die Soziologie“, S. 297–306, 320–333.

⁴⁵) *Sumner*, „Earth Hunger and Other Essays“, S. 83.

⁴⁶) „Grundriß der Soziologie“, S. 304–305.

Abstraktion des staatlichen Rechtes und sie steht und fällt mit dieser ihrer Grundlage.“

Mit dieser extremen Lehre, die mit Machtpolitik verknüpft ist, sind viele Soziologen nicht einverstanden⁴⁷⁾. Sie räumen zwar ein, daß das Recht heutzutage nur das im Staat bestehende Recht ist, aber sie haben das Gefühl, daß trotzdem noch ein Spielraum für eine soziologische Auffrischung und Erneuerung der „Naturrechtslehre“ übrig bleibt. *Giddings* war wohl der erste, der eine soziologische Naturrechtslehre ausgearbeitet und am ausführlichsten begründet hat. Er lehnt die im siebzehnten und achtzehnten Jahrhundert vorgenommene Identifizierung des Naturrechtes mit dem primitiven Recht ab und setzt auseinander, daß „natürlich“ ist, was „mit den Lebensverhältnissen in Übereinstimmung steht“ und daß „unnatürlich ist, was die Lebensverhältnisse zersetzt und zerstört“⁴⁸⁾. Das Naturrecht ist der selbständige Spielraum der individuellen Handlungen, den der Ausleseprozeß als vorteilhaft, wenn nicht gar als unentbehrlich, für die möglichst schnelle Entwicklung der Gesellschaftsorganisation und den Fortschritt der Rasse erwiesen hat. Es liegt auf der Hand, daß gesetzliches und moralisches Recht mit dem so verstandenen Naturrecht übereinstimmen müssen, sollen diese Rechte von Dauer, vorteilhaft oder nützlich sein⁴⁹⁾:

„Der Soziologe kennt keine soziale Kraft, die sich nicht auf physikalisch-biologische Kräfte zurückführen ließe, oder die nicht in jedem Moment von äußeren Vorgängen abhängig wäre. Zwar sieht er das wunderbare Produkt der individuellen Willensäußerungen — den Kollektiv- oder Gruppenwillen — den *Austin* als die Quelle der politischen Souveränität entdeckte, in ständiger Wirksamkeit; aber er sieht auch, was vor *Darwin* kein Jurist sehen konnte, wie unerbittlich

⁴⁷⁾ *Giddings*, „The Responsible State“, S. 59—61.

⁴⁸⁾ *Giddings*, „Principles of Sociology“, S. 418—419. — Diese geben eine erschöpfende Antwort auf die Beschuldigung *Fords*, daß *Giddings* und andere Soziologen in ihrer Naturrechtslehre die vorrevolutionäre Idee wieder aufleben lassen wollen.

⁴⁹⁾ *Ibid.*, S. 418.

die politische Souveränität durch die natürliche Auslese bestimmt wird. Die Gruppe kann gleich dem Individuum wollen, aber *was* sie will, ist durch Umstände bedingt, die nicht vom Menschen abhängen, und ob die Gruppe dies oder jenes will, hängt davon ab, ob das Gewollte zum sozialen Überleben beiträgt.

In dieser Wahrheit entdeckt der Soziologe die eigentliche Bedeutung der recht unklaren Naturrechtslehre. Das Naturrecht im früheren Sinne ist zum alten Eisen, zu den abgetanen Glaubensbekenntnissen geworfen worden, nicht aber die natürlichen Normen des positiven Rechtes, welche die Soziologie eben erst zu entdecken beginnt. Die gesetzlichen Rechte sind das von der gesetzgebenden Macht gebilligte Recht; die moralischen Rechte sind von dem Bewußtsein der Allgemeinheit gebilligte Rechtsnormen; die natürlichen Rechte sind die gesellschaftlich notwendige Rechtsnorm, die den Menschen durch die natürliche Auslese im Bereiche der sozialen Beziehungen aufgezwungen sind; auf die Dauer kann es also weder ein gesetzliches noch ein moralisches Recht geben, das sich nicht auf das Naturrecht, im eben definierten Sinne, stützt.“

In einer neueren Arbeit hat *Giddings* diesen Gesichtspunkt noch eingehender durchgearbeitet. Er setzt darin auseinander, wie sich das Naturrecht allmählich und unbewußt aus den wesentlichsten und notwendigsten Bedingungen des Gruppenlebens und des Gruppenwachstums entwickelt hat, und behauptet, man müsse zwei Kategorien des Naturrechtes unterscheiden — das Naturrecht der Gesellschaft und das Naturrecht des einzelnen⁵⁰⁾:

„Die Sitte der Duldung ist älter als der Mensch und älter als die Vernunft. Zahllose Generationen von in Horden lebenden Tieren und unzählige Geschlechter von primitiven Menschen haben nacheinander gelernt, daß Geschöpfe der gleichen Art ungefähr gleich stark und Geschöpfe anderer Art ungleich stark sind. Körperliche Ähnlichkeit ist gewöhnlich

⁵⁰⁾ „The Responsible State“, S. 59—68.

mit annähernd gleicher Kraft gepaart, und gleiche Stärke gibt uns einige Sicherheit vor der Einmischung unserer Nachbarn. Gruppenweise lebende Geschöpfe besitzen annähernd gleich starke angeborene Kräfte und sind daher einander gleich. Sie sind nahezu gleichartig geboren und erwerben sich dadurch Freiheit. Im letzten Grunde ist Duldung eine Verhaltensregel, die ein Gleichgewicht körperlicher Kräfte ausdrückt. Um die Sitte der Duldung herum begannen sich mit der fortschreitenden Entwicklung des menschlichen Verstandes die Ideen von Recht und Freiheit zu kristallisieren. Menschen zankten miteinander und vertrugen sich wieder. Die Zuschauer drückten Zustimmung oder Mißbilligung aus, und langsam entwickelte sich daraus das Gefüge der Sitten. Zuerst undeutlich, allmählich immer deutlicher, begriff der Mensch, daß der soziale Zusammenhalt sich gebieterisch aufdrängt, soll die Gruppe kriegstüchtig bleiben, und er begann zu verstehen, daß Recht und Freiheit, die inneren Zwistigkeiten vorbeugen, notwendige Bedingungen des sozialen Zusammenhaltes sind. Auf diese Weise verwandelte sich, meines Erachtens, die tierische Sitte der Duldung in unvorstellbar langsamer und mühseliger Weise in die menschlichen *Sitten*, oder die Sitte von Recht und Freiheit.

Die Sitten an sich waren vollständig objektiv. Nicht bloß der einzelne Mensch verlangte Rechte und Freiheiten, auch seine Gefährten billigten sie ihm zu und bestätigten sie. Die Sitten waren nicht bloß gerecht, sie waren das Recht. Mit einem Wort, sie waren ‚*Naturrechte*‘, keine verfügbaren oder ausgeklügelten Rechte, sondern die Erzeugnisse unbewußter Entwicklung und Vererbung. Alle zusammen bildeten den Stoff oder Inhalt der natürlichen Gerechtigkeit. Jahrtausende lang, bevor der Staat ins Dasein getreten war, bewahrten sie den Zusammenhalt zwischen den Menschen. Heute unterstehen sie der Staatskontrolle. Sie bilden die moralischen Grundlagen des Staatsrechtes, das sich ihnen anpaßt und sich auf sie aufbaut.

Es gibt zwei Kategorien von Naturrechten. Einerseits das

Naturrecht der Gesellschaft, anderseits das Naturrecht des einzelnen. Gesellschaft und Individuum haben beide ein natürliches Recht auf Existenz und ein natürliches Recht auf Entwicklung. Während die ganze Menschheit oder ein größerer Teil der menschlichen Gattung ein moralisches Recht auf Existenz besitzt, hat die Gesellschaft dieses Recht nur insofern, als gegenseitige Hilfe für das menschliche Leben unentbehrlich ist, und das geistige und moralische Leben des Menschen nur durch soziale Beziehungen erhalten werden kann . . .

Wenn aber die Gesellschaft Bestand haben soll, so muß die individuelle Entfaltung zwingenden Beschränkungen unterliegen. Sie wird dann nicht bloß eine Funktion freiwilliger Handlungen, sondern auch eine Funktion von Verboten, deren Grenzen von der natürlichen Gerechtigkeit vorgezeichnet sind. Das Individuum hat ein durch das Naturrecht bestätigtes moralisches Recht auf gleichberechtigte Entwicklung mit seinen Mitmenschen. Alle Menschen haben das gleiche, aber auch nur das gleiche, Recht auf Leben, Freiheit und Glück.

Soll also die zivilisierte Gesellschaft fortbestehen und der zivilisierte Mensch seine Höherentwicklung fortsetzen, so muß sich die Entwicklung der Gesellschaften in den von der natürlichen Gerechtigkeit vorgezeichneten Grenzen vollziehen.“

Eine sehr ähnliche Ansicht vertritt auch *Hobhouse*. Im Gegensatz zu *Locke*, *Paine* und *Jefferson* hält er das Naturrecht nicht für etwas von der Gesellschaft unabhängig Existentes, was schon vor ihr da war, sondern für die Summe jener Zugeständnisse an das Individuum, die für ein möglichst gutes Funktionieren und eine möglichst fortschrittliche Entwicklung der Gesellschaftsorganisation notwendig sind⁵¹⁾:

„So lange wir gezwungen sind, tiefwurzelnde Konflikte in der moralischen Weltordnung anzunehmen, müssen wir das Allgemeinwohl für die Grundlage aller persönlichen Rechte

⁵¹⁾ „Social Evolution and Political Theory“, S. 196—200; vergl. auch seinen „Liberalism“, S. 54—60, 132—137.

ansehen. Ist dem aber so, dann sind die Menschenrechte nichts anderes als die Erwartungen, zu denen das Allgemeinwohl den Menschen berechtigt; wir können sogar einräumen, daß es natürliche Menschenrechte gibt, wenn wir annehmen, daß sich das Allgemeinwohl auf bestimmte elementare Bedingungen des gesellschaftlichen Lebens gründet, die sich bewähren, ob sie vom Volk anerkannt werden oder nicht. Die natürlichen Rechte wären in diesem Falle jene Erwartungen, welche die Gesellschaft im eigenen Interesse ihren Mitgliedern gewährleisten sollte, ganz gleich, ob sie dies tatsächlich auch tut oder nicht. Wird diese Auffassung allgemein anerkannt, so wird die Gesellschaft den einzelnen Menschen ihre Naturrechte um so vollständiger zugestehen, je höher entwickelt ihr eigener Begriff des Allgemeinwohles ist. Die Erweiterung des Begriffes der persönlichen Rechte wird einen Gegenstand der Staatskunst bilden; die Abgrenzung und Erhaltung der persönlichen Rechte ihrer Bürger die sich immer erweiternde Funktion der Regierung.

Jedes natürliche Recht gehört also zu den Vorbedingungen des Gesamtwohles, und die Idee der harmonischen Entwicklung weist darauf hin, daß viele solcher Bedingungen die mannigfaltigen Gebiete des gesellschaftlichen Lebens beherrschen werden . . . Die Gesellschaftslehre hat also im allgemeinen die Aufgabe, die Tragweite dieser Bedingungen theoretisch festzustellen, und die Staatskunst hat die Aufgabe, sie in der Praxis richtig durchzuführen.“

Interessant ist auch die verwandte Ansicht *Cooleys*. Er untersucht die grundlegenden sozialen oder individuellen Ideale von Treue, Wahrhaftigkeit, Dienstbereitschaft, Wohlwollen, Gerechtigkeit und Freiheit und beschreibt ihre Entstehung bei den persönlichen Gruppenbildungen wie Familie, Spielgruppe, Nachbarschaft und Gemeinde; dabei zeigt er die Schwierigkeiten auf, die der Ausdehnung dieser Vergesellschaftungsformen auf den Nationalstaat entgegenstehen. Er meint, daß sich das Naturrecht aus diesen ursprünglichen Idealen ableite, die der Gesellschaft ihre Form

gegeben haben, und daß die diesen ursprünglichen Idealen gezogenen Grenzen in größeren Gesellschaftsaggregaten dem Gesellschaftsvertrag entsprechen⁵²⁾:

„Die Naturrechtslehre widerspricht in ihrer früheren Gestalt absolut dem evolutionären Denken. Dem letzteren ist die Gesellschaft etwas organisch Gewordenes; es gibt kein Individuum außerhalb der Gesellschaft, es gibt keine Freiheit außerhalb der Organisation, und es gibt keinen Gesellschaftsvertrag in der Form, wie ihn die Naturrechtsphilosophen gelehrt haben. In der praktischen Anwendung dagegen ist die Naturrechtslehre nicht so absurd und veraltet, wie man bisweilen annimmt. Wenn es richtig ist, daß sich die Natur des Menschen in ursprünglichen Gruppen entwickelt hat, die allerorten ungefähr die gleichen waren, und daß sich aus diesen Gruppen auch ein gemeinsames Ideal ableitet, welches die Institutionen zu verkörpern streben, so dürfen wir mit gewissem Recht ähnliche Schlußfolgerungen ziehen, wie sie sich aus der Theorie der natürlichen Freiheit, modifiziert durch den Gesellschaftsvertrag, ergeben. Die natürliche Freiheit würde ungefähr den Idealen entsprechen, die in den ursprünglichen Vereinigungen entstanden und zum Teil verwirklicht waren, und der Gesellschaftsvertrag den Grenzen, die diesen Idealen entgegenstehen, wenn sie einen allgemeineren Ausdruck suchen. Ist es denn nicht wirklich so, daß die Naturrechte dieser Philosophie — das Recht auf persönliche Freiheit, das Recht auf Arbeit, das Recht auf Besitz, das Recht auf freien Wettbewerb — Ideale sind, die sich damals wie heute größtenteils aus den Tätigkeiten der Menschen in kleinen persönlichen Gruppen entwickelt haben? Die Abneigung dagegen, Ideale wie die Unabhängigkeitserklärung aufzugeben, ohne daß man etwas ähnlich Einfaches und Menschliches an ihre Stelle zu setzen hätte, entspringt einem gesunden Empfinden und läßt sich theoretisch ohne weiteres rechtfertigen.“

Wallas hat kürzlich eine klassifizierende, dynamische und

⁵²⁾ „Social Organization“, Kap. IV, besonders S. 46—48.

positive Naturrechtstheorie aufgestellt. Er unterscheidet zwischen den Dingen, die uns als Antwort auf unsere angeborenen, in primitiver Umgebung entstandenen, Triebe natürlich erscheinen, und dem, was für uns in unserer hochkomplizierten modernen Umgebung sozial nützlich ist. Die Wünsche unserer primitiven Natur müssen allmählich begrenzt und mit den Dingen in Übereinstimmung gebracht werden, die heute sozial für uns nützlich sind⁵³): „Natürliche Rechte sind Realitäten, die aus realen und dauernden Tatsachen unserer Psychologie herrühren. Da aber der Instinkt, der sie geschaffen hat, sich unter den Anforderungen einer primitiven Umgebung entwickelt hat, müssen wir einschen, daß es für uns in unserer modernen Umgebung nicht mehr immer vorteilhaft ist, wenn wir im Besitz aller unserer natürlichen Rechte, das heißt also vollständig frei, sind. Im einzelnen Fall kann es vorteilhafter für uns sein, die Leiden zu erdulden, die jede Behinderung unserer persönlichen Freiheit uns auferlegt: oder die Instinkte zu ‚veredeln‘, indem man sie auf eine neue Art und Weise befriedigt; ja sie selbst durch eine Willensanstrengung zu unterdrücken, die auf einer Voraussicht der Folgen beruht und eine disziplinierte, aber labile Gewohnheit ausbildet. Das alles klingt vielleicht ganz selbstverständlich; man muß aber bedenken, daß der Gebrauch des Ausdruckes ‚Naturrecht‘ Jahrhunderte hindurch, gerade als ihm die höchste Wirkungskraft innewohnte, dauernd Verwirrung und Blutvergießen angerichtet hat, nur weil die Menschen, die leidenschaftlich auf ihren Rechten bestanden, sich mit den Menschen, die eine vernünftige Auslegung und Abgrenzung dieser Rechte verlangten, nicht einigen konnten . . . Sowohl die psychologische wie die metaphysische Beweisführung litt unter dem Umstand, daß die Menschen keinen Unterschied kannten zwischen dem, was zu verlangen uns natürlich ist, und dem, was in Anbetracht der Umstände für uns zu erhalten vorteilhaft ist; sie haben einfach angenommen, wenn ein Verlangen natürlich sei, so müsse seine Erfüllung

⁵³) „Our Social Heritage“, S. 187—190

für uns auch gut sein, und wenn eine Befriedigung für uns gut sei, so müsse das Verlangen nach ihr auch natürlich sein. Man könnte fast sagen, sie hätten mit der doppelten Bedeutung des Wortes ‚Recht‘ gespielt, hätte es sich nicht vielmehr so verhalten, daß sie sich dieser Doppelbedeutung niemals bewußt geworden sind.“

Neuntes Kapitel.

SOZIOLOGIE UND UMFANG DER STAATSTÄTIGKEIT.

1. Individualismus und Laissez-faire vom soziologischen Standpunkt aus.

Wohl kein Irrtum war unheilvoller und hat mehr Verwirrung gestiftet als die Identifizierung der Soziologie mit Sozialismus und mit einer ausgedehnten Staatseinmischung¹⁾. Natürlich befanden sich auch unter den Soziologen wie unter den übrigen Staatswissenschaftlern einige Vertreter, die sich für eine weitgehende, dem Sozialismus recht nahe kommende, Staatseinmischung eingesetzt haben, und andere, die ganz offen die Abschaffung der Herrschaft und ihren Ersatz durch das unpolitische Prinzip der Genossenschaft empfahlen. Die überwiegende Mehrzahl der soziologischen Arbeiten hielt sich aber ungefähr in der Mitte zwischen diesen beiden Extremen.

Der einzige hervorragende Soziologe, der für den Anarchismus eintritt, ist *Fürst Kropotkin*. Zweifellos beeinflußt durch den kommunistischen Geist der russischen Landbevölkerung und Feind der Despotie, Brutalität und Korruption der russischen Regierung, die aus dem doppelten Übel des Zarismus und der Bürokratie entsprangen, unternahm *Kropotkin* einen historischen und kritischen Feldzug für die Einrichtung einer anarchistischen Gesellschaft, die sich lediglich auf freiwillige Zusammenarbeit gründet und den politischen Staat gänzlich abschafft²⁾.

¹⁾ Ein sonderbares Wiederaufleben dieses Irrtums findet man bei einer neueren Veröffentlichung, nämlich in *Carvers* Besprechung von *Ross*: „Principles of Sociology“ im „Quarterly Journal of Economics“, Bd. XXXV, S. 139 ff.

²⁾ „Gegenseitige Hilfe“ und „Anarchism, its Philosophy and Ideal“.

Auf der Grenze zwischen Anarchismus und liberalem Individualismus steht ein zweiter russischer Schriftsteller, *Jacques Novikow*. Auch er ist beeinflusst von dem ungünstigen Lichte, in dem sich der Staat einem denkenden Russen der letzten Generation präsentieren mußte, aber er sah ihn unter einem anderen Gesichtspunkt als *Kropotkin*. Er betrachtete die politischen Probleme vom Standpunkt des Internationalisten und Pazifisten. Seine Ideale waren Kulturautonomie für nationale Gruppen, ein europäisches Staatenbündnis und völlige Abschaffung der Kriege. Es war also durchaus logisch, wenn er die europäischen Nationalstaaten von 1870 bis 1914 für die schlimmsten Feinde dieser Ideale hielt. Der Nationalstaat unterdrückte die unterworfenen Nationalitäten; an seinen übertriebenen Forderungen nach absoluter und unbeschränkter Souveränität scheiterte jede dauerhafte oder wirksame internationale Organisation; ferner bürdete der Nationalstaat dem Volke die enormen Unterhaltungskosten für Militär und Flotte auf und stürzte sich in blutige, kostspielige und überflüssige Kriege, beziehungsweise bedrohte die Welt mit solchen Kriegen³⁾. Es nimmt also nicht weiter wunder, daß *Novikow* ein Vertreter jenes intransigenten Individualismus war, der die Rolle des Staates auf die eines Schutzmannes beschränken wollte, dessen einzige Aufgabe der Schutz von Person und Eigentum der Staatsbürger sein sollte. Der Staat sollte den Diebstahl des Eigentums verhindern und für die Einhaltung der Verträge sorgen — darüber hinaus sollte er auf wirtschaftlichem Gebiete keinen Einfluß mehr besitzen. Auf diesem Gebiete sei die individuelle Initiative stets erfolgreicher gewesen, als die Staatseinmischung. Weit schlimmer noch verliefen die Ver-

³⁾ *Novikow*, „La guerre et ses prétendus bienfaits“; „Die nationale Assimilation“ und „La fédération de l'Europe“. — Während *Novikow* einen bitteren Haß gegen imperialistischen Kapitalismus und militaristischen Großstaat bekundet, deckt sich sonderbarerweise seine Wirtschafts- und Staatsphilosophie mit der von *Cobden* und *Bright*, sowie von *John A. Bingham*, *Mark Hanna*, *Richter Gary* und *Fabian Franklin*.

suche des Staates, sich auf kulturellem Gebiet einzumischen. Selbst die staatliche Regelung des Unterrichtes habe nur dazu geführt, diesen in eine ertötende Routine zu zwingen und einen Studiengang einzuhalten, der bloß ein verbrauchtes Erbe des Humanismus ist. Von religiösen Dingen sollte sich der Staat erst recht gänzlich fernhalten. Religionsverfolgungen sind unweigerlich stets zum Unheil der Verfolger ausgeschlagen und haben die Zahl der Anhänger des verfolgten Glaubens nur noch vermehrt. Auch in moralische Fragen sollte sich der Staat nicht einmischen, nur die öffentliche Meinung ist das geeignete Mittel zur moralischen Regelung und Führung. Schließlich möchte *Novikow* dem Staate auch noch die Kontrolle über Familienverhältnisse und Eheschließung entziehen; jede gesellschaftliche oder politische Beschränkung der Rechte der Frauen aufheben; und die Verhältnisse in Ehe und Familie dadurch bessern, daß er die seelische Liebe zur Grundlage des Familienlebens macht an Stelle der gesetzlichen Sanktion⁴⁾.

Der hervorragendste und bekannteste soziologische Vertreter des politischen Individualismus war wohl *Herbert Spencer*. Eine ganze Reihe von Tatsachen scheint seine Stellungnahme beeinflußt zu haben, unter denen persönlichen Erfahrungen sicherlich ein großer Anteil zukam. In seiner Kindheit unterstand er der Autorität älterer männlicher Verwandter; daraus entwickelte sich bei ihm ein Anti-Autoritätskomplex, den seine chronische Neurasthenie noch verstärkte. Ferner mag sein Individualismus, gleich dem *Nietzsches*, zum Teil einer Philosophie persönlichen Triumphes über körperliche Leiden und Widrigkeiten entsprungen sein⁵⁾. In seiner frühen Umgebung wirkten vielerlei Einflüsse auf das Aufkommen einer individualistischen Lehre hin. Seine Jugend fiel gerade in die Blütezeit der liberalen Wirt-

⁴⁾ „Les luttes entre sociétés humaines“, S. 206 ff., 277 ff., 335 ff., 353—355, 484, 494, 604; „Conscience et volonté sociales“, S. 237—238 und „L’Affranchissement de la femme“, Buch II und IV.

⁵⁾ Siehe seine „Autobiographie“, passim.

schafts- und Staatslehre, welche die Staatstätigkeit für eine gefährliche, womöglich gar frevelhafte und gotteslästerliche Einmischung in die wohltätige natürliche Ordnung hielt. Später gelangte er durch die Entwicklungslehre zu der Ansicht, daß die gesellschaftliche Entwicklung, gleich der kosmischen und biologischen Entwicklung, ein spontaner Prozeß sei, den jede menschliche Einmischung nur ablenken oder hindern würde. Die zahlreichen sozialreformerischen Programme, die zwischen 1840 und 1870 aus dem Boden schossen, trugen nicht dazu bei, sein Mißtrauen gegen die Übel der staatlichen Einmischung zu zerstreuen. In seinem frühesten Werk „Social Statics“ entwickelt *Spencer* seine individualistische Staatsphilosophie und zählt die Tätigkeiten auf, deren sich der Staat gänzlich enthalten sollte. Darin fand sich im großen ganzen alles eingeschlossen, was heute die wesentlichsten Tätigkeiten des modernen Staates ausmacht, und was selbst konservative Staatsmänner, verschwindende Ausnahmen abgerechnet, durchaus als rechtmäßige staatliche Aufgaben anerkennen würden. Seine Lehre entwickelte er in einer langen Reihe von Büchern und Aufsätzen; sie gipfelt in seinem „Man versus the State“ und „Justice“. Er kommt hier zu dem Schluß, daß das Wirkungsbereich des Staates sich auf Schutz von Person und Eigentum vor inneren und äußeren Angriffen und auf Vorkehrungen zur Sicherstellung der Freiheit und Einhaltung der Verträge beschränken solle. Mit anderen Worten, der Staat solle es gänzlich bei einer „negativen Regelung“ belassen⁶⁾).

Der hervorragendste amerikanische Anhänger der Lehre des „laissez-faire“ war *William Graham Sumner*, der vielleicht noch energischer, kraftvoller und dogmatischer über diesen Gegenstand geschrieben hat, als *Spencer* selbst. *Sumners* Ansichten sind wohl ein Produkt seiner eigenen selbst-

⁶⁾ *Spencers* wichtigere Werke über diesen Gegenstand, die oben nicht erwähnt wurden, sind „Essays, Scientific, Political and Speculative“ und „The Study of Sociology“. Vergl. „American Journal of Sociology“, Bd. XXVII, S. 314—322.

bewußten Persönlichkeit, eines etwas allzu ehrfurchtsvollen Studiums der Spencerschen Schriften und gewisser Beobachtungen in der Gemeinderatspolitik von New Haven (Connecticut). In vielen Essays, darunter „What the Social Classes Owe to Each Other“, ist er energisch für den Individualismus eingetreten. Er begründete seine Stellungnahme vor allem damit, daß der Staat seine rechtmäßige Pflicht auf Schutz von Leben und Eigentum vernachlässigen müsse, wenn er sich noch mehr Pflichten aufbürde; daß die Kosten der Staatseinmischung die wichtige und selbstbewußte — aus dem „zurückgesetzten Mann“ rekrutierte — Mittelklasse zugunsten der im Existenzkampf gescheiterten unteren Klassen zugrunde richten und ausschalten würde; daß die Geschichte bisher die relative Unfähigkeit des Staates auf sämtlichen Gebieten, die über Schutz von Leben und Eigentum der Bürger hinausgehen, erwiesen habe; und daß die Entwicklung der Gesellschaft ein automatischer Prozeß sei, der durch die Gesetzgebung nicht beschleunigt, wohl aber verzögert werden könne. *Sumners* Rat an die Sozialreformer lautete daher „Kümmert Euch um Eure eigenen Angelegenheiten“ und seine Theorie der Staatstätigkeit deckt sich fast völlig mit der *Spencerschen*⁷⁾.

Ein anderer interessanter soziologischer Einwand gegen die Staatstätigkeit ging von zwei Schriftstellern aus, die sich aus dem Grunde gegen jede staatliche Einmischung wehrten, weil sie sie für untrennbar verbunden mit moderner Demokratie und deren Neigung zu Freidenkertum und Staatssozialismus hielten. Diese Bekämpfer der Staatstätigkeit aus klerikalen und feudalen Gründen waren *Gustav Le Bon* in Frankreich und *W. H. Mallock* in England. In ihrem festen Glauben an die Aristokratie, an die Autorität der Kirche und an große Männer wenden sich beide energisch gegen die moderne Demokratie und den Staatssozialismus und ver-

⁷⁾ Vergl. neben den „Social Classes“ die vier Bände gesammelter Essays, die von *Sumners* Schüler und Nachfolger, *A. G. Keller*, herausgegeben wurden.

fechten einen extremen Individualismus⁸⁾). *Hilaire Belloc* bekämpft den kapitalistischen und freidenkerischen Staat vom Standpunkt des sozialen Katholizismus aus und schlägt eine religiös bestimmte Ordnung vor, die einige Ähnlichkeit mit dem Gildensozialismus besitzt⁹⁾). Ein weiterer klerikaler Kritiker des Staatssozialismus war *Frédéric Le Play*. Tief beeindruckt von den Übeln der liberalen Wirtschaftsordnung und voller Sympathie für die arbeitenden Klassen, setzte *Le Play* seine Hoffnung auf die vervollkommnete Familiengruppe, die an Stelle des Staates zum wichtigsten Instrument der sozialen Neuordnung werden sollte¹⁰⁾). Aus seinen Lehren entwickelte sich auch die Theorie und Praxis des „Regionalismus“ als Typus der Sozialreform, vor allem bei seinen englischen Anhängern *Victor Branford* und *Patrick Geddes*. Ihr Programm grenzt beinahe an Kommunalsozialismus¹¹⁾).

2. Soziologische Verteidigung der Staatsintervention und der Sozialreform.

Im Gegensatz zu *Novikow*, *Spencer*, *Sumner* und den ihnen nahestehenden Soziologen stehen jene Autoren, die, wie *Comte*, *Ward*, *Hobhouse*, *Schäffle* und *Stein*, eine ausgedehnte Staatstätigkeit befürworten. Die Grundlage zu den Ansichten dieser Gruppe legte *Comtes* Darlegung der neuen Ordnung, in der von Soziologen-Priestern belehrt, von Frauen moralisch geführt und von sozialen „Industriellen“ und Bankiers regiert wird, dem Staate bei der Verbesserung der sozialen Verhältnisse ein weites Wirkungsfeld zukommt¹²⁾). Es blieb

⁸⁾ *Le Bon*, „La psychologie du socialisme“ und „La psychologie politique“; *Mallock*, „Aristocracy and Evolution“, „The Limits of Pure Democracy“ und „A Critical Examination of Socialism“.

⁹⁾ „Der Sklavenstaat“, deutsch von *A. Salz*, Stuttgart, 1924.

¹⁰⁾ „La réforme sociale en France“, „L'organisation de la famille“ und „La constitution essentielle de l'humanité“.

¹¹⁾ *Geddes*, „Cities in Evolution“; *Geddes* und *Branford*, „The Coming Polity“. Vergl. auch *Swinny*, „The Sociological Schools of Comte and Le Play“ in „Sociological Review“, Bd. XIII, S. 68—74; und im „Indian Journal of Economics“, Bd. III.

¹²⁾ „Cours de philosophie politique“, bes. Bd. II. Vergl. auch „The Open Court“, Bd. XXXVI, S. 414—422, 497—512.

aber *Lester F. Ward*, einem amerikanischen, von *Comte* beeinflussten Soziologen vorbehalten, die sozialreformerische Tätigkeit des Staates bis zum Äußersten zu verteidigen. In der Überzeugung, daß die Ausführung und nicht die äußere Form den eigentlichen Gegenstand der soziologischen Forschung und Erklärung ausmache, daß die Art der Entstehung nicht so wichtig sei wie der Zweck, und daß der Mensch durch vernünftige Gesetzgebung die Gesellschaftsordnung bewußt verbessern und die gesellschaftliche Entwicklung beschleunigen könne, entwickelte *Ward* eine Philosophie der Staatstätigkeit, die an Beredsamkeit und wissenschaftlichem Scharfsinn von keinem älteren oder modernen Schriftsteller je erreicht worden ist. Er verurteilt die heutigen parteipolitischen und plutokratischen Regierungen ebenso scharf wie *Sumner* oder *Spencer*, aber er zeigt, welchem Irrtum diese „Pessimisten“ unterlegen waren, als sie annahmen, daß Staatsleben und Staatstätigkeit nicht verbessert oder geläutert werden könnten. Der Staat hat nach *Wards* Ansicht vier legitime Funktionen: Beschränkung, Schutz, Ordnung und Veredelung der Gesellschaft. Die vierte Funktion, nämlich die Veredelung oder bewußte Verbesserung der Gesellschaft, hat sich bisher wenig entwickelt, trotzdem sie die wichtigste ist. Sie wird erst dann endgültig in Angriff genommen werden, wenn die Regierung im soziokratischen Zukunftsstaat sich zu einer Wissenschaft ausgebildet haben wird, die nicht bloß zum Schutz der Besitzinteressen und zur Unterstützung einer Menge von Parteischmarotzern dienen wird. Gründet sich die Staatstätigkeit aber erst auf sozialwissenschaftliche Gesetze und liegt die Gesetzgebung erst in den Händen von Soziologen, dann kann der Staat allen Ernstes an das Problem der gesellschaftlichen Neuordnung herantreten. Seiner Tätigkeit werden dann keine anderen Grenzen gezogen sein als die, welche ihm die Sozialwissenschaft im einzelnen Fall auf Grund ihrer statistischen Erfahrungen vorzeichnen wird¹³⁾.

¹³⁾ *Ward*, „*Psychic Factors of Civilisation*“, S. 311—337; „*Dynamic Sociology*“, Bd. II, S. 212—217, 231—250; „*Pure Sociology*“, S. 568—569;

Im wesentlichen die gleiche Stellung vertritt auch der führende englische Soziologe *Leonard T. Hobhouse*. Er schließt sich *Wards* Theorie von der zweckhaften gesellschaftlichen Entwicklung an, und ist der Träger des Neoliberalismus in England, welcher zwischen 1905 und 1914 an konstruktiver Gesetzgebung mehr geleistet hat, als sämtliche englischen Regierungen seit der Thronbesteigung der *Tudors* im Jahre 1485 zusammengenommen. Auch *Hobhouse* setzt sich für eine ausgedehnte Staatstätigkeit ein, aber er vertritt sie in vorsichtiger und einsichtsvoller Weise. Er sieht ein, daß man kein Universalprogramm für die soziale Gesetzgebung aufstellen kann, das gleichmäßig für alle Gesellschaften und für alle sozialen Entwicklungsstufen paßt. Verallgemeinern läßt sich nur die eine Tatsache, daß ein harmonisches und organisches Gesellschaftsleben von größter Wichtigkeit ist und von allen Gesellschaftsklassen ein Maximum an Tüchtigkeit und Hingabe verlangt. Der Staat ist berechtigt, bei seinen Handlungen von der Hypothese auszugehen, daß die allgemeine Befolgung seiner Anordnungen für eine oder für alle Klassen der Gesellschaft bindend ist und sich nur durch Zwang erreichen läßt. Diese Formulierung ist die allgemeinste Darstellung der Staatstätigkeit, und innerhalb des derart umgrenzten Gebietes lassen sich gegen die staatliche Einmischung keine stichhaltigen Gründe anführen¹⁴⁾.

Auch die deutschen Soziologen, die man nebst vielen Nationalökonomien als „Kathedersozialisten“ bezeichnet hat und die zumeist dem „Verein für Sozialpolitik“ angehören, haben sich für eine ausgedehnte Staatstätigkeit ausgesprochen. Der bedeutendste von ihnen war *Albert Schäffle*, der (zuerst mit biologischen Analogien) zu ganz abweichenden und wohl logischeren Schlußfolgerungen gelangt ist als *Spencer*. Vom

„Glimpses of the Cosmos“, Bd. III, S. 301—305; Bd. IV, S. 64—71; Bd. V, S. 38—66.

¹⁴⁾ *Hobhouse*, „Social Evolution and Political Theory“, S. 155—156, 168—201; „Liberalism“, S. 163—211; „Development and Purpose“, Einleitung; und „The Elements of Social Justice“.

Standpunkt der biologischen Soziologie aus erschien ihm der Staat als das oberste ordnende und richtende Organ in der Gesellschaft. Als praktischer Staatsmann hat er *Bismarck* zu der Formulierung und Durchführung der ausgedehnten Sozialgesetzgebung des deutschen Kaiserreiches gedrängt und ihn dabei beraten¹⁵⁾. Praktisch die gleiche Stellungnahme vertritt der Philosoph und Soziologe *Ludwig Stein*. Er sympathisiert mit der fortschrittlichen Sozialgesetzgebung der Schweiz und dem deutschen Staatssozialismus und setzt sich für ein positives konstruktives Staatsgesetzgebungsprogramm ein. *Stein* meint, daß sich das legitime Wirkungsfeld der Staatstätigkeit in Zukunft eher erweitern als verengern wird, denn je fortgeschrittener die Zivilisation ist, um so mannigfaltigere Interessen hat der Staat zu schützen und auszugleichen. Er stellt eine Liste der wünschenswerten Staatstätigkeiten auf, die fast alle Merkmale eines fortschrittlichen Staatssozialismus trägt, obzwar er ausdrücklich betont, daß er kein marxistischer Sozialist, sondern ein Anhänger des kapitalistischen Staatssozialismus ist¹⁶⁾.

In die engste Berührung mit der politischen Praxis kam die Soziologie entweder durch den Staatssozialismus, wie im *Bismarckschen* Deutschland und im neueren englischen Liberalismus von *Lloyd George*, oder durch die Marxisten. Die Sozialökonomien befürworteten fast durchwegs eine ausgedehnte Gesetzgebung zur Bekämpfung der sozialen Übelstände, ließen sich aber die eingehende philosophische Erforschung der Grundlagen der Staatseinmischung nicht weiter angelegen sein. Sie nahmen es einfach als Tatsache hin, daß der Staat das wichtigste Mittel zur Förderung des Wohles der Menschheit sei und empfahlen unbedenklich seine Verwertung in dieser Richtung. Ein kurzes Resumé, das ihren Standpunkt

¹⁵⁾ *Schäffle*, „Bau und Lehen des sozialen Körpers“, Bd. II, S. 427 ff.; „Abriß der Soziologie“ und „Quintessenz des Sozialismus“.

¹⁶⁾ *Stein*, „Die soziale Frage“, S. 112 ff., 410 ff., 542 ff.; „Einführung in die Soziologie“, S. 286 ff.; „Der soziale Optimismus“, Kap. VII. — Für eine konstruktive Staatstätigkeit ist auch *Duprat* eingetreten in seinen Büchern „Morale“ und „La solidarité sociale“.

recht gut ausdrückt, enthält die Schrift *S. M. Lindsays* über „*The State and Education*“¹⁷⁾:

„Ich gestehe, daß mich persönlich der philosophische Begriff des Staates weniger interessiert als die Regierung vom Gesichtspunkte des Staates aus, als das wirksame Instrument oder die wirksame Kraft, die zum Wohle der Gesamtbürgerschaft, also dem Inhalt des Staates, geschaffen wurde . . . Die alte Einstellung der ‚Väter‘, die in den ersten Jahrzehnten des Bestehens der Republik eine gewisse Berechtigung hatte, ist unter den heutigen ökonomischen und sozialen Verhältnissen nicht mehr am Platze. Wir müssen endlich aufhören, jede Regierung bloß als notwendiges Übel anzusehen, das man knebeln und fesseln muß, damit es uns nichts Böses antue; wir müssen sie im Gegenteil von all den Fesseln und Hemmungen frei machen, die ihr heute bereits in allzu großem Maße die Macht genommen haben, Gutes zu bewirken, damit sie unserem wachsenden Bedürfnis nach kollektiver und konstruktiver Tätigkeit nachkommen kann.“

3. Die eklektischen Ansichten.

Die Mehrzahl der bisher nicht erwähnten Soziologen nimmt eine mittlere Stellung zwischen den beiden Extremen ein, die sich in *Ward* und *Spencer* verkörpern. Zum großen Teil haben sie sich den allgemeinen Ideen *Stanley Jevons*¹⁸⁾ angeschlossen, die dieser in seinem „*State in its Relation to Labor*“ entwickelte und besitzen eine eklektische Einstellung zur Staatstätigkeit. *Giddings* meint, „der schlimmste Fehler, den

¹⁷⁾ Vergl. *Teachers* „*College Record*“, 1916, Bd. XVII, S. 311—329. Am ausführlichsten ist der Gegenstand in folgenden Werken behandelt: *Brown*, „*The Underlying Principles of Modern Legislation*“; *Jenks*, „*Governmental Action for Social Welfare*“; *Seager*, „*Social Insurance*“; *Devine*, „*Efficiency and Relief*“; *Patten*, „*The New Basis of Civilisation*“; *Gray*, „*Philantropy and the State*“; *Freund*, „*Standard of American Legislation*“, ferner die zahlreichen Arbeiten von *Sidney* und *Beatrice Webb*.

¹⁸⁾ Natürlich hat keiner von den Anhängern einer ausgedehnten Staatstätigkeit eine unterschiedlose Gesetzgebung befürwortet.

sich die Staatsphilosophen zuschulden kommen ließen, war ihre uneingeschränkte Annahme oder Ablehnung des *laissez-faire*¹⁹⁾. Wie ich schon früher erwähnte, hält *Giddings* die staatliche Einmischung am unentbehrlichsten bei einer kulturell, gesellschaftlich und wirtschaftlich sehr heterogenen Bevölkerung und ferner in Zeiten, wo der Gruppe Not oder Gefahr droht. Ähnlich rechtfertigt *Cooley* seinen Eklektizismus²⁰⁾:

„Wir müssen den relativen Gesichtspunkt gelten lassen und davon ausgehen, daß der Wirkungskreis des Staates nicht festgelegt ist und nicht festgelegt sein darf, sondern sich jeweilig nach den sozialen Verhältnissen richten muß. Dogmatischen Theorien darüber, was der Staat am besten sein und tun solle, ob er mehr Zwang oder mehr Freiheit anwenden sollte, müssen wir recht mißtrauisch begegnen. Es ist durchaus nicht ausgeschlossen, daß der ganze Charakter der politischen Staatsform und ihr Verhältnis zu allen übrigen Lebensinteressen ungeahnte Veränderungen erleiden wird, die unsere heutigen dogmatischen Ansichten über den Umfang ihres Machtbereichs völlig veraltet erscheinen lassen werden.“

Wir haben bereits angedeutet, daß *Ross* den Versuch unternommen hat, die Bedingungen festzustellen, unter denen staatliche Regelung den freiwilligen Bestrebungen vorzuziehen ist. In seinem letzten Buch hat er diese eklektische Einstellung sehr gut formuliert²¹⁾: „Es ist ein müßiges Unterfangen, die Funktionen des Staates genau festzulegen, denn ihr Wirkungsgebiet sollte von veränderlichen Umständen abhängen, wie die Richtung der gesellschaftlichen Verhältnisse, die Entwicklung der öffentlichen Meinung, die Fortschritte der Technik, die Zahl der der Regierung zur Verfügung stehenden Begabungen usw.“

Im allgemeinen stehen die Eklektiker auf dem Standpunkt, daß sich die Staatseinmischung auf alle Dinge erstrecken soll,

¹⁹⁾ „The Principles of Sociology“, S. 353.

²⁰⁾ „Social Organization“, S. 403.

²¹⁾ „The Principles of Sociology“, S. 624.

welche die gesamte Bürgerschaft in etwa gleicher Weise angehen, — aber darüber, welche Dinge sie praktisch darunter verstehen, drücken sie sich nur recht unbestimmt aus. Einige radikalere Theoretiker geben viel genauere Lösungsvorschläge. *Durkheim* möchte dem Staat die Festsetzung der allgemeinen Richtlinien der sozialen Neuordnung überlassen, sie aber im einzelnen auf die verschiedenen Berufsgruppen verteilen und von diesen durchführen lassen²²⁾. Er will natürlich den Umfang der Staatseinmischung erheblich erweitern, dabei aber eine sachverständige Verwaltung durch Delegation der einzelnen Funktionen auf technisch geschulte Gruppen sicherstellen. Noch eindeutiger ist die Stellungnahme der Gildensozialisten. In der Annahme, daß der Staat „in erster Linie dazu da ist, um sich mit den Dingen zu befassen, die alle seine Bürger in mehr oder minder gleicher Weise angehen“, haben sie eine Formel gefunden, die mit einiger Genauigkeit auf diese Voraussetzung zutrifft. Gleich den klassischen Nationalökonomien und den *Spencerschen* Individualisten möchten sie dem Staate die alten Schutzmannfunktionen überlassen, nämlich Schutz von Leben und Eigentum, und ihm auch über die Bürger in ihrer Eigenschaft als Konsumenten große Machtbefugnisse einräumen; aber über die Produzentenvereinigungen möchten sie ihm praktisch alle Machtvollkommenheiten entziehen²³⁾. Sie möchten die Funktionen, die heute von den politischen Organen der Gesellschaft ausgeübt werden, auf wirtschaftliche Organe übertragen — Organe, die ungefähr etwa der heutigen „Confédération Générale du Travail“ entsprechen²⁴⁾.

Man kann im allgemeinen sagen, daß die *Spencersche* Ansicht, die noch vor zwanzig Jahren von sehr vielen hervorragenden Soziologen geteilt wurde, heute dauernd an An-

²²⁾ „De la division du travail social“, Ausgabe von 1902; Vorrede von „Le suicide“, S. 434 ff.

²³⁾ *Cole*, „Social Theory“, S. 82 ff., 96 ff., 134, 145 ff.; *Carpenter*, „Guild Socialism“.

²⁴⁾ Vergl. *Mott*, „The Political Theory of Syndicalism“, loc. cit.: *Levine*, „Syndicalism in France“.

hängern verliert, während die *Wardsche* an Boden gewinnt. Die neuere Verbesserung und Verbreitung der statistischen Methoden bei den ausgesprochenen Soziologen, hat ihnen eine Technik in die Hand gegeben, die sie mit dem für eine vernünftige Sozialgesetzgebung nötigen wissenschaftlichen Rüstzeug versorgt und es ihnen ermöglicht, im Einzelfall jeden neuen Vorschlag zu beurteilen, und die Wirkung jedes wichtigen Gesetzes festzustellen. Schließlich brauche ich kaum noch besonders zu erwähnen, daß sämtliche Soziologen übereinstimmend der Ansicht sind, daß die Beamten, die Moral und die Intelligenz der Organe des modernen Staates einer erheblichen Verbesserung bedürfen, ehe wir irgend eine epochale Sozialgesetzgebung erwarten dürfen²⁵⁾.

²⁵⁾ Eine Aufzählung und Einteilung der amerikanischen Literatur über diesen Gegenstand findet man bei *Merriam* in seinen „*American Political Ideas*“, Kap. X—XII.

Zehntes Kapitel.

STAAT UND SOZIALER FORTSCHRITT.

1. Theorien über den sozialen Fortschritt.

In engem Zusammenhang mit der Erklärung des Umfanges der Staatstätigkeit, ja sogar zum Teil bestimmend für diese, ist die Frage nach dem Verhältnis des Staates zum Fortschritt der Gesellschaft. In ihren Anfängen war die Soziologie mit einer Geschichtsphilosophie des Fortschrittes verbunden¹⁾. So sind denn auch einige der hervorragendsten Begründer der soziologischen Wissenschaft gleichzeitig auch die Vertreter der modernen Fortschrittsgedanken.

In seiner Rede an der Sorbonne im Jahre 1750 über „*Les progrès successives de l'esprit humain*“ entwickelte *Turgot* ganz klar die These von der Kontinuität der Geschichte und der starken Abhängigkeit der aufeinanderfolgenden Geschlechter von der Kultur und den Einrichtungen ihrer Vorgänger²⁾. *Immanuel Kant* entwickelt in seiner „Idee einer allgemeinen Geschichte in weltbürgerlicher Absicht“ die Ansicht, daß der moralische Fortschritt der Menschheit die Folge des allmählichen fortschreitenden Ausgleichs des Konfliktes zwischen den individuellen und den sozialen Neigungen in Mensch und Gesellschaft darstelle³⁾. *Condorcet* vertritt in seiner „*Esquisse d'un tableau historique des progrès de l'esprit humain*“ (1793) eine optimistische Ansicht über die

¹⁾ Die besten englischen Zusammenfassungen auf diesem Gebiete sind *Bury*, „*The Idea of Progress*“ und *Todd*, „*Theories of Social Progress*“. Vergl. auch *Dawson*, „*On the Development of Sociology in Relation to the Theory of Progress*“ in „*Sociological Review*“, Bd. XIII, S. 75—83.

²⁾ Vergl. *Morley*, „*Critical Miscellanies*“, Bd. II, S. 78 ff.; *Flint*, „*History of the Philosophy of History in France*“, 1894, S. 280—289.

³⁾ Vergl. *Bury*, op. cit. S. 243 ff.; *Flint*, „*The Philosophy of History in France and Germany*“, 1874, S. 388—405.

soziale und kulturelle Entwicklung; er behauptet, daß der reinen und angewandten Wissenschaft eine grundlegende Bedeutung für den Fortschritt zukäme, daß sich der Prozeß des Fortschrittes durch bewußte menschliche Bemühungen beschleunigen lasse, und endlich, daß die französische Revolution einen Wendepunkt in dem Fortschritt des menschlichen Geschlechts bedeute⁴). *William Godwin* bekannte in der Schrift „*Inquiry concerning Political Justice*“ (1793) seinen Glauben an den Fortschritt der Menschheit und baute seine Hoffnung in erster Linie auf die Entwicklung der Vernunft und ihre wachsende Herrschaft über die Gesellschaft⁵). *Saint-Simon* entlieh von *Turgot* und *Burdin* die Lehre von den drei Entwicklungsstadien der menschlichen Kultur, die später von *Auguste Comte* noch erweitert und zur Grundlage seiner Geschichtsphilosophie gemacht wurde⁶). Der utopische Sozialist *Charles Fourier* antizipierte ganz unzweifelhaft die Grundthese *Lester F. Wards*, daß der Mensch durch bewußte Anstrengung den Fortschritt beschleunigen und Entwicklungsstufen abkürzen könne, die sich verzögerten, wenn die Gesellschaft sich lediglich auf die natürliche Entwicklung verlasse⁷).

Der französische Philosoph, von dem man besser sagen könnte, er habe die Soziologie aus der Taufe gehoben, als er habe sie begründet, nämlich *Auguste Comte*, brachte gewisse ältere französische Fortschrittstheorien in ein System und schuf dadurch eine der berühmtesten historischen Gedankenentwürfe über den Fortschritt der Gesellschaft. Er glaubte, daß die Menschheit bisher durch zwei Entwicklungsstadien hindurchgegangen sei — das theologisch-militärische und das metaphysisch-legistische — und gerade am Anfang eines dritten — des wissenschaftlich-wirtschaftlichen — Ent-

⁴) Vergl. *Bury*, op. cit. S. 202 ff.; *Flint*, op. cit. (1894), S. 325 ff.

⁵) Vergl. *Bury*, op. cit. 224 ff.; *Brailsford*, „*Shelley, Godwin and their Circle*“.

⁶) Vergl. *Flint*, op. cit. 1894, S. 395 ff.; *Alengry*, „*La sociologie chez Auguste Comte*“, S. 466—468; *Bury*, op. cit. S. 278 ff.

⁷) Vergl. *Flint*, op. cit. 1894, S. 408 ff.; *Gide*, „*Oeuvres choisies de Fourier*“; *Bury*, op. cit. S. 278—281.

wicklungsstadiums stehe. In soziologischer Hinsicht äußere sich dieser Fortschritt in dem allmählichen Übergang der Theokratie in die Soziokratie als dem in Zukunft herrschenden sozialpolitischen Regime⁸⁾. *Herbert Spencer* und die Soziologen, welche die biologischen Analogien ausgearbeitet hatten, wie die Sozialpsychologen, die sich der gleichen Terminologie befleißigen, wurden von der Entwicklungslehre beeinflusst und betrachteten den Fortschritt als eine vollkommene Anpassung⁹⁾. Während *Spencer* für fast jede nur mögliche Form des Fortschrittes besondere Kriterien angab, ging seine allgemeine Formel dahin, Fortschritt sei eine immer vollkommene Anpassung des Individuums an die stets komplizierteren Verhältnisse seiner gesellschaftlichen Umgebung. Diesen Begriff des Fortschrittes, als einer immer vollkommeneren Anpassung der Organe des Gesellschaftskörpers an ihre Funktionen, machten sich auch die Soziologen zu eigen, die sich vornehmlich mit der Ausarbeitung der Lehre von den biologischen Analogien in der Gesellschaft beschäftigen¹⁰⁾. Sozialpsychologen, vor allem *Bagehot* und *Tarde*, übernahmen diese Idee der Anpassung und gaben ihr eine psychologische Bedeutung in dem Sinne, daß Nachahmung als Anpassung erschien¹¹⁾. Die umfassendste Anwendung der Theorie, daß Anpassung das Wesen des sozialen Fortschrittes sei, war das Werk des italienischen Soziologen *Vaccaro*¹²⁾.

De Greef erklärte, der Fortschritt habe hauptsächlich in der Ersetzung von Gewalt, körperlichen Kämpfen und Unterdrückung durch freiwillige Vereinbarungen und Verträge be-

⁸⁾ Vergl. *Alengry*, op. cit. S. 435—476; *Dunning*, „Political Theories from Rousseau to Spencer“, S. 387—394; *Defourny*, „La sociologie positiviste“, S. 151, *Comte*, „Cours de philosophie positive“, Bd. IV. S. 157 (engl. Ausgabe).

⁹⁾ Vergl. *Bristol*, „Social Adaptation“, S. 34—36. Man findet hier eine vollständige Übersicht über die Fortschrittstheorien *Spencers* und über sein Lebenswerk.

¹⁰⁾ Vergl. *Coker*, „Organismic Theories of the State“, Kap. IV.

¹¹⁾ Vergl. *Bagehot*, „Physics and Politics“, S. 205 ff.; *Tarde*, „Les lois sociales“ und „La logique sociale“.

¹²⁾ „Les bases sociologiques du droit et de l'état.“

standen — eine Ansicht, die bis zu einem gewissen Grade von *Fouillée* geteilt wurde¹³). *Novikow* schreibt zwar der Anpassung auch eine große Bedeutung für den Fortschritt zu, meint aber, daß dieser nur durch die Verschiebung der gesellschaftlichen Konflikte von der körperlichen auf die geistige Ebene wirklich vollendet werden könne¹⁴). *Loria* und *Oppenheimer* sind der Meinung, daß der Fortschritt bisher nur in dem Ersatz der physischen Unterjochung durch wirtschaftliche Ausbeutung bestanden habe¹⁵). Nach *Ratzenhofer* und *Small* kommt der Fortschritt zustande, wenn eine auf Kooperation und Kultur gegründete Gesellschaft an die Stelle der Eroberung und Gewaltherrschaft tritt, und wenn die Gesellschaft derart funktioniert, daß sie eine Verwirklichung der meisten sozialen und individuellen Interessen ermöglicht¹⁶). *Durkheim* sieht den Fortschritt in einer immer weitergehenden gesellschaftlichen Arbeitsteilung und dem Aufkommen einer organischen und funktionellen Solidarität in der Gesellschaft auf Kosten der primitiveren und mehr mechanischen und erzwungenen Solidarität¹⁷).

Für *Hobhouse* bedeutet der Fortschritt eine harmonischere Beziehung zwischen den Organen der Gesellschaft und deren besseres Funktionieren, sowie eine geistige Beherrschung der gesellschaftlichen Entwicklung¹⁸). *Ward* sah den Fortschritt in einer Zunahme der Glückseligkeit und einer Abnahme des Elends, vor allem aber in dem Sieg des Verstandes über den Instinkt und dem der Teleologie über die Genese¹⁹). *Wallas* meint, daß der Fortschritt mit dem Sieg

¹³) „Les luttes entre sociétés humaines.“

¹⁴) *De Greef*, „Introduction à la sociologie“; *Fouillée*, „La science sociale contemporaine“.

¹⁵) *Loria*, „Economic Foundations of Society“; *Oppenheimer*, „Der Staat“.

¹⁶) *Small*, „General Sociology“, S. 325 ff.

¹⁷) „De la division du travail social.“

¹⁸) „Development and Purpose“, Einleitung; „Social Evolution and Political Theory“, S. 8, 39, 75—76, 127, 185; „Liberalism“, S. 136.

¹⁹) Diese Idee durchdringt alle Werke *Wards*. Vergl. vor allem seine auch deutsch erschienene „Reine Soziologie“.

der bewußten Bestrebungen über gefühlsmäßige Triebe und der Zunahme sozialer Erfindungen, vor allem solcher zur Verbesserung der Zusammenarbeit von Gruppen und Nationen, einhergehen müsse²⁰⁾. *Trotter* hält eine Rationalisierung und bewußte kritische Überwachung und Führung des Herdeninstinktes für eine Bedingung des Fortschrittes, damit dieser Instinkt zugunsten der schöpferischen, originalen und konstruktiven Tendenzen und Führer des Zeitalters wirken könne²¹⁾. *Giddings'* frühere Fortschrittstheorie war eine Verbindung der *Spencerschen* Idee über die zunehmende Kompliziertheit und den zunehmenden Ausgleich der gesellschaftlichen Spannung mit seiner eigenen Idee von der Bedeutung des Artbewußtseins. Neuerdings hat er sie formuliert als „die Veredlung des biologischen Gegensatzes zwischen individuellem Interesse und Gattungsinteresse²²⁾“. *Patten* hielt den Fortschritt für einen Übergang von der Befriedigung der notwendigsten Bedürfnisse zu einer schöpferischen Wirtschaft. *Ellwood*, *Dealey* und *Hayes* sind für eine Synthese dieser Fortschrittstheorien, der *Todd* durch eine kritische Zusammenfassung der bedeutenderen Fortschrittstheorien den Weg ebnete²³⁾.

Etwas abseits von den eben besprochenen Gruppen von Autoren, die an einen tatsächlichen und erreichbaren Fortschritt glauben, stehen *Ross* und *Cooley*, deren Ansicht nach die meisten soziologischen Fortschrittstheorien nur persönliche Urteile der verschiedenen Schriftsteller darstellen. Der Begriff des Fortschrittes scheint *Ross* etwas zu subjektiv, als daß man ihm einen wissenschaftlichen Wert zuerkennen könnte, darum „sollte die Gesellschaftslehre end-

²⁰⁾ „Our Social Heritage.“

²¹⁾ „Instincts of the Herd in Peace and War“, Ausg. von 1919, Nachtrag.

²²⁾ „Principles of Sociology“, S. 356 ff.

²³⁾ „Sociological Review“, Bd. XIV, S. 205—209; *Ellwood*, „Sociology in its Psychological Aspects“, S. 379 ff.; *Hayes*, „Introduction to the Study of Sociology“, S. 474—489; *Todd*, „Theories of Social Progress“; *Dealey*, „Sociology“, Teil III.

lich mit den verschwommenen und zweideutigen Begriffen wie *Fortschritt* und *Rückschritt* aufräumen und sich einfach an die Tatsache der sozialen Veränderungen halten“²⁴⁾). Nach *Cooley* gibt es kein einziges ausreichend beglaubigtes Kriterium des Fortschrittes, darum könne und dürfe die Soziologie auch keine bestimmten Kriterien des gesellschaftlichen Fortschrittes aufstellen. Die früheren Kriterien seien reichlich subjektiv gewesen, und einen wirklichen Fortschritt hätten sie nicht beweisen können. Beweisen lasse sich nur die Entwicklung. Jede Fortschrittstheorie sei ein subjektiver Versuch, darum betrachte man den Fortschritt besser als einen Prozeß denn als eine Vollendung. *Cooley* faßt seine Ansicht folgendermaßen zusammen²⁵⁾:

„Die zuweilen geäußerte Meinung, daß die Sozialwissenschaft ein bestimmtes greifbares Kriterium des Fortschrittes aufstellen müsse, beruht meines Erachtens auf einer verkehrten Auffassung der Sachlage... Die Frage, ob die Welt im Grunde genommen wirklich fortschreitet, läßt sich durch keinerlei verstandesmäßigen Beweis entscheiden.

Die Entwicklung hingegen läßt sich beweisen... Kurzum, die Realität des Fortschrittes ist eine Sache des Glaubens und nicht des Beweises... Der Fortschritt muß, wie alle anderen Lebenstätigkeiten, erst herumprobieren, wir arbeiten an ihm herum, während wir unser Leben fortführen; er ist mehr ein Prozeß als eine Vollendung.“

Tenney versucht, trotzdem er sich aller entgegenstehenden Schwierigkeiten bewußt ist, eine Fortschrittstheorie aufzustellen, die ausreichend allgemein und objektiv ist, um meßbar, beweisbar und wissenschaftlich gültig zu sein.

Viel kritischer noch als *Ross* und *Cooley* stehen *Gumplovicz* und *Le Bon* den landläufigen Fortschrittstheorien gegenüber. Sie leugnen überhaupt, daß es einen bestimmten und beweisbaren Fortschritt der Menschheit gibt und neigen zu der Annahme, die in roherer und primitiverer Form in den

²⁴⁾ „Foundations of Sociology“, Kap. VIII.

²⁵⁾ „Social Process“, S. 405—409.

klassischen Zeiten der Nationalökonomie vorherrschte, daß es wiederkehrende Entwicklungszyklen gebe²⁶⁾ 27).

2. Verhältnis des Staates zum sozialen Fortschritt.

Der wichtigste Gesichtspunkt für das Verhältnis der Theorien des sozialen Fortschrittes zu den Formen der Staatstätigkeit ist die Meinung der Autoren über die Art und Weise, in der dieser Fortschritt sich vollziehen soll. *Spencer*, *Sumner* und andere hielten, im Banne der biologischen Evolutionstheorie, den Fortschritt für ein spontanes Produkt der natürlichen Kräfte. So wie die Deisten und Physiokraten ihre Theorie auf die natürliche Ordnung der *Newtonschen* Himmelsmechanik aufbauten, so gründeten diese Soziologen ihre Lehre auf biologische Vorgänge und auf die soziale Mechanik. Ihre Einstellung zu der Funktion des Staates bei dem sozialen Fortschritt hatte große Ähnlichkeit mit der der Physiokraten und klassischen Nationalökonomien, nämlich daß der Staat den Fortschritt nicht beschleunigen, wohl aber verhindern und verzögern könne²⁸⁾. Die Lehre von der spontanen und unabhängigen Art des gesellschaftlichen Fortschrittes ist in den folgenden Auszügen aus den Werken *Spencers* und *Sumners* wohl am klarsten ausgedrückt:

„Sie sehen, daß diese Blechplatte nicht ganz eben ist; links steht sie ein wenig in die Höhe — sie ‚wirft‘ sich, wie wir zu sagen pflegen. Wie sollen wir sie gerade kriegen? Natürlich, indem wir den vorstehenden Teil glatthämmern, werden Sie antworten. Also schön; hier ist ein Hammer und ich werde, Ihrem Rate folgend, einen Schlag auf die Platte führen. Fester! sagen Sie. Noch immer keine Wirkung. Noch einen Schlag? Wohlan, hier haben Sie einen und noch einen und wieder einen. Die Beule ist nicht verschwunden, wie Sie

²⁶⁾ *Gumplowicz*, „Rassenkampf“.

²⁷⁾ *Le Bon*, „La psychologie des peuples“.

²⁸⁾ Die beiden bezeichnendsten Stellen finden sich bei *Spencer*, „The Study of Sociology“, S. 245—246; und bei *Sumner*, „War and Other Essays“, S. 195—210.

sehen, aber die Sache ist noch schlimmer als zuvor — wirklich und wahrhaftig sehr viel schlimmer. Und nicht allein das, denn sehen Sie nur, da, am anderen Ende der Platte, ist eine neue Verbeulung entstanden. Die Platte ist auch da verbogen, wo sie vorher ganz glatt war. Das hätten wir schön verpfuscht! Statt den einen Fehler zu beseitigen, haben wir einen neuen dazugefügt. Hätten wir einen Handwerker zu Rate gezogen, der mit dem Glätten Bescheid weiß, so hätte er uns gleich gesagt, bei dem Loshämmern auf die unebene Stelle würde nichts Gutes herauskommen. Er hätte uns gezeigt, daß wir auf andere Stellen in verschiedener Richtung und Stärke Hammerschläge auszuführen haben, daß wir dem Übel nicht direkt, sondern indirekt zu Leibe rücken müssen. Das Verfahren ist nicht so einfach, wie Sie gedacht haben. Selbst eine Blechplatte läßt sich nicht einfach nach den Methoden des gesunden Menschenverstandes behandeln, zu denen Sie solches Vertrauen haben. Was soll man nun da erst von der Gesellschaft sagen? „Denkt Ihr, daß ich leichter zu spielen bin als eine Flöte?“ fragt *Hamlet*. Läßt sich die Menschheit leichter zurechtklopfen als eine Blechplatte²⁹⁾?“

„Wenn diese arme alte Welt wirklich so miserabel ist, wie alle sagen, müßte noch eine andere Überlegung den Eifer der ungestümen Reformer dämpfen. Diese alte Welt ist auf jeden Fall recht zähe. Ihre Biegungen und Krümmungen, ihre Ecken und Kanten rühren aus einem unendlich langen Formationsprozeß her. Alle ihre Knoten und Knorren sind also hart und starr geworden. Da wir schwachen Menschlein sie mit all unserer Kunst nicht gerade zu biegen vermögen, können wir wenigstens die übrigen wirksamen Kräfte etwas beeinflussen, so daß sich ihre Wachstumsrichtung nach genügender Zeit ein ganz klein wenig verändert. Diese Wirkung kann aber nur sehr gering sein und braucht sehr lange Zeit. Inzwischen sind aber gleichzeitig spontane Kräfte am Werke, mit denen verglichen unsere eigenen Bemühungen etwa so sind, als ob ein einzelner Mensch versuchen wollte, einen

²⁹⁾ *Spencer*, „The Study of Sociology“, S. 245—246.

Strom in ein neues Bett zu lenken, und die das gesamte Problem verändern, ehe unsere Einmischung überhaupt Zeit gefunden hat, sich auszuwirken. Der Strom der Zeit und des irdischen Geschehens wird also seinen Lauf nehmen, ob wir uns dagegen stemmen oder nicht. Er führt jetzt alle Irrtümer und Torheiten der Vergangenheit mit sich fort, die Wracks aller Philosophien, die Fragmente aller Zivilisationen, die Weisheit aller abgetanen Moralsysteme, die Trümmer aller Institutionen und die Strafen für alle Mißgriffe. Nur in Gedanken können wir danebenstehen, zuschauen, kritisieren und Änderungen planen. Jeder einzelne von uns ist ein Kind seiner Zeit und kann nicht aus ihr heraus; er wird mitgerissen vom Strom des Geschehens und von ihm fortgeführt. Alle seine Wissenschaft und Philosophie schöpft er nur aus ihm. Wir werden also die Strömung nicht ändern. Sie wird uns samt unseren Experimenten wegschwemmen. Alle Änderungsversuche wird sie als neue, aber bedeutungslose Elemente in sich aufnehmen, und die große Bewegung der Tradition und des Geschehens wird ungeändert von unseren Steckenpferden und Plänen weiter ihren Fortgang nehmen. Ändern werden sie nur die großen Entdeckungen und Erfindungen, die neuen Reaktionen innerhalb des Gesellschaftsorganismus und die Veränderungen der Erde infolge von Veränderungen kosmischer Kräfte. Es wird also alles so kommen, wie es diesen Ursachen entsprechend kommen muß. Die Menschen werden von dem Strom des Geschehens fortgetragen und von ihm geschaffen. Bestenfalls gibt ihnen ihr Verstand die Möglichkeit, während sie vom Strom dahingetrieben werden, ihren Weg zu beobachten und aufzuzeichnen; dies tun wir heute und bilden uns darum ein, wir könnten die Bewegung machen und dirigieren. Es gibt also nichts Törichtereres, als wenn sich ein Mensch mit Papier und Bleistift hinsetzt, um eine neue soziale Weltordnung zu entwerfen³⁰⁾.“

Im Gegensatz zu *Spencer* und den übrigen Verfechtern des automatischen und spontanen Fortschrittes stehen Autoren

³⁰⁾ *Sumner*, „*War and Other Essays*“, S. 195—210.

wie *Fourier* und die Utopisten, *Comte*, *Ward*, *Hobhouse*, *Stein*, *Giddings*, *Wallas*, *Dealey* und *Duprat*. Sie alle sind der Auffassung, daß die organische und soziale Entwicklung bis zur Gegenwart nur spontan war und nicht das Produkt künstlicher Beherrschung und Leitung, aber sie sind überzeugt, daß mit zunehmender Kenntnis der sozialen Kräfte die gesellschaftliche Entwicklung bewußt und vernunftgemäß geregelt und dadurch erheblich beschleunigt werden kann. Bei diesem künstlich vervollkommenen Fortschrittsprozeß muß der Staat die Führung übernehmen; damit er aber diese Aufgabe gut und erfolgreich erfüllen kann, müssen die Staatsmänner die soziologischen Gesetze und Prozesse gründlich kennen. Ein soziologisches Erziehungsprogramm ist daher die unerläßliche Vorbedingung eines willkürlich beschleunigten Fortschrittes; unter solchen Umständen müßten die Gesetzgeber ungefähr die gleiche Rolle spielen, wie die soziologischen Priester in der positivistischen Gesellschaft³¹⁾. Am treffendsten faßt wohl *Lester F. Ward* zusammen, wie sich die erwünschte Umgestaltung der spontanen gesellschaftlichen Entwicklung in eine willkürlich beherrschte und dirigierte Entwicklung vollziehen soll, und er beschreibt die Verhältnisse, die in einem wissenschaftlich geleiteten Staate herrschen würden³²⁾:

„Der Gesetzgeber in seiner Eigenschaft als wissenschaftlicher Forscher würde alles daran setzen, Mittel ausfindig zu machen, durch die jene Kräfte, die heute üble Wirkungen zeitigen, unschädlich, und jene, die heute verloren gehen, nutzbar gemacht werden können. Infolgedessen würde nicht bloß unsere heutige, nur mit Verboten arbeitende Gesetzgebung, die durch direkte oder rohe Methoden zu wirken sucht, sehr bald durch eine erziehliche Gesetzgebung ersetzt werden, die

³¹⁾ Vergl. die oben angeführten Werke dieser Autoren. Bezugnahme auf die *Wardschen* Lehren findet man im „*American Journal of Sociology*“, Bd. XXV, S. 166—169; ferner bei *Dealey*, „*Eudemics, The Science of National or General Welfare*“ in den „*Publications of the American Sociological Society*“, Bd. XV, 1920.

³²⁾ „*Dynamic Sociology*“, Bd. II, S. 249—250.

ihr Ziel durch indirekte oder geistige Mittel erreicht. Eine solche würde es ermöglichen, daß der Staat seine Beschützerfunktionen infolge des Wegfalles der Reibungsflächen mit einer ungeheuren Aufwandsersparnis erfüllt und nun auch wirklich Funktionen übernehmen könnte, die auf eine Verbesserung der Verhältnisse abzielen, statt bloß weiterhin ausgleichend zu wirken. Die Gesellschaft, die nunmehr zum erstenmal ein wirkliches Gesamtbewußtsein erhielte, könnte zum mindesten das Wirkungsfeld für die unabhängige Verwirklichung ihrer eigenen Interessen abstecken, etwa in derselben Art, wie sich ein gescheiter und weitsichtiger Mensch seine eigene Lebensbahn vorzeichnet. Die Gesellschaft könnte dadurch nicht bloß Schutz und Interessenausgleich ohne Freiheitseinbuße und zu den minimalsten Kosten sicherstellen, sondern auch fortschrittliche Regelungen treffen, welche direkt auf die Organisation des Glückes der Menschheit abzielen. Kennt die Regierung erst Wesen und Wirkungsart der wirklich fortschrittlichen sozialen Faktoren, so wird sie sich nicht mit deren Pflege und Schutz begnügen, sondern auch versuchen, sie und ihren Einfluß zu steigern und zu verstärken. Wenn sie nicht mehr daran zweifelt, daß der Fortschritt im großen ganzen dem Maß und der Verbreitung der Intelligenz proportional geht, so wird sie auch keine Mühe und Kosten scheuen, um jedem Bürger einen gleichen und ausreichenden Bestand nützlicher Kenntnisse zu vermitteln.“

3. Soziologische Untersuchungen über Revolutionen.

Das Problem plötzlicher oder rascher sozialer und politischer Umgestaltungen, mit anderen Worten die Soziologie der Revolutionen, ist ebenfalls von soziologischer Seite in Angriff genommen worden, in erster Linie von *Le Bon* und *Ellwood*. *Le Bons* Analyse der Sozialpsychologie der Revolutionen ist glänzend geschrieben und verrät tiefe psychologische Einsicht. Er erörtert die Probleme der psychologischen Entstehung von Revolutionen, die Ansteckung bei ihrem Ausbruch,

die Herrschaft von Instinkt und Gemütsregungen über alle verstandesmäßigen Elemente, und die Führertypen, die in Revolutionszeiten den größten Einfluß ausüben. Der große Mangel des *Le Bonschen* Werkes ist methodologischer Art. Er leitet bestimmte Verallgemeinerungen aus dem Studium der französischen Revolution ab und prüft sie dann auf ihre Richtigkeit an eben der gleichen Bewegung, mit dem Erfolg, daß seine Thesen eine ungerechtfertigte und unrichtige Glaubwürdigkeit erhalten³³).

Ellwoods Arbeit ist nicht so glänzend geschrieben, aber viel zuverlässiger. Er weist überzeugend nach, daß eine Revolution das unvermeidliche Ergebnis eines Versagens der Methoden und Ventile der normalen sozialen Veränderungen ist. Sie ist im letzten Grunde mehr ein sozialer Prozeß als eine politische Episode. Durch eine Periode der Zerstörung und Anarchie gehen die Revolutionen zu einer konstruktiven, womöglich gar etwas reaktionären Wiederaufbauperiode unter der Leitung eines zeitweiligen Diktators über. Jedenfalls sind sie, im Vergleich zu der methodischen und unbehinderten gesellschaftlichen Entwicklung, eine kostspielige Fortschrittsmethode. Aber die Verantwortung für den Ausbruch wie für die Ausschreitungen der Revolutionen trifft in weit stärkerem Maße die Reaktionäre als die Radikalen der revolutionären Massen³⁴).

Die russische Revolution vom Frühjahr 1917 bot den Soziologen eine glänzende Gelegenheit zum Studium von Ursache, Wesen und Verlauf von Revolutionen, die leider nur von wenigen ausgenutzt wurde. Die meisten Autoren, die über die russische Revolution geschrieben haben, standen noch unter dem Einfluß der Kriegspsychologie und der konservativen Reaktion der Nachkriegszeit, und behandelten sie in dem

³³) „La révolution française et la psychologie des révolutions“, engl. erschienen im „American Journal of Psychology“, Bd. XXXI, S. 336.

³⁴) *Ellwood*, „A Psychological Theory of Revolutions“ im „American Journal of Sociology“, Bd. XI, S. 49—59. Auch *Adams*, „A Theory of Social Revolution“ und *Hyndman*, „The Evolution of Revolution“. Vergl. *P. Sorokin*, „Sociology of revolution“.

gleichen dualistischen und eschatologischen Geist, wie einst *Orosius* die heidnische Kultur des klassischen Altertums. Eine bemerkenswerte Ausnahme bilden die Arbeiten von *Ross*. Mögen ihnen auch manche Schwächen anhaften, weil er die russische Geschichte und die russischen Einrichtungen im einzelnen nicht genau genug kennt, so zeigen sie doch jene wissenschaftliche Unvoreingenommenheit, jenes Verständnis für die Mannigfaltigkeit der zusammenwirkenden Faktoren und jene Einsicht in komplizierte gesellschaftliche Vorgänge, die im selben Maße charakteristische Eigentümlichkeiten der besten soziologischen Arbeiten sind, als sie der Mehrzahl der historischen Werke abgehen³⁵).

³⁵) „Russia in Upheaval“ und „The Russian Bolshevik Revolution“.

Elftes Kapitel.

SOZIOLOGISCHE THEORIEN ÜBER NATIONALE UND INTERNATIONALE PROBLEME.

1. Die Soziologie des Krieges.

Seit den Tagen *Adam Fergusons* haben die Soziologen immer von neuem auf die soziale und politische Bedeutung des Krieges hingewiesen. Hauptsächlich *Spencer*, *Gumpłowicz*, *Bagehot*, *Tarde*, *Le Bon*, *Ratzenhofer*, *Oppenheimer*, *Vaccaro* und *Ward* haben seinen Anteil an der Entstehung der gesellschaftlichen Institutionen, vor allem des Staates, aufgezeigt¹). Die meisten der genannten Autoren setzten auseinander, daß die wichtigen Dienste, die der Krieg auf primitiven Kulturstufen geleistet hat, durchaus noch nicht zu der Annahme berechtigen, er müsse nun auch in Zukunft stets eine günstige Wirkung haben; man solle ihn daher durch eine andere Form der Auseinandersetzung mildern oder ersetzen²). Die Sozialdarwinisten und *Le Bon* hingegen halten den Krieg für einen notwendigen und dauernd wertvollen Faktor der gesellschaftlichen Entwicklung, weil er eine unentbehrliche auslesende Funktion erfülle³). Dieser Behauptung wird von *Novikow* und *Nicolai* sehr energisch widersprochen; beide beweisen sehr eingehend und einleuchtend, daß der Krieg der Rasse abträglich und durchaus kein notwendiger Kulturfaktor sei. Vor allem wenden sie sich gegen die Theorie, daß sich die *Darwinsche* Idee vom Überleben des Tauglichsten im Kampf ums Dasein als soziologisches Argument für die

¹) Vergl. ihre oben angeführten Werke.

²) Diese Ansicht wurde von *Spencer*, *Bagehot*, *Novikow*, *Stein*, *De Greef*, *Ratzenhofer* und *Gumpłowicz* entwickelt.

³) *Le Bon*, „La psychologie politique“, S. 84 ff. Vergl. *Ammon*, *Tille*, kritisch dagegen *Gumpłowicz*' Schüler *Savorgnan*, „La guerra e la popolazione“.

Fortdauer der Kriege in der menschlichen Gesellschaft verwerten lasse⁴⁾). *Giddings*, *Hayes* und *Stein* nehmen in dieser Frage eine eklektische Haltung ein, indem sie zwar den Wert der Kriege in früherer Zeit anerkennen, ihn aber heutzutage als Anachronismus empfinden⁵⁾). *Gumpłowicz*, *Oppenheimer*, *Loria* und *Vaccaro* betonen den Einfluß der wirtschaftlichen Faktoren auf die Entstehung der Kriege, und *Gini* untersucht den Zusammenhang zwischen Bevölkerungsdruck und Krieg⁶⁾).

2. Stellung der Soziologie zum Imperialismus.

Auch die Probleme des modernen Imperialismus und der Weltpolitik haben das Interesse der Soziologen erregt. Zahlreiche Schriftsteller, darunter an erster Stelle *Fiske*, *Kidd* und *Giddings*, verteidigen die imperialistische und koloniale Expansion als das beste Mittel zur Ausbreitung einer höheren Kulturstufe und zur Verminderung der Kriegsgefahr⁷⁾). *Giddings* gibt dieser Annahme in folgendem Abschnitt sehr klaren Ausdruck⁸⁾):

„Wenn die Geschichte sich nicht in rückläufiger Richtung bewegen soll, so muß sie durch eine Absorption der kleinen Staaten und Kolonien in größere politische Einheiten fortschreiten. Soll der ganze bisherige Verlauf der Geschichte nicht sinnlos sein, so werden die Kriege — der externe Wettbewerb der Gruppen — nicht eher aufhören, als bis alle Nationen in ganz großen Reichen vereinigt sind . . .

Nur wenn auch die entlegensten Teile dieser Welt einbegriffen werden, kann es zu jenem vollen gegenseitigen Ver-

⁴⁾ *Novikow*, „La critique du darwinisme social“; *Nicolai*, „Die Biologie des Krieges“.

⁵⁾ *Giddings*, „Principles of Sociology“, S. 316; *Hayes*, „Introduction to the Study of Sociology“, S. 538 ff.; *Stein*, „Einführung in die Soziologie“, S. 217 ff.

⁶⁾ Vergl. die oben angeführten Werke und *Gini*, „Problemi Sociologici della Guerra“.

⁷⁾ *Fiske*, „American Political Ideals“, Kap. III; *Kidd*, „The Control of the Tropics“; *Giddings*, „Democracy and Empire“, Kap. I, XVII, XX.

⁸⁾ Op. cit. S. 357.

ständnis zwischen den Menschen kommen, das die notwendige Vorbedingung des moralischen Verwandtschaftsgefühles ist. Nur in der geistigen Brüderlichkeit der irdischen Republik, die nicht bloß von Blut und Eisen, sondern in gleichem Maße auch von Liebe und Vernunft geschaffen worden ist, wird das himmlische Reich auf Erden errichtet werden.“

Die Theorie des Imperialismus wird von *Hobhouse* und *Hobson* in England, wie von *Sumner* in den Vereinigten Staaten heftig bekämpft. Die genannten Soziologen halten koloniale Expansion für unvereinbar mit demokratischen Einrichtungen im Mutterland; sie behaupten, daß sie die Freiheit im Inneren beschneide, die Ausgaben für Rüstungen und Verwaltung steigere und dadurch den Betrag, der für fortschrittliche Sozialgesetzgebung zur Verfügung bleibe, vermindere, daß sie die Aufmerksamkeit von den inneren Staatsproblemen abziehe, und daß sie absolut außerstande sei, die Häufigkeit oder Wahrscheinlichkeit der Kriege zu vermindern, weil kein Staat je mit seinem Besitz zufrieden wäre, mag dieser noch so ausgedehnt sein⁹⁾.

Die Soziologen haben bisher der Größe der Staaten und der Bedeutung der territorialen Ausbreitung nicht allzuviel Beachtung geschenkt. Zu den Verteidigern der Expansion und der Ausdehnung des territorialen Machtbereiches der Staaten gehören *Tarde* und *Ratzel* neben *Giddings*. Sie behaupten, die Geschichte beweise uns eine stete Vergrößerung der politischen Einheiten, die zivilisationsfördernd gewirkt habe¹⁰⁾. *Comte*, *Le Play*, *Vaccaro* und andere haben aus soziologischen Gründen die Kleinstaaten verteidigt¹¹⁾. Die meisten Soziologen geben zu, daß die großen Nationalstaaten der Gegenwart zu umfangreich geworden sind, um eine wirklich gute Verwal-

⁹⁾ *Hobhouse*, „Democracy and Reaction“; *Hobson*, „Imperialism“; *Sumner*, „War and Other Essays“.

¹⁰⁾ Vergl. *Ratzel*, „Der Staat und sein Boden“ und „Politische Geographie“.

¹¹⁾ *Comte*, „Cours de philosophie positive“, Bd. II, S. 251–253 (engl. Ausgabe); *Le Play*, „La réforme sociale en France“ und „La constitution essentielle de l'humanité“; *Vaccaro*, op. cit. S. 473 ff.

tung zu ermöglichen und um ein aktives Interesse an der Gesetzgebung zu erwecken. Die großen Nationalstaaten sind mehr aus dynastischem Ehrgeiz entstanden als aus verwaltungstechnischen Notwendigkeiten, denn sie entstanden zu einer Zeit, in der die Funktionen des Staates verglichen mit den heutigen Problemen der Gesellschaft noch verhältnismäßig einfache waren. Die meisten Soziologen raten zwar nicht zu einer Aufteilung der modernen Staaten in kleinere unabhängige Einheiten, aber sie sprechen sich fast durchwegs für eine verwaltungsmäßige, möglichst auch gesetzgeberische, Dezentralisation aus. Einige von ihnen, wie die Regionalisten, möchten die Autonomie der natürlichen geographischen Bezirke steigern; andere, vor allem die Pluralisten, eine Dezentralisation nach funktionellen statt nach territorialen Gesichtspunkten vornehmen¹²⁾. *Follett* schlägt einen Mittelweg vor, der sowohl dem regionalen wie dem funktionellen Prinzip Gerechtigkeit widerfahren läßt¹³⁾. Aber auch jene Soziologen, die für diese Vorschläge zur Dezentralisation unserer heutigen übergroßen und überlasteten Staaten eintreten, möchten die nationale Einheit in Politik und Gesetzgebung durch eine Form des Bundesstaates gewahrt haben¹⁴⁾.

3. Eine soziologische Theorie der Grenzen.

Mit den Problemen des Krieges, der Ausbreitung und der Staatengröße eng verbunden ist die Frage der Grenzregelung. Einzelne Soziologen haben diesen Gegenstand bereits kurz gestreift, aber ausführlich untersucht und analysiert wurde er erst von dem Belgier *Guillaume De Greef*, der eine wirklich soziologische Theorie der Grenze aufgestellt hat. Form

¹²⁾ *Geddes* und *Branford*, „The Coming Polity“; *Cole*, „Social Theory“; *Coker*, „The Technique of the Pluralistic State“, loc. cit.

¹³⁾ „The New State.“

¹⁴⁾ Vergl. *Laski*, „Problem of Administrative Areas“; *Follett*, „The New State“; *MacIver*, „Community: a Sociological Study“; *Cole*, „Social Theory“; *Deschanel*, „La décentralisation“; *Duguít*, „Law in the Modern State“; *Paul-Boncour*, „Le fédéralisme économique“.

und Grenzen einer sozialen und politischen Vereinigung, wie sie der Nationalstaat vorstellt, sind nach *De Greef* das Resultat eines Gleichgewichtszustandes zwischen dem sozialen Druck von innen und dem Gegendruck der geographischen und sozialen Kräfte von außen. Die Grenzen zwischen Völkern verschiedener Staatszugehörigkeit sind keine scharfen Demarkations- oder Trennungslinien. Häufig enthalten gerade die Grenzgebiete die gemischteste Bevölkerung und weisen die engsten sozialen und ökonomischen Wechselbeziehungen auf. Die Grenzen sind, mit anderen Worten, keine bestimmten, nach militärischen, strategischen, ethnischen oder geographischen Gesichtspunkten gezogenen Trennungslinien, sondern verschwommene und veränderliche Gebiete, die sich aus dem Ausgleich des sozialen Druckes ergeben. Ihre Lage ist durch die zurzeit gerade bei den streitenden oder benachbarten Bevölkerungen wirksamen sozialen Faktoren bedingt und steht häufig nur in recht losem Zusammenhang mit den politischen Grenzen. Die folgenden Zitate aus dem Buche *De Greefs* mögen seine wichtige soziologische Grenztheorie verdeutlichen¹⁵⁾:

„Wir sehen also, daß die Grenzen jeder Gesellschaftsgruppe, mindestens jeder primitiven Gruppe, einerseits eine Funktion des Wohnortes und der wirtschaftlichen Verhältnisse sind, welche sich von Anfang an aus der Verbindung von Bevölkerung und Wohnort ergeben; und sich anderseits aus dem Verhältnis des äußeren Milieus zu dem sozialen und geographischen Milieu der Gruppe selbst ableiten. Es versteht sich von selbst, daß der soziale Verkehr, die Streitigkeiten oder die Verschiedenheiten zwischen den Gruppen sich in den Grenzgebieten am stärksten fühlbar machen. Die Grenzen sind gewissermaßen die Sinnesorgane jeder Gruppe, in denen der Eindruck der äußeren Welt zustande kommt; in ihnen konzentriert sich dauernd die Aufmerksamkeit, und sie

¹⁵⁾ „La structure générale des sociétés“, Teil II; „American Journal of Sociology“, Bd. IX—X, bes. Bd. X, S. 64 ff. Vergl. auch *Tenney*, „Political Science Quarterly“, Bd. XXV, S. 502—508.

enthalten die auf Angriff, Verteidigung, Schutz und friedliche Vereinbarungen gerichteten Kräfte der Gruppe. Bei den Lebewesen finden wir etwas ganz Ähnliches: Nervensystem und Sinnesorgane werden von äußeren Zellen gebildet, welche die äußeren Reize unmittelbar aufnehmen. Die gesellschaftlichen Grenzen erscheinen uns also als die Resultante eines fortwährenden aber veränderlichen Gleichgewichtes zwischen der inneren molekularen Zusammensetzung jeder Gesellschaftsgruppe einerseits und der äußeren ebenfalls molekularen Zusammensetzung der Gruppen anderseits, woraus sich die Massenaktionen und -reaktionen ergeben; das heißt, eine Reaktion zwischen den Gruppen, aus der eine gegenseitige Abgrenzung, ein Gleichgewicht, zwischen den Gruppen erwächst, das sich zuerst in der Entstehung einer Grenze äußert, eben an der Stelle, wo das Gleichgewicht zustande gekommen ist. Dabei erkennen wir die positive Funktion der Grenze, die bisher nur als eine negative Funktion, ein Hindernis, eine mehr oder minder unübersteigliche Trennungslinie dargestellt wurde. In Wirklichkeit ist diese rein negative Funktion ganz sekundär. Die ständige und positive Funktion jeder Grenze besteht darin, daß sie die inneren Kräfte der Gesellschaft mit den Kräften der äußeren Gruppen zusammenbringt und zwischen beiden ein Gleichgewicht schafft. Vor allem ist die Grenze das Organ des Verkehrs und des Austausches zwischen den Gruppen, das lebenswichtige Organ der Gruppenbeziehungen, eine Registrier- und Warnungsvorrichtung, welche die Gruppe dauernd über ihre Ausbreitungsmöglichkeiten unterrichtet und ihre entsprechenden Reaktionen bestimmt.

Bis heute haben sich alle sozialen Beziehungen vornehmlich nach militärischen Gesichtspunkten entwickelt; gleich dem gesamten inneren Aufbau der Gesellschaft tragen auch die Grenzen den Stempel dieser Form und werden unter dem gleichen Gesichtspunkt angesehen und festgesetzt. Eroberung und Krieg sind jedoch rohe und häßliche Formen für internationale Beziehungen, und gerade darum haben sich die Grenzen

dauernd verändert und sind die sogenannten natürlichen Grenzen immer wieder überschritten worden, denn es ist ein ewiges und allgemeines Gesetz, daß die Ausbreitung jeder Gruppe von dem Verhältnis ihrer inneren Organisation und ihrer Zusammensetzung zu der inneren Organisation und Zusammensetzung der benachbarten Gruppen abhängt. Bei diesem dauernden und stets labilen Gleichgewicht muß man die Nachbarngruppen und die geographische Umgebung ebensosehr in Betracht ziehen wie die innere Zusammensetzung der Gruppe selbst. In der Tat ist dann die Grenze, abgesehen von den inneren Verhältnissen und der inneren Organisation der Gruppe, ebensosehr bedingt durch die dauernden oder vorübergehenden äußeren oder geographischen Verhältnisse wie durch die benachbarten Gesellschaftsgruppen, deren Zusammensetzung und Organisation ebenfalls an der Entstehung der Grenze in den Gleichgewichtsgebieten mitwirken. Die Grenzlinie, die aus dem Gleichgewicht der allen Gruppen gemeinsamen gesellschaftlichen Kräfte entsteht, ist je nach den in der Gruppe gerade vorherrschenden sozialen Kräften verschieden. So besitzen manche Gesellschaften eine sehr deutlich markierte militärische Grenze; andere schon etwas unbestimmtere wirtschaftliche Grenzen; manche haben religiöse und kulturelle Grenzen, die sich noch viel schwerer in dauernde Verkehrswege umgestalten lassen.

Militärische Grenzen sind im allgemeinen einfach; sie zeigen den Wert und das Gleichgewicht der Werte zwischen den Gesellschaftsgruppen in der brutalsten und rohesten Form an. Immerhin sind sie nur das Ergebnis und der Ausdruck dieses reziproken Wertes. Das beweist ihre fortwährende Unbeständigkeit. In den fortgeschritteneren Gesellschaften sind die Erscheinungen zwar verwickelter, aber im Grunde genommen die gleichen wie bei den primitiven Gesellschaften. Werden die Grenzen zwischen diesen Gesellschaften — die stets vorläufige Grenzen sind und sich nur bis zu einem bestimmten Augenblick in friedlichem Gleichgewicht befinden — überschritten, entweder infolge eines Bevölkerungsüber-

schusses oder aus Nahrungsmittelmangel, so kann dies entweder auf kriegerische oder auf friedliche Weise geschehen. Das Ergebnis wird in Wirklichkeit das gleiche sein, der Vorgang ist nur oberflächlich verschieden. Ich sehe wirklich keinen Unterschied zwischen der bewaffneten Eroberung eines Landes und seiner wirtschaftlichen Unterwerfung; Handels- und Produktionsverträge mit anderen Ländern führen beispielsweise häufig letzten Endes zu politischer Abhängigkeit. Portugal ist seit dem Methuen-Vertrag ein geschichtliches Beispiel für diese Tatsache.“

Dieser Grenzbegriff ist eine scharfe Herausforderung der herkömmlichen Meinung, daß Grenzen sich willkürlich von Generälen oder Diplomaten festsetzen lassen. Die Unmöglichkeit, die wirklichen gesellschaftlichen Grenzen mit den willkürlich festgesetzten Grenzen zusammenfallen zu lassen, hat einige der wichtigsten modernen innerstaatlichen und internationalen Probleme ins Leben gerufen.

4. Das Nationalitätenproblem.

Auch die wichtigsten Probleme der Nationalität und des Nationalismus sind von soziologischer Seite untersucht worden. Besonders bemerkenswert in dieser Beziehung sind *Novikows* Arbeiten. Der heutige rationalistische Nationalitätsbegriff, der die Nationalität als psychischen und kulturellen statt als politischen Faktor auffaßt, und auf Schriftsteller wie *Renan* und *Zimmermann* zurückgeht, ist von *Novikow* seit 1885 sehr gründlich und energisch verteidigt worden. *Novikow* hielt die Nation als geistige und kulturelle Einheit für das höchste Produkt der gesellschaftlichen Entwicklung und für einen viel mächtigeren Faktor des gesellschaftlichen Fortschritts als den Staat. Dieser sei bloß ein plumper und unintelligenter Schutzmann, bestenfalls ein notwendiges Übel; die Nation hingegen erscheint als die wichtigste kollektive und schöpferische Kraft der modernen Kultur¹⁶).

¹⁶) *Novikow*, „Les luttes entre sociétés humaines“, S. 125 ff., 339 ff., 345.

Veblen machte einen wichtigen Zusatz zu der Analyse des Nationalismus und Patriotismus, indem er zeigte, wie der nationalistische Komplex durch das Eindringen der „Theorie der Geschäftsunternehmungen“, des wirtschaftlichen Imperialismus und der übrigen technischen und psychologischen Stadien des Industrialismus seit der industriellen Revolution verstärkt worden ist. Er hat dadurch nachgewiesen, daß die Lösung der Nationalitätenprobleme sowohl wirtschaftliche als politische Reformen erfordert¹⁷⁾). Wertvolle Beiträge zur Erforschung der sozialpsychologischen Faktoren des modernen Nationalismus haben ferner auch noch *Pillsbury* und *Partridge* geliefert¹⁸⁾).

5. Einwanderung im Lichte der Soziologie.

Das Einwanderungsproblem in seinem Zusammenhang mit der Außenpolitik und den internationalen Beziehungen haben *Commons*, *Ross*, *Fairchild* und *Tenney* soziologisch erforscht¹⁹⁾). Diese Autoren kommen zu dem Schluß, daß die Einwanderung der Gesellschaft und dem Staat vorteilhaft sein könne, wenn die Einwanderer mindestens durchschnittliche körperliche Gesundheit und einen genügend hohen wirtschaftlichen und kulturellen Standard besitzen, und wenn sie in so geringer Zahl kommen, daß sie sich ohne weiteres von der übrigen Bevölkerung assimilieren lassen. Die neuere Einwanderung in die Vereinigten Staaten ist ihrer Ansicht nach dem Lande sehr nachteilig gewesen, da die Einwanderer sich aus körperlich sehr verschiedenartigen Völkern und einem im Vergleich zum amerikanischen viel niedrigeren wirtschaftlichen und kulturellem Niveau rekrutierten, und überdies

¹⁷⁾ „The Nature of Peace and the Terms of its Perpetuation.“

¹⁸⁾ *Partridge*, „The Psychology of Nations“; *Pillsbury*, „The Psychology of Nationality and Internationalism“. Vergl. *A. van Gennep*, „Traité comparatif des nationalités“.

¹⁹⁾ *Commons*, „Races and Immigrants in America“; *Ross*, „The Old World in the New“; *Fairchild*, „Immigration“; *Tenney*, „Social Population and Democracy“.

nur allzuoft große körperliche, geistige und moralische Defekte aufwiesen. Die Regierung hat zu den unglückseligen sozialen Folgen der Einwanderungsbewegung noch das ihrige beigetragen, weil sie sich die Einwanderer nicht genau genug angesehen, die Defekten nicht ausgeschlossen und die Zahl der Zuströmenden nicht in vernünftigen Grenzen gehalten hat. Sie hat auch keinerlei Vorkehrungen getroffen, die Einwanderer vor wirtschaftlicher Ausbeutung zu schützen, sie zu unterrichten und zu amerikanisieren und ihnen anständige Lebens- und Erholungsmöglichkeiten zu sichern. Die gesellschaftliche und politische Abkapselung der Einwanderer bildet eines der kompliziertesten sozialen Probleme Amerikas; und die Ausbeutung der Einwanderer durch gewissenlose Politiker ist eine bedeutsame politische Folge der ausländischen Invasion.

Das wichtigste Ergebnis dieser Arbeiten ist die einstimmige Schlußfolgerung, daß man die Einwanderungspolitik eines Landes auf allgemeine soziologische Erwägungen gründen müsse statt auf Sentimentalität, wirtschaftliche Ausbeutung, unterschiedliche Behandlung der Rassen, politischen Opportunismus und Chauvinismus. Auch die geographischen und wirtschaftlichen Faktoren in Gesellschaft und Staat sollten vorher in Betracht gezogen werden, da sie bei der Entstehung und Verteilung der Einwanderung eine große Rolle spielen.

6. Soziologische Untersuchungen über Internationalismus.

Die meisten Soziologen, die sich mit diesem Problem befaßt haben, halten die heutige Ära der unabhängigen Nationalstaaten nur für eine Übergangsepoche in der kulturellen und politischen Entwicklung. Daß sie alle so rasch und übereinstimmend zu dieser Ansicht gekommen sind, mag daher rühren, daß sie sich mit dem Mechanismus der Nationalstaaten nicht viel abgegeben haben und seine Idee für sie daher nichts Unantastbares bedeutet, und daß sie nur auf die

Entstehungs- und Entwicklungsursachen der Einrichtungen eingegangen sind. Zu den Autoren, die am klarsten die Kräfte und Tendenzen aufgezeigt haben, welche den Weltstaat als die natürliche und logische Entwicklung der unabhängigen Nationalstaaten erscheinen lassen, gehören *Hobhouse*, *Stein*, *Stuckenberg*, *Novikow* und *De Greef*. Die drei erstgenannten beschäftigten sich mit der politischen, juristischen und soziologischen Seite der Entstehung des Internationalismus, während *Novikow* und *De Greef* die Rolle von Handel, Verkehr und wechselseitiger Abhängigkeit betonten, die eine Form internationaler Vereinigung unabweislich zu machen scheinen²⁰).

Obzwar die Soziologie im großen ganzen für internationale Rechtsorganisation und Weltfrieden eintritt, haben die Soziologen doch betont, daß ein Weltstaatenbund, oder eine andere stabile Form internationaler Organisation, erst dann möglich sein wird, wenn die allgemeinen sozialen Verhältnisse für ein solches Entwicklungsstadium reif sind. Eine internationale Friedensordnung, ein Völkerbund, läßt sich ebensowenig wie Freiheit im einzelnen Staat bloß durch die Maßnahmen der Staatsmänner oder das *fiat* ihrer diplomatischen Agenten erzwingen. Diese Ziele lassen sich nur erreichen, wenn die wirtschaftlichen Wechselbeziehungen, die internationale Zusammenarbeit und die kulturelle Verschmelzung einen Entwicklungsgrad erreicht haben, bei dem die politische Vereinigung lediglich die formelle und offizielle Bestätigung einer bereits vorhandenen Kulturtatsache bedeutet. Den ersten Schritt in dieser Richtung kann man tun, indem man die Ursachen internationaler Reibungen möglichst vermindert und die international gerichteten Gedanken und Handlungen in jeder

²⁰) *Hobhouse*, „Morals in Evolution“, S. 68; „Democracy and Reaction“, S. 153 ff., 195 ff.; „The World in Conflict“, S. 88 ff.; „Questions of War and Peace“, S. 183—224; *Stuckenberg*, „Sociology“, Bd. II, S. 128—194; *Novikow*, „Les luttes entre sociétés humaines“, S. 575 ff.; „The Mechanism and Limits of Human Association“; *De Greef*, „La structure générale des sociétés“; *Stein*, „Einführung in die Soziologie“, S. 441 ff.

möglichen Weise unterstützt. *Graham Wallas*²¹⁾ hat kürzlich dargelegt, daß man Methoden, Einstellungen und geistige Vorbilder für internationale Zusammenarbeit schaffen müsse; er hat allerdings die diesem Wunsche entgegenstehenden Schwierigkeiten offen zugegeben. *Giddings* und *Tenney* zeigten, daß kulturelle Assimilation und internationale Sympathie jeder dauernden und wirksamen Vereinigung der Nationen oder dem internationalen Frieden vorangehen müssen. Das erfordert keine absolute Gleichartigkeit der Kultur, wohl aber eine ausreichende Ähnlichkeit in wesentlichen Punkten, die eine nützliche Zusammenarbeit gestattet²²⁾. Schließlich hat *Veblen* auf die Schwierigkeiten hingewiesen, die der Entwicklung freundschaftlicher internationaler Beziehungen entgegenstehen, so lange die nationale Politik von den modernen kapitalistischen „Patrioten“ beherrscht wird, den Leuten mit ihrer sparsamen Wirtschaft zu Hause und ihrer imperialistischen Außenpolitik. Man muß die hauptsächlichsten wirtschaftlichen Ursachen der internationalen Rivalität ausschalten, unschädlich machen oder internationalisieren²³⁾.

Wohl die wichtigste soziologische Arbeit über die Probleme des Internationalismus, im Lichte des letzten Weltkrieges gesehen, stammt von *Hobhouse*. In dem letzten Abschnitt seines Buches „*World in Conflict*“ und im Schlußkapitel seiner „*Questions of War and Peace*“ bespricht er die notwendige Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen nach dem Kriege, die erfolgen muß, wenn der Welt in Zukunft Katastrophen, wie die von 1914—1918, erspart bleiben sollen. Seiner Ansicht nach haben die Staaten der Welt nur die Wahl zwischen zwei Möglichkeiten: entweder der Fortdauer des Wettkampfs und der Kriegsbereitschaft, die zu neuen Kriegen und zunehmender Selbstzerstörung der westlichen Kultur

²¹⁾ „*Our Social Heritage*“, bes. Kap. IX.

²²⁾ *Giddings*, „*The Bases of an Enduring Peace*“ im „*International Conciliation Bulletin*“, Nr. 113. *Tenney*, „*Theories of Social Organization and the Problem of International Peace*“ in „*Political Science Quarterly*, Bd. XXX, S. 1—14.

²³⁾ *Veblen*, „*The Nature of Peace*“.

führt, oder der Schaffung von „bestimmten internationalen Rechtsformen“²⁴⁾. Der alte Kosmopolitismus, der sich auf Humanität und Freihandel aufgebaut hat, ist mit *Cobden* dahingestorben. Es besteht keine Hoffnung mehr, ihn wiederzubeleben; nur ein Internationalismus, der sich auf die Anerkennung des Eigenlebens und der gegenseitigen Abhängigkeit der Nationalstaaten aufbaut, kann eine entsprechende Grundlage für die zukünftigen internationalen Beziehungen abgeben. Friedensgarantien, wie man sie im Haager Schiedsgericht oder in schiedsrichterlichen Abkommen vorgeschlagen hat, Zusammenschluß aller Nationen gegen den angreifenden Staat, der die internationalen Gesetze übertritt, wirtschaftlicher Boykott gegen die Übertreter des Völkerrechtes und dergleichen, hält *Hobhouse* nicht für ausreichend. „Ich sehe mich also zu der Schlußfolgerung gezwungen,“ sagt er, „daß wir entweder weitergehen müssen als bisher oder uns gar nicht mehr rühren; ich bin gleich meinem Freunde *Hobson* der Meinung, daß es keine andere formelle Garantie für den dauernden Frieden gibt, als die Errichtung eines Weltstaatenbundes“²⁵⁾. Den gangbarsten Weg zur Errichtung eines Weltstaates sah *Hobhouse* (vor Kriegsende) in der Umwandlung der jetzigen Entente in einen Staatenbund, dem später die neutralen Staaten und auch Deutschland angegliedert werden sollen, sobald man es als gewiß ansehen könne, daß dieses Land von pazifistischen Elementen beherrscht werde²⁶⁾. In den folgenden Sätzen faßt er seinen Plan kurz zusammen:

„Ich möchte also die Umwandlung der bestehenden Allianz in eine ständige Liga oder einen Bundesstaat in Aussicht nehmen, dem eine regelrechte Verfassung und bestimmte Funktionen, einschließlich einer gewissen Kontrolle über die Munitionsherstellung zu Kriegszwecken, gegeben werden sollen. Von Anfang an aber möchte ich die Verbreiterung der Liga durch den freiwilligen Beitritt neuer Mitglieder ins

²⁴⁾ *Hobhouse*, „Questions of War and Peace“, S. 183—186.

²⁵⁾ *Ibid.*, S. 139—199.

²⁶⁾ *Ibid.*, S. 214 ff.; „The World in Conflict“, S. 88 ff.

Auge fassen. ... Sie würde dadurch mit einem Schlag aus einer gewöhnlichen Allianz zu einer Art Weltstaatenbund werden²⁷⁾).

Sicherlich haben der Verlauf und das Ergebnis der Pariser Friedenskonferenz sowie die nachfolgenden Schritte der alliierten Diplomatie *Hobhouse*, wie so viele andere hoffnungsfreudigen Liberalen, über die Umwandelbarkeit der Entente in einen ständigen und vertrauenswürdigen Völkerbund sehr ernüchtert. Dennoch kann niemand bezweifeln, daß der moralische Zusammenbruch der Konferenz die *Hobhousesche* These eher erhärtet als geschwächt hat, nämlich daß irgend eine Art von Weltorganisation geschaffen werden muß, wenn der Friede länger dauern soll, als bis sich die europäischen Nationen von ihren letzten Kriegsverlusten wieder erholt haben²⁸⁾).

²⁷⁾ „The World in Conflict“, S. 94.

²⁸⁾ *Wallas* vertritt den gleichen Standpunkt in seinem Buch „Our Social Heritage“. Eine ausgezeichnete Zusammenfassung der Friedenshindernisse, wie sie einem Soziologen erscheinen, findet man in den Artikeln von *Hankins* „Is Permanent Peace Possible?“ im „Journal of Race Development“, Bd. VIII und „Patriotism and Peace“ im „Journal of International Relations“, Bd. XII.

Daß man von dem Völkerbund angesichts der Nachkriegspsychologie Europas in bezug auf Sicherung des Friedens sehr wenig erwarten darf, haben die Herausgeber der Zeitschrift „The Freeman“ am ehrlichsten eingestanden.

Zwölftes Kapitel.

DIE AUSSERGESETZLICHEN FORMEN DER POLITISCHEN VORGÄNGE.

1. Individualismus gegen kollektiven Absolutismus.

Auf keinem Gebiete hat die Soziologie die Staatstheorie mehr bereichert als auf dem der Erforschung der außergesetzlichen oder außerverfassungsmäßigen Formen der gesellschaftlichen Kontrolle. Die scharfe Unterscheidung zwischen Gesellschaft und Staat ist das wesentlichste Kennzeichen für die soziologische Erklärung der politischen Probleme, es ist also nur natürlich, daß die soziologische Analyse am fruchtbarsten ist, wenn sie aufzuzeigen sucht, wie im allgemeinen die sozialen Lagen und Prozesse das politische Leben und die politische Tätigkeit beeinflussen¹⁾. Teilweise haben wir die soziologischen Arbeiten über die außergesetzlichen Elemente in der Politik bereits in den Kapiteln über Staat und Parteien besprochen; die biologischen, geographischen, wirtschaftlichen und psychologischen Faktoren, welche die Politik beeinflussen, haben wir dort aufgeführt. Es bleibt uns also nur noch übrig, die bezeichnendsten soziologischen Ansichten über die relative Bedeutung von Individuum und Gesellschaft im sozialen Leben, in Wesen, Entstehung und Funktion der öffentlichen Meinung und die soziologische und politische Bedeutung des Unterrichts zu besprechen.

Man hat oft geglaubt, die soziologische Auffassung von Geschichte und Politik sei gleichbedeutend mit sozialem Determinismus²⁾. Diese Annahme stimmt keineswegs, denn wie in

¹⁾ Die Einteilung der nichtpolitischen Faktoren der sozialen Kontrolle bei Ross habe ich weiter oben besprochen, S. 133 ff. Vergl. sein Buch „Social Control“, S. 411 ff.

²⁾ James, „The Will to Believe and Other Essays in Popular Philo-

allen anderen Fragen besteht auch in der Frage über den relativen Einfluß von individuellen und sozialen Kräften in der Gesellschaft eine beständige Meinungsverschiedenheit zwischen den einzelnen Autoren. Unter den systematischen Soziologen hat *Ward* das Übergewicht der Gesamtheit über das Individuum und dessen Unterordnung in sozial bestimmte Einrichtungen behauptet; ebenso die Sozialpsychologen *Sumner*, *Durkheim* und *Trotter*; von den Vertretern der biologischen Schule *Keller*, *Jacoby*, *Bateson* und *Conklin*; von den Soziologen, die sich vor allem für den Konflikt der Gesellschaftsgruppen interessierten, *Gumplowicz* und andere; und von den Anthropogeographen vor allem *Ratzel*³⁾. Die gegenteilige Meinung, die das Übergewicht des Individuums behauptet, vertreten *Galton*, *Pearson*, *Ammon*, *Vacher de Lapouge*, *Mallock*, *Ludovici* und *Le Play*⁴⁾.

Die allgemeine soziologische Einstellung zu dieser Frage ist jedoch eine eklektische und vermittelnde. Verschiedene Denker, die vom sozialpsychologischen Gesichtspunkt aus an das Problem herangingen, entfesselten eine Diskussion durch ihre Behauptung, die Antithese Individuum gegen Gesellschaft sei schon eine falsche und mißverständliche Fragestellung. Gesellschaft und Individuum ergänzen einander notwendig, keines könne ohne das andere bestehen, und es sei unmöglich, individuelle und soziale Faktoren voneinander zu trennen. Besonders nachdrücklich vertraten *Baldwin*, *Cooley*, *Wundt* und *Ellwood* diesen Standpunkt⁵⁾, aber am klarsten und präzisesten hat ihm wohl *Baldwin* Ausdruck verliehen⁶⁾:

„Der traditionelle Gegensatz zwischen individuellen und

sophy“, S. 229 ff.; *Burr* in der „American Historical Review“, Bd. XXII, S. 269; „Publications of the American Economic Association“, Bd. V, Nr. 2, S. 190 ff.

³⁾ Vergl. die Kap. V 1 angeführten Werke.

⁴⁾ Vergl. die S. 61, 90—92 angeführten Werke.

⁵⁾ *Baldwin*, „The Individual and Society“; *Cooley*, „Human Nature and the Social Order“; *Wundt*, „Elemente der Völkerpsychologie“; *Ellwood*, „Sociology in its Psychological Aspects“, S. 268 ff.

⁶⁾ Op. cit. S. 118, 170. Vergl. auch *Cooley*, „Social Organization“, Kap. I—II.

kollektiven Interessen ist reichlich gekünstelt und irrtümlich. Das Individuum ist das Produkt seines Lebens in der Gesellschaft, und die Gesellschaft ist eine Organisation solcher sozialen Individuen. Im ganzen besteht überhaupt kein Interessengegensatz zwischen beiden, im Gegenteil, man könnte sogar sagen, daß ihre Interessen zusammenfallen und praktisch die gleichen sind, wenigstens im Hinblick auf die allgemeinen lebensnotwendigen Tätigkeiten der Menschen und ihre Beweggründe. Die Gesellschaft und das Individuum sind nicht zwei verschiedene Wesenheiten, zwei gesondert wirkende Kräfte oder zwei Feinde, die sich gegenseitig widerstrebend und gezwungen Konzessionen machen. Sie sind vielmehr die beiden Seiten eines wachsenden organischen Ganzen, in dem das Wohl und der Fortschritt der einen, das Wohl und den Fortschritt der anderen Seite unterstützt.“

Andere suchten die Sache so darzustellen, als ob die sozialen Faktoren zwar den ganzen Komplex der Einrichtungen und der Kultur schaffen, inmitten deren das Individuum wirkt, daß jedoch die begabtesten Individuen die Führung an sich reißen und die Massen beherrschen. *Giddings* vertrat diese Auffassung auf Grund seiner Theorien über die verschiedenartige Reaktion auf Reize, das Verhalten der Massen und die „Protokratie“⁷⁾. *Tarde*, *Ross* und *Baldwin* zeigten, daß alle Erfindungen, die zu sozialen Neuerungen führen, von Individuen ausgehen und sich nur durch Nachahmung unter den Massen verbreiten⁸⁾. *Michels* bewies, daß die Notwendigkeit der Organisation in der modernen Gesellschaft die Macht ganz natürlich in die Hände der ehrgeizigsten und begabtesten Führer spielt⁹⁾. *Stein* setzte die grundlegende Bedeutung der autoritativen Kontrolle in der Gesellschaft und im Staate auseinander¹⁰⁾. *Le Bon* schilderte ausführlich, auf

⁷⁾ „The Responsible State“, S. 17–20; desgleichen „Pluralistic Behavior“, loc. cit.

⁸⁾ Vergl. die oben angeführten Werke.

⁹⁾ „Zur Soziologie des Parteiwesens.“

¹⁰⁾ „Autorität, ihr Ursprung, ihre Begründung und ihre Grenzen“, loc. cit. S. 1–30.

welche Weise die Führer der Gesellschaft die Massen willkürlich beeinflussen und die massenpsychologischen Bedingungen der modernen Gesellschaft für ihr eigenes Vorwärtstommen und ihre selbstsüchtigen Interessen ausnutzen können¹¹⁾. *Comte*, *Ward* und *Wallas* zeigten die Bedeutung des Individuums bei den sozialen Erfindungen, die auf eine vernunftgemäße Beherrschung und Leitung des gesellschaftlichen Prozesses abzielen¹²⁾. Schließlich haben die anthropologisch und historisch eingestellten Soziologen betont, daß man das Problem genetisch anfassen müsse. Wenn auch in der primitiven Gesellschaft der mächtigste Häuptling oder Priester eine unumschränkte Herrschaft ausgeübt hat, so muß man dennoch zugeben, daß mit der fortschreitenden Entwicklung der Gesellschaft die Möglichkeiten für individuelle Initiative und persönliche Freiheit gewachsen sind¹³⁾.

2. Soziologische Ansichten über die öffentliche Meinung.

Eine der allerwichtigsten außergesetzlichen Kräfte im Staate ist die öffentliche Meinung, vornehmlich in dem Zeitalter der Demokratie¹⁴⁾. Die Sozialpsychologen haben dies sehr eingehend nachgewiesen. Zunächst haben sie gezeigt, daß die Entstehung der öffentlichen Meinung ein sozialpsychologischer Vorgang ist. Die öffentliche Meinung entsteht nicht einfach aus einer Summierung der individuellen Meinungen, sondern aus der wechselseitigen Beeinflussung der individuellen Ansichten innerhalb der Gemeinschaft. Diese gegenseitige Beeinflussung erfolgt nach bestimmten Verhaltensregeln und weist gewisse psychologische Merkmale auf, die von den Sozialpsychologen im einzelnen untersucht wor-

¹¹⁾ „La psychologie des foules.“

¹²⁾ *Comte*, „Cours de philosophie positive“, Bd. II, S. 224 ff., 286 ff.; Bd. IV, S. 222 ff. (engl. Ausgabe); *Ward*, „Applied Sociology“; *Wallas*, „Our Social Heritage“.

¹³⁾ Vergl. die Werke von *Boas*, *Goldenweiser*, *Lowie* und *Wissler*.

¹⁴⁾ *Bryce*, „American Commonwealth“, Bd. II, Teil IV.

den sind. Durch die Beschreibung von Entstehung und Wesen der öffentlichen Meinung hat die Soziologie den Staatswissenschaftlern auf diesem Gebiete die größten Dienste geleistet¹⁵⁾.

Giddings und *MacDougall* beschäftigten sich sehr eingehend mit der Entstehung, dem Wesen und der Wirkungsweise der öffentlichen Meinung¹⁶⁾. Ihre allgemeineren Untersuchungen und die Spezialuntersuchungen der Sozialpsychologen haben es zum erstenmal ermöglicht, die Entstehung der öffentlichen Meinung in wissenschaftlicher Weise zu erforschen. Von den Spezialbeiträgen über die Faktoren der öffentlichen Meinung erwähne ich *Bagehots* Analyse der sozialen und politischen Rolle der Diskussion; *Tardes* Abhandlung über die Verbreitung von Ideen durch Nachahmung; die Erörterung des Führerproblems durch *Cooley*, *Ross*, *Giddings*, *Le Bon*, *Michels* und andere; die Wirkung massenpsychologischer Einstellung und gesellschaftlicher Eindrücke, die *Durkheim*, *Trotter*, *Le Bon*, *Sighele* und andere aufzeigten; *Sumners* Ansicht über den Anteil der Sitte und Tradition an den Inhalten der öffentlichen Meinung; *Trotters* Auffassung, daß die Herdeninstinkte der Macht der Sitten einen mächtigen Antrieb geben; und die Arbeiten von *Ross* und *Wallas* über die Methoden, deren sich die sozialen, wirtschaftlichen und politischen Besitzinteressen bedienen, um mit Hilfe von Symbolen, Parolen, Schlagworten und anderen Mitteln der Demagogen und „Patrioten“ das Volk zu täuschen¹⁷⁾.

Eine besonders bedeutsame Diskussion entwickelte sich über das geistige Niveau und den Gehalt der öffentlichen Meinung und über ihre Eignung zur Leitung der allgemeinen

¹⁵⁾ *Cooley*, „Social Organization“, S. 107 ff.; *Ross*, „Social Control“, S. 89 ff.; *McDougall*, „Group Mind“, Teil I; *Tarde*, „L'opinion et la foule“; *Giddings*, „Inductive Sociology“, S. 111 ff.; *Tönnies*, „Kritik der öffentlichen Meinung“.

¹⁶⁾ *Giddings*, „Inductive Sociology“, Teil II; *McDougall*, „The Group Mind“.

¹⁷⁾ Die Werke der genannten Schriftsteller, die sich auf diesen Gegenstand beziehen, sind in Kap. V angeführt.

Angelegenheiten. *Giddings*, *Cooley*¹⁸⁾ und *MacDougall*¹⁹⁾ behaupteten, die öffentliche Meinung sei viel eher vernünftig, kritisch und fortschrittlich als die individuellen Meinungen. *Giddings* geht sogar so weit, daß er einen scharfen Unterschied konstruiert zwischen öffentlicher Meinung und populären Äußerungen und Ansichten. Er definiert die öffentliche Meinung als kritisch durchdachte gesellschaftliche Urteile²⁰⁾. Hingegen neigen *Spencer*, *Sumner*, *Trotter*, *Le Bon*, *Wallas*, *Tönnies*, *Lippmann* und andere zu der Auffassung, daß die öffentliche Meinung, zumeist nur gefühlsmäßig und instinktiv, mit alten traditionellen gewohnheitsgebundenen und irrationalen psychischen und kulturellen Elementen stark belastet ist, und daher kaum geeignet, ein kritisch eingestelltes Verhalten und fortschrittliches Handeln zu gewährleisten²¹⁾.

Uns scheint es, als ob der Gegensatz zwischen diesen beiden Gruppen von Gelehrten mehr scheinbar als wirklich ist; die erste Gruppe sieht die öffentliche Meinung, wie sie in einer idealen oder utopischen Gesellschaft sein könnte, wo die Führer die öffentliche Meinung beherrschen, die andere Gruppe sieht sie so, wie sie unter den heutigen Verhältnissen wirklich ist.

Zu den besten bisher erschienenen kritischen Arbeiten über die öffentliche Meinung gehört das neueste Werk *Walter Lippmanns*. Er zeigt, wie schwer es selbst den besten Köpfen fällt, die Tatsachen und Tendenzen in unserer komplizierten modernen Zivilisation mit ihrer ganzen Weltverflochtenheit zu begreifen, und weist eindringlich und überzeugend nach, wie erschütternd unzureichende Möglichkeiten für die Massen bestehen, entsprechende Kenntnisse zu erwerben. Den Hinter-

¹⁸⁾ *Giddings*, „Inductive Sociology“, S. 154—155; *Cooley*, „Social Organization“, S. 121 ff.

¹⁹⁾ In seinem letzten Werk über „The Group Mind“, S. 28, 64 ff. In seiner „Social Psychology“ hat *MacDougall* eine bedeutend weniger günstige Meinung über die öffentliche Meinung geäußert.

²⁰⁾ „Inductive Sociology.“

²¹⁾ *Spencer*, „Study of Sociology“; *Wallas*, „Human Nature in Politics“ und *Tönnies*, „Kritik der öffentlichen Meinung“.

grund ihres geistigen Inhaltes und der Art ihrer Belehrung bilden Tradition und Gewohnheit. Die meisten Begriffe und Kategorien zur Aufnahme und zur Deutung neuer Kenntnisse sind bloße „Stereotypen“ — verhüllte und schützende Überbleibsel aus einer primitiveren Gedanken- und Kulturschicht. *Lippmanns* scharfsinnige Arbeit, die den Einfluß seines früheren Lehrers, *Graham Wallas*, verrät, analysiert die herrschende Rolle des Symbolismus in dem Denken der Massen, und zeigt, wie durch Symbole und andere gefühlsmäßig betonte Einrichtungen den Politikern, beziehungsweise den herrschenden Minderheiten die Macht über die unkritischen Massen ganz leicht in die Hände gespielt wird. Die Massen sind nicht auf die Erwerbung der nötigen Kenntnisse und wissenschaftlichen Denkens geschult, das ihnen die Möglichkeit gäbe, bewußt an der Bildung einer vernünftigen und aufgeklärten öffentlichen Meinung mitzuwirken. Sie werden daher sehr bald von den bevorrechteten Wenigen beherrscht, den Meistern in der Kunst der Massenbehandlung. Der anregendste Teil des *Lippmannschen* Buches sind wohl seine positiven Vorschläge. Man ist im allgemeinen der Ansicht, daß eine objektive und unparteiische Presse, Kanzel oder Tribüne zur Erzeugung und Führung der öffentlichen Meinung ausreichen würde, aber *Lippmann* weist nach, daß die komplizierten Probleme der modernen Demokratie zu ihrem Verständnis und ihrer Lösung viel mehr wissenschaftliche und sachverständige Kenntnisse erfordern, als Presse oder Kanzel vermitteln können. Er schlägt daher eine Organisation von Tatsachen sammelnden Sachverständigenbureaus vor, welche die zur Belehrung notwendigen Daten liefern, auf die sich dann eine vernünftige öffentliche Meinung und staatsbürgerliche Erziehung aufbauen kann²²⁾.

Besonders wichtig in bezug auf Wesen und Stand der öffentlichen Meinung sind die Untersuchungen von *Veblen*, *Ross*, *Weyl*, *Lippmann* und anderen über die mannigfaltigen

²²⁾ *Lippmann*, „Public Opinion“, vergl. auch sein Buch „Liberty and the News“.

direkten und indirekten Propagandamethoden, durch welche die Besitzinteressen — durch Gesetzgebung, Kanzel, Schule und Presse — ihre eigenen Ansichten verbreiten und bei der Öffentlichkeit durchsetzen²³). Auf diese Weise ist die öffentliche Meinung mehr ein Bollwerk der Plutokratie geworden, als ein Schutz und eine Stütze der Demokratie. In einem Punkte jedoch stimmen alle soziologischen Urteile praktisch überein: nämlich daß der Stand der öffentlichen Meinung im großen ganzen von den allgemeinen sozialen Verhältnissen abhängt. Wie weit sich die öffentliche Meinung wirklich einem vernünftigen und kritischen gesellschaftlichen Urteil über lebenswichtige Fragen annähert, ist abhängig von allgemeinen Bedingungen wie Homogenität der Bevölkerung, gesellschaftliche Übereinstimmung, Erziehung und Bildung, objektive Erforschung der Wahrheit, sachverständige Führung, freie Meinungsäußerung, Publizität und Freiheit im sozialen Verkehr²⁴).

Der jüngste und in mancher Hinsicht wichtigste Meinungsaustausch entspann sich über die pluralistische oder monistische Natur der öffentlichen Meinung. In der Regel setzte man in Soziologie und Politik, vor allem unter dem Einfluß *Hegels* und der Theorie des monistischen Staates und der absoluten Staatssouveränität, voraus, daß die öffentliche Meinung etwas allen Mitgliedern der Gesellschaft Gemeinsames und von ihnen allen Geteiltes ist. Man nahm an, daß die Mehrheit ein sehr lebendiges Interesse an allen gemeinsamen Angelegenheiten nimmt und im großen ganzen über diese Dinge einer Meinung ist. Das Vordringen der pluralistischen Lehre in Soziologie, Politik und Jurisprudenz hat diese Ansicht stark erschüttert. Man behauptet nunmehr, die Gedanken eines Menschen konzentrierten sich um die Interessen seines Be-

²³) *Veblen*, „Theory of the Leisure Class“; „The Higher Learning in America“; *Ross*, „Sin and Society“; „Changing America“ und „The Social Trend“; *Weyl*, „The New Democracy“; *Sinclair*, „The Brass Check“; *Lippmann*, „Preface to Politics“, „Liberty and the News“ und „Public Opinion“.

²⁴) Vergl. besonders *Lippmann*, „Public Opinion“.

rufslebens, und seine Meinung werde vornehmlich von den speziellen und eng begrenzten Gruppen beeinflusst, denen er angehört. Seine Ansichten über allgemein wichtige Angelegenheiten würden demnach verschwommener und gleichgültiger sein als seine Ansichten über Dinge, die sein unmittelbares Interesse berühren, und an Stelle einer einheitlichen öffentlichen Meinung würden sich bei der Bevölkerung eine große Menge auseinandergehender Gruppenmeinungen finden.

Dieser Gedankengang geht auf die Staatstheorie des *Althusius* und auf *Lockes* Essay über „The Law of Fashion and Private Censure“ zurück. Vom psychologischen Gesichtspunkt aus ist er von *William James* und *Durkheim*, vom wirtschaftlichen, politischen und juristischen Gesichtspunkt aus von *Gierke*, *Maitland*, *Duguit*, *Laski* und *Cole* fortentwickelt worden. *Cole* und die Gildensozialisten suchten noch etwas von der aufgegebenen früheren monistischen Ansicht zu retten, indem sie behaupteten, in Angelegenheiten, welche die Konsumenteninteressen der Bevölkerung angehen, könne man Einstimmigkeit der Meinungen erwarten²⁵). *MacDougall* glaubt, daß ein Mensch trotz seiner vielfachen Interessen doch an der Gestaltung der öffentlichen Meinung mitwirken kann, indem er eine Hierarchie von Interessen und Meinungen aufbaut, die von den intimsten Gruppenangelegenheiten bis zu den allgemeinwichtigen Angelegenheiten hinaufführt²⁶).

Diese Übersicht der soziologischen Diskussionen über die öffentliche Meinung wird die meisten Leser wohl davon überzeugt haben, daß dieser Gegenstand eben erst nach wissenschaftlichen Methoden erforscht zu werden beginnt und daß er nur durch sozialpsychologische Untersuchungen geklärt werden kann.

²⁵) Vergl. die Bezugnahme auf die oben zitierten Werke dieser Autoren; ferner *Coker*, „The Technique of the Pluralistic State“, loc. cit.

²⁶) „The Group Mind“, S. 115—119.

3. Soziologische Ansichten über die Bedeutung des Unterrichts.

Ein bedeutungsvoller und dauernder Beitrag der Soziologie zu den nichtpolitischen Phasen der gesellschaftlichen Kontrolle bezieht sich auf die Funktion des Unterrichtes für die Organisation und den Fortschritt der Gesellschaft. Es liegt auf der Hand, daß die Erkenntnisse der Sozialwissenschaft dem Volke bekannt werden müssen, wenn sie nicht bloß eine rein akademische und esoterische Bedeutung haben sollen. Die Verbreitung dieser Kenntnisse kann aber nur durch ein entsprechend organisiertes sozialisiertes Unterrichtssystem erreicht werden. Der Unterricht ist in soziologischer Beziehung besonders wichtig im Hinblick auf seinen Anteil an einem willkürlich beschleunigten Fortschritt. Um wirken zu können, muß solch ein Unterrichtssystem von der Voraussetzung ausgehen, daß der Fortschrittsbegriff richtig ist und daß er sich durch gesellschaftliche Bemühungen beschleunigen läßt. Es muß der Menschheit die Tatsachen und Grundsätze einhämmern, welche die Soziologen übereinstimmend als notwendig für den Fortschritt erklärt haben. Es muß sogar noch weiter gehen und die Kräfte angeben, durch die sich dieser Fortschritt erzielen läßt und an ihrer Vervollkommenung mitarbeiten²⁷⁾. Die Idee der sozialisierten Erziehung als unentbehrlicher Vorbedingung des Fortschrittes stammt von *Comte*²⁸⁾; aber *Ward* machte diese Idee fast zu seiner eigenen durch die Energie und Klarheit, mit der er sie in seiner „*Dynamic Sociology*“ vertrat²⁹⁾.

Muß man sich einerseits die dynamische Funktion des wissenschaftlichen Unterrichtes vor Augen halten, so darf man andererseits nicht übersehen, daß der Unterricht heute wie früher weit weniger dazu benutzt wird, die zur Beschleunigung des gesellschaftlichen Fortschrittes nötigen Kenntnisse

²⁷⁾ Vergl. *Ellwood*, „*Sociology and Modern Social Problems*“, Kap. XVI.

²⁸⁾ „*Système de politique positive*“, Bd. II.

²⁹⁾ Bd. II, Kap. X—XIV; vergl. auch seine „*Applied Sociology*“, Kap. VIII—XII. Vergl. auch die Hinweise bei *Ellwood*, op. cit. S. 387.

zu verbreiten, als die Tradition zu übermitteln, Liebe zur Vergangenheit zu erwecken, den unveränderten Bestand der Einrichtungen zu preisen und vor der Idee des Fortschrittes zu warnen, weil sie angeblich utopisch sei. *Kallen* hat weitgehend recht mit seiner Behauptung, daß „der herkömmliche Unterricht uns vom Leben abzieht, statt uns auf das Leben vorzubereiten“³⁰⁾. *Sumner*, *Chapin*, *Keller*, *Veblen*, *Sinclair*, *Robinson*, *Dewey* und andere haben den Unterricht von diesem Gesichtspunkt aus untersucht und uns gezeigt, wie wenig wir von den üblichen Unterrichtsmethoden im Hinblick auf den Fortschritt der kulturellen und sozialen Einrichtungen zu erwarten haben³¹⁾.

³⁰⁾ *Kallen*, „Culture and Democracy“; eine ausgezeichnete Darstellung der konventionellen nicht-sozialen Ansichten über Erziehung und Fortschritt findet man bei *Shafer*, „Progress and Science“.

³¹⁾ *Sumner*, „Folksways“; *Chapin*, „Education and the Mores“; *Keller*, „Societal Evolution“; *Veblen*, „The Higher Learning in America“; *Sinclair*, „The Goose-Step“; *Robinson*, „The New History“, Kap. VIII und „Mind in the Making“. Vergl. auch *Dewey*, „Democracy and Education“ und „The Schools of Tomorrow“; *Stearns*, „Civilisation in the United States“, S. 77—150; *Lewinsohn*, „Gegen den Strom“, Kap. VII—VIII.

Dreizehntes Kapitel.

STAATSTHEORIE UND SOZIALES MILIEU DES AUTORS.

1. *Einfluß des sozialen Milieus auf die Theorien der Soziologen.*

Als die moderne Psychologie mit der Idee aufgeräumt hatte, daß die Staatstheorien entweder göttliche Offenbarungen oder angeborene Ideen der Staatsrechtler sind, ließ es sich leicht einsehen, daß zwischen den Staatstheorien der einzelnen Autoren und den gesellschaftlichen und geistigen Verhältnissen ihrer Umgebung irgend welche engeren Zusammenhänge bestehen. Dieser Einfluß der Umgebung äußerte sich in den einzelnen Staatstheorien zuweilen als eine gläubige Ergebung in die Meinung der Majorität, zuweilen als eine energische Reaktion gegen sie, und zwischen diesen beiden Extremen gab es alle nur denkbaren Variationen. Beispiele für diesen Zusammenhang sehen wir in dem Einfluß der französischen Revolution auf *Comte* und seine Nutzenanwendung der Lehren dieser Revolution in seinen Bemühungen zur Abstellung der Übel des beginnenden französischen Industrialismus; in dem Einfluß des politischen und ökonomischen Individualismus Englands um die Mitte des neunzehnten Jahrhunderts und der Entwicklung der biologischen Evolutionstheorie in der folgenden Generation auf *Spencer*; in *Tardes* richterlichen Erfahrungen über den Einfluß der sozialen Wiederholung und seinen Beobachtungen über Nachahmung, Wiederholung und Ansteckung in der französischen Gesellschaft; in *Durkheims* Ansichten über die psychische Gleichartigkeit der französischen Gesellschaftsgruppen und ihrer Macht über das Individuum; in *Kropotkins* negativer Reaktion auf die russische Autokratie und den europäischen Militarismus und Kapitalismus; der gleichen Erscheinung bei

Novikow; in der Bedeutung, die *Gumplowicz* und *Ratzenhofer* dem Kampf zwischen ethnischen und sozialen Gruppen beileigten — einem Vorgang, den sie in ihrer Heimat Österreich reichlich Gelegenheit hatten zu beobachten; in *De Greefs* Interesse an Verträgen und internationalen Abkommen, welche die einzige Gewähr für die politische Unantastbarkeit seines Heimatlandes Belgien bildeten; in dem Einfluß der positiven Staatstheorie und der neo-sozialistischen Lehren auf *Hobhouse* und *Wallas* infolge der seit 1885 in England zunehmend fortschrittlichen Tendenzen; dem Einfluß der Mißbräuche der plutokratischen Gesellschaft im heutigen Amerika und des liberalen und fortschrittlichen Geistes von *Wisconsin* auf *Ross*; in der Bedeutung, welche die zunehmende amerikanische Prosperität und Macht seit 1870, sowie die seither aufgetauchten Probleme der Einwanderung und Assimilation für die Lehren von *Giddings* besaßen; in *Veblens* Reaktion gegen die Plutokratie und die „Betriebswissenschaft“, die er von dem günstigen Beobachtungsposten in Chicago mit ansehen konnte, dem Lande, in dem diese Übertreibungen bis zum äußersten Grad gediehen sind und die wirtschaftlichen Faktoren ein ungewöhnliches Übergewicht über alle anderen gewonnen haben.

2. *Giddings' Lehre von der sozialen Bedingtheit der Staatstheorie.*

Es gab viele Soziologen, die auf den notwendigen Zusammenhang zwischen gesellschaftlichen und politischen Verhältnissen einerseits und den jeweils im Schwange befindlichen Gesellschafts- und Staatstheorien andererseits hingewiesen haben, aber den mutigsten und kühnsten Versuch zu einer allgemeinen Erklärung dieser Tatsache hat *Giddings* unternommen. Er schilderte, wie die sozialen und kulturellen Verhältnisse aus der geographischen Umgebung herauswachsen, wie diese die Zahl und Typen der Völkerschaften jedes Wohngebietes und ihre materiellen Lebensbedingungen be-

stimmt¹⁾). Weiter suchte er eine Einteilung der verschiedenen möglichen Gesellschaftstypen zu geben und die Spielart der Gesellschafts- und Staatstheorie anzudeuten, die in jeder vorherrschen wird. Seine wesentlichsten Gedankengänge sind in dem folgenden Auszug enthalten²⁾):

„Es gibt verschiedene Typen oder Arten von Gesellschaften. Die umfassendste Gruppierung entspricht den Arten der Naturgeschichte. Es gibt Tiergesellschaften und Menschengesellschaften; die letzteren kann man weiter einteilen in die ethnischen Gesellschaften — oder Sippen — und in die bürgerlichen Gesellschaften — oder Staaten — in denen die Individuen zusammen wohnen und arbeiten, ohne Rücksicht auf Blutsverwandtschaft.

Wichtiger für den Soziologen ist jedoch die Einteilung nach psychologischen Merkmalen. Die grundsätzliche Einteilung gründet sich heutzutage auf den Unterschied zwischen instinktiven und vernunftbeherrschten Gesellschaften. Die Herden, Schwärme, Trupps und Horden, in denen die Tiere zusammen leben und wirken, werden nur durch Instinkt zusammengehalten, nicht durch eine vernünftige Erkenntnis des Nutzens ihrer Vereinigung. Ihre gleichartigen Reaktionen auf Reize, ihre Nachahmungshandlungen und die häufige Erscheinung von Herrschaft und Unterordnung bei ihnen sind reine Instinkthandlungen. Anders bei den sozialen Beziehungen der menschlichen Wesen. Es gibt keine menschliche Vereinigung, bei der die instinktiv gleichartige Reaktion auf Reize nicht bis zu seinem gewissen Grade durch ein verstandesmäßiges Begreifen des Nutzens ihrer Vereinigung kompliziert wäre.

Die Kombination von Instinkt und Intellekt ist jedoch in allen Abstufungen vorhanden; und die besondere Verbindung beider in einer gegebenen Gesellschaft bestimmt die Form ihrer gleichartigen Reaktion auf Reize und ihr Artbewußt-

¹⁾ „Theory of Social Causation“, loc. cit.

²⁾ „Concepts and Methods of Sociology“ in dem „American Journal of Sociology“, Bd. X, S. 166 ff.

sein — sie bedingt die vorherrschende Art der Beziehung von Geist zu Geist, oder, wie *Tarde* sich ausgedrückt hätte, die ‚internationale‘ Tätigkeit. Diese vorherrschende Art der geistigen Verständigung — einschließlich der gleichartigen Reaktion auf Reize und des Artbewußtseins — ist das hauptsächlichste soziale Band einer Gemeinschaft; es gibt uns das beste unterscheidende Merkmal für die psychologische Einordnung jeder Gesellschaft. Nach dieser Methode lassen sich die menschlichen Gesellschaften in folgende acht Typen einteilen:

1. Das homogene Gemeinwesen der Blutsverwandten, bestehend aus Individuen, die von Kindheit an unter gleichen Bedingungen in der gleichen Umgebung lebten und einander daher nach Erblichkeit und Erfahrung gleichen. Da sie sich ihrer Verwandtschaft stets bewußt bleiben, ist ihr wesentliches soziales Band die Sympathie. Die Art oder den Typus einer Gesellschaft, die von einer Gruppe von Verwandten repräsentiert wird, kann man daher den sympathischen nennen.

2. Gemeinwesen von Gleichgesinnten, die sich vielleicht aus weit entfernten Gegenden zusammenfinden, der Abstammung nach verschieden und einander ursprünglich vielleicht fremd sind, aber durch einen gemeinsamen Glauben oder ein gemeinsames Dogma oder durch irgend welche Annehmlichkeiten oder Vorteile zusammengehalten werden. Zu diesem Typus gehören religiöse Kolonien, wie die Mayflower-Gemeinde oder die Mormonen, parteipolitische Kolonien, wie die Missouri- und Neu-England-Ansiedlungen in Kansas und die kommunistischen Bruderschaften wie die Ikarier. Wesens- und Ideengleichheit ist hier das soziale Band, so daß man diesen Gesellschaftstypus als konsensuellen bezeichnen kann.

3. Gemeinwesen aus gemischten, bisweilen gesetzlosen Elementen, die durch wirtschaftliche Momente zusammengehalten werden — Besiedlung der Grenzländer, Viehweiden, Bergwerkslager. Der Neuankömmling tritt unaufgefordert, aber ungehindert als Prüfling in diese Gemeinschaft ein und wird nur geduldet. Die allgemeine Billigung seiner Eigen-

schaften und seines Verhaltens ist praktisch das einzige gesellschaftliche Band. Diesen Gesellschaftstypus möchte ich als konventionellen Typus bezeichnen.

Die drei bisher aufgeführten Gesellschaftstypen sind einfache, freiwillig gebildete Gruppen. Die beiden ersten sind homogen und finden sich gewöhnlich in verhältnismäßig isolierter Umgebung. Die dritte Gruppe ist heterogen und hat nur vorübergehenden Bestand dort, wo besondere wirtschaftliche Möglichkeiten an den Grenzen der bestehenden Zivilisation entdeckt werden.

Die fünf übrigen Gesellschaftstypen sind gewissermaßen künstlich, zum Teil mit Überlegung und nach vorbedachtem Plan geschaffen. Sie sind gewöhnlich gemischt, die Folge von Eroberungen oder Bündnissen, und mit wenigen oder gar keinen Ausnahmen ganz heterogen. Man trifft sie nur in verhältnismäßig fruchtbaren und differenzierten Umgebungen.

4. Gemeinwesen aus stark gegensätzlichen Elementen: stark und schwach, tapfer und furchtsam, Ausbeuter und Ausgebeutete — mit anderen Worten Sieger und Besiegte. Das soziale Band, das diese Gemeinschaft zusammenhält, ist Despotismus und furchtgeborener Gehorsam. Der gesellschaftliche Typ ist der despotische.

5. In allen Gemeinwesen des fünften Typus ist die Macht der Willkür schon so lange fest begründet, daß sie zur Überlieferung und Religion geworden ist. Als göttliches Recht angenommen wird sie zur Autorität. Ehrfurcht gegen die Autorität ist das soziale Band dieses Typus, den man daher als autoritativen bezeichnen kann.

6. Gesellschaften des sechsten Typus entstehen bei Völkern, die, gleich den italienischen Städten in ihren schlimmsten Zeiten, unter der Zersetzung einer früheren gesellschaftlichen Ordnung zu leiden haben. Gewissenlose Abenteurer kommen hoch und machen sich durch Bestechung, Begünstigung und Beförderung die Menschen persönlich untertan. Intrige und Verschwörung sind hier das einigende Band. Dies ist der konspirative Typus der Gesellschaft.

7. Die Gesellschaft des siebenten Typus gründet sich auf freiwillige Übereinkunft. Man hat den Nutzen der Vereinigung erkannt und einen Vertrag zu gemeinsamer Zusammenarbeit für das allgemeine Wohl geschlossen. Dieser Art war die Achäische Liga, die Liga der Irokesen, und die Konföderation der amerikanischen Staaten im Jahre 1778. Das gesellschaftliche Band bildet ein Übereinkommen oder ein Vertrag. Das ist der vertragliche Gesellschaftstypus.

8. Diese Gesellschaft finden wir, wenn eine Bevölkerung in ihrer Gesamtheit gewissen großen Idealen huldigt, die sie durch vereinte Kräfte zu verwirklichen strebt. Gegenseitiges geistiges Verständnis, Vertrauen, Treue und altruistische Gesinnung sozialer Dienstbereitschaft sind hier die sozialen Bande. Dies ist der idealistische Gesellschaftstypus.

Von diesen Gesellschaftsformen können die höheren zusammengesetzten Gesellschaften oder Staaten auch niedrigere Typen einbegreifen; dies pflegt sogar in der Regel der Fall zu sein.

Sämtliche acht Typen, einschließlich des instinktiven Typus, den wir bei Herdentieren finden, sind seit den ältesten Zeiten bekannt und haben den Sozialphilosophen ebenso viele Gesellschaftstheorien eingegeben. In dem totemistischen Glauben der Primitiven finden wir zahllose Andeutungen einer Instinkttheorie. In den Stammesmythologien finden wir die Theorie der Sympathie oder der natürlichen Brüderlichkeit, die später von den großen humanitaristischen Religionen, wie Buddhismus und Christentum, übernommen, verwandelt und verallgemeinert wurden. Die Gesellschaft des Konsensus entwickelt Artbewußtseinstheorien, die sich in Sprichworten ausdrücken, wie: ‚Eine Krähe hackt der anderen nicht die Augen aus‘, oder im Ausspruch des *Empedokles*: ‚Gleiches strebt zu Gleichem‘, oder den Worten des ‚Predigers‘: ‚Alles Lebendige gesellt sich seiner Art und der Mensch hängt sich an seinesgleichen.‘ Von den konventionellen Gesellschaften leiten sich unsere Naturrechtstheorien ab. Von den despotischen Gesellschaften stammt die Theorie

„Macht ist Recht“, in dem Sinne nämlich, daß sie Gesetz und Ordnung schafft. Von den autoritären Gesellschaften stammen die Lehren vom göttlichen Recht der Könige; von den konspirativen Gesellschaften die macchiavellistischen Lehren über die Unvermeidlichkeit von Intrige und Verschwörung; von den Gesellschaften, bei denen Ratsversammlungen, Freiheits-erklärungen und Freiheitsurkunden schon lange im Gebrauch sind, kommen die Theorien des Gesellschaftsvertrages von *Hobbes*, *Locke* und *Rousseau*. Von den Gesellschaften endlich, die schon die Höhen der Zivilisation erklimmen haben, stammen die utopischen Theorien von *Plato* angefangen bis auf den heutigen Tag.“

3. Die persönliche Gleichung der Autoren.

Die Ursache, warum in gleicher Umgebung geborene und erzogene Schriftsteller so verschiedenartige Gesellschafts- und Staatstheorien aufgestellt haben, ist wohl von der analytischen und dynamischen Psychologie am besten aufgeklärt worden. Sie hat uns gezeigt, daß die Reaktionen eines Menschen auf seine Umgebung weitgehend bedingt sind durch die geistigen Komplexe, die sich aus seinen Erfahrungen herausgebildet haben. Diese relativen Reaktionen auf allgemeine gesellschaftliche und politische Fragen geben der Gesellschafts- und Staatstheorie der einzelnen Autoren ihre bestimmte Färbung. Natürlich sprechen auch soziale und ökonomische Interessen bei den individuellen Reaktionen und Positionen mit, aber der Typus der Reaktion wird in der Hauptsache doch von der persönlichen Gleichung des Autors bestimmt sein. Man kann sich beispielsweise *Alexander Hamilton* nicht als Parteiführer mit einer staatsfeindlichen Einstellung denken, selbst wenn er als virginischer Großgrundbesitzer geboren wäre, noch *Thomas Jefferson* als schöpferischen Staatsmann, wenn er mit den geschäftlichen Interessen von New York City während der Revolution und der Konföderation großgezogen worden wäre. Unzweifelhaft haben die persönlichen Erfahrungen und Er-

lebnisse ihrer Zeit bei Männern wie *Spencer* einen überwältigenden Einfluß auf ihr soziales und politisches Denken.

Diese Erklärung der Grundlage der Staats- und Gesellschaftstheorien stellt auch noch den Einfluß der politischen und gesellschaftlichen Umgebung in Rechnung und gestattet eine viel genauere und differenziertere Analyse der Einflüsse des Milieus als die *Giddingssche* Theorie der sozialen Bedingtheit. Neben den allgemeinen gesellschaftlichen Umständen, unter denen ein Denker lebt, müssen noch alle seine intimen persönlichen Erfahrungen in Betracht gezogen werden, die in irgend einer Weise seine persönliche Gleichung und seine Einstellung beeinflussen haben mögen. Dieser Weg zum Verständnis der Staatstheorien bedeutet aber keineswegs eine Verneinung der *Giddingsschen* Theorie. Er ist vielmehr nur eine notwendige Ergänzung zu der allgemeineren Lehre von der Gruppenbedingtheit des Denkens und also auch der Gesellschafts- und Staatstheorien³⁾.

³⁾ *Barnes*, „Psychology and History“ im „American Journal of Psychology“, Okt. 1919; „The Service of Analytical Psychology to History“, in der „Psychoanalytic Review“, vom Jänner 1921; *Blanchard*, „A Psychoanalytical Study of Auguste Comte“ im „American Journal of Psychology“ vom April 1918; *Smith*, „Luthers Early Development in the Light of Psychoanalysis“ im „American Journal of Psychology“ vom Juli 1913; *Kallen*, in der „Harvard Theological Review“ vom Juli 1920, S. 306—310; *O'Higgins*, „The American Mind“ in „McClures Magazine“, Bd. 53; *Jung*, „Psychologische Typen“; *Ogburn*, „Bias, Psychoanalysis and the Subjective in Relation to Social Science“ in den „Publications of the American Sociological Society“, Bd. XVII, S. 62—74; *Rivers*, „Psychology and Politics“.

BIBLIOGRAPHIE EINIGER WICHTIGER WERKE ÜBER SOZIOLOGIE UND STAATSLEHRE.

Adams, Brooks (1848—)

The Theory of Social Revolutions. New York, Macmillan, 1913, 240 S.

Alengry, François (1865—)

Essai historique et critique sur la sociologie chez Auguste Comte. Paris, Alcan, 1900, 512 S.

Althusius, Johannes (1557—1638)

Politica methodice digesta atque exemplis et profanis illustrata; cui in fine adjuncta est oratio panegyrica, de necessitate, utilitate et antiquitate scholarum. Herbornae, Typis Corvinianis, 1625, 1003 S.

Ammon, Otto (1842—)

Die Gesellschaftsordnung und ihre natürlichen Grundlagen: Entwurf einer Sozialanthropologie zum Gebrauch für alle Gebildeten, die sich mit sozialen Fragen befassen. Jena, Fischer, 1895, 408 S.

Bagehot, Walter (1826—1877)

Physics and Politics; or thoughts on the application of the principles of „natural selection“ and „inheritance“ to political society. New York, Appleton, 1877, 228 S.

Bailey, William Bacon (1873—)

Modern Social Conditions: a statistical study of birth, marriage, divorce, death, disease, suicide, immigration, etc., with special reference to the United States. New York, Century Co., 1906, 377 S.

Baldwin, James Mark (1861—)

The Individual and Society; or Psychology and Sociology. Boston, Badger, 1911, 210 S.

Mental Development in the Child and the Race: methods

and processes. New York, Macmillan, 1895, 477 S. (Dritte durchgesehene Aufl., 1906.)

Social and Ethical Interpretations in Mental Development: a study in social psychology. New York, Macmillan, 1897, 574 S. (Vierte Aufl., 1906.)

Barker, Ernest (1874—)

Political Thought in England from Spencer to the Present Day. New York, Holt, 1915, 256 S.

Barth, Paul (1858—)

Die Philosophie der Geschichte als Soziologie. Leipzig, Reisland, 1897, I. Teil, 396 S. (Vierte durchgesehene und erweiterte Aufl., 1922, Bd. I.)

Bateson, William (1861—)

Biological Fact and the Structure of Society. (Die Herbert Spencer-Vorlesung, gehalten vor den Prüfungsschulen im Februar 1912.) Oxford, Clarendon Press, 1916, 34 S.

Beard, Charles Austin (1874—)

An Economic Interpretation of the Constitution of the U. S. A., New York, Macmillan, 1913, 330 S.

Contemporary American History. New York, Macmillan, 1914, 397 S.

The Economic Basis of Politics. New York, Knopf, 1922, 99 S.

Belloc, Hilaire (1870—)

Der Sklavenstaat. Übersetzt von Arthur Salz. Stuttgart, Deutsche Verlags-Anstalt, 1925, 218 S.

Benoist, Charles (1861—)

La crise de l'état moderne. Paris, Firmin-Didot, 1897, 453 S.

Bentley, Arthur Fisher (1870—)

The Process of Government: a study of social pressures. Chicago, University Press, 1908, 501 S.

Boas, Franz (1858—)

The Mind of Primitive Man. New York, Macmillan, 1911, 294 S.

Kultur und Rasse, Berlin, de Gruyter, 1922, 256 S.

Bogardus, Emory Stephen (1882—)

Essentials of Social Psychology. Los Angeles, University of Southern California Press, 1920, 304 S.

A History of Social Thought. Los Angeles, University of Southern California Press, 1922, 510 S.

Bowley, Arthur Lyon (1869—)

The Division of the Product of Industry. Oxford, Clarendon Press, 1919, 60 S.

Wages in the United Kingdom in the Nineteenth Century. Cambridge, England, University Press, 1900, 148 S.

Brailsford, Henry Noel (1873—)

Shelley, Godwin, and their Circle. New York, Holt, 1913, 256 S.

Bristol, Lucius Moody

Social Adaption. Cambridge, Massachusetts, Harvard University Press, 1915, 356 S. (Vorwort von Thomas Nixon Carver.)

Brooks, Robert Clarkson (1874—)

Corruption in American Politics and Life. New York, Dodd-Mead, 1910, 309 S.

Brown, William Jethro (1868—)

The Underlying Principles of Modern Legislation. London, Murray, 1914, 319 S. (Sechste Aufl., 1920.)

Brun, Charles (1870—)

Le régionalisme. Paris, Blond, 1911, 289 S.

Brunhes, Jean (1869—)

La géographie humaine. Essai de classification positive; principes et exemples. Paris, Alcan, 1910, 843 S.

Brunhes, Jean (1869—) und **Camille Vallaux** (1870—)

La géographie de l'histoire; géographie de la paix et de la guerre sur terre et sur mer. Paris, Alcan, 1921, 715 S.

Bryce, James Bryce, Viscount (1838—1922)

The American Commonwealth. New York und London, Macmillan, 1893, 2 Bde. (Durchgesehene Aufl., 1909.) Deutsche Übersetzung, Leipzig, Neuer Geist-Verlag, 1924.

Buell, Raymond Leslie

Contemporary French Politics. New York und London, Appleton, 1920, 532 S. (Einleitung von C. J. H. Hayes.)

Burgess, John William (1844—)

Political Science and Comparative Constitutional Law. Boston und London, Ginn, 1890, 2 Bde.

Burr, Clinton Stoddard

America's Race Heritage. New York, The National Historical Society, 1922, 337 S.

Bury, John Bagnell (1861—)

The Ancient Greek Historians. New York, Macmillan, 1909, 281 S.

The Idea of Progress: an inquiry into its origin and growth. London, Macmillan, 1920, 377 S.

Carpenter, Niles

Guild Socialism: an historical and critical analysis. New York und London, Appleton, 1922, 350 S.

Carr-Saunders, Alexander Morris (1886—)

The Problem of Population: a study in human evolution. Oxford, Clarendon Press, 1922, 516 S.

Carver, Thomas Nixon (1865—)

Essays in Social Justice. Cambridge, Massachusetts, Harvard University Press, 1915, 429 S.

Chamberlain, Houston Stewart (1855—)

Die Grundlagen des neunzehnten Jahrhunderts. München, Bruckmann, 1903, 2 Bde.

Chapin, Francis Stuart (1888—)

Education and the mores: a sociological essay. New York, Longmans, 1911, 107 S.

Coker, Francis William (1878—)

Organismic Theories of the State: nineteenth century interpretations of the State as organism or as person. New York, Longmans, 1910, 209 S.

Readings in Political Philosophy. New York, Macmillan, 1914, 573 S.

Recent and Contemporary Political Theory. New York, Century, 1924.

Cole, George Douglas Howard (1889—)

Guild Socialism: a plan for economic democracy. New York, Stokes, 1921, 202 S.

✓ **Social Theory.** New York, Stokes; London, Methuen, 1920, 220 S.

Commons, John Rogers (1862—)

Races and Immigrants in America. New York und London, Macmillan, 1907, 242 S.

Comte, Isidor Auguste Marie François Xavier (1798—1857)

Cours de philosophie positive. Paris 1830—1842, 6 Bde.

Système de politique positive. Paris 1851—1854, 4 Bde.

Conklin, Edwin Grant (1863—)

The Direction of Human Evolution. New York, Scribner's, 1921, 247 S.

Cooley, Charles Horton (1864—)

Human Nature and the Social Order. New York, Scribner's, 1902, 413 S.

Social Organization: a study of the larger mind. New York, Scribner's, 1909, 426 S. (Neue durchgesehene Auflage, 1920.)

Social Process. New York, Scribner's, 1918, 430 S.

Corbin, John (1870—)

The Return of the Middle Class. New York, Scribner's, 1922, 353 S.

Cowan, Andrew Reid

Master-clues in World History. New York und London, Longmans, 1914, 331 S.

Cox, Harold (1859—)

The Problem of Population. London, Cape, 1923, 198 S.

Davenport, Charles Benedict (1866—)

Heredity in its Relation to Eugenics. New York, Holt, 1911, 287 S.

Davenport, Frederick Morgan (1866—)

Primitive Traits in Religious Revivals: a study in mental and social evolution. New York, Macmillan, 1905, 323 S.

Davis, Michael Marks (1879—)

Psychological Interpretations of Society. New York, Longmans, 1909, 260 S.

Day, James Roscoe (1845—1923)

My Neighbor the Workingman. New York, Abingdon Press, 1920, 373 S.

The Raid on Prosperity. New York, Appleton, 1907, 351 S.

Dealey, James Quayle (1861—)

Sociology: Its Development and Applications. New York, Appleton, 1920, 547 S.

Defourny, Maurice (1878—)

La sociologie positiviste. Paris, Alcan, 1902, 370 S.

De Greef, Guillaume Joseph (1842—)

La constituante et le régime représentatif. Brüssel, 1892, 338 S.

L'évolution des croyances et des doctrines politiques. Brüssel, Mayolez, 1895, 330 S.

Introduction à la sociologie. Brüssel, Mayolez, 1886—1889, 2 Bde. (Paris, Rivière, 1911, 2 Bde.)

La structure générale des sociétés, Brüssel, Larcier, 1907—1908, 3 Bde.

Le transformisme social. Paris, Alcan, 1895, 520 S.

Demolins, Edmond (1852—1907)

Anglo-Saxon Superiority: to what is it due? London, The Leadenhall Press, 1899, 427 S.

Comment la route crée le type sociale. Paris, Firmin-Didot, 2 Bde.

Detmold, Christian Edward (1810—1887)

The Historical Political and Diplomatic Writings of Nicolo Macchiavelli. Boston, Osgood, 1882, 4 Bde.

Devine, Edward Thomas (1867—)

Efficiency and Relief: a programm of social work. New York, Columbia University, 1906, 45 S.

Dewey, John (1859—)

Democracy and Education. New York, Macmillan, 1916, 434 S.

Human Nature and Conduct: an introduction to social psychology. New York, Holt, 1922, 336 S.

The Schools of Tomorrow. New York, Dutton, 1915, 316 S.

Dexter, Edwin Grant (1868—)

Weather Influences: an empirical study of the mental and physiological effects of definite meteorological conditions. New York, Macmillan, 1904, 286 S. (Mit einer Einleitung von C. Abbe.)

Dickinson, Zenas Clark

Economic Motives: a study in the psychological foundations of economic theory. Cambridge, Massachusetts, Harvard University Press, 1922, 304 S.

Duguit, Léon (1859—)

Les transformations du droit public. Paris, Colin, 1913, 285 S.

Traité du droit constitutionnel. Paris, Fontemoing, 1911, 2 Bde. (Neue Ausgabe 1921.)

Dumont, Arsène (1849—1902)

Dépopulation et civilisation: étude démographique. Paris, Lecrosnier, 1890, 520 S.

Dunning, William Archibald (1857—1922)

A History of Political Theories: ancient and medieval. New York, Macmillan, 1902, 360 S.

A History of Political Theories from Luther to Montesquieu. New York, Macmillan, 1905, 459 S.

A History of Political Theories from Rousseau to Spencer. New York, Macmillan, 1920, 446 S.

Duprat, Guillaume (1872—)

La solidarité sociale: ses causes, son évolution, ses conséquences, Paris, Doin, 1907, 354 S. (Vorrede von M. G. Richard.)

La morale psycho-sociologique IV. 6. Encyclopédie scientifique, Paris, Doin, 400 S. Englische Übersetzung: **Morals: a treatise on the psycho-sociological bases of ethics.** London, Scott, 1903, 382 S.

Durkheim, Emile (1858—1917)

De la division du travail social. Paris, Alcan, 1893, 471 S.
(Dritte Aufl., 1911.)

Les règles de la méthode sociologique. Paris, Alcan, 1895,
186 S. (Sechste Aufl., 1912.)

Le suicide: étude de sociologie. Paris, Alcan, 1897, 462 S.

Eddy, Arthur Jerome (1857—1920)

Property. Chicago, McClure, 1921, 254 S.

Edman, Irwin (1896—)

Human Traits and their Social Significance. Boston und
New York, Houghton Mifflin, 1920, 467 S.

Ellwood, Charles Abram (1873—)

The Social Problem. New York, Macmillan, 1915, 255 S.

/Sociology in its Psychological Aspects. New York, Apple-
ton, 1912, 416 S. (Zweite Aufl., 1921.)

Sociology and Modern Social Problems. New York and Cin-
cinnati, American Book Company, 1919, 416 S.

The Psychology of Human Society, New York, Appleton,
1925, 495 S. (erscheint 1927 deutsch in der „Bibliothek der
Soziologie und Politik“, Karlsruhe, G. Braun).

Exline, Frank

Politics. New York, Dutton, 1922, 226 S.

Faguet, Emile (1847—1916)

Le culte de l'incompétence. Paris, Grasset, 1910, 231 S.

Fairchild, Henry Pratt (1880—)

Immigration: a world movement and its American signifi-
cance. New York, Macmillan, 1913, 455 S.

Figgis, John Neville (1866—)

Churches in the Modern State. New York und London,
Longmans, 1914 (Zweite Aufl.) 272 S.

Fiske, John (1842—1901)

American Political Ideas, viewed from the standpoint of
universal history. New York und Boston, Houghton Mifflin,
1911, 196 S.

Flint, Robert (1838—1910)

History of the Philosophy of History in France, French Bel-

gium and Switzerland. New York, Scribner's, 1894, 706 S.
The Philosophy of History in Europe: France and Germany. London, Blackwood, 1874, 609 S.

Follett, Mary Parker (1868—)

✓ The New State: group organization the solution of popular government. New York, Longmans, 1918, 373 S. (Einleitung von Lord Haldane.)

Ford, Henry Jones (1851—)

The Natural History of the State: an introduction to political science. Princeton, Princeton University Press, 1915, 188 S.

Rise and Growth of American Politics: a sketch of constitutional development. New York und London, Macmillan, 1898, 409 S.

Fouillée, Alfred Jules Emile (1838—1912)

La science sociale contemporaine. Paris, Hachette, 1880, 424 S.

Frank, Glen (1887—)

The Politics of Industry, a foot note to the social unrest. New York, Century, 1919, 214 S.

Frazer, Sir James George (1854—)

Totemism and Exogamy: a treatise on certain early forms of superstition and society. London, Macmillan, 1910, 4 Bde.

Freund, Ernst (1864—)

Standards of American Legislation: an estimate of restrictive and constructive factors. Chicago, Chicago University Press, 1917, 327 S.

Galton, Sir Francis (1822—1911)

Hereditary Genius. London, Macmillan, 1869, 390 S. (Neue Aufl., 1892.)

Inquiries into Human Faculty and its Development. London, Dent; New York, Dutton, 1908, 261 S.

Natural Inheritance. London, Macmillan, 1889, 259 S.

Garner, James Wilford (1871—)

Introduction to Political Science: a treatise on the origin,

nature, functions and organization of the state. New York, American Book Company, 1910, 616 S.

Geddes, Patrick (1854—)

Cities in Evolution: an introduction to the town planning movement and to the study of civics. London, Williams & Norgate, 1915, 409 S.

Geddes, Patrick (1854—) und *Branford, Victor*

The Coming Polity: a study of reconstruction. London, Williams & Norgate, 1919, 332 S.

Gehlke, Charles E.

Emile Durkheims Contributions to Social Theory. New York, Longmans, 1915, 188 S.

Gettell, Raymond Garfield (1881—)

Problems in Political Evolution. Boston, Ginn, 1914, 400 S.

Giddings, Franklin Henry (1855—)

Democracy and Empire: with studies of their psychological, economic and moral foundations. New York, Macmillan, 1900, 363 S.

The Elements of Sociology: a textbook for colleges and schools. New York, Macmillan, 1898, 353 S.

Inductive Sociology: a syllabus of methods, analyses and classifications and provisionally formulated laws. New York, Macmillan, 1901, 302 S.

The Principles of Sociology: an analysis of the phenomena of association and of social organization. New York, Macmillan, 1896, 476 S. Deutsche Übersetzung, Leipzig, Dr. W. Klinkhardt, 1911.

Readings in Descriptive and Historical Sociology. New York, Macmillan, 1906, 553 S.

The Responsible State: a reexamination of fundamental political doctrines in the light of world war and the menace of anarchism. New York und Boston, Houghton, Mifflin, 1918, 107 S.

Studies in the Theory of Human Society. New York, Macmillan, 1922, 308 S.

Gierke, Otto Friedrich von (1841—1921)

Das deutsche Genossenschaftsrecht. Berlin, Weidmann, 1868—1881, 4 Bde.

Die Genossenschaftstheorie und die deutsche Rechtsprechung. Berlin, Weidmann, 1887, 1024 S.

Johannes Althusius und die Entwicklung der naturrechtlichen Staatstheorien. Breslau, Koebner, 1880, 322 S.

Gini, Corrado

Problemi sociologici della Guerra. Bologna, Zanichelli, 1921, 395 S.

Gobineau, Joseph Arthur, Comte de (1816—1882)

Essai sur l'inégalité des races humaines. 1853—1855. (Deutsch, vierte Aufl., 1922.)

Goddard, Henry Buhert (1866—)

Human Efficiency and Levels of Intelligence. Princeton, Princeton University Press, 1920, 128 S.

Goldenweiser, Alexander A.

Early Civilisation; an introduction to anthropology. New York, Knopf, 1922, 424 S.

Goodnow, Frank Johnson (1859—)

Politics and Administration: a study in government. New York und London, Macmillan, 1900, 270 S.

Social Reform and the Constitution. New York, Macmillan, 1911, 365 S.

Gould, Charles W.

America: a family matter. New York, Scribner's, 1922, 193 S.

Grant, Madison (1865—)

The Passing of the Great Race. New York, Scribner's, 1918, 296 S.

Gray, Benjamin Kirkman (1862—1907)

Philanthropy and the State, or social Politics. London, King, 1908, 339 S.

Gumplowicz, Ludwig (1838—1909)

Grundriß der Soziologie, Innsbruck, Wagner (dritte vermehrte und verbesserte Aufl., 1907), 540 S. Neue Aufl. in den Ausgewählten Werken, Band II, 1926.

Rasse und Staat, Innsbruck, Wagner, 1875.

Der Rassenkampf: soziologische Untersuchungen. Innsbruck, Wagner, 1883, 376 S. Neue Aufl. in den Ausgewählten Werken, Band III, 1927.

Hall, Granville Stanley (1846—)

Adolescence: its psychology and its relations to physiology, anthropology, sociology, sex, crime, religion and education. New York, Appleton, 1905, 2 Bde.

Morale: the supreme standard of life and conduct. New York, Appleton, 1920, 377 S.

Hankins, Frank Hamilton (1877—)

Adolphe Quetelet as Statistician. New York, Longmans, 1908, 135 S.

The Racial Basis of Civilisation. New York, Knopf, 1924.

Hansen, Georg

Die drei Bevölkerungsstufen: ein Versuch, die Ursachen für das Blühen und Altern der Völker nachzuweisen. München, Lindauer, 1889, 407 S. (Neue Aufl., 1915.)

Haworth, Paul Leland (1876—)

America in Ferment. Indianapolis, Bobbs-Merrill, 1915, 477 S.

Hayes, Edward Cary (1868—)

Introduction to the Study of Sociology. New York, Appleton, 1915, 715 S.

Hecker, Julius Frederick

Russian Sociology. New York, Longmans, 1916, 309 S.

Helmolt, Hans Ferdinand (1865—)

Weltgeschichte. 1889. (Zweite Aufl., 1919.)

Hobbes, Thomas (1588—1679)

Leviathan. London, Routledge, 1886, 320 S. (Einleitung von H. Morley.)

Hobhouse, Leonard Trelawney (1864—)

Democracy and Reaction. London, Unwin, 1904, 244 S.

Morals in Evolution. London, Chapman & Hall; New York, Holt, 1906, 2 Bde. (Neue Aufl., 1915.)

- Social Evolution and Political Theory.** New York, Columbia University, 1911, 218 S.
- Liberalism.** New York, Holt, 1911, 254 S.
- Development and Purpose; an essay towards a philosophy of evolution.** London, Macmillan, 1913, 383 S.
- The World in Conflict.** London, Unwin, 1915, 104 S.
- Questions of War and Peace.** London, Unwin, 1916, 223 S.
- The Metaphysical Theory of the State: a criticism.** London, Allen & Unwin, New York, Macmillan, 1918, 156 S. Deutsche Übersetzung, Leipzig, F. Meiner, 1924.
- The Elements of Social Justice.** London, Allen & Unwin, 1922, 208 S.
- Hobson, John Atkinson (1858—)**
- Imperialism.** London, Nisbet, 1902, 400 S.
- Work and Wealth: a human valuation.** New York, Macmillan, 1914, 367 S.
- Evolution of Modern Capitalism: a study of machine production.** London, Scott, 1918, 450 S.
- The Social Problem: life and work.** London, Allen & Unwin, 1922, 208 S.
- Holcombe, Arthur Norman (1884—)**
- The Foundations of the Modern Commonwealth.** New York, Harpers, 1923, 491 S.
- Holmes, Samuel Jackson (1868—)**
- The Trend of the Race: a study of present tendencies in the biological development of civilized mankind.** New York, Harcourt-Brace, 1921, 396 S.
- Howard, George Elliott (1849—)**
- History of Matrimonial Institutions.** Chicago, Chicago University Press, 1904, 3 Bde.
- Hulbert, Archer Butler (1873—)**
- Historic Highways in America.** Cleveland, A. H. Clark Co., 1902, 1905, 16 Bde.
- Hume, David (1711—1776)**
- Essays, Literary, Moral and Political.** London, Longmans, 1875, 2 Bde.

Huntington, Ellsworth (1876—)

Civilization and Climate. New Haven, Yale University Press, 1915, 333 S.

Climatic Changes, their Nature and Causes. New Haven, Yale University Press, 1922, 329 S.

The Pulse of Asia: a journey in Central Asia illustrating the geographic basis of history. Boston, Houghton, Mifflin, 1907, 415 S.

World-Power and Evolution. New Haven, Yale University Press, 1919, 287 S.

Hyndman, Henry Mayers (1842—1921)

The Evolution of Revolution. London, Grant Richards; New York, Boni & Liveright, 1921, 406 S.

Jacobs, Philip Peter (1879—)

German Sociology. New York, Privatdruck, 1909, 105 S.

Jacoby, Paul

Etudes sur la sélection chez l'homme. Paris, Alcan, 1904, 620 S. (Vorrede von Gabriel Tarde.)

James, William (1842—1910)

The Principles of Psychology, New York, Holt, 1905, 2 Bde. (Deutsche Übersetzung, Leipzig, Dürr, 1909.)

The Will to Believe and other Essays in Popular Philosophy. New York, Longmans, 1897, 332 S.

Jenks, Edward (1861—)

The State and the Nation. New York, Dutton, 1919, 312 S.

Jenks, Jeremiah Whipple (1856—) und *Lauck, W. Jett* (1879—)

The Immigration Problem: a study of American Immigration conditions and needs. New York, Funk & Wagnalls, 1913, 551 S. (Fünfte durchgesehene Aufl., 1922.)

Jenks, Jeremiah Whipple (1856—)

Governmental Action for Social Welfare. New York, Macmillan, 1910, 226 S.

Jung, Carl Gustav (1875—)

Psychologische Typen. Zürich, Rascher & Cie., 708 S.

Kales, Albert Martin (1875—)

Unpopular Government in the United States. Chicago, Chicago University Press, 1914, 263 S.

Keller, Albert Galloway (1874—)

Societal Evolution; a study of the evolutionary basis of the science of society. New York, Macmillan, 1915, 338 S.

Kellicott, William Erspine (1878—)

The Social Direction of Human Evolution. New York, Appleton, 1911, 249 S.

Kidd, Benjamin (1858—1916)

The Control of the Topics. New York, Macmillan, 1898, 101 S.

Social Evolution. New York und London, Macmillan, 1894, 348 S. (New York, Putnam, verbesserte Aufl., 1921, 404 S.)

Koller, Armin Hajman

The Theory of Environment. Menasha, Wisconsin, Banta Publishing Co., 1918, 104 S.

Koren, John (als Herausgeber) (1861—)

The History of Statistics: their development and progress in many countries. New York, Macmillan, 1918, 777 S.

Krabbe, Hugo (1857—)

Die moderne Staatsidee. Zweite Ausgabe, Haag, Nijhoff, 1919, 311 S.

Kroeber, Alfred L. (1876—)

Anthropology. New York, Harcourt-Brace, 1923, 52 S.

Kropotkin, Peter Alexejewitsch Fürst von (1842—1921)

Gegenseitige Hilfe in der Tier- und Menschenwelt. Leipzig, Theod. Thomas, 1910.

Laski, Harold Joseph (1893—)

Authority in the Modern State. New Haven, Yale University Press, 1919, 398 S.

The Foundations of Sovereignty. New York, Harcourt-Brace, 1921, 317 S.

The Problem of Administrative Areas: an essay in reconstruction. Northampton, Smith College, 1918, 64 S.

Studies in the Problem of Sovereignty. New Haven, Yale University Press, 1917, 297 S.

Le Bon, Gustav (1841—)

Psychologie des foules. Paris, Alcan, 16. Aufl., 1911, 191 S.

Lois psychologiques de l'évolution des peuples. Paris, Alcan.

La psychologie politique et la défense sociale, Paris, Flammarion, 1910, 379 S.

La révolution française et la psychologie des révolutions, Paris, Flammarion, 1913, n. éd., 328 S.

Psychologie du socialisme, Paris, Alcan, 1898, 496 S.

Le Play, Pierre Guillaume Frédéric (1806—1882)

L'organisation de la famille. Tours, Marne, 1884, 520 S.

La réforme sociale en France: déduite de l'observation comparée des peuples Européens. Tours, Marne et fils, 1878, 3 Bde.

Levasseur, Pierre Emile (1828—1911)

La population française: histoire de la population avant 1879, et démographie de la France comparée a celle des autres nations au XIX^e siècle; précédé d'une introduction sur la statistique. Paris, Rousseau, 1889—1892, 3 Bde.

Levine, Louis (1883 —)

Syndicalism in France. Zweite rev. Aufl. von The Labour movement in France. New York, Longmans, 1914, 229 S. (Einleitung von Franklin H. Giddings.)

Lichtenberger, James Pendleton (1870—)

The Development of Social Theory. New York, Century, 1923, 482 S.

Lilienfeld, Paul von (1829—1903)

La pathologie sociale. Paris, Giard & Brière, 1896, 335 S.

Gedanken über die Sozialwissenschaft der Zukunft. Mitau, 1873—1881, 5 Bde.

Lippmann, Walter (1889—)

Drift and Mastery: an attempt to diagnose the current unrest. New York, Kennerly, 1914, 334 S.

Liberty and the News. New York, Harcourt-Brace, 1920, 104 S.

- A Preface to Politics. New York, Kennerly, 1913, 318 S.
Public Opinion, New York, Harcourt-Brace, 1922, 427 S.
- Locke, John* (1632—1704)
Two Treatises on Civil Government. London, Rutledge, 1884, 320 S.
- Loria, Achille* (1857—)
Die wirtschaftlichen Grundlagen der herrschenden Gesellschaftsordnung. I. C. B. Mohr, Tübingen, 1895.
Aspetta sociali ed economici della guerra mondiale. Mailand, Vallardi, 1921, 358 S.
Verso la Giustizia sociale (Idee, battaglie ed apostoli). I. (1880—1904), 3. Aufl., 1920, 634 S.; II. (1904—1915), 1. Aufl., 1915), 524 S. Mailand, Societa editr. libraria.
- Lowell, Abbott Lawrence* (1856—)
Public Opinion and Popular Government. New York, Longmans, 1913, 415 S.
Public Opinion in War and Peace. Cambridge, Massachusetts, Harvard University Press, 1922, 302 S.
- Lowenthal, Esther* (1883—)
The Ricardian Socialists. New York, Longmans, 1911, 107 S.
- Lowie, Robert Harry* (1883—)
Culture and Ethnology. New York, McMurtie, 1917, 189 S.
Primitive Society. New York, Boni & Liveright, 1920, 463 S.
- McBain, Howard Lee* (1880—) und *Rogers Lindsay* (1891—)
The New Constitutions of Europe. Garden City, Doubleday-Page, 1922, 612 S.
- McDougall, William* (1871—)
An Introduction to Social Psychology. Boston, Luce, 1914, 431 S.
The Group Mind: a sketch of the principles of social psychology, with some attempts to the interpretation of national life and character. New York, Putnams, 1920, 418 S.
Is America Safe for Democracy? New York, Scribner's, 1921, 218 S.

MacIver, Robert Morrison (1882—)

Community: a sociological study. London, Macmillan, 1917, 437 S.

Mackinder, Halford John (1861—)

Democratic Ideals and Reality: a study of the politics of reconstruction. London, Constable, 1919, 272 S.

Maine, Henry Sumner (1822—1888)

Ancient Law: its connection with the early history of society and its relation to modern ideas. London, Murray, 1870, 415 S.

Maitland, Frederic William (1850—1906)

Introduction to Gierke's Political Theories of the Middle Age. Cambridge, England, University Press, 1900, 197 S.

Mallock, William Hurrell (1849—1923)

Aristocracy and Evolution: a study of the rights, the origin and the social functions of the wealthier classes. London, Black, 1898, 385 S.

A Critical Examination of Socialism. New York, Harper, 1907, 303 S.

The Limits of Pure Democracy. London, Chapman & Hall, 1918, 397 S.

Social Reform as Related to Realities and Delusions. London, Murray, 1914, 391 S.

Marett, Robert Ranulph (1866—)

Anthropology. London, Williams & Norgate, 1911, 256 S., New York, Holt.

Martineau, Harriet (1802—1876)

The positive Philosophy of Auguste Comte. London, Bell, 1896, 3 Bde.

Mayo-Smith, Richmond (1854—1901)

Statistics and Sociology. New York, Macmillan, 1895, 399 S.

Merriam, Charles Edward (1874—)

American Political Ideas: studies in the development of American political thought. New York, Macmillan, 1920, 481 S.

- History of American Political Theories. New York und London, Macmillan, 1906, 364 S.
- Merz, John Theodore* (1840—)
History of European Thought in the Nineteenth Century. Edinburgh, Blackwood, 1896, 4 Bde.
- Metchnikoff, Léon* (1838—1888)
La civilisation et les grandes fleuves historiques. Paris, Hachette, 1889, 369 S. (Mit einer Vorrede von Elisée Reclus.)
- Michels, Robert* (1876—)
Zur Soziologie des Parteiwesens. Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens. Leipzig, Alfred Kröner, zweite Aufl., 1925, 528 S.
- Moon, Parker Thomas* (1892—)
The Labor Problem and the Catholic Social Movement in France. New York, Macmillan, 1921, 473 S.
- Morley, John* (1838—1923)
Critical Miscellanies. London, Macmillan, 1886—1913, 4 Bde.
- Muir, John Ramsay Bryce* (1872—)
Liberalism and Industry. London, Constable, 1920, 208 S.
Nationalism and Internationalism, the culmination of modern history. London, Constable, 1917, 229 S.
- Myers, Gustavus* (1872—)
History of the Supreme Court of the United States. Chicago, Kerr, 1912, 823 S.
Die Geschichte der großen amerikanischen Vermögen. Berlin, S. Fischer, 1916, 2 Bde.
- Newsholme, Sir Arthur* (1857—)
Elements of Vital Statistics. London, Sonnenschein, 1899, 326 S.
- Nicolai, Georg Friedrich* (1872—)
Die Biologie des Krieges. Zürich, Orell Füssli, 1919, 552 S.
- Nitti, Francesco Saverio* (1868—)
Il socialismo cattolico, 1895.
La population et le système social. Giard & Brière, 1897, 276 S.

Novikow, Jaques (1848—1912)

La politique internationale. Paris, Alcan, 1886, 393 S.

La guerre et ses prétendus bienfaits. Paris, Armand Colin & Cie., 1894.

Conscience et volonté sociales. Paris, Giard & Brière, 1897, 381 S.

Die Föderation Europas. Berlin, John Edelsheim, 1901, 738 S.

Les luttes entre sociétés humaines et leurs phases successives. Paris, Alcan, 1901, 807 S.

L'affranchissement de la femme. Paris, Alcan, 1903, 267 S.

La critique du Darwinisme social. Paris, Alcan, 1910, 406 S.

Mécanisme et limites des associations humaines. Paris, Giard & Brière, 1912, 113 S.

Oppenheimer, Franz (1864—)

Der Staat. Frankfurt a. M., Rüttgen & Loening, 1907, 176 S.

System der Soziologie, Bd. II, Der Staat. Jena, Gustav Fischer, 1926, 860 S.

Ogburn, William Fielding (1886—)

Social Change: with respect to culture and original nature. New York, Huebsch, 1922, 365 S.

Parker, Carleton Hubbell (1879—1918)

The Casual Laborer and Other Essays. New York, Harcourt-Brace, 1920, 199 S.

Partridge, George Everett (1870—)

The Psychology of Nations: a contribution to the Philosophy of History. New York, Macmillan, 1919, 333 S.

Patten, Simon Nelson (1852—1922)

The New Basis of Civilisation. New York, Macmillan, 1908, 220 S.

Theory of Social Forces. Philadelphia, American Academy of Political and Social Sciences, 1895, 151 S.

Paul-Boncour, Joseph (1873—)

Le fédéralisme économique: étude sur les rapports de l'individu et des groupements professionnels. Paris, Alcan, 1900, 395 S. (Vorwort von Waldeck-Rousseau.)

Pearson, Karl (1857—)

National Life from the Standpoint of Science. London, Black, 1905, 106 S. (Zweite Aufl.)

Pillsbury, Walter Bowers (1872—)

The Psychology of Nationality and Internationalism. New York, Appleton, 1919, 314 S.

Posada, Adolfo (1860—)

Théories modernes sur les origines de la famille, de la société et de l'état. Paris, Giard & Brière, 1896, 150 S.

Pound, Roscoe (1870—)

An Introduction to the Philosophy of Law. New Haven, Yale University Press, 1922, 307 S.

Interpretations of Legal History. New York, Macmillan, 1923, 171 S.

The Spirit of Common Law. Boston, Marshall-Jones, 1921, 224 S.

Ratzel, Friedrich (1844—1904)

Anthropogeographie. Stuttgart, Engelhorn, 1909—1912, 2 Bde. (Dritte Aufl.)

Politische Geographie. München, Oldenburg, 1903, 838 S. (Zweite Aufl.)

Der Staat und sein Boden. Leipzig, Hirzel, 1897, 127 S.

Ratzenhofer, Gustav (1842—1904)

Wesen und Zweck der Politik. Leipzig, Brockhaus, 1893, 3 Bde.

Die soziologische Erkenntnis: Positive Philosophie des sozialen Lebens. Leipzig, Brockhaus, 1898, 372 S.

Soziologie: Positive Lehre von den menschlichen Wechselbeziehungen. Leipzig, Brockhaus, 1907, 231 S.

Ripley, William Zebina (1867—)

The Races of Europa: a sociological study. New York, Appleton, 1899, 624 S.

Ritchie, David George (1853—1903)

Natural Rights. London, Macmillan, 1895.

Rivers, William Halse Rivers (1864—1922)

Psychology and Politics. New York, Harcourt-Brace, 1923, 180 S.

Robinson, James Harvey (1863—)

The Humanizing of Knowledge. New York, Doran, 1923.

The New History: essays illustrating the modern historical outlook. New York, Macmillan, 1912, 266 S.

The Mind in the Making. New York, Harpers, 1921, 235 S.

Ross, Edward Alsworth (1866—)

Social Control: a survey of the foundations of order. New York, Macmillan, 1904, 463 S.

Foundations of Sociology. New York, Macmillan, 1905, 410 S.

Sin and Society: an analysis of latter-day inquiry. Boston, Houghton, Mifflin, 1907, 167 S.

Social Psychology: an outline and source-book. New York, Macmillan, 1909, 372 S.

Changing America: studies in contemporary society. New York, Century Co., 1912, 236 S.

The Old World in the New: the significance of past and present immigration to the American people. New York, Century, 1914, 327 S.

Russia in Upheaval. New York, Century Co., 1918, 354 S.

The Principles of Sociology. New York, Century Co., 1920, 708 S. Deutsche Ausgabe in „Bibliothek der Soziologie und Politik“, Band II, Karlsruhe, G. Braun, 1926.

The Russian Bolsheviki Revolution. New York, Century Co., 1921, 302 S.

The Social Trend. New York, Century Co., 1922, 235 S.

Schallmeyer Wilhelm (1857—)

Vererbung und Auslese im Lebenslauf der Völker: Eine staatswissenschaftliche Studie auf Grund der neueren Biologie. Jena, Gustav Fischer, 1903, 386 S.

Schlesinger, Arthur Meier (1888—)

New Viewpoints in American History. New York, Macmillan, 1922, 299 S.

- Seager, Henry Rogers* (1870—)
 Social Insurance: a program of social reform. New York, Macmillan, 1910, 175 S.
- Seligman, Edwin Robert Anderson* (1861—)
 The Economic Interpretation of History. New York, Columbia University Press, 1917, 166 S.
- Semple, Ellen Churchill* (1863—)
 Influences of Geographical Environment on the basis of Ratzel's system of anthropogeography. New York, Holt, 1911, 683 S.
- Sergi, Giuseppe* (1841—)
 Origine e diffusione della stirpe mediterranea. Induzioni antropol. Roma, Soc. Dante Alighieri, 1895, 144 S.
- Shand, Alexander Faulkner*
 The Foundations of Character: being a study of the tendencies of the emotions and sentiments. London, Macmillan, 1914, 532 S.
- Sidis, Boris* (1867—1923)
 The Psychology of Suggestion: a research into the subconscious nature of man and society. New York, Appleton, 1898, 386 S. (Mit einer Einleitung von William James.)
- Sighele, Scipio* (1868—1913)
 Contro il parlamentarismo. Saggio di psicologia collettiva. Mailand, Treves, 1905.
 La foule criminelle: essai de psychologie collective. Paris, Alcan, 1901, 300 S.
 Psychologie des sectes. Paris, Giard & Brière, 1898, 231 S.
- Simmel, Georg* (1858—1918)
 Soziologie: Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung. München, Duncker & Humblot, 1908, 782 S.
- Small, Albion Woodbury* (1854—)
 Between Eras: from Capitalism to Democracy. Kansas City, Inter-Collegiate Press, 1913, 431 S.
- Sombart, Werner* (1863—)
 Der moderne Kapitalismus. München, Duncker & Humblot, 1902. (Neue Aufl., 1921.)

Spencer, Herbert (1820—1903)

Essays, Scientific, Political and Speculative. New York, Appleton, 1864, 362 S.

Prinzipien der Soziologie. Stuttgart, E. Schweizerbart, 1875—1902, 4 Bde.

Man versus the State. New York, Appleton, 1884, 113 S.

The Study of Sociology. New York, Appleton, 1903, 411 S.

An Autobiography. New York, Appleton, 1904, 2 Bde.

Spengler, Oswald (1880—)

Der Untergang des Abendlandes; Umriss einer Morphologie der Weltgeschichte. München, E. Beck, 1920, 2 Bde.

Squillace, Fausto

Die soziologischen Theorien. Leipzig, Klinkhardt, 1911, 352 S.

Stein, Ludwig (1859—)

Einführung in die Soziologie. München, Rosel, 1921, 453 S.

Philosophische Strömungen der Gegenwart. Stuttgart, Enke, 1908, 452 S.

Die soziale Frage im Lichte der Philosophie; Vorlesungen über Sozialphilosophie und ihre Geschichte. Stuttgart, Enke, 791 S. (Neue Aufl., 1923.)

Der soziale Optimismus. Jena, Costenoble, 1905, 267 S.

Stuckenberg, John Henry Wilburn (1835—1903)

An Introduction to the Study of Sociology. New York, Armstrong, 1898, 336 S.

Sociology: the science of human society. New York, Putnam, 1903, 2 Bde.

Sumner, William Graham (1840—1910)

What Social Classes Owe to Each Other. New York, Harpers, 1883, 169 S.

Collected Essays in Political and Social Science. New York, Holt, 1885, 173 S.

Folkways: a study of the sociological importance of usages, manners, customs, mores and morals. Boston, Ginn, 1907, 692 S.

War and Other Essays. New Haven, Yale University Press, 1911, 381 S. (Herausgegeben von A. G. Keller.)

Earth Hunger and Other Essays. New Haven, Yale University Press, 1913, 377 S. (Herausgegeben von A. G. Keller.)

The Challenge of Facts and Other Essays. New Haven, Yale University Press, 1913, 377 S. (Herausgegeben von A. G. Keller.)

The Forgotten Man and Other Essays. New Haven, Yale University Press, 1918, 559 S. (Herausgegeben von A. G. Keller.)

Sutherland, Alexander (1852—1902)

The Origin and Growth of the Moral Instinct. London, Longmans, 1898, 2 Bde.

Sybel, Heinrich von (1817—1895)

Geschichte der Revolutionszeit von 1779—1795. Dritte Aufl., Düsseldorf, 1865—1870, 5 Bde.

Tarde, Gabriel de (1843—1904)

Les lois de l'imitation. Zweite Aufl., Paris, Baillière & Co., 1895, 428 S.

La logique sociale. Paris, Alcan, 1895, 464 S.

L'opinion et la foule. Paris, Alcan, 1901, 226 S.

Die sozialen Gesetze. Skizze zu einer Soziologie. Leipzig, Klinkhardt, 1908, 108 S.

Les transformations du pouvoir. Paris, Alcan, 1899, 266 S.

Tawney, Richard Henry (1880—)

The Acquisitive Society. New York, Harcourt-Brace, 1920, 188 S.

Tead, Ordway (1891—)

Instincts in Industry: a study in working-class Psychology. Boston, Houghton Mifflin, 1918, 221 S.

Teggart, Frederick John (1870—)

The Processes of History. New Haven, Yale University Press, 1918, 162 S.

Tenney, Alvan Alonzo (1876—)

Social Democracy and Population. New York, Longmans, 1907, 89 S.

Thomas, William Isaac (1863—)

The Polish Peasant in Europe and America. Boston, Badger, 1918—1920, 5 Bde.

Source Book for Social Origins. Chicago, University of Chicago Press, 1909, 327 S.

Thorndike, Edward Lee (1874—)

The Original Nature of Man. New York, Columbia University, 1913, 327 S.

Todd, Arthur James (1878—)

Theories of Social Progress: a critical study of the attempts to formulate the conditions of human advance. New York, Macmillan, 1918, 579 S.

Tönnies, Ferdinand (1885—)

Kritik der öffentlichen Meinung. Berlin, Springer, 1922.

Gemeinschaft und Gesellschaft: Grundbegriffe der reinen Soziologie. Berlin, Curtius, vierte Aufl., 215 S.

Treitschke, Heinrich Gotthold von (1834—1896)

Politik. Herausgegeben von Max Cornicelius. Leipzig, Hirzel, 2 Bde., 1897—1898.

Trotter, W.

Instincts of the Herd in Peace and War. London, Unwin, 1916, 213 S. (Neue Aufl., 1919.)

Vaccaro, Michele Angelo (1854—)

Les bases sociologiques du droit et de l'état. Paris, Giard & Brière, 1898, 480 S.

Vacher de Lapouge, Georges (1854—)

Les sélections sociales. Paris, Fontemoing, 1896, 503 S.

Veblen, Thorstein B.

Absentee Ownership and Business Enterprise in Recent Times. The Case of America. New York, Huebsch, 1923.

The Engineers and the Price System. New York, Huebsch, 1921, 169 S.

The Vested Interests and the State of the Industrial Arts. New York, Huebsch, 1919, 183 S.

The Higher Learning in America: a memorandum on the conduct of universities by business men. New York, Huebsch, 1918, 286 S.

The Natur of Peace and the Terms of its Perpetuation. New York, Macmillan, 1917, 367 S.

Theory of Business Enterprise. New York, Scribner's, 1904, 400 S.

Theory of the Leisure Class: an economic study of the evolution of institutions. New York, Macmillan, 1899; Huebsch, 1918, 400 S. (erscheint deutsch in der „Bibliothek der Soziologie und Politik“, Karlsruhe, G. Braun).

Walker, Guy Morrison (1870—)

The Things that are Caesar's; a reference of wealth. New York, Fowle, 1922, 155 S.

Wallas, Graham (1858—)

The Great Society. New York, Macmillan, 1904, 383 S.

Human Nature in Politics. Boston, Houghton Mifflin, 1908, 302 S. (Neue Aufl. bei Knopf, 1922.)

Our Social Heritage. New Haven, Yale University Press, 1921, 307 S.

Ward, Lester Frank (1841—1913)

Dynamic Sociology: or applied social science as based upon statistical sociology and the less complex sciences. New York, Appleton, 1883, 2 Bde. (Neue Aufl., 1910.)

Outlines of Sociology. New York, Macmillan, 1898, 301 S.

Pure Sociology. New York, Macmillan, 1903, 607 S. Deutsche Ausgabe, Universitätsverlag Wagner, 1907.

Applied Sociology: a treatise on the conscious improvement of society by society. New York, Ginn, 1906, 384 S.

The Psychic Factors of Civilisation. Boston, Ginn, 1906, 369 S.

Glimpses of the Cosmos: a mental autobiography comprising his minor contributions now republished, together with biographical and historical sketches of all his writings. New York, Putnams, 1913—1918, 6 Bde.

Watson, John Broadus (1878—)

Psychology from the Standpoint of a Behaviorist. Philadelphia, Lippincott, 1919, 429 S.

Webb, Sidney (1859—) und *Potter, Beatrice* (1858—)

A Constitution for a Socialist Commonwealth of Great Britain. London, Longmans, 1920, 364 S.

Industrial Democracy. London, Longmans, 1897, 2 Bde. (Verbesserte Aufl., 1911, 929 S.)

The Decay of Capitalist Civilisation. New York, Harcourt-Brace, 1923, 242 S.

Westermarck, Edward Alexander (1862—)

Geschichte der menschlichen Ehe. Jena, Costenoble, 1893, 589 S. (Vorwort von Alfr. Russell Wallace.)

Weyl, Walter Edward (1873—1919)

The New Democracy: an essay on certain political and economic tendencies in the United States. New York, Macmillan, 1912, 370 S.

Tired Radicals. New York, Huebsch, 1921, 223 S.

Willoughby, Westel Woodbury (1867—)

An Examination of the Nature of the State; a study in political philosophy. New York, Macmillan, 1896, 448 S.

Wissler, Clark (1870—)

The American Indian: an introduction to the anthropology of the new world. New York, McMurtrie, 1917, 435 S. (Zweite Aufl., 1922, Oxford University Press.)

Man and Culture. New York, Crowell, 1923, 371 S.

Withers, Hartley (1867—)

The Case for Capitalism. New York, Dutton, 1920, 255 S.

Worms, René (1869—)

Organisme et société. Paris, Giard & Brière, 1896, 419 S. Philosophie des sciences sociales. Paris, Giard & Brière, 1904—1913, 3 Bde.

Die Soziologie, deutsche Ausg., Karlsruhe, G. Braun, 1926, 143 S.

Wright, Carroll Davidson (1840—1909)

Outline of Practical Sociology: with special reference to American conditions. New York, Longmans, 1900, 431 S.

Wundt, Wilhelm Max (1832—1920)

Elemente der Völkerpsychologie. Leipzig, Kröner, 1912, 523 S.

Yerkes, Robert Mearns (1876—) und **Yoakum, Clarence Stone** (1879—)

The Army Mental Tests. New York, Holt, 1920, 303 S.

